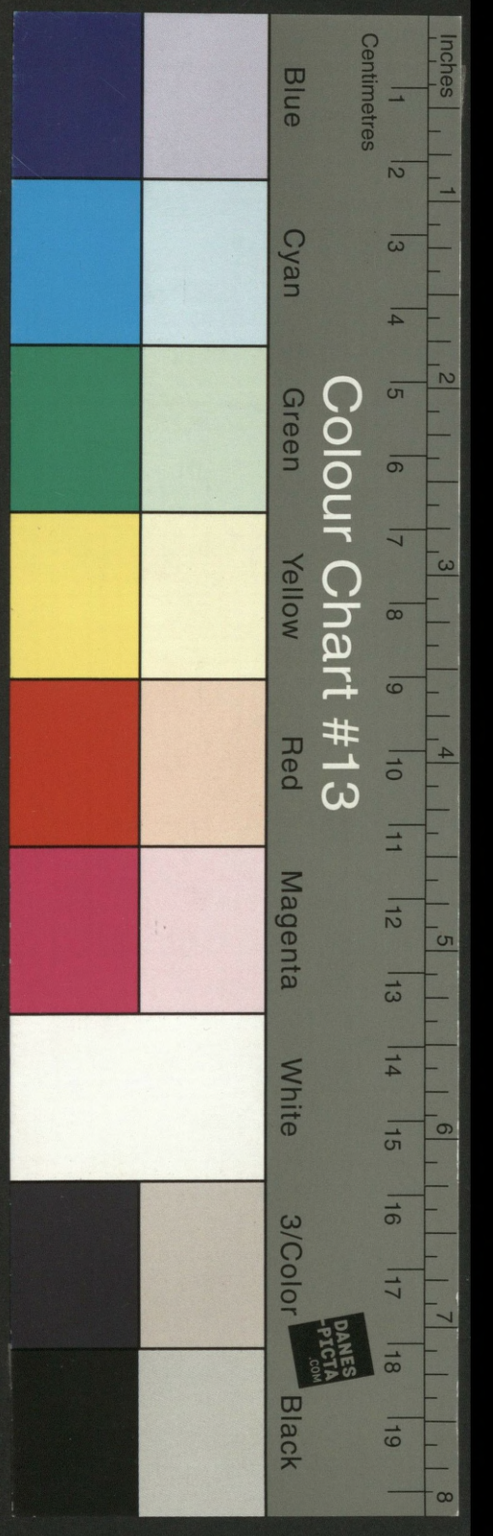


PAUL MILIUKOW

RUSSLANDS ZUSAMMENBRUCH

ERSTER BAND



PAUL MILJUKOW

RUSSLANDS ZUSAMMENBRUCH

ERSTER BAND

RUSSLANDS ZUSAMMENBRUCH



Lipnitzki - Paris

Paul Miliukow
Ehemaliger russischer Außenminister

Rußlands Zusammenbruch

Erster Band

Deutsche Verlags-Anstalt Stuttgart
Leipzig und Berlin
Obelisk-Verlag Berlin
1925

Nach der Handschrift des Verfassers aus dem Russischen übertragen von E. Janowski



1
58353



*

Alle Rechte vorbehalten

Inhaltsverzeichnis.

Erster Band.

Vorwort . . . . . IX—XIII

Erstes Kapitel. Warum die Revolution unvermeidlich war . . . . . 1—21

I. **Warum mißlang die erste Revolution 1905?** S. 1—8. Die Unaufrichtigkeit des Zaren und der Zarin, S. 2. Die Agrarfrage und die Reichsduma, S. 3. Erstarkung der Regierung, Zersplitterung der Opposition, S. 3—4. Der Konflikt, Auflösung der ersten Reichsduma, Einberufung der zweiten, Unmöglichkeit des Kompromisses, S. 4—5. Die Auflösung der zweiten Duma, Abänderung des Wahlgesetzes, Einberufung der dritten, der „Lakaien"-Duma, S. 5—6. Die Einheitsfront der Duma in Fragen von nationaler Bedeutung, S. 6—7. Die Opposition in der Duma und im Lande, S. 7—8.

II. **Die Eigenart der russischen Revolution,** S. 8—17. Der Mangel an „Kohäsion" im russischen geschichtlichen Leben: dieser Mangel kennzeichnet die politische Geschichte (spätes Auftreten des Staates, S. 9—10. Seine Entfremdung von der Bevölkerung, S. 11—12). Die soziale Geschichte (die Schwäche des Adels, S. 12—14. Die Auffassung der Bauernschaft von dem Landbesitz, S. 14—15). Die Kulturgeschichte (die Entfremdung der Intelligenz von dem Volke, ihr Maximalismus, S. 15—16). Die Geschichte der Beziehungen zu den Nationalitäten, S. 16—17.

III. **Die Unvermeidlichkeit der Revolution,** S. 17—21. Wann werden Revolutionen unvermeidlich, S. 17. Wann waren die Voraussetzungen für eine Revolution in der russischen Geschichte gegeben, S. 17—18. Die letzte Chance bot sich dem Zaren im Herbst 1915, S. 18—19. Die Persönlichkeiten des Zaren und der Zarin; Rasputin, S. 20. Die letzten Warnungen, die Passivität des Zaren, die Verschwörungen, S. 20—21.

Zweites Kapitel. Warum die Bolschewiken die Oberhand gewannen . . . . . 22—42

I. **Der ungünstige Verlauf des Krieges verschafft der Opposition die Unterstützung der Armee und der konservativen Gruppen,** S. 22—27. Die „nationale" Revolution vom 11. März, S. 22—23. Die „internationale" Revolution vom 7. November, S. 23—24. Der „Kommunismus" ein Mittel, kein Zweck der zweiten Revolution, S. 24—25. Die Triebfedern, die die Radikalisierung der Revolutionen bewirken, S. 25—26. In Rußland waren sie nicht vorhanden, S. 26. Wo war die „Gegenrevolution"? S. 27.

II. **Die Revolution und die politischen Parteien,** S. 27—36. Drei Gruppen unter den politischen Organisationen, S. 27. Die Schwäche der Rechtsmehrheit der Reichsduma, S. 27—28. Die Duma wird von dem „Arbeiter- und Soldatenrat" in den Hintergrund gedrängt, S. 28—29. Die Schwäche der Konstitutionell-Demokratischen Partei in den Massen, S. 29. Die Schwäche ihrer politischen Position: 1. Die Frage nach der Verfassunggebenden Versammlung, S. 30; 2. Die Frage nach der Weiterführung des Krieges im Bunde mit den Alliierten, S. 30—31. Die Linksdemagogie benutzt diese Schwächen, S. 31—32. Die Ausnützung des Krieges durch die Taktik der extremen Linken, S. 32—33. Der Zusammenbruch der Zweiten Internationale und die Enstehung der Dritten (Zimmerwald), S. 33—35. Die widerspruchsvolle Haltung der gemäßigten Sozialisten zwischen den bürgerlichen Parteien und der extremen Linken, S. 35—36.

III. **Der Sieg der Bolschewiken,** S. 36—39. Die Demagogie der Bolschewiken und ihr Erfolg gegenüber den gemäßigten Sozialisten, S. 37. Der Mißerfolg der Kornilowschen Bewegung, S. 38. Die Offensive der Bolschewiken und ihr Sieg in Petersburg und Moskau, S. 38—39.

IV. **Der innere Zerfall Rußlands,** S. 39—42. Die Vernichtung des Verwaltungsapparats, S. 40. Die Zerrüttung des Verkehrswesens und die Hungersnot, S. 40. Der Rückstrom der Deserteure von der Front und ihre Rolle bei den Plünderungen und Krawallen, S. 41. Der Niedergang der Industrie und die Zerrüttung des Staatshaushaltes, S. 41—42. Die revolutionäre „Gleichberechtigung", S. 42.

Drittes Kapitel. Warum die Bolschewiken die Macht behalten haben . . . . . 43—93

I. **Die Taktik des Bolschewismus,** S. 42—50. Der Unterschied zwischen dem „Bolschewismus" und dem „Kommunismus", S. 44. Lenins Revolutionslehre im Vergleich zur Doktrin der „wirtschaftlich" eingestellten Marxisten, S. 45—46. Der Glauben an die kom-

mende Weltrevolution, S. 46—47. Das „Proletariat" muß den Staat aufrechterhalten, um die Macht an sich zu reißen, S. 47—48. Der Weg zur Eroberung der politischen Gewalt: demagogische Versprechungen an die Soldaten, Bauern und Arbeiter, S. 48—49. „Millionen" von Verbündeten, S. 49—50.

II. **Der Versuch einer Einführung des „integralen Kommunismus" in Rußland,** S. 50—58. Der Bruch mit der Demokratie, S. 50—51. Ideales Ziel oder reale Taktik? S. 51—52. Die erste Stufe des „unvollständigen Kommunismus", S. 52. Die „Einkreisung" des Kapitals, S. 53. Die ersten Dekrete über den Bodenbesitz und die Nationalisierung der Banken, S. 53. Schwankungen hinsichtlich der Nationalisierung der Industrie und des Handels, S. 53—54. Die Zentralisation der Industrieverwaltung, S. 55—56. Das System des „Naturalaustausches" von Industrieerzeugnissen gegen landwirtschaftliche Produkte, S. 56—57. Die Notwendigkeit einer Stärkung der Zentralgewalt, S. 57—58.

III. **Die drei Mittel der Machterhaltung: die Partei, die Armee, der Terror,** S. 58—93. RKP (Russische Kommunistische Partei) ersetzt die Regierungsorgane, S. 58—59. Die Parteiopposition tritt für eine Trennung der Partei und des Regierungsapparates ein, S. 60. Das „Monopol der Legalität" und die Verwaltungspraxis, S. 60—63. Die Zusammensetzung der Partei in der Periode des militärischen Kampfes, S. 63—64. Der Übergang zum „friedlichen Wiederaufbau", S. 64—66. Die „Säuberung" der Partei und die Organisation ihres Einflusses im Lande, S. 66—67. Die „Kommandokadern" der Sowjetgewalt, S. 67—68. Die Organisation von Kadern für die Provinz, S. 68. Die Schwäche der Parteiposition auf dem flachen Lande, S. 69. Die Rolle der Partei im Lande, S. 70.

IV. **Die Rote Armee,** S. 70—76. Die Zersetzung der alten Armee, S. 71. Die Grundlagen der revolutionären Armee nach dem Dekret vom 15. Januar 1918, S. 71. Ihre Unzulänglichkeit; disziplinierte Truppen werden aus Fremdstämmigen gebildet, S. 72. Trotzkijs Rückkehr zum Gedanken einer regulären Armee, S. 73. Wiedereinstellung von „zarischen" Offizieren, S. 74. Trotzkijs Polemik mit den Gegnern dieser Maßnahme, S. 75—76.

V. **Der rote Terror,** S. 76—93. Zweifel und Beweise S. 76—77. Der Terror als die Grundlage der Sowjetgewalt, S. 77. Die Äußerungen Steinbergs, des Justizkommissars, über den allumfassenden Charakter und die Bedeutung des Terrors, S. 77—82. Der Terror als ein Mittel des Klassenkampfes zwecks Ausrottung der Bourgeoisie, S. 83. Die Abschreckung als Zweck des Terrors, S. 84. Folterungen, S. 84. Statistik der Opfer des Terrors, S. 85. Die offiziellen

Angaben über die Zahl der Erschießungen in den Jahren 1918—1920, S. 86—87. Der Terror nach der Beendigung des Bürgerkrieges 1921—1924, S. 88—89. Der neue Charakter der Verbrechen gegen die Sowjetgewalt, S. 89. Die Gefängnisstrafen und die Deportationen, S. 90—91. Die Verfolgung der Sozialisten, S. 91—92. „Die Abneigung, Widerstand zu leisten, ist eher auf Furcht als auf Zustimmung zurückzuführen", S. 92—93.

Viertes Kapitel. Die Nationalitäten und der Sowjetistische „Bundesstaat" . . . . . 94—144

I. **Der Charakter der Nationalitäten-Frage in Rußland,** S. 94—100. Die Zusammensetzung der in Rußland wohnenden Völkerschaften, S. 95—98. Nicht Eroberung, sondern Kolonisation und allmähliches Verschmelzen ist der Grundzug in der Gestaltung der gegenseitigen Beziehungen, S. 98—99. Zeitweises Aufflammen des Nationalgefühls im russischen Volke, aber kein Nationalismus, der sich auf die Dauer zu erhalten wüßte, S. 99—100.

II. **Die Wechselbeziehungen zwischen den Nationalitäten, der Regierung und der öffentlichen Meinung vor der Revolution von 1905,** S. 100—105. Das Erwachen des nationalen Selbstbewußtseins unter den kleinen Nationalitäten, S. 100—101. Die Stellung der liberalen Kreise und der Regierung gegenüber den nationalen Problemen, S. 101—102. Der Übergang vom Kosmopolitismus zum Nationalismus und die Reibungen zwischen den Intellektuellen der verschiedenen Nationalitäten, S. 102—103. Der politische Kampf (gegen die Autokratie) wurde in Gemeinschaft mit den Nationalitäten geführt, S. 103—105.

III. **Die Gründe, die im Jahrzehnt vor 1917 einen Umschwung gegenüber der früheren versöhnlichen Einstellung hervorgerufen hatten,** S. 105—111. Die Nationalitäten sind von der Reichsduma und den russischen Intellektuellen enttäuscht, S. 106. Ausnutzung der Unzufriedenheit durch Deutschland, S. 106—107. Die Revolution von 1917 und der Sieg der Leninschen Doktrin von „der Selbstbestimmung bis zur vollkommenen Lostrennung", S. 107—108. Rußlands Zerstückelung durch Deutschland, S. 108 bis 109. Die Unterstützung der Zerstückelungspolitik durch Rußlands frühere Bundesgenossen, S. 109—110. Die Rolle Frankreichs und Englands, S. 110—111.

IV. **Die Abtrennung des Kaukasus und Beßarabiens,** S. 111—122. Die Meerengenfrage, S. 111—112. Der Zwang zur Unabhängigkeit in Transkaukasien, S. 112—113. Englands Politik in Transkaukasien, S. 113—114. Der Verzicht der Entente auf Transkaukasien und die Ankunft der Bolschewiken, S. 115—118. Die Unabhängigkeit Beßarabiens und

seine Besetzung durch die Rumänen, S. 119—120. Der Terror und die Umwandlung der Okkupation in eine Annexion, S. 120—122.

V. **Amerika und die russische Demokratie** in ihrer Stellung zur Zerstückelung Rußlands, S. 122—125. Der Protest der Vereinigten Staaten gegen die Zerstückelung, S. 122—123. Der Standpunkt der russischen Demokratie, S. 123—125.

Fünftes Kapitel. Die auswärtige Politik der Bolschewiken und die Dritte Internationale . 145—247

I. **Die bolschewistische Diplomatie vor Brest-Litowsk,** S. 147—153. Diplomatie und Bolschewismus — ein innerer Widerspruch, S. 147 bis 153. Die anfänglichen Hoffnungen auf die Weltrevolution, S. 147—148. Der Frieden an der Front und die Verhandlungen mit Deutschland, S. 148—149. Lenin befürwortet die Kapitulation, S. 149—150. Die Hoffnungen auf das deutsche Proletariat, S. 150—151. Die Formel Trotzkijs: „weder Krieg noch Frieden", und die deutsche Offensive, S. 151—152. Der Friede von Brest-Litowsk, S. 152. Die Hoffnungen auf eine Revolution in Deutschland, S. 152—153.

II. **Die Zersetzung der deutschen Armee,** S. 153—154. Der Waffenstillstand vom 11. November und die Vorbereitung einer Revolution für das Frühjahr 1919, S. 154—155. Die Vereinbarungen mit Liebknecht und Béla-Kun, S. 155. Die Perspektiven einer europäischen Revolution, S. 156. Die Vorbereitungen in Indien und Afghanistan, S. 156—157. Der Mißerfolg, S. 157—158.

III. **Die Diplomatie der Alliierten** in den zwei ersten Perioden vor dem Waffenstillstand vom 11. November, S. 158—160.

IV. **Die Befürchtungen der Bolschewiken:** „Wilsons Front" gegen „Lenins Front", S. 161—162. Die Einladung auf die Prinkipo, S. 162. Lenins Theorie der „Atempause", S. 162—163. Der erste Kongreß der Dritten Internationale im März 1919 in Moskau, S. 163—164. Das Manifest der Dritten Internationale, S. 164—165.

V. **Das Jahr 1919** — eine Lücke in der Geschichte der Sowjetdiplomatie, S. 165—166. Die drei Perioden in der weiteren Geschichte der internationalen Beziehungen Sowjetrußlands, S. 166. Die erste Periode: Die Verhandlungen mit den Randstaaten, S. 166—167. Der Friedensvertrag mit Estland, S. 167—168. Mit Lettland, S. 168. Mit Litauen, S. 168. Mit Finnland, S. 168—169. Mit Polen, S. 169.

VI. **Unschlüssigkeit der Alliierten über die gegenüber Rußland einzuschlagende Politik,** S. 169—171. Der Sieg der Politik Lloyd Georges, S. 171. Die Verhandlungen in London und die Rückwirkungen des sowjet-

russisch-polnischen Krieges, S. 171—174. Die Propaganda und die Ausweisung Kámenews, S. 174—175. Der Handelsvertrag, S. 176.

VII. **Die Bolschewiken erkennen ihren Irrtum in bezug auf den baldigen Ausbruch der Weltrevolution an,** S. 176—177. Neue Instruktionen an die bolschewistischen Diplomaten für das Jahr 1921, S. 177—178.

VIII. **Berichte der bolschewistischen Agenten** über die politische Lage im Auslande im Jahre 1921, S. 178—183. Der Augenblick sei verpaßt, S. 178—179. Die Lage in Deutschland, England, Frankreich, Italien, der Tschechoslowakei, Jugoslawien, Rumänien, Polen, S. 179—180. Die Arbeit der Kommunisten in Europa, S. 180. Die Lage in Indien, Turkestan, Afghanistan, der Türkei, Persien, S. 181—182. „Die Einheitsfront" der unterdrückten Völker, S. 182—183.

IX. **Die Konferenzen in Genua und im Haag,** S. 183 bis 197. Die Verschiedenheit der Interessen der Mächte, die Beweggründe zu einer Annäherung an Sowjetrußland, S. 183. Lloyd Georges Pläne, S. 183 bis 184. Der Mißerfolg der „Russo-Asiatic Consolidated, Ltd.", S. 184—186. Hughes' Note, S. 186. Die Ziele Lloyd Georges und der Italiener auf der Konferenz von Genua, S. 187. Die Ziele der Bolschewiken, S. 187—188. Die Vorschläge der Bolschewiken, S. 189. Meinungsverschiedenheiten unter den Alliierten, S. 189—190. Die Intransigenz der Sowjetdelegierten und die Bemühungen Lloyd Georges, S. 190 bis 191. Der Schritt Amerikas und der Zusammenbruch der Konferenz, S. 191—192. Die Stimmung der Sachverständigen während der Haager Konferenz, S. 192. Die Schwäche der bolschewistischen Position, S. 192—193. Litwinow verlangt Kredite, S. 193. Die Versuche, ihn zur Nachgiebigkeit zu bewegen, schlagen fehl, S. 193—194. Die drei Kommissionen der Haager Konferenz erklären weitere Besprechungen für zwecklos, S. 194—195. Der letzte Versuch in der Plenarsitzung, sein Mißerfolg, S. 195—196. Die Erklärung Amerikas, S. 196—197.

X. **Die Konferenz in Lausanne,** S. 197—206. Das Abkommen vom 4. März 1915 über die Abtretung Konstantinopels an Rußland, S. 197. Das Problem der freien Durchfahrt durch die Meerengen, S. 198. Die Rivalität Englands, S. 198—199. Die Kongruenz der russischen und der türkischen Interessen, S. 199. Die Bolschewiken werden zur Konferenz eingeladen, S. 199—200. Tschitscherin wird von den Türken vorgeschoben, S. 200—201. Die Türken verständigen sich mit den Engländern, S. 201. Tschitscherins Darlegung des russischen Standpunktes, S. 202. Der Konflikt mit England und Curzons Ultimatum, S. 202—203. Moskaus Nachgiebigkeit und die Verständigung, S. 204—205. Die Bolschewiken unterschreiben die Beschlüsse von Lausanne über die Meerengen, S. 205—206.

XI. **Die Dritte Internationale 1922—1923,** S. 206 bis 216. Die Entwicklung der Dritten Internationale, S. 206—207. Die Kontrolle der kommunistischen Partei, S. 207. Die Scheidung zwischen der Komintern und dem Volkskommissariat des Auswärtigen, S. 207—208. Die eiserne Disziplin und die „21 Punkte", S. 208—211. Maßnahmen der späteren Kongresse, S. 211. Die Bolschewisierung der ausländischen Parteien und ihre Ergebnisse, S. 212—214. Die Losungen der „Einheitsfront" und der „Arbeiterregierung", S. 214—215. Der taktische Opportunismus, S. 215—216.

XII. **Die Sinowjewsche Taktik der Weltrevolution,** S. 216—225. Der überschwängliche Optimismus Sinowjews, S. 216—217. Eine Revolution in Deutschland erwartet, S. 217—218. Die Warnungen Radeks und Krassins, S. 218—219. Der Mißerfolg in Deutschland und Sinowjews Beschuldigungen, S. 219—220. Die Vorbereitung der Revolution in Bulgarien, S. 220—221. Die Regierung Zankows kommt den kommunistischen Verschwörern zuvor, S. 221—222. Sinowjew setzt seine Taktik im Jahre 1924 fort, S. 222. Sinowjew verwirft die Politik der Zugeständnisse als Gegenleistung für die Anerkennung de jure, S. 222—224. Sinowjew gegen Tschitscherin und die „Rechtstendenzen" auf dem fünften Kongreß der Komintern, S. 224—225. Die Unvermeidlichkeit einer Kollision zwischen der Politik der De-jure-Anerkennung und der Politik der Weltrevolution, S. 225.

XIII. **Die De-jure-Anerkennung der Sowjetregierung durch England,** S. 225—240. Die Anerkennung „de facto" und „de jure" im Völkerrecht, S. 225—226. Die amerikanische Doktrin, S. 226—227. Die kontinentale Doktrin, S. 228. Die Motive der Anerkennung der Sowjetregierung durch die europäischen Mächte, S. 228—229. Benesch über die Anerkennung, S. 229. Mussolini und Coolidge, S. 229—230. Die englische Anerkennung und die Vorbehalte Macdonalds, S. 230 bis 231. Die wirtschaftliche Nutzlosigkeit der Anerkennung, S. 231. Die englische Arbeiterpartei und die Bolschewiken, S. 231—232. Die englisch-sowjetistische Konferenz und die Rede Sinowjews, S. 232—233. Unüberbrückbare Meinungsverschiedenheiten auf der Konferenz, S. 233—234. Die entscheidende Sitzung; die Arbeiterabgeordneten üben auf Macdonald einen Druck aus, S. 234—235. Die Inhaltslosigkeit des Vertrages, S. 235. Macdonalds Sturz, S. 235—236. Die Wahlen und der Brief Sinowjews, S. 236—237. Die Note Gregorys, S. 237—238. Die Regierung Baldwins verweigert die Bestätigung des Vertrages, S. 238—239. Chamberlains Unterhaltung mit Herriot über einen gemeinsamen Kampf gegen Moskau, S. 239—240.

XIV. **Die Anerkennung der Sowjetregierung durch Frankreich,** S. 240—248. Analogien mit England, S. 240.

Die Rolle Herriots und de Monzies, S. 240—241. Die Stellungnahme Poincarés, S. 241. Der Sieg des Linkskartells und die vorsichtige Haltung Herriots, S. 241 bis 242. Der bedingte Charakter der Anerkennungsnote, S. 242. Die Rede Sinowjews, S. 242—243. Krassin und Sadoul, S. 243. Der kommunistische Putschversuch in Reval am 1. Dezember, S. 243—244. Die Agitation der Bolschewiken in Paris und die Maßnahmen der Regierung, S. 244—245. Die Komintern an der Arbeit (Ende 1924), S. 245. Die Ursachen des Mißerfolges der Sowjetmission in Paris, S. 246—247. Die Anerkennung beschleunigt den Konflikt mit den Bolschewiken im Jahre 1925, S. 247—248.

Vorwort.

Diesem Buche liegen die Vorlesungen über die „Russische Katastrophe" zugrunde, die ich im Oktober und November 1921 im „Lowell Institute", Boston (Massachusetts) auf Einladung der Leitung dieses ehrwürdigen Instituts hielt. Schon damals wurde der Inhalt jener Vorträge von mir zu einem Buche verarbeitet, das Anfang 1922 unter dem Titel: „Russia to-day and tomorrow" bei Macmillan erschien. In der diesem Buche vorausgeschickten Vorrede konnte ich damals sagen, daß im Augenblick seiner Abfassung ein Zyklus der Geschehnisse in Rußland sein Ende erreicht hatte und eine abgeschlossene Periode der Geschichte vor mir lag. Ihren Abschluß hatten nämlich, im gewissen Sinne, sowohl die „weiße" wie die „rote" Bewegung in Rußland gefunden. „Die erstere", so schrieb ich damals, „kam zu Ende, als die ‚Weißen' den letzten Fußbreit antibolschewistischen Territoriums in der Krim verloren hatten. Das Ende der zweiten wurde durch die große russische Hungersnot von 1921 besiegelt. In der Niederlage General Wrangels kam die Ausartung der ‚weißen' Bewegung zum Ausdruck. Die Hungersnot des Jahres 1921 zeigte die Erschöpfung Rußlands unter der bolschewistischen Verwaltung. Wie auch immer sich die weitere Entwicklung gestalten möge, diese beiden Erscheinungen werden ein Wendepunkt in der Geschichte der russischen Revolution bleiben."

Ich habe auch jetzt keinen Anlaß, mein damaliges Urteil abzuändern. Das Jahr 1921 ist in der Tat ein Wendepunkt geworden, und die ersten vier Jahre der bolschewistischen Herrschaft stellen sich unserer Anschauung als ein abgeschlossener Zeitabschnitt dar, dessen charakteristische Züge jetzt — durch den Kontrast — noch deutlicher hervortreten. Das war die Periode der Zerstörung, wo nach Lenins Formel „das Geraubte geraubt wurde", die Periode des „militärischen" oder „integralen Kom-

munismus", wie ihn, mit einer gewissen Geringschätzung, jetzt die Bolschewiken selbst nennen, die Periode des Bürgerkrieges im Inneren und der vollkommenen Isolierung der Sowjetmacht nach außen. Seither sind aber weitere vier Jahre verflossen. Diese neue Periode — 1922—1925 — kann nicht als im gleichen Maße abgeschlossen angesehen werden, wie die erstere. Aber auch sie ist durch gewisse spezifische Züge gekennzeichnet, und zwar durch Züge, die denen der vorangehenden Periode zum Teil entgegengesetzt sind. Nachdem ihr Versuch, einen Naturalaustausch der Leistungen zwischen dem Staat und seinen Untertanen zu organisieren, zur völligen Erschöpfung aller alten Vorräte und zu einem wirtschaftlichen Bankrott geführt hatte, der der Sowjetgewalt mit sofortigem Zusammenbruch drohte, versuchten die Bolschewiken, von der Geschichte einen Fristaufschub dadurch zu erwirken, daß sie an allen ihren Grundsätzen Verrat übten. Sie machten immer weitergehende Zugeständnisse an die kapitalistische Wirtschaftsordnung; und wenn sie auch an diesen Zugeständnissen keineswegs konsequent festhielten, sondern fortwährend zu ihren Grundsätzen zurückkehrten und dadurch die Wirkung der von ihnen zugelassenen wichtigen Änderungen lähmten, so muß nichtsdestoweniger anerkannt werden, daß die Periode der bloßen Zerstörung und Konsumierung der früheren Vorräte unter Ausschluß jeglicher neuschaffenden Produktion im Jahre 1921 ein Ende genommen hat.

Innerhalb Rußlands begann ein konstruktiver Prozeß, welcher freilich nicht so sehr von der Sowjetregierung selbst, als vielmehr von der Bevölkerung ausging, der wenigstens eine beschränkte Möglichkeit selbständiger Betätigung gegeben wurde. Die Bevölkerung atmete auf; sie erhob sich aus dem Zustande völliger Depression, und an die Stelle der früheren unbedingten Unterwerfung unter den Terror der Regierungsgewalt trat allmählich ein kollektiver, zunächst passiver, dann auch aktiver Widerstand, zunächst auf rein wirtschaftlichem, dann auch auf politischem Gebiet.

Dieser neue Charakter der zweiten Periode hat mich nicht überrascht. Ich sah ihn voraus, schon als ich die ersten vier Jahre, 1918—1921, kennzeichnete. In derselben Vorrede schrieb ich, daß eine negative und eine positive Seite des revolutionären Prozesses zu unterscheiden seien, nämlich seine vergänglichen und temporären Phasen auf der einen Seite und seine konstante innere Bedeutung auf der anderen. Ich sagte: „Wenn in mei-

nem Buche die Auswirkung der zerstörenden Kräfte der Revolution geschildert wird, so soll auch ihre konstruktive Seite nicht übersehen werden. Vor unseren Augen vollzieht sich die Geburt der russischen Demokratie, mitten auf den Trümmern der Vergangenheit, die nie wiederkehren wird. Man darf keine Ungeduld zeigen, wenn man einem großen und komplizierten revolutionären Prozeß gegenübersteht, der in anderen Ländern Jahrzehnte, wenn nicht Jahrhunderte zu seiner Vollendung benötigt hat."

Ich kann mit Genugtuung feststellen, daß der Gang der Ereignisse diese Auffassung von der Entwicklung der russischen Revolution bestätigt hat. Die Prozesse, von denen ich sprach und die in jenen ersten vier Jahren nicht leicht nachzuweisen waren, sind jetzt auch einem unbewaffneten Auge sichtbar geworden. Nach der düsteren Zeit glatter Zerstörung sehen wir, wenn nicht das friedliche Bild des Wiederaufbaus, so doch das Bild eines tätigen Kampfes zwischen aufbauenden und zerstörenden Elementen, eines Kampfes, in dem die ersteren unzweifelhaft das Übergewicht haben. Wie der Leser aus unserer Darstellung ersehen wird, klammert sich die Sowjetgewalt noch immer an ihre ursprünglichen utopistischen Positionen; in diesem Sinne haben diejenigen recht behalten, die an die Möglichkeit einer Evolution der Sowjetgewalt nicht glauben wollten und auch jetzt nicht glauben. Ebenso unbelehrbar war bis an ihr Ende auch die alte Monarchie geblieben, die sich selbst überlebt hatte; das Ergebnis war, wie wir alle sahen, der Zusammenbruch des Regimes, das durch eine scharfe revolutionäre Krise hinweggefegt wurde. Aber andererseits hat sich eine Evolution eingestellt — eine Tatsache, die sich nicht mehr bestreiten läßt. Das Leben selbst ist es, das in Rußland evolutioniert, trotz der Bemühungen der Regierungsgewalt, seinen Gang aufzuhalten.

Ich glaube nicht, daß eine solche Auffassung der Geschehnisse, die sich in Rußland im Laufe der letzten vier Jahre abgespielt haben, als parteiisch — oder parteimäßig — oder gar als den Bolschewiken gegenüber versöhnlich bezeichnet werden kann. Den deutschen Leser muß ich aber darauf aufmerksam machen, daß sie durchaus nicht von allen Russen geteilt wird und daß sie in den russischen Emigrantenkreisen eine bestimmte politische Richtung kennzeichnet, nämlich die republikanisch-demokratische, als deren Repräsentant ich angesehen

werde. Die anderen Strömungen klammern sich immer noch an die überlebten Methoden der „weißen Bewegung". Sie sind geneigt, das russische Volk als ein „verbrecherisches, sündiges" Volk zu betrachten; die Zukunft Rußlands erscheint ihnen entweder als gänzlich hoffnungslos, oder aber sie erwarten eine Besserung allein von einer gewaltsamen Aktion von außen her, die von der Emigration selbst ausgehen muß, wobei gegebenenfalls eine Unterstützung durch die eine oder die andere auswärtige Macht oder gar durch eine Koalition der Mächte in Frage käme. Es sei noch hinzugefügt, daß faktisch alle Zukunftspläne, die mit einem solchen Ausgang rechnen, zugleich auf einen Sieg der monarchistischen Tendenzen und der klassenmäßigen Interessen des Großgrundbesitzes hoffen, die für die Mehrheit der russischen Emigration kennzeichnend sind: — in dieser Beziehung gleichen unsere Emigranten denen aller früheren Revolutionen. Ebenso wie meine Gesinnungsgenossen — ich freue mich der Gewißheit, daß ihre Anzahl wächst — habe ich gegenüber allen derartigen Voraussagungen und Erwartungen eine entschieden ablehnende Haltung eingenommen; ihnen gilt unser rücksichtsloser politischer Kampf. Aber ich wiederhole es, ich denke nicht, daß gerade durch diese politische Einstellung meine Beurteilung der tatsächlichen Vorgänge bestimmt wird. Eher trifft das Gegenteil zu: meine Auffassung der Dinge als Historiker ist für meine politische Einstellung bestimmend gewesen. Der Historiker, nicht der Politiker ist es, der in erster Linie in diesem Buche zu Worte kommt.

Es ist nach all dem Gesagten verständlich, daß ich die Anregung meines Verlegers — dem deutschen Leser ein Buch dieses Inhaltes zu geben — dazu zu benutzen beschloß, um mein amerikanisches Buch gründlich umzuarbeiten und meine Auffassung von den ersten vier Jahren der Sowjetgewalt durch eine Charakteristik der nunmehr verflossenen weiteren vier Jahre zu bekräftigen. Wie gesagt, brauchte ich dabei den Geist und die Grundtendenz des Buches nicht zu ändern. Der Text selbst ist dagegen durchgreifend revidiert und umgearbeitet worden. Dabei wurde das umfangreiche Material verwertet, das seit jener Zeit veröffentlicht worden ist und das sich nicht nur auf die letzten, sondern auch auf die ersten vier Jahre bezieht. Mehrere Teile des früheren Buches sind auf Grund dieses neuen Materials neu geschrieben worden. Selbstredend er-

scheint jetzt zum ersten Male all dasjenige Material, das die Entwicklung der letzten vier Jahre beleuchtet. Das Ergebnis war, daß trotz vielfacher Kürzungen der Umfang des Buches fast auf das Zweifache gestiegen ist und seine Einteilung in zwei Bände erforderlich machte. Ich halte mich daher für berechtigt, dieses Buch als eine vollkommen neue Arbeit anzusehen, und gebe ihm auch einen neuen Titel.

Indem ich diese Arbeit dem Urteil des Lesers und des Kritikers übergebe, möchte ich den Wunsch aussprechen, daß sie nicht nach der Anzahl der mitgeteilten Tatsachen beurteilt werde — ihre Zahl könnte ad infinitum vermehrt werden —, sondern nach der Richtigkeit der Auswahl und Gegenüberstellung dieser Tatsachen — und nach dem Grade der Beweisfähigkeit, die dem herangezogenen Tatsachenmaterial für die darauf gegründeten Schlüsse zukommt. Man wird vielleicht sagen, daß, von diesem Standpunkt aus betrachtet, die Anzahl der von mir angeführten Tatsachen eher zu groß als zu klein sei. Ich will mich nur mit dem Hinweis darauf verteidigen, daß ich es durchweg mit Thesen zu tun hatte, die immer noch heiß umstritten werden. Es lag mir infolgedessen ganz besonders daran, die Tatsachen selbst sprechen zu lassen und auf diese Weise den Beweis für die Objektivität der Schlußfolgerungen zu erbringen. Diejenigen, die später die gleichen Wege betreten, werden sie schneller zurücklegen oder, im Gegenteil, bei den Themen der einzelnen Kapitel länger verweilen und diese zum Gegenstand von Spezialarbeiten machen können. Ich aber mußte mir bei dem gegenwärtigen Stande der einschlägigen Literatur eine zweifache Aufgabe stellen: daß das zusammengetragene Material beweiskräftig und zugleich die Darstellung möglichst gemeinverständlich sei.

Ein Literaturverzeichnis ist nicht angefügt worden, weil der größte Teil der von mir verwerteten Quellen nur in russischer Sprache veröffentlicht worden ist. Die wichtigsten Quellenangaben findet der Leser an den entsprechenden Stellen des Buches.

Paris, 10. August 1925.

Erstes Kapitel.

Warum die Revolution unvermeidlich war.

Vor einundzwanzig Jahren (1904) sprach ich vor einem amerikanischen Auditorium über das Thema: *die russische Krise.* Das Thema dieses Werkes ist: *die russische Katastrophe.* In dieser Katastrophe tritt uns das Ende oder jedenfalls die Fortsetzung desselben Prozesses vor die Augen, der damals begann. Diese Wandlung von der „Krise" zur „Katastrophe" mag dem Leser die tragische Bedeutung des revolutionären Prozesses vergegenwärtigen, welcher sich in Rußland im Verlaufe dieser zwanzig Jahre entwickelt hat.

1904 war die erste russische Revolution im Anzuge. Ihre Symptome waren für jedermann außer dem Zaren und seiner Regierung so klar, so augenscheinlich, daß es nicht allzu schwer war, den Propheten zu spielen. Die Gründe, warum die erste russische Revolution 1905 unvermeidlich geworden war, sind in meinen früheren Vorlesungen erörtert worden[1]).

Ich will dem Leser nun über die Vorgänge berichten, die sich in Rußland seit jener Zeit abgespielt und die zweite russische Revolution im Jahre 1917 notwendig und unvermeidlich gemacht haben.

I.

Der Hauptgrund war der, daß die erste Revolution mißlungen war. In einem Augenblick der Panik unterzeichnete der Zar das berühmte Manifest vom 30. Oktober 1905. Wäre das darin enthaltene Versprechen ernst gemeint gewesen, hätte es eine

[1]) „Russia and its Crisis", 1905. Chicago University Press. Eine französische Übersetzung: „La crise russe", erschien in der Librairie Nouvelle, Paris, 1907 (mit einem Zusatzkapitel über russische Parteien und Ereignisse der Jahre 1905—1906).

wirklich konstitutionelle Verfassung im Gefolge gehabt, und wäre damals mit einer gesunden Entwicklung der politischen Freiheit der Anfang gemacht worden, so ist es sehr wohl möglich, daß es zu der zweiten Revolution überhaupt nicht gekommen wäre. Tatsächlich war aber der Zar nie gewillt, seine Prärogativen zu beschneiden. Seine Ansicht und insbesondere die der Zarin[2]) ging vielmehr dahin, daß es seine sittliche Pflicht wäre, das gesamte Erbe, das er von Gott und von seinen Vorfahren erhalten, unversehrt seinem Nachfolger zu hinterlassen. Diese unversöhnliche Auffassung, die allen Autokraten gemeinsam ist, hat des Zaren Schicksal zu einem tragischen gestaltet. Sie war es auch, die den revolutionären Prozess in Rußland andauern ließ, und zugleich dessen Zweckrichtung auf das äußerste komplizierte.

Der Zar bereute bald auch jene geringen Zugeständnisse an das russische Volk, zu denen er sich verstanden hatte. Er war dauernd auf der Lauer nach einem günstigen Augenblick, um seine ungeschmälerte autokratische Gewalt wieder zu erlangen. Die junge Volksvertretung, die „Duma", wünschte andererseits ihre Macht über die außerordentlich engen Schranken der Scheinverfassung von 1906 hinaus zu erweitern. Die Duma bestand darauf, eine wirkliche Vertretung der Nation zu sein, ein wirkliches Organ der gesetzgebenden Gewalt. Nikolaus II. blieb seiner Schöpfung gegenüber feindlich gesinnt. Er behielt sich das Recht vor, seine Minister sowie die Hälfte der Mitglieder des Oberhauses zu ernennen, und von diesem Recht machte er uneingeschränkten Gebrauch, um seinen Willen durchzusetzen und jede Handlung der Duma zu paralysieren, die nicht nach seinem Wunsch ausfiel. So war denn das Jahrzehnt, das zwischen den beiden Revolutionen liegt (1906—1917), von einem rastlosen Kampf zwischen der Duma und den Ministern des Zaren erfüllt, einem Kampf, der die Möglichkeit eines friedlichen Fortschritts für Rußland ausschloß.

Dieser Kampf verlief in zwei Etappen, die den Legislaturperioden der beiden ersten und der beiden letzten Dumas entsprechen. Die erste Etappe, die mit der Tätigkeit der beiden ersten Dumas zusammenfällt, war kurz und stürmisch (1906 bis 1907). Die zweite Etappe, die der beiden letzten Dumas

[2]) Durch den Briefwechsel der Kaiserin Alexandra Feodorowna, welcher nach dem Niederschreiben dieser Zeilen veröffentlicht worden ist, wird die obige Auffassung voll bestätigt.

(1907—1917), war verhältnismäßig lang und, äußerlich gesehen, ruhig. Aber im Lande war keine Ruhe. Ein zweiter Konflikt, viel ernster als der erste, reifte heran, und jedermann wußte es.

Es wird zuweilen behauptet, daß der erste Zusammenstoß zwischen dem Zaren und der Volksvertretung das Ergebnis nicht nur der Unversöhnlichkeit des Monarchen, sondern auch des politischen Maximalismus der russischen „Intelligenz" gewesen sei, die die Mehrheit in der ersten Reichsduma bildete. In Wirklichkeit hatte die Partei, der ich angehöre (die konstitutionell-demokratische oder „K.-D.", volkstümlich „Kadetten", in den Tagen des Oktober-Manifests von 1905 entstanden) und die an der Spitze jener Dumamehrheit stand, den *Wunsch* und bis zu einem gewissen Grade auch die *Möglichkeit*, den politischen Kampf nicht über den parlamentarischen Rahmen hinausgreifen zu lassen. Wir waren bereit, auf politischem Gebiet, also in der Frage einer Erweiterung der Machtbefugnisse der Volksvertretung, keinen sofortigen Konflikt heraufzubeschwören. Aber nicht in unserer Macht lag es, einem anderen Konflikt vorzubeugen — dem bei einer radikalen Lösung der Agrarfrage unvermeidlichen Konflikt mit dem Adel. Nach einigem Zögern, das durch die Bauernunruhen von 1905 hervorgerufen war, war die Regierung in dieser Frage auf die Seite des Adels getreten. Und das Schicksal einer Duma, die sich die Lösung der Agrarfrage zur Aufgabe gemacht hätte, war eigentlich besiegelt, noch bevor sie zusammengetreten war. Wie Graf Witte erzählt, hatte sein Rivale Goremykin in einem unter Vorsitz des Zaren stattgehabten Ministerrat erklärt, daß die Duma auseinandergejagt werden müßte, wenn sie die Agrarfrage anschneiden würde. Graf Witte, dem Zaren wegen seines Oktober-Manifestes verhaßt, wollte die Verantwortung für die Ausführung dieses Beschlusses nicht übernehmen und reichte vor dem Zusammentritt der Duma seine Demission ein, um durch den „Minister der Duma-Auflösung" ersetzt zu werden.

Es muß aber gesagt werden, daß er zuvor alles getan hatte, um bei dem bevorstehenden Konflikt den Sieg der Autokratie zu sichern. Nachdem er durch den Frieden von Portsmouth den Krieg mit Japan liquidiert hatte, dessen ungünstiger Verlauf die revolutionäre Bewegung von 1905 mit beeinflußt hatte, beschleunigte er die Rückkehr der russischen Truppen aus der Mandschurei. Es darf nicht vergessen werden, daß gerade die Abwesenheit dieser Truppen zur Zeit des großen Oktoberstreiks

und die Unzuverlässigkeit der Garnisonen den Zaren zur Unterzeichnung des Oktobermanifests gezwungen hatte. Sodann war es Witte gelungen, in Frankreich eine Anleihe aufzubringen, die der Regierung ein gewisse Unabhängigkeit von der Duma verschaffte. Es muß andererseits auch erwähnt werden, daß der Sieg der Regierung im Konflikt mit der Duma durch die unter den russischen politischen Gruppen einsetzenden Zerwürfnisse außerordentlich erleichtert wurde. Die politische Einheitsfront, die vor dem Oktobermanifest bestand, war nach dessen Verkündigung gebrochen. Die revolutionäre Bewegung trennte sich von der konstitutionellen, machte den Versuch, aus eigener Kraft einen bewaffneten Aufstand durchzuführen und wurde im Dezember 1905 auf den Moskauer Barrikaden geschlagen. Wenn daraufhin die Wahlen doch noch auf Grund des ziemlich liberalen Wahlgesetzes vom 11. Dezember stattfinden konnten, so ist dies darauf zurückzuführen, daß die Regierung bestimmt mit einer gehorsamen, farblosen Bauernmehrheit rechnete. Als aber im April 1906 eine radikal gesinnte Duma zusammentrat, hatte die Kurve der politischen Stimmung im Lande bereits ihren Tiefstand erreicht. In dem Entschluß, mit einer ungehorsamen Duma aufzuräumen, brauchte die Regierung nunmehr keine große Gefahr und kein Risiko zu erblicken.

Es wird des weiteren darauf hingewiesen, daß sich der Kadettenmehrheit der ersten Duma die Gelegenheit bot, die Regierung zu bilden, daß sie aber darauf verzichtet habe. Das ist ebenfalls nicht richtig. Die Geschichte der diesbezüglichen Verhandlungen mit den Vertretern des Regierungslagers habe ich in meiner Broschüre „Drei Versuche“ erzählt[3]). Daraus ist ersichtlich, daß in der Tat ein Versuch von dem Zaren ausgegangen war, durch Vermittlung seiner Minister bei mir die Bildung eines Mehrheitskabinetts anzuregen. Aber die Unterhändler meinten es nicht ernst. Es handelte sich für sie darum, einige volkstümliche Namen für das Kabinett zu gewinnen, aber sie waren nicht bereit, irgendwelche wesentlichen Zugeständnisse an unser politisches Programm zu machen. Infolgedessen waren wir natürlich nicht in der Lage, die Regierungsgewalt und die Verantwortung vor dem Volke zu übernehmen.

---

[3]) „Drei Versuche“, Povolotzky-Verlag, Paris, 1922 (in russischer Sprache).

Die Verhandlungen hatten kein Ergebnis gezeitigt und die Chance, die sich für eine friedliche Entwickelung bot, war verloren. Die „Duma der Volkshoffnung“ wurde nach 70 Tagen ihres Bestehens aufgelöst. Der von der Opposition aus Wiborg erlassene Aufruf zum passiven Widerstand, zur Verweigerung von Steuerzahlungen und Rekrutenstellung im Falle der Nichteinberufung einer neuen Duma, schlug fehl. Diese Tatsache hatte gezeigt, wie weltfremd und theoretisch der ständige Appell zum Volksaufstande war, mit dem sich die sozialistischen Parteien herumtrugen. Doch wurde die Antwort auf die Dumaauflösung vom Volke bei den neuen Wahlen gegeben. Trotz aller Bemühungen der Regierung (die in der Wahlmache noch keine genügende Erfahrung hatte), schickten die Wähler zur zweiten Duma, der „Duma des Volkszornes“, eine *sozialistische* Mehrheit anstatt der früheren bürgerlich-radikalen. Die Kadetten bildeten jetzt nur ein Fünftel der Duma. Von nun ab war das Schicksal der Volksvertretung besiegelt. Ein Kompromiß wäre mit der früheren konstitutionellen Mehrheit möglich gewesen, war aber, wie eben dargelegt, nicht zustande gekommen. Kein Kompromiß, welcher Art auch immer, war dagegen mit den sozialistischen Parteien möglich, welche damals extremistisch und revolutionär waren. Nach 100 Tagen ihres Bestehens wurde die zweite Duma, trotz ihrer äußerst vorsichtigen Taktik, ebenfalls aufgelöst. Die Begründung — diesmal ernsthafter gehalten — wurde aus dem Versuch einer extremen sozialistischen Gruppe hergeleitet, ihre Parlamentssitze zur Vorbereitung einer Revolution in Rußland auszunutzen.

Die zweite Etappe begann mit einem offenen Verfassungsbruch. Unter dem Einfluß des Adels und der reaktionären Parteien hatte Stolypin den Zaren dazu bewogen, vor Einberufung der dritten Duma das Wahlgesetz zu ändern. Nach dem vom Zaren selbst bewilligten Grundgesetz von 1906 durfte diese Änderung ohne Zustimmung der Duma nicht vorgenommen werden. Man brach aber die Verfassung. Ein neues Wahlstatut wurde am 16. Juni 1907 im Verordnungswege erlassen und die Mehrheit in künstlicher Weise verschoben, zum Nachteil der demokratischen Parteien und zugunsten der privilegierten Klasse des Adels und der Grundbesitzer[4]).

[4]) Diese folgenschwere Tatsache kann durch die Änderung in der sozialen Zusammensetzung der Duma vor und nach dem Verfassungsbruch illustriert werden:

Von diesem Augenblick an war die Gefahr einer radikalen Agrarreform gebannt; zugleich aber hatte die Duma allen ihren Einfluß auf das Volk eingebüßt. Die politischen Parteien, welche die Massen vertraten, wurden für „illegal" erklärt, und von Rechts wegen verfolgt. An ihre Stelle sollten in der Duma neue, unter Aufsicht der Regierung gebildete Parteien treten, und diese waren als Exponenten der privilegierten Klassen oder der reaktionären politischen Gruppen anzusehen. Diese Scheinvertretung war es, die, ständig bereit, jedem Wink der Regierung Folge zu leisten, im Verlauf des Jahrzehntes 1907—1917 als gesetzgebende Körperschaft funktionierte. Mit Recht nennt Graf Witte die dritte Reichsduma eine „Lakaienduma", ein Werk der Kartenmischer. Nur solche Gesetze hatten Aussicht auf Verabschiedung zu gelangen, die der Regierung genehm oder von dieser eingebracht waren. Alle Bemühungen der Opposition, die vom Oktobermanifest praklamierten allgemeinen Prinzipien, wie Rede- und Gewissensfreiheit, Versammlungsrecht, Freizügigkeit, persönliche Unantastbarkeit, gesetzgeberisch festzulegen, scheiterten regelmäßig an dem Widerstande der Regierungsmehrheit oder wurden ad calendas graecas vertagt. Auf der andern Seite wurden Gesetze von weittragender Bedeutung zur Sicherung des Großgrundbesitzes oder zur Schmälerung der Rechte der Nationalitäten (Finnland, Polen) erlassen.

Jedoch darf bei der Beurteilung der damaligen Lage der Dinge ein anderes Moment nicht übersehen werden, das in einem Gegensatz zu jener Beherrschung der Duma durch die Regierung stand. In solchen Fragen, wie Staatshaushalt, Volks-

	Vor 1907	Nach 1907
Landadel	34,0%	51,0%
Bauern	43,0%	22,4%
Bürgertum	23,0%	24,2%
Arbeiter	3,4%	2,3%

Hierbei ist zu erwähnen, daß nach der Wahlordnung vom 16. Juni 1907, welche wahrhaftig „das schlechteste sämtlicher Wahlsysteme" darstellte, um Bismarcks Wort von dem preußischen Klassenwahlsystem zu gebrauchen, die Bauern- und Arbeitervertreter aus einer Anzahl von Kandidaten nicht durch die Bauern und Arbeiter selbst, sondern jeweils durch eine Gruppe größter Grundbesitzer und reichster Bourgeois nach ihrem Gutdünken in den Provinzialwahlversammlungen gewählt wurden. Hieraus erklärt es sich, weshalb die Bauernvertreter, welche in den zwei ersten Dumas die Reihen der Opposition füllten, nunmehr fast ausschließlich hinter den Regierungsparteien saßen und auf diese Weise die absolute Majorität des Landadels noch weiter stärkten. Vgl. meinen Artikel: „The Representative System in Russia" in „Russian Realities and Problems", Cambridge, Great Britain, 1907.

erziehung, Landesverteidigung, sah sich die Regierungsmehrheit öfters veranlaßt, aus patriotischen Erwägungen heraus oder unter dem Druck der öffentlichen Meinung mit der Opposition und gegen die Regierung zu stimmen. Die Sorge um den Ausbau der Armee und der Marine hatte die Regierungsmehrheit sogar in einen Konflikt mit der Prärogative der Krone gebracht, und der Führer dieser Mehrheit, Gutschkoff, wurde in den Hofkreisen zu einem „Jungtürken" gestempelt. Praktisch waren derartige Konflikte natürlich belanglos; nur daß sie zu einer Entfremdung zwischen dem Ministerpräsidenten Stolypin und der Regierungsmehrheit und zu Versuchen führten, diese Mehrheit durch eine andere, aus Nationalisten und Abgeordneten der Rechten zusammengesetzte, abzulösen. Ein Mißtrauensvotum vermochte das Kabinett nicht zu stürzen und konnte das Vertrauen des Zaren zu seinen Ministern keineswegs erschüttern. Im Gegenteil: je mehr sich ein Minister in einen Gegensatz zur Duma setzte, für um so zuverlässiger galt er — so wollte es beinahe scheinen — in jenem Kampf zwischen dem alten Regime und der russischen Demokratie.

Das Ergebnis war, daß die Duma — selbst in jener zugerichteten Form — weit davon entfernt, die Gefahr einer neuen Revolution zu beseitigen, durch ihre Tätigkeit eher dazu beitrug, diese Gefahr noch weiter zu steigern. Jede positive Arbeit, die die Bedürfnisse des Landes befriedigen und so zur Beschwichtigung der Unzufriedenheit im Volke hätte beitragen können, wurde durch die Haltung der Regierungsmehrheit und des Oberhauses unmöglich gemacht — jenes Oberhauses, das dank seiner einzigartigen Struktur zu einem „Friedhof für die guten Absichten der Duma" geworden war, wie es von witzigen Leuten genannt wurde. Auf der andern Seite konnte der Opposition eine offene Kritik an der Regierungspolitik nicht genommen werden. Die Duma, deren Sitzungen öffentlich abgehalten wurden, war bald zu der einzigen Stelle geworden, von der aus das freie Wort ertönte, und keine Zensur vermochte es, den schonungslosen Enthüllungen über die geheimen Pläne der Regierung den Weg in die Öffentlichkeit zu versperren. Die Namen der Oppositionsredner der Duma wurden weit über das ganze Land bekannt. Hieraus erklärt es sich, weshalb die Führer der Dumaopposition beim Ausbruch der zweiten Revolution automatisch zu Führern der Volksbewegung wurden, in der die Duma selbst keinerlei Rolle zu spielen vermochte.

Zugleich trug die öffentliche Diskussion über Fragen des Staatshaushalts, der Gesetzgebung, der auswärtigen Politik, des Heer- und Marinewesens dazu bei, den Schleier zu lüften, der bisher die Laien von dem Heiligtum der Regierungsgeschäfte getrennt hatte. Dank der Duma wurde die politische Debatte nach und nach zum Gemeingut der Nation.

Allmählich gewann selbst in gemäßigten Kreisen die Überzeugung an Boden, daß eine zweite Revolution unvermeidlich sei. Überdies war jedermann überzeugt, daß diese Revolution erfolgreicher sein würde als die erste, dank der besseren politischen Erziehung der Massen.

Dies ist die knappe und flüchtige Skizze der äußeren politischen Geschehnisse, die zur Vorbereitung der zweiten russischen Revolution von 1917 beigetragen haben. Es wäre uns aber unmöglich, sich die Gründe zu vergegenwärtigen, weshalb die Auflehnung gegen eine so gewaltige Macht, wie die des alten Absolutismus, sich anscheinend als so leicht erweisen konnte, weshalb das ganze Gebäude der Bureaukratie auf einmal in Stücke ging, und so vollständig bis auf seine Grundlagen zerstört wurde, — wenn ich mich auf diese äußere Darstellung des allgemeinen Ganges der Ereignisse in den Jahren 1906—1917 beschränken würde. Ein tieferer Einblick in die russische Vergangenheit ist notwendig, um gewisse besondere Züge zu erklären, die die russische Revolution aufweist. Die im folgenden entwickelte Auffassung bleibt im wesentlichen dieselbe, wie in meinem bereits erwähnten Buche „The Russian Crisis".

II.

Im allgemeinen läßt sich sagen, daß in einem bestimmten Zeitpunkt der nationalen Entwicklung eine gewaltsame Umwälzung der veralteten politischen und sozialen Ordnung in jedem zivilisierten Gemeinwesen sehr wohl zu erwarten ist, welches fähig ist, sich aus der mittelalterlichen Verfassung heraus zu einer modernen Demokratie zu entwickeln. Die russische Revolution bildet keine Ausnahme von dieser allgemeinen Regel. Sie ist in mancher Hinsicht den andern Revolutionen ähnlich, beispielsweise der englischen Revolution des siebzehnten Jahrhunderts und insbesondere der großen französischen Revolution 1789—1795. Als ich im Jahre 1917 noch einmal Taines Werk über „Das alte Regime und die Revolution" las, war ich erstaunt darüber, wie groß die Ähnlichkeit selbst

in den geringsten Details war, auf die ich vor der russischen Revolution niemals aufmerksam geworden war. Besser als je zuvor im Verlauf meiner Studien konnte ich einsehen, wie gleichartig die Psychologie aller Revolutionen ist.

Allein es darf zugleich nicht vergessen werden, daß jedes Volk seine Besonderheiten hat, sowohl im revolutionären als im normalen Stadium seiner Entwicklung. Um diesen besonderen Charakter der russischen Revolution dem Leser verständlich zu machen, muß ich seine Aufmerksamkeit auf jene Eigentümlichkeiten lenken, die das Erbe der gesamten geschichtlichen Entwicklung Rußlands sind. Meinem Urteile nach lassen sich alle diese Eigentümlichkeiten auf eine zurückführen. Der grundlegende Unterschied, der zwischen der sozialen Struktur Rußlands und derjenigen anderer zivilisierter Länder besteht, kann dahin charakterisiert werden, daß wir es hier mit einer gewissen Lockerheit, mit einem Mangel an fester Kohäsion oder Zementierung jener Elemente zu tun haben, welche in ihrer Gesamtheit das soziale Gefüge bilden. Dieser für die russische Gesellschaft bezeichnende Mangel an Konsolidierung läßt sich auf allen Gebieten des Kulturlebens beobachten, ob wir nun unser Augenmerk auf politische, soziale, geistige oder nationale Momente richten.

Vom politischen Standpunkte aus gesehen, mangelte es den russischen staatlichen Einrichtungen an Kohäsion und Amalgamierung mit den Volksmassen, über die sie herrschten. Diese Eigenheit des russischen Staatswesens läßt sich durch seine Entstehung und durch den Prozeß seines geschichtlichen Wachstums erklären. Im Grenzgebiet Europas und Asiens entstanden, ist der russische Staat erst spät auf der geschichtlichen Bühne erschienen. Bewegt man sich in der Richtung vom Westen nach dem Osten Europas, so läßt sich eine gewisse, regelrechte Reihenfolge in dem Aufkommen der Staaten feststellen. Derselbe Prozeß der staatlichen Entwicklung, der sich an den Ufern der Seine und Loire bereits im V. bis VII. Jahrhundert vollzog, entfaltete sich ein bzw. zwei Jahrhunderte später (im VII. bis VIII. Jahrhundert) in den ostwärts vom Rhein gelegenen Ländern, und vier oder fünf Jahrhunderte später in den Ostgebieten Deutschlands (IX. bis XI. Jahrhundert). Auf den grenzenlosen Ebenen des künftigen russischen Reiches hatten sich staatliche Einrichtungen fünf bis neun Jahrhunderte später als in Frankreich entwickelt: der früheste Zeit-

punkt ist in der Geschichte Südrußlands zu suchen (Kiew am Dnjepr im IX. bis XII. Jahrhundert), der späteste — in der Bildung des Moskauer Zentrums (XIV. bis XVI. Jahrhundert).

Infolge ihres späteren Aufkommens mußten nun die staatlichen Einrichtungen Osteuropas zwangsläufig gewisse Formen annehmen, die von denen im Westen abwichen. Im Osten trat der Staat zu spät in Erscheinung, als daß er von innen heraus, in einem organischen Entwicklungsprozeß sich hätte aufbauen können. Er wurde von außen her nach dem Osten verpflanzt. Im Westen entwickelte sich der Staat allmählich aus dem Anfangsstadium der Stammesverfassung, durch das Zwischenstadium der Stammesaristokratie (Stammeshäuptlinge) hindurch. Im Osten war die Differenzierung innerhalb der Stämme noch nicht weit genug gediehen, als die Notwendigkeit einer staatlichen Organisation sich bereits geltend machte. Beim Fehlen interner Elemente für den Aufbau eines nationalen Staatswesens wurden nun staatliche Institutionen einfach als Überbau über die Stammeseinrichtungen gelegt. Wir haben eine sehr bezeichnende Sage, welche diesen Werdegang des russischen Staates symbolisiert. Boten der russischen slawischen Stämme, so lautet die Sage, waren zum nordischen Wiking Hrörekr gekommen, um ihn nach Rußland einzuladen und zur Übernahme der königlichen Gewalt daselbst aufzufordern. „Unser Land", so sollen sie gesagt haben, „ist groß und reich. Aber Ordnung hat es nicht. Komme regieren und herrschen über uns". Öfter werden Sie jetzt diesen Ausdruck: „die Herbeirufung der Normannen", vernehmen, welcher andeuten soll, daß es Rußland wieder einmal nottut, seine „Ordnung" von außen her zu erhalten. Gerade an jene Sage knüpfte auch die erste und einzige Theorie des russischen Nationalismus an, die jemals bestanden hat, nämlich die sogenannte slawophile Theorie. Hierdurch wollten die Slawophilen erweisen, daß die russischen Staatseinrichtungen, aus fremder Quelle geflossen, fremd der russischen Seele und dem russischen Leben geblieben wären. Es hieß, das „Land" wollte der Sünde des „Staates" fern bleiben. Das „Land" hätte den Weg der „inneren Wahrheit" — den Weg der Maria — vorgezogen, indem es den Weg der Martha — den der „äußeren Wahrheit", der durch Gewalt aufrecht erhaltenen „Ordnung", — den fremden Söldlingen überließ. Sollte diese äußere Gewalt des Staates fortfallen, würden die russischen Massen zu dem Zustande der natürlichen Anarchie zurückkehren.

Wie seltsam dies auch klingen mag, so findet diese eigenartige Theorie doch eine Stütze in den Tatsachen der russischen Geschichte. Auf Jahrhunderte hinaus blieb die Staatsgewalt in Rußland das, was sie zu jener Zeit war, als die nordischen Wikinger zum ersten Male gekommen waren: ein Außenseiter, ein Fremdling, dem gegenüber die Pflicht des Gehorsams nur in dem Maße anerkannt wurde, in dem er sich als nützlich erwies. Das Volk war nicht gewillt, sich mit dem Staat zu identifizieren, es fühlte sich nicht als dessen Bestandteil, der für das Ganze verantwortlich wäre. Das Land fühlte sich und lebte tatsächlich unabhängig von den Staatsbehörden. Dies war nicht nur möglich, sondern praktisch unvermeidlich infolge des äußerst primitiven und unentwickelten Verwaltungssystems. Bei diesem System, das durch äußerste Spärlichkeit der Vollzugsorgane im Lande gekennzeichnet war, war die Zentralregierung einfach nicht imstande, jeden einzelnen Bürger zu erfassen. Ob es sich um Erhebung von Steuern und Abgaben, oder um Verfolgung von Straftaten handelte, für eine sehr lange Zeit stand der Regierung kein anderes Mittel zur Verfügung, als sich an die gesamte Gemeinde zu halten, zu der der betreffende Steuerzahler oder Verbrecher gehörte. Die Gemeinde war mithin für ihre einzelnen Mitglieder verantwortlich. Als Peter der Große sich dazu entschloß, diese Zustände zu ändern und eine bessere Ordnung an Stelle dieser primitiven Anarchie einzuführen, indem das schwedische Verwaltungssystem zum Muster genommen werden sollte — dieses stand damals hoch im Ruf — sagten ihm seine ausländischen Berater, daß die Anwendung eines derartigen Systems auf Rußland untunlich sei, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil es zu kostspielig wäre. Sie sagten ihm, daß es mehr kosten würde, eine kleine Provinz, wie Livland, nach schwedischem Vorbilde zu verwalten, als die laufenden Ausgaben für ganz Rußland betrugen, solange es in althergebrachter Weise regiert wurde.

Die Bevölkerung war zu arm, um die Kosten einer vervollkommneten Provinzialverwaltung, wie sie in fortgeschrittenen Ländern bestand, tragen zu können. Sie war sogar für jene Ausgaben zu arm, welche die Zentralverwaltung mit ihren rasch steigenden Anforderungen mit sich brachte. Die politische Entwicklung und der Expansionsprozeß des russischen Staates waren stets im voraus gegenüber Rußlands wirtschaftlicher Ent-

wicklung. Der Staat war infolgedessen gezwungen, aus seinen armen Untertanen mehr herauszuholen, als sie nach billigem Ermessen leisten konnten. Es ergab sich hieraus die objektive Notwendigkeit, zu Gewaltmitteln zu greifen. Die Bürde, die die Unterhaltung der sich ausbreitenden staatlichen Einrichtungen auferlegte, wurde mit der Zeit außerordentlich drückend, und diese steigende Belastung war natürlich am wenigsten geeignet, zur Umwandlung der traditionellen passiven Unterwerfung in eine freiwillige Gehorsamsbereitschaft beizutragen.

Es ist hiernach verständlich, weshalb in Rußland erstens: die Dorfbevölkerung ihrer Geistesverfassung nach bis auf die letzte Zeit gewissermaßen einer natürlichen Anarchie huldigte, zweitens: alle wichtigen Neuerungen nur von oben, von den Staatsbehörden, kommen konnten, und drittens: jede neue Staatsgewalt, welche dem einfachen Volke nicht allzusehr „wider den Strich" ging, zuversichtlich auf passiven Gehorsam rechnen konnte. Hierin liegt zu einem großen Teil die Erklärung für die Ereignisse der russischen Revolution[5]).

Wir wollen nun dieselbe grundlegende Eigenschaft von ihrer andern Seite betrachten: wir kommen auf den Mangel an *sozialer* Kohäsion in Rußland zu sprechen. In der sozialen Geschichte Rußlands finden wir keine Bevölkerungsgruppen, die stark genug gewesen wären, um die Staatsgewalt zu beschränken. Wir wissen, daß es in Westeuropa zur Zeit des mittelalterlichen Lehnwesens oder im Bereich der sich später entwickelnden städtischen Freiheiten anders war. Im europäischen Osten gab es keinen Landadel und kein Bürgertum, stark und einig genug, um der wachsenden Gewalt des Zaren Bedingungen diktieren zu können. In Rußland sowohl wie in Byzanz oder unter muselmännischen Herrschern galt der gesamte Landbesitz als ursprünglich dem Staatsoberhaupt gehörend, ob dieser nun Kaiser, Zar oder Kalif hieß. Der Landadel, weit davon entfernt, die Gewalt des Herrschers zu beschränken, war in Rußland von dieser selben autokratischen Gewalt als des Zaren militärische „Dienstklasse" geschaffen. Der Zar wies den Edelleuten ihre Landgüter zu, wobei aktiver Heeresdienst Bedingung war.

---

[5]) Eine ausführlichere Erörterung dieser und der nächstfolgenden Gedankengänge findet der Leser in meinen „Skizzen russischer Kulturgeschichte" (die beiden ersten Bände sind ins Deutsche übersetzt worden).

Es ist sehr charakteristisch, daß in Rußland, vom XVI. Jahrhundert an, die Worte „Hofleute“ und „Dienstmannen“ zur Bezeichnung des Adels und der Grundbesitzer gebraucht wurden. Es ist wahr, daß im XVIII. Jahrhundert die vom Zaren verliehenen militärischen Lehen sich endgültig zu unbeschränktem und unbedingtem privaten Grundeigentum entwickelt hatten und zugleich der Adel vom obligatorischen Heeresdienst befreit wurde. Allein die russischen Bauern hatten es nicht vergessen, daß die Besitztümer ihrer Herren ursprünglich dem Zaren gehörten und den Gutsbesitzern nur zeitweilig verliehen waren, als Entlohnung für ihre Dienstleistung. Und von dem Augenblick an, wo die militärischen Lehen Privateigentum der Adligen geworden waren, warteten die Bauern beharrlich auf die Zeit, wo der Zar gnädig genug sein würde, um ihre Not zu erkennen und ihnen das Land zurückzugeben. Sie waren fest überzeugt, daß er dies tun werde, wobei seine ehemaligen „Diener“ dann mit Geld abgefunden würden. Diese Überzeugung hatte eine ganze Reihe von Bauernaufständen zur Folge, die von der Zeit Katharinas II. bis zur Bauernbefreiung im Jahre 1861 nicht aufhören wollten.

Seinerseits tat der Landadel genau das Gegenteil von dem, was notwendig gewesen wäre, um diese Volksauffassung zu untergraben. Es ist hier in erster Linie darauf zu verweisen, daß es in Rußland kein Erstgeburtsrecht gab. Der Landbesitz wurde aufgeteilt und immer wieder aufgeteilt, bis sich die Güter in der dritten oder vierten Generation in eine Anzahl kleiner Landanteile verwandelten, welche sich nicht allzusehr von den Bauernhöfen unterschieden. Es hatten sich nur wenige alte Adelsfamilien erhalten; die meisten von ihnen waren ausgestorben. Da die Aufnahme in die Klasse der Landbesitzer für jedermann möglich war, füllten sich die gelichteten Reihen allmählich mit Neulingen. Insbesondere genügte es seit der Zeit Peters des Großen, einen bestimmten Rang im Beamten- oder militärischen Dienst erreicht oder (zu einer späteren Zeit) den Orden des heiligen Wladimir erhalten zu haben, um in die Reihen des Adels aufzusteigen. Mit der Zeit verlor auch dieser neue „Rang“adel wiederum einen großen Teil seines Besitzes, ebenso, wie es dem alten „Abstammungs“adel ergangen war. Ein gut Teil dieses Besitzes wurde von den Bauern auf Grund des Befreiungsgesetzes von 1861 erworben. Doch hatte der Adel noch immer etwa 105 Millionen Dessjatin behalten.

Das Zusammenschrumpfen des adligen Landbesitzes ging seither weiter vor sich. Nur noch ein Drittel der erwähnten Fläche (35 Millionen Dessjatin) war in den Händen des Adels verblieben, als 1917 die Revolution ausbrach. Die Bauern bestanden darauf, daß auch dieses Drittel in ihren Besitz übergehe. Im Jahre 1905 flammten die Bauernaufstände mit unerwarteter Heftigkeit auf. Viele Gutshöfe wurden niedergebrannt und manche Gutsbesitzer getötet. Diese Bewegung war es, die die von den beiden ersten Dumas geplante Agrarreform zur gebieterischen Notwendigkeit gemacht hatte. Die von den Bauern erhobene Forderung nach Aufteilung des Landes lag tatsächlich dem ganzen politischen Kampf der letzten Jahrzehnte zugrunde. Somit wurde eine rechtzeitige und gerechte Lösung des Problems der politischen Freiheit durch diese soziale Frage erheblich erschwert. Die Agrarfrage wurde zum Hauptstreitpunkt der Parteiprogramme, zu jener Arena, auf der sich der Wettbewerb der Parteien abspielte. Die sozialistischen Gruppen hatten sich dem Standpunkt der Bauern in bezug auf die Enteignung des adligen Grundbesitzes angeschlossen, aber sie wollten, daß das Land an den Staat, nicht an die einzelnen Bauern überginge. Meine Partei, die „bürgerliche" Demokratie, suchte die Forderungen des Volkes mit dem Rechtsstandpunkt des Privateigentums und mit gesunden wirtschaftlichen Grundsätzen in Einklang zu bringen. Gerade die Verhinderung einer derartigen Lösung war der Hauptzweck der Regierung, als sie die beiden ersten Dumas auseinandertrieb und das Wahlgesetz zugunsten des Adels abänderte. Nach der Einberufung der dritten Duma, deren Zusammensetzung nach dem Wunsch der Regierung ausfiel, trat die Staatsautorität auf die Seite der Großgrundbesitzer. Der neue Ministerpräsident Stolypin suchte im Wege besonderer Gesetzesmaßnahmen den Blick der Bauernschaft von dem Landbesitz abzulenken und durch gewaltsame Zerschlagung der Reste der alten russischen Landgemeinde (des „Mir") die reichen Bauern auf Kosten der ärmsten zu entschädigen. Dieser Versuch einer reaktionären sozialen Gesetzgebung gehörte mit zu den Gründen, die zum Erfolg der extremen Elemente bei der zweiten Revolution beigetragen haben. Gleich das erste Ergebnis dieser Revolution war die Verdrängung der neuen privilegierten Gruppen der vermögenden Bauernschaft aus ihren unter der Stolypinschen Agrargesetzgebung erworbenen Besitztümern. Sodann ging aber der

revolutionäre Prozess weiter. Die den Bauern genehme Lösung des verwickelten Agrarproblems setzte sich in der allgemeinen Krise durch. Dieselbe revolutionäre Erschütterung, durch die die Autokratie zerstört wurde, hat auch deren Verbündete, den Landadel und den Großgrundbesitz, weggefegt. Man sieht, in welch hohem Maße dieses Ergebnis durch die soziale Geschichte Rußlands begünstigt und vorbereitet worden war.

Wir wollen uns nun mit der dritten Erscheinungsform desselben Mangels befassen, den das Gesamtbild der russischen Kultur aufweist: mit dem Mangel an *geistiger* Kohäsion zwischen den verschiedenen Gruppen der Nation. Ohne Zweifel wäre es abwägig, eine gewisse nationale Denkart und eine seelische Verfassung ableugnen zu wollen, die *allen* sozialen Gruppen gemeinsam ist. Der russische Intellektuelle ist kein Fremder für sein Volk. Aber auch hier hat der Gang der Geschichte eine Zusammenschweißung der beiden Schichten, der Intellektuellen und des Volkes, für eine lange Zeit verhindert. Zunächst waren bis vor siebzig Jahren der Adel und die Landbesitzer die einzige gebildete Klasse in Rußland. Lange Zeit hindurch teilten die Intellektuellen das Los dieser Klasse. Unter Peter dem Großen (1689—1725) eigneten sie sich im Auslande, um dem Staat in seinem Umbildungsprozess dienstbar sein zu können, eiligst einige oberflächliche Kenntnisse aus dem Bereich der angewandten Wissenschaften an. Unter Kaiserin Elisabeth (1741—1761) ahmten sie, um ihr zu Gefallen zu sein, französische Sitten nach und lernten sich zu kleiden, zu reden und zu tanzen, wie es einem vollendeten Hofmann ziemte. Unter Katharina II. (1762—1796) lasen sie, um ihrem Beispiel zu folgen, Montesquieu und Voltaire und zeigten Interesse für fortschrittliche Politik. Seit der Zeit Alexanders I. (1801—1825) aber wurde der gebildete Adel zum Träger des revolutionären Geistes. Die Edelleute entschlossen sich zum ersten Male, nicht dem „Staate" als dessen Beamte, sondern dem Lande als Bürger zu dienen. Allein, durch ihre soziale Stellung sowohl wie durch die Politik der Regierung wurden sie immer noch an einer wirklichen Fühlungnahme mit dem Volke gehindert. Der aktiven Politik fernstehend und ohne Kontakt mit dem gemeinen Volke, hatten sie sich eine abstrakte Denkart ausbilden müssen. Und diese führte sie zu einer Art intellektuellem Extremismus. Die Februarrevolution in Frankreich (1848) machte die Intellektuellen zu Sozialisten. Gehorsam folgten sie seitdem den Wand-

lungen des europäischen Sozialismus, von Fourier zu Proudhon, von Proudhon zu Karl Marx, und von Marx zum revolutionären Syndikalismus. Zugleich begannen ihre Reihen, von der Mitte des XIX. Jahrhunderts an, sich mit Vertretern der niederen sozialen Schichten zu füllen und sie gaben endgültig den Zivil- und Militärdienst für Journalistik, akademische Betätigung, Wissenschaft, Kunst und andere freie Berufe auf. Sie studierten und lernten ziemlich gründlich das politische Leben der fortgeschrittenen Demokratien der Welt kennen. Aber sie hatten keine praktische Möglichkeit, den Volksmassen des eigenen Landes zu dienen. Deshalb blieben sie Extremisten, mit sehr geringer, wenn überhaupt einer politischen Erfahrung. Der Extremismus dieses Teils der russischen Intelligenz ist in hohem Maße für das Mißlingen der ersten Revolution verantwortlich. Schädigend wirkte er auch auf den Verlauf unserer zweiten Revolution, als sich diesen Intellektuellen die Gelegenheit bot, ihre Lehren zu verwirklichen. Die einzige Ausnahme bildeten jene Leute, die in der lokalen Selbstverwaltung, in den 1864 errichteten „Semstwos" arbeiteten, und die Gruppe der Universitätsprofessoren; diese Gruppen haben die konstitutionell-demokratische Partei geschaffen. Aber sie waren nicht zahlreich genug, um der ganzen fortschrittlichen Bewegung den Stempel der Mäßigung und der politischen Erfahrung aufdrücken zu können.

Das vierte Symptom jenes Mangels an staatlicher und kultureller Kohäsion tritt in den auseinandergehenden Bestrebungen der in den russischen Staat inkorporierten *Nationalitäten* zutage. Es liegt mir fern, behaupten zu wollen, daß keine gemeinsamen Interessen sie mit der Gesamtheit des Reiches verbanden. Im Gegenteil, zahlreiche Bande bestanden zwischen ihnen und den Russen, und die geographische Einheit des Territoriums übte jahrhundertelang ihren Einfluß aus. Die Lösung dieser Bande wird jetzt besonders scharf empfunden, wo sich einige von diesen Nationalitäten von dem Ganzen abgetrennt haben. Aber auch hier wurde das Gesamtgefüge eher durch passive Zustimmung als durch bewußten Willen zur Einheit zusammengehalten. Das System der Zentralisierung und der Unterdrückung, das durch die Autokratie zur Anwendung gebracht wurde, empörte das nationale Bewußtsein. Die Unzufriedenheit hatte sich besonders in den drei letzten Jahrzehnten vor der Revolution gesteigert, seit den letzten Ver-

suchen, die von der reaktionären Regierung Alexanders III. zur Russifizierung dieser Nationalitäten gemacht wurden. Gegen Ende des XIX. Jahrhunderts war es bereits vollkommen klar, daß die Führer jener Gruppen, bei denen gerade damals das nationale Selbstbewußtsein erwachte, bei der ersten Gelegenheit auswärtige Unterstützung gegen die Politik der bureaukratischen Zentralisation suchen würden.

Das sind die wichtigsten Faktoren, die, tief in der Geschichte wurzelnd, bei jeder ernsten Erschütterung unvermeidlich hervortreten mußten. Ein natürlicher Hang zur Anarchie unter den Massen, die durch ein Gewaltregiment in den Zustand passiver Unterwerfung hineingezwungen wurden; die verfallende Macht einer privilegierten Klasse, die, dem Untergang geweiht, auf die Unterstützung seitens der ebenfalls verfallenden Macht der Autokratie angewiesen war; der theoretische Maximalismus der revolutionären Schicht der Intellektuellen, die zu utopistischen Lösungen neigte und jeglicher politischer Erfahrung entbehrte; und endlich die separatistischen Bestrebungen der an der Spitze der nationalen Minderheiten stehenden Intellektuellen: dies mußten die spezifischen Züge einer jeden russischen Revolution werden.

III.

Wir wissen jetzt, warum in Rußland mit der *Wahrscheinlichkeit* einer Revolution zu rechnen war und welches ihr Charakter sein *mußte*. Es bleibt jedoch die Frage bestehen, *wann und weshalb* die Revolution *unvermeidlich geworden* war?

Eine Revolution wird immer unvermeidlich, wenn 1. lebenswichtige Reformen von einer Staatsgewalt verhindert werden, welche 2. ihr moralisches Ansehen eingebüßt und 3. die Macht verloren hat, um die anwachsende allgemeine Unzufriedenheit der Massen zu unterdrücken.

Wir wissen, welches die lebenswichtigen Reformen waren, die von der Regierung verhindert wurden. Zwei unter ihnen waren besonders dringend geworden: die Ersetzung des patriarchalischen Regimes durch den konstitutionellen Volksstaat und die Übertragung des Landbesitzes von der verfallenden Klasse der Privilegierten an die ländliche Demokratie.

Es war auch allgemein bekannt, worin das Haupthindernis bestand, das beiden Reformen im Wege stand. Ihnen stemmte sich die politische Allianz jener beiden Kräfte entgegen, deren

Interessen in gleichem Maße durch diese Reformen bedroht wurden. Die Autokratie war durch die erste, der Landadel durch die zweite Reform bedroht. Wir wissen, welches die giftigen Früchte dieses verhängnisvollen Bündnisses waren. Es waren dies die Scheinverfassung von 1906 und die archaistische Wahlordnung von 1907.

Was das moralische Ansehen der Dynastie anbelangt, so war es durch das Hofleben und die Hofskandale endgültig untergraben. Der Zarin, der „Deutschen" gegenüber hegten die Massen eine ausgesprochene Antipathie; sie galt allgemein als der böse Genius des Zaren. Der Vergleich mit Marie Antoinette war in jedermanns Munde. Rasputin, um den herum sich ein Klüngel von Abenteurern schlimmster Art versammelt hatte, hat der Autorität des Herrscherhauses den Rest gegeben.

Es blieb die physische Gewalt, auf die sich das Regime allein stützen konnte. Diese Gewalt schien überwältigend stark und unbesiegbar, ihr gegenüber konnten die schwachen Kräfte der politischen Opposition in keiner Weise als ein ebenbürtiger Gegner gelten. Das einzige, was die Autokratie entwaffnen konnte, war ein mißglückter Krieg. Dieser Krieg war gekommen.

1905 erhielt die Autokratie die erste Warnung. Nach der im russisch-japanischen Kriege erlittenen Niederlage hatten sich die Bedingungen für eine Revolution günstig gestaltet. Wir wissen aber schon, daß Graf Witte dem Zaren rechtzeitig eine bewaffnete Macht und Geld beschafft hatte. Hierdurch war es der Regierung möglich geworden, zu einem entscheidenden Schlage gegen die erste russische Volksvertretung auszuholen.

1917 war die Lage für eine erfolgreiche revolutionäre Bewegung viel günstiger. Diesmal war kein Witte da, um den Zaren zu retten. Ein Weltkrieg, wie er nie zuvor erlebt worden war, hatte eine unvergleichlich größere Erschöpfung und Verwüstung zur Folge gehabt, als dies 1904—1905 der Fall gewesen war. Die revolutionären Kräfte waren viel besser vorbereitet und viel fester geeinigt — es war dies ein Ergebnis der zehnjährigen Tätigkeit der Volksvertretung. Was konnte die Autokratie dem allen entgegensetzen? Nichts als einen hartnäckigen und blinden Widerstand, der die irregeführten und törichten Ratgeber des Zaren jedes auch noch so geringe Zugeständnis verweigern ließ.

Sollte ein genauer Zeitpunkt angegeben werden, an dem die Revolution unvermeidlich geworden war, so würde ich auf den Herbst 1915 verweisen. Schon zu Beginn dieses Jahres war es

so offen zutage getreten, daß Rußland für die Kriegführung nicht vorbereitet war, und die Armee mußte ohne eigene Schuld so ernste Niederlagen erleiden, daß die öffentliche Meinung gegen die Regierung aufgebracht wurde. Es wurden Stimmen laut, welche rasche Maßnahmen verlangten, die es ermöglichen könnten, den von Lloyd George und Albert Thomas gewiesenen Weg zu betreten. Die Duma machte sich zum Sprachrohr der öffentlichen Meinung. Zum letztenmal versuchte es die Opposition, dem Zaren eine Chance zu bieten und für ihn eine Rettungsbrücke zu schlagen. Ich selbst war für die Bildung einer Gelegenheitsmehrheit in der Duma verantwortlich, welche wir den „progressiven Block" nannten, obwohl sie ihrem Programm nach mehr als gemäßigt war. Nicht nur die liberalen, sondern selbst die konservativsten Elemente der beiden Kammern gehörten zu diesem „Block". Wir verlangten von dem Zaren die Bildung eines Kabinetts, das „das Vertrauen des Landes besitzen würde", und forderten seine Einwilligung zu einer Reihe dringendster Reformen. Der Zar wollte von keinen Zugeständnissen hören. Noch mehr, er entließ einen nach dem anderen, alle seine Minister, die, obwohl nicht liberal gesinnt, die Notwendigkeit von Konzessionen anerkannten und dem vom „progressiven Block" angeregten Kompromiß günstig gestimmt waren.

Die Kluft stand nun (September 1915) weit aufgerissen und konnte nicht mehr überbrückt werden. Unter dem steigenden Druck der radikaleren politischen Gruppen mußten die gemäßigten Forderungen, die vom „Block" ausgingen, zurückgezogen werden. Die öffentliche Meinung verlangte jetzt die Einführung des parlamentarischen Systems, aufgebaut auf dem Grundsatz der Verantwortlichkeit des Kabinetts vor der Kammer. Für den Zaren war dies Verlangen gleichbedeutend mit der Forderung nach einer Republik.

Beim Kaiserhof liefen übrigens die Nachrichten darüber, was in der Duma und im Lande vor sich ging, in einer arg entstellten Form ein. Die Kaiserin war überzeugt, wie aus ihren Briefen ersichtlich ist, daß die Reichsduma an allen Unruhen die Schuld trage und daß es genügen würde, Gutschkow und Miliukow zu „hängen" oder nach Sibirien zu deportieren, damit alles wieder in Ordnung käme. Fürwahr, kindische Gedankengänge und kindische Unwissenheit waren es, durch die sich der Hof in jenem tragischen Augenblick leiten ließ.

Von Natur schwach und unentschlossen, geriet Nikolaus II. vollkommen unter den Einfluß seiner hysterischen Gattin. Die Zarin bestand darauf, daß keine Zugeständnisse gemacht würden. Die ihr eigene Denkart hatte sie zur Überzeugung geführt, das Ludwig XVI. und Marie Antoinette gerade deshalb von ihrem furchtbaren Los getroffen wurden, weil sie allzuweit den Wünschen des Volkes entgegengekommen waren. Ihre Unversöhnlichkeit wurde noch durch die mystische Idee verstärkt, daß sie hierbei dem Geheiß Gottes folge. Der Zar und die Zarin horchten beide auf die Stimme von oben, die ihnen von „unserem Freund", dem berüchtigten Rasputin, vermittelt wurde. Dieser des Lesens und Schreibens unkundige Bauer nützte ihren Aberglauben aus, um ihnen mit dem Zorn des Allmächtigen zu drohen, wenn sie seinem Rate nicht Folge leisten würden, und ihnen andernfalls eine ruhige und glorreiche Regierung zu verheißen, allen Zeitereignissen zum Trotz.

Sein Rat ging dahin, daß der Zar sich selber zu der Armee begeben und das Amt und die Würde des Obersten Befehlshabers für sich in Anspruch nehmen sollte. Jedermann hielt es für außerordentlich gefährlich für den Zaren, sich persönlich für die kommenden Niederlagen, die mehr als wahrscheinlich waren, verantwortlich zu machen. Allein der Zar folgte der von oben ergangenen Stimme und spielte eine klägliche Rolle in dem Hauptquartier des Generals Alexejew. Inzwischen nahm die Zarin, die in der Petersburger Residenz verblieben war, die Vorträge der Minister entgegen, beließ jene unter ihnen, die ihr genehm waren, im Amte, ersetzte die anderen durch ihre Günstlinge, die sämtlich ganz unbedeutende Persönlichkeiten waren und wie Schatten kamen und gingen. Rasputins Protektion konnte von jedem, der es wünschte, mit Geld erkauft werden, und ein Haufen Hofleute nützte seinen Einfluß aus, um sich pekuniäre Vorteile zu sichern. Zu dem Hasse, der der Regierung entgegengebracht wurde, gesellte sich jetzt die allgemeine Verachtung. Furcht vermochte die Regierung nicht mehr einzuflößen.

Die Mitglieder der kaiserlichen Familie, die Großfürsten, die den Sturz der Dynastie herannahen sahen, versuchten es, den Zar auf das Risiko aufmerksam zu machen, dem er sich und sie alle aussetzte. Es fruchtete alles nichts. Es war schwierig, beim Zaren eine Audienz zu erwirken, aber vollkommen unmöglich war es, mit ihm über unliebsame Dinge zu sprechen, die von

ihm eine entschlossene Handlungsweise verlangten. Er pflegte einem solchen Vortrag kein Gehör zu geben oder, wenn der Vortragende zu dringlich wurde, ihm den Rücken zu kehren und — das war seine beliebte Geste in solchen Fällen — ungeduldig mit den Fingern auf der Fensterscheibe zu trommeln.

Es hatte den Anschein, als ob er in seinem Innersten eine dunkle Ahnung von dem hatte, was kommen mußte, sich aber nicht dazu aufraffen konnte, der drohenden Gefahr entgegenzutreten, — als ob er im voraus beschlossen hätte, sich seinem Schicksal zu unterwerfen. Vor die unverkennbar heraufziehende Katastrophe gestellt, verharrte er in einer vollkommen passiven Haltung. Dies mußte natürlich zur Verschärfung der Gefahr beitragen. Die treuesten Diener des Zaren wurden durch seine Passivität entmutigt und ließen den Dingen ihren Lauf. Die Armeeführer waren vollkommen bereit, der kommenden Umwälzung ihre Unterstützung zu leihen. Das Gerücht will wissen, daß General Alexejew sogar entschlossen war, die Zarin während ihres Besuches in seinem Hauptquartier verhaften zu lassen. Eine plötzliche Erkrankung hätte ihn daran verhindert, auf diese Weise einen Ausweg aus der äußerst gespannten Situation zu suchen. Jedenfalls waren sich alle dessen bewußt, daß irgendeine Wandlung kommen müsse. Mitte Dezember 1916 wurde Rasputin von einigen Verwandten des Zaren mit Hilfe Purischkewitschs, des reaktionärsten unter den Dumaabgeordneten, ermordet. Da jedoch der Zar untätig blieb, war es jedermann klar, daß dies durchaus keine Lösung war. General Krymow, Gutschkow und Tereschtschenko beschlossen, zu einer Verschwörung der Garde zu greifen, um den Zaren zu verhaften. Die Verschwörer hatten sich vorgenommen, wie es hieß, Anfang März 1917 ihren Plan auszuführen. Allein, wenige Tage zuvor kam der Schlag von unten, in Form eines Aufstands der Arbeiterschaft und einiger Regimenter der Petersburger Garnison. Abgesetzt wurde der Zar weder durch eine Palastverschwörung, noch durch ein militärisches Pronunziamento. Es fügte sich, daß es durch eine Volkserhebung geschah. Die Revolution, von einigen herbeigesehnt, von vielen befürchtet, von allen vorausgesehen, war schließlich zur Tatsache geworden.

Zweites Kapitel.

Warum die Bolschewiken die Oberhand gewannen.

I.

Wir haben im Jahre 1917 zwei Revolutionen gehabt: die März- und die Novemberrevolution. Wir können die erstere eine nationale Revolution nennen. Die zweite war international.

Im März hatten sich alle Volksteile und alle politischen Gruppen — die konservativen nicht ausgenommen — in dem gemeinsamen Bestreben zusammengefunden, ihren gemeinsamen Feind, die Autokratie, niederzuwerfen. Wie kam es dazu, daß auch die konservativen Gruppen gegen das autokratische Regime Stellung nahmen?

Es erklärt sich dies durch die außergewöhnlichen Verhältnisse der Kriegszeit.

Wie früher im Krimkriege und sodann in dem unglücklichen Kampf mit Japan, so hatte sich das alte Regime auch jetzt wieder einmal als unfähig erwiesen, für die nationale Verteidigung Sorge zu tragen. Die konservativen wie die liberalen Gruppen stimmten überein in der Überzeugung, daß für Rußland keine Aussicht auf einen siegreichen Ausgang des Kampfes bestand, solange die Methoden der Autokratie die Kriegführung beherrschten. Das war der Grund, der sowohl die gemäßigten wie die konservativen Gruppen zur Unterstützung der revolutionären Bewegung veranlaßte.

Das war es auch, was die Duma mit ihrer ausgesprochen konservativen Mehrheit dazu bewogen hatte, die Petersburger militärische Erhebung vom 11. März bereitwillig mit ihrer Autorität zu decken. Die Zustimmung der Duma in jenem Augenblick war für den Ersterfolg der Revolution von ausschlag-

BIBLIOTEKA UNIWERSYTECKA W WARSZAWIE
Nr ewid. (II)
Dział Zbiorów Ogólnych

gebender Bedeutung. Hätte sich die Duma nicht an die Spitze der Bewegung gestellt, so wären die verantwortlichen Führer der Armee, wie die Generäle Alexejew oder Russkij, nimmer auf die Seite der Revolutionäre getreten. Der Zar wäre nicht so schnell und so leicht zur Abdankung bewogen worden. Ein Kampf hätte schon am nächsten Tage begonnen, ein Kampf, in dem die extremen Elemente allein oder vielleicht noch mit Unterstützung einiger Teile der Petersburger Garnison für die Revolution gefochten hätten. Sie wären dann wahrscheinlich bald isoliert und geschlagen worden.

So haben die russischen reaktionären Gruppen vollkommen recht, wenn sie die Dumaführer für den Erfolg der Revolution verantwortlich machen. Es wäre objektiv falsch und für die gemäßigten Elemente der Duma nicht ehrenvoll, wenn sie ihren Teil an der Verantwortung ableugnen wollten, jetzt, wo die revolutionäre Bewegung einen Weg eingeschlagen hat, den sie weder voraussehen, noch billigen konnten. Auf der anderen Seite sind auch die Extremisten im Unrecht, wenn sie die Rolle der Duma und der Armeeführer in der Revolution, die sie für *ihre* Revolution halten, auf das Mindestmaß zurückführen oder gar abstreiten wollen. Tatsächlich geben es aber auch die revolutionären und sozialistischen Gruppen zu, daß die Volksmassen nicht genügend organisiert waren, um den revolutionären Ausbruch ausnützen zu können — insbesondere in den ersten Monaten der Revolution —, und daß diese einen bürgerlichen Charakter trug und tragen mußte.

Auf die glorreichen Tage der „unblutigen" Märzrevolution folgte eine andere Revolution, welche nicht *national* genannt werden kann. Dieses zweite Stadium der Revolution, der bolschewistische Umsturz vom 7. November 1917, war in jeder Hinsicht dem ersten entgegengesetzt. Er nahm für sich internationale Geltung in Anspruch, denn sein Grundprinzip war die universale Auflehnung einer einzigen Klasse, der der Arbeiter, der „Proletarier", gegen alle Regierungen und alle anderen sozialen Klassen in der ganzen Welt. Rußland sollte nur als Sprungbrett benutzt werden, um jenen allgemeinen Brand hervorzurufen. Die „kommunistische" Doktrin der bolschewistischen Revolution war ein zusammengesetztes Erzeugnis, hervorgegangen aus der Marxschen Theorie, ihrer Leninschen Auslegung und den neuesten syndikalistischen Lehren, d. h. sie hatte ebenfalls einen eminent internationalen

Charakter. Hinzu kommt, daß die Hauptführer der bolschewistischen Revolution, Lenin, Trotzkij, Sinowjew und all die anderen, erst nach der Märzrevolution aus dem Auslande, aus Genf, Paris, London, New York, nach Rußland zurückgekehrt waren: die internationale sozialistische Bewegung kannten sie viel besser, als die russische Wirklichkeit.

Angesichts dieser Sachlage schien die bolschewistische Revolution vom 7. November allzusehr utopistisch, als daß sie auf Erfolg rechnen konnte. Wie konnte Rußland, ein wirtschaftlich rückständiges Land, das nur vor wenigen Jahrzehnten in das Stadium einer industriellen Entwicklung eingetreten und noch immer im wesentlichen ein Agrarland war, wie konnte ein solches Land zum Sozialismus bekehrt werden? Und sollte dies geschehen, würde es nicht einer Widerlegung der Marxschen Lehre gleichkommen? Nach Marx können nur solche Länder in das „kommunistische" Stadium hinübergeleitet werden, die bereits durch das Stadium des Kapitalismus in seiner höchstentwickelten Form gegangen sind.

Wir werden späterhin noch sehen, daß den Bolschewiken alle diese Argumente sehr wohl bekannt waren. Wir werden aber auch sehen, daß es nicht ihre Absicht war, den Kommunismus in Rußland sofort einzuführen. Der Novemberumsturz sollte in erster Linie nicht um Rußlands willen, sondern im Interesse der Weltrevolution erfolgen. Rußland war ein Mittel, kein Selbstzweck. Dementsprechend wollten die Bolschewiken von Rußland lediglich für die Zeit Gebrauch machen, die notwendig war, um den revolutionären Umschwung in wirklich kapitalistischen Ländern einzuleiten. Sie glaubten nicht, daß dieser Zeitraum ein langer sein würde, und ihr einziger Ehrgeiz bestand anfänglich nur darin, den von der Pariser Kommune von 1871 aufgestellten Rekord zu schlagen. Die Wirklichkeit hat jedoch alle Voraussagen Lügen gestraft. Die „kommunistische" Revolution vom November 1917 hatte sich als ein weit größerer Erfolg erwiesen als die nationale Märzrevolution. Die letzte von den vier Regierungen der nationalen Revolution wurde nach acht Monaten gestürzt. Die bolschewistische Regierung dagegen hat jetzt sieben Jahre Machtausübung hinter sich. Wie ist es möglich gewesen, daß die Revolution, die von allen anerkannt zu sein schien, so schnell zusammenbrach, während die extremistische, die utopistische, die Klassen-

revolution, von außen her durch einen Haufen Doktrinäre nach Rußland hineingetragen, sich als so dauernd erwiesen hat?

Eine erschöpfende Antwort hierauf soll in den folgenden Ausführungen gegeben werden. Schon jetzt muß ich aber den Leser davor warnen, sich durch die bolschewistischen Schlagwörter irreführen zu lassen. Die „kommunistische" Revolution vom November 1917 ist nur ein Teilvorgang eines langwierigen und komplizierten Prozesses. Sie hat keine Ära des „Kommunismus" in Rußland eröffnet, und die Bolschewiken selbst mußten sich an die russische Wirklichkeit anpassen, um bestehen zu können. Es war mithin lediglich die Fortsetzung des allgemeinen Revolutionsprozesses, die durch den Sieg der Bolschewiken gesichert wurde; es war nur ein neues Stadium, das hierdurch eröffnet wurde. Infolgedessen ist es nicht die äußere Wandlung der Regierungen und nicht einmal der Wandel in ihrer Taktik, sondern der Fortlauf jenes großen Hauptstroms der revolutionären Umwandlung Rußlands, der tatsächlich von Bedeutung ist und dem wir unsere besondere Aufmerksamkeit zuwenden müssen.

Alle echten Revolutionen haben dieselbe Psychologie. Im Verlaufe ihrer Entwicklung werden die anfänglichen, relativ gemäßigten Tendenzen von mehr vorgerückten und extremistischen zurückgedrängt, sobald die Bewegung von führenden Gruppen auf unorganisierte Massen hinübergreift. Eine Revolution ist keineswegs bloß ein dramatischer Sturz der zentralen Regierung. Sie bedeutet einen fortdauernden Wandel in der Geistesverfassung weiter sozialer Schichten, und es braucht Zeit, bis dieser Prozess Wurzel faßt und alle Stadien durchläuft. Solange dieser innere Prozess im sozialen Organismus seinen unvermeidlichen Lauf nicht vollendet hat, muß die Revolution fortdauern, muß sich weiter entwickeln. Der natürliche Abschluß dieses Prozesses ist die Befriedigung der von den Massen vorgebrachten Ansprüche und Wünsche, denen die im Verlaufe des revolutionären Kampfes vernichteten sozialen und politischen Mächte nicht gerecht zu werden verstanden.

Es besteht bei den Massen eine Art instinktiver Furcht, daß die Revolution nicht zu früh endige. Sie haben das Gefühl, die Revolution würde fehlschlagen, wenn der Sieg von den gemäßigten Elementen allein davongetragen würde. Wie immer die Namen oder die Programme der politischen Parteien auch lauten mögen, im Zustande der Revolution werden von den

Massen stets diejenigen zu ihrem Sprachrohr erkoren, welche für die extremsten Lösungen eintreten. Im Gegenteil werden solche Gruppen, die der Revolution Einhalt gebieten wollen, bevor dieser Spannungsgrad erreicht ist, und somit die Aussicht auf die möglichen Errungenschaften der Revolution zu versperren scheinen, sehr bald „gegenrevolutionärer" Bestrebungen bezichtigt und von der fortschreitenden revolutionären Bewegung beiseite geschoben.

Indes ist anfänglich ein gewisser Antrieb erforderlich, um diese revolutionäre Psychologie in Bewegung zu setzen. Bei der russischen Revolution ist der erste Eindruck der, als ob in Rußland Triebkräfte, die die revolutionäre Bewegung auslösen mußten, und uns z. B. in der großen französischen Revolution vor Augen treten, nicht vorhanden waren. Zu allernächst: es gab keinen Kampf für oder gegen die Monarchie. Der Zar hatte sofort abgedankt, und sein Nachfolger lehnte es ab, den Thron zu besteigen, bevor die Entscheidung der Verfassunggebenden Versammlung gefallen wäre. So gab es denn tatsächlich keinen Kampf für oder wider die Prärogative, wie dies in der Zeit der Konstituante während der französischen Revolution der Fall gewesen war. Jene politischen Gruppen, die monarchistisch gesinnt blieben, verhielten sich schweigend und nahmen an der Bewegung keinen Anteil. Alle Parteien — auch die konservativen —, die sich auf der politischen Arena betätigten, waren — tatsächlich oder nur formell — republikanisch geworden. Sodann: es bestand keine Furcht vor einer fremdländischen Invasion, keine Furcht vor Außenstehenden, die kommen könnten, um mit geheimen monarchistischen Gruppen gemeinsame Sache zu machen, wie dies in der Zeit der französischen Nationalversammlung und des Konvents der Fall gewesen war. Es waren keine Emigranten da, die auf einer Intervention seitens fremder Regierungen bestehen konnten. Dies war nach dem Novemberumsturz, während der Klassenrevolution zutage getreten, und hieraus erklärt sich auch zum Teil der weitere Verlauf des revolutionären Prozesses in den letzten acht Jahren. Aber in ihrem ersten Stadium hatte die „unblutige" rusissche Revolution keinen sichtbaren Feind, weder einen „inneren", noch einen „äußeren".

Und dennoch, allem zum Trotz, gab es gewisse Gruppen, auf die die Bezeichnung „gegenrevolutionär" bereits angewandt

wurde. Die Gefahr einer „Gegenrevolution" in Rußland wurde zum Vorwand genommen, um die sogenannte „revolutionäre Demokratie" aufrücken zu lassen. War dies ein fingierter Feind, eine Gefahr, die nur in der Einbildung bestand? War es lediglich eine Erfindung der Demagogen, zur Einschüchterung der Massen, oder war es eine wirkliche Gefahr?

II.

Wir wollen, um diese Fragen zu beantworten, die Lage analysieren, wie sie sich zwischen den beiden Revolutionen vom März und November gestaltete. Es waren drei Gruppen, die sich besonders aktiv auf der revolutionären Bühne betätigten:

1. Die bürgerlichen Parteien; ihre wichtigsten Vertreter waren: a) die fortschrittlichen Elemente der Duma, b) die mehr konservativ gesinnten Gruppen der Industrie- und Handelswelt, und c) im Hintergrunde gewisse militärische Organisationen, die der Reaktion zuneigten.

2. Die gemäßigten Sozialisten, unter denen zwei Richtungen hervortraten: a) die Agrarsozialisten (die Sozialrevolutionäre) und b) die proletarischen Sozialisten (Sozialdemokraten vom marxistischen Typus), die sogenannten „Menschewiken".

3. Die internationalen Extremisten, die auf die Weltrevolution hinarbeiteten: a) Die „Kommunisten" und die sogenannten „Bolschewiken", sowie b) eine geringe Anzahl Sozialrevolutionäre internationalistischen Schlags auf dem extremsten Flügel der Sozialrevolutionären Partei.

Im Verlaufe des Kampfes, der nun entbrannte, waren die beiden ersten Gruppen nacheinander ihrer gemäßigten Politik sowie ihren inneren Widersprüchen zum Opfer gefallen. Die dritte Gruppe — die bolschewistische — war viel folgerichtiger und geschlossen, dem Volke viel verständlicher; diese Gruppe hat schließlich das Spiel gewonnen[6]).

Welches waren die Widersprüche, unter denen die Dumagruppen litten? Zunächst war es der Gegensatz zwischen dem hohen Ruf, den die Duma im Lande genoß — und der sie im Anfange der Revolution eine hervorragende Rolle spielen ließ —, und ihrer tatsächlichen politischen Bedeutungslosigkeit. Die

[6]) Eine eingehende Darstellung der Geschichte der acht Monate von der März- bis zur Novemberrevolution findet der Leser in meiner „Geschichte der zweiten russischen Revolution", 3 Bände (der erste Band ist, wie mir kürzlich bekannt wurde, in einer deutschen Übersetzung erschienen).

vierte Duma war 1912 gewählt worden, und zwar unter einem sehr starken Druck, den die Regierung während der Wahlen ausübte, um eine Mehrheit zustande zu bringen, die zur Wiederherstellung der Autokratie bereit wäre. Dieser Zweck wurde nicht erreicht, und die Duma hatte keine Regierungsmehrheit. Zugleich war aber auch eine anderweitige Mehrheit in der Duma nicht vorhanden. Den Ruf des Liberalismus hatte die oppositionelle Minderheit allein gewonnen; der Geist, der die Kammer im allgemeinen beherrschte, stand damit nicht im Einklange. Die Duma als Ganzes war somit unfähig an die Spitze der Revolution zu treten. Der „progressive Block" war ihre höchste Leistung gewesen. In dem Augenblick, als die Revolution ausbrach, an demselben Tage des 11. März, wurde die Duma auf Grund eines kaiserlichen Erlasses vertagt — eine Maßnahme, die mit der Revolution in keinerlei Zusammenhang stand. Entgegen der umlaufenden Legende, ist es durchaus nicht die Absicht der Duma gewesen, versammelt zu bleiben. Sie gehorchte dem ergangenen Befehl. Der Dumaausschuß, der an jenem Tage gebildet wurde und der ein paar Tage später die erste Provisorische Regierung ernannte, war nicht in einer formellen Versammlung der als staatliche Institution handelnden Duma gewählt. Die Wahl fand in einer nichtformellen Versammlung statt, die in privater Weise in einem Nebenraum des für die regulären Sitzungen bestimmten „Weißen Saales" abgehalten wurde. Somit hat die Provisorische Regierung ihre Befugnisse nicht von irgendeinem legalen Staatsorgan der vorrevolutionären Zeit, sondern von der Revolution selbst erhalten. Im gewissen Sinne hatte dies eine Stärkung der Regierung bei ihrer Machtausübung zur Folge. Zugleich wurde sie aber hierdurch auch von anderen Kundgebungen des „Volkswillens" abhängig, wie ungeregelt diese auch sein mochten. Gleich am ersten Tag der Revolution trat neben der Duma der „Arbeiter- und Soldatenrat" auf den Plan, der in demselben Taurischen Palast seinen Sitz nahm und die Dumaabgeordneten allmählich in die Hinterzimmer drängte. Die Duma selbst hatte vom Augenblick ihrer Vertagung an aufgehört als politischer Faktor zu existieren. Die Dumaabgeordneten hatten zwar ihre Mandate nicht niedergelegt, die von rechts wegen im Herbst 1917 erloschen; sie hielten aber nur einige wenige Privatversammlungen ab und ihre

schriftlichen Erklärungen hatten auf den Gang der Ereignisse keinen Einfluß.

Nachdem die Duma verschwunden war, war die „Partei der Volksfreiheit" (die Konstitutionell-Demokraten oder Kadetten) die einzige bürgerlche Partei, die noch existierte. Die Partei war demokratisch gesinnt; im Mai 1917, auf Grund eines Beschlusses ihres 10. Parteitages, war sie zu einer republikanischen Partei geworden. Ihre Nachfolgschaft fand sie unter den Städtern und unter den Bauern Nordostrußlands (die frei von der Hörigkeit gewesen waren, welche in anderen Landesteilen erst 1861 aufgehoben wurde)[7]). Tatsächlich konnte jedoch eine demokratische Partei von *realer* Bedeutung unter der Scheinverfassung von 1907—1917 nicht bestehen. Es fehlten sämtliche Voraussetzungen, die für eine Massenorganisation erforderlich sind. Die Autokratie ist somit in hohem Maße für den Mangel an gesunder politischer Leitung verantwortlich, dessen Ergebnis die chaotische, mit elementarer Gewalt fortschreitende Entwicklung des revolutionären Prozesses war. *Sämtliche* Parteien, ob bürgerlich oder sozialistisch, waren in ihren Versuchen, die Volksmassen zu erfassen und aufzuklären, in gleicher Weise behindert. Die Konstitutionell-Demokratische Partei setzte sich in der Hauptsache aus fortschrittlichen Semstwo-Leuten und Intellektuellen zusammen und genoß ein hohes moralisches Ansehen. Zu dieser Partei gehörten die meisten bürgerlichen Minister in den vier provisorischen Regierungen, die zwischen März und November im Amte waren. Ihre Arbeit verlief auf der Grundlage einer Koalition mit den gemäßigten Sozialisten, insbesondere den Agrarsozialisten (Sozialrevolutionären). Es hing ihnen natürlich nichts von einer „Gegenrevolution" an. Allein die Massen, die nun in die Vorderfront rückten, kannten sie nicht. Sie warfen die Konstitutionell-Demokraten mit den anderen bürgerlichen Gruppen der Duma in einen Topf und schenkten gern den extremistischen Demagogen Gehör, von denen jene unterschiedslos als „Kapitalisten" und „Imperialisten" bezeichnet wurden. Der Spitzname der Partei, „Kadetten", wurde von den Demagogen dazu gebraucht, um sie mit den Jungoffizieren zu identifizieren, die als Reaktionäre galten. So genügte schon die Tatsache ihrer Betei-

---

[7]) Die Bauernschaft Südostrußlands folgte den Sozialrevolutionären; im Südwesten stand sie unter nationalistischem Einfluß.

ligung an den provisorischen Regierungen allein, um diese in den Augen der Massen zu diskreditieren.

Aber es waren auch andere Umstände vorhanden, die die Aufgabe der Demagogen noch erleichterten. Die „Kadetten" wollten, daß die großen Wandlungen im sozialen und politischen Leben Rußlands, die von den Massen erwartet wurden, in legaler Weise, durch eine geordnete Gesetzgebung von einer rechtmäßig einberufenen verfassunggebenden Versammlung erlassen, zustande kämen. Es war jedoch kein leichtes Unterfangen, Wahlen auf der neuen Grundlage eines allgemeinen Wahlrechts in einem Lande wie Rußland vorzubereiten. Die „Kadetten" (ebenso wie die gemäßigten Sozialisten) fanden es notwendig, aus Gründen technischer sowie politischer Art, die allgemeinen Wahlen bis zu dem Zeitpunkte aufzuschieben, wo die Lokalwahlen zu den neuen demokratischen Selbstverwaltungskörperschaften (den erneuerten „Semstwos") nach demselben System des allgemeinen Wahlrechts stattgefunden hätten. Dies war der einzige Weg, um einen Kontrollapparat für wirklich freie und demokratische Wahlen zu schaffen. Aber in der Atmosphäre des wachsenden Mißtrauens und der allgemeinen Erregung, bei dem Überhandnehmen des von den Demagogen geschürten sozialen Hasses, war es in der Tat gefährlich, das Zusammentreten der Verfassunggebenden Versammlung in dieser Weise zu verschieben. Die Massen waren nicht gewillt, auf ihre Entscheidungen in derartig grundlegenden Fragen, wie die Agrarreform oder die Arbeiterkontrolle in den Fabriken, zu warten. Die revolutionären Gruppen wollten auch nicht auf die Verfassunggebende Versammlung warten, um über die Staatsform zu entscheiden. Es war ein leichtes, einen jeden für „gegenrevolutionär" zu erklären, der sich des Wunsches verdächtig machte, derlei Entscheidungen hinauszuschieben. Und es war ein Fehler seitens der gemäßigten Gruppen, daß sie die Folgen nicht genügend beachteten, die ihre gewissenhaften aber dilatorischen Methoden nach sich ziehen mußten.

Ich weiß nicht, ob ich als „Fehler" einen anderen Grundzug in der Taktik der gemäßigten Gruppen bezeichnen soll, der sich als noch gefährlicher erwies. Ich meine ihre Ansichten über den Kreig und die auswärtige Politik. Sie wollten, daß der Krieg im Einvernehmen mit den Alliierten zu Ende geführt werde. Sie hielten es für ehrlos und niederträchtig, an einen Separatfrieden zu denken und wußten, daß sie nicht damit

rechnen konnten, die Allierten zum Abschluß eines „Friedens ohne Sieg" zu bewegen. Dies erwies sich als der schwächste Punkt im Programm der provisorischen Regierungen. Rußland war an der äußersten Grenze von Kriegsmüdigkeit und Erschöpfung angelangt. Schon vor der Revolution, im Jahre 1916, hatten sich der Armee Ungeduld und Kampfunlust bemächtigt. Nach der Revolution gab es für die Soldaten neue Beweggründe, um so rasch als möglich nach Hause zurückzukehren. Eine Landaufteilung, so hieß es allgemein, müsse das erste Ergebnis einer demokratischen, einer wahren Volksrevolution sein. Der Soldat — der zugleich Bauer war — wollte mit der Lösung seines Spezialproblems nicht warten, nicht nur nicht bis zum Zusammentritt der Verfassunggebenden Versammlung: er wollte überhaupt nicht warten, aus Furcht, daß sein Dorfnachbar als erster zurückkehren und aus seiner Abwesenheit Nutzen ziehen könnte, um die besten Lose und mehr als seinen rechtmäßigen Anteil für sich in Anspruch zu nehmen. Es mochte kosten, was es wollte: im Augenblick der Landaufteilung mußte er zurück sein — in jenem Augenblick, der von so vielen Generationen seiner Vorfahren herbeigesehnt worden war.

Es hieße in der Tat zu viel von dem bürgerlichen Pflichtbewußtsein des russischen Bauern zu erwarten, wollte man von ihm verlangen, daß er auf die Gefahr hin, auf dem Schlachtfelde zu fallen, zunächst bis zum bitteren Ende kämpfe und hierauf auf die Entscheidung der Verfassunggebenden Versammlung in der schicksalsschweren Agrarfrage warte. Gern schenkte er seinen „wahren" Freunden Glauben, die ihn zum Aufgeben des Kampfes aufforderten, weil es französische und englische „Kapitalisten" und „Imperialisten" wären, die ihn um ihrer Kolonien willen russisches Blut vergießen ließen. Dasselbe drang ihm von jenseits der Front in die Ohren: er fand die gleichen Erwägungen in den russischen Zeitungen, die in Berlin gedruckt und in die russischen Laufgräben hinübergeschmuggelt wurden. Die deutschen Soldaten auf dem gegenüberliegenden Frontabschnitt traktierten ihn mit russischer „Wodka" und deutschem Schnaps und forderten ihn auf, sich mit ihnen zu verbrüdern, seinen Frieden mit ihnen direkt zu schließen just an der Stelle der Front, wo sie einander gegenüberstanden, und dann heimzukehren, anstatt sich in einem

Augenblick erschießen zu lassen, wo das langersehnte Stück Land in seinem Dorf auf ihn wartete.

Dagegen hatten die „kapitalistischen" und „bürgerlichen" Minister erklärt, daß Rußland den Abmachungen mit den Alliierten treu bleiben müsse, und sie zwangen den Soldaten zum weiteren Kampf. So wußte er denn, wer seine Freunde und seine Feinde waren, wie er unter ihnen zu wählen und wem zu folgen habe.

Bevor ich von der Einstellung der zweiten Gruppe, der der gemäßigten Sozialisten, spreche, wollen wir einen Blick auf den entgegengesetzten Pol des russischen politischen Lebens werfen: jene dritte Gruppe russischer Extremisten, die sich anschickte, die oben kennzeichnete und von ihr seit langem vorausgesehene Geistesverfassung des russischen Soldaten auszunützen. Seit 1905 und 1906 — den Jahren der ersten russischen Revolution — lebte diese Gruppe in ständiger Erwartung irgendeines neuen Krieges, der da kommen und die Wiederholung des damals mißglückten Experiments ermöglichen sollte. Zu jener Zeit wurde von dem internationalen Sozialismus für den Fall eines Kriegsausbbruchs ein internationaler Generalstreik geplant. So lauteten auch die Beschlüsse der internationalen Kongresse in Stuttgart 1907 und Basel 1912, sowie der Kongresse, die von der Allgemeinen Arbeitskonföderation in Amiens (1906), Marseille (1908) und Toulouse (1910) abgehalten wurden. Aber es gab eine kleine Gruppe revolutionärer Internationalisten, welche beschlossen hatten, weiter als das zu gehen. Zu dieser Gruppe gehörten die russischen Revolutionäre, welche aus Rußland geflüchtet waren, nachdem ihr erster Versuch, Rußland zu revolutionisieren, mißglückt war — Lenin sowohl wie Trotzkij. Lenins persönliche Ansicht ging dahin, daß die „revolutionäre Vorhut" (George Sorels „zielbewußte Minderheit"), der nach allgemein verbreiteter Auffassung die Aufgabe einer Vernichtung des Staates zur Förderung des Kommunismus zugewiesen wurde, die staatlichen Einrichtungen vielmehr beibehalten und als ein fertiges Macht- und Bezwingungsinstrument ausnützen solle. Statt zu problematischen Streiks zu schreiten, war es Lenins Plan, die Staatsgewalt dem Proletariat unmittelbar in die Hände zu spielen und den Sieg des Sozialismus mit Hilfe der Staatsmaschinerie zu beschleunigen.

In diesem Plan war der Krieg nicht ein beiläufig mitwirkendes Moment, sondern ein notwendiger Bestandteil. Der Doktrin gemäß, mußte der Krieg unzweifelhaft kommen, als ein Ergebnis des normal funktionierenden kapitalistischen Systems. Der Krieg mußte die sogenannte „revolutionäre Situation" herbeiführen. Sache der Sozialisten war es sodann, von dieser revolutionären Situation Gebrauch zu machen, um den Krieg, der in den Schützengräben, zwischen den Staaten, geführt wurde, in einen internationalen, zwischen den sozialen Klassen auszutragenden Bürgerkrieg zu verwandeln.

Wie sehr der Gedanke von einer Verknüpfung zwischen Revolution und Krieg in den Jahren, wo der europäische Krieg herannahte, verbreitet war, ist beispielsweise aus dem Buche eines gewissen Dufour ersichtlich, der jene These als den Sozialisten und Syndikalisten gemeinsam formuliert. „Sie rechnen damit", wird in diesem wenig bekannten, aber um so lehrreicheren Buche dargelegt, „die Revolution in dem Augenblick eines europäischen Krieges machen zu können, der eine scharfe Verarmungskrise heraufbeschwören und die zurückhaltenden Kräfte des Staates auf das Mindestmaß bringen wird. Als Mittel werden dabei der Generalstreik, die Gewalt in allen ihren Formen und der Abfall eines Teiles der Armee zur Anwendung kommen, — ein Abfall, den die Koinzidenz von Krieg und Revolution unausbleiblich macht." In diesem Buche, das 1913 erschienen ist und viele Einzelheiten der Leninschen Taktik vorwegnahm, wird weiter die Idee der Nutzbarmachung des Krieges für die Zwecke der von einer „zielbewußten Minderheit" geförderten Revolution genau entwickelt[8]).

Gleich im Beginn des Weltkrieges, 1914, war dieser Plan Gegenstand einer formellen Diskussion in dem Schweizer Organ Lenins: „Der Sozialdemokrat". Gleichzeitig nahmen Trotzkij und Martow, in Paris, an ähnlichen Besprechungen in einem engen Kreise teil, der allabendlich in einem kleinen Laden, genannt „Librairie du Travail", zusammenkam. All die künftigen Führer des französischen Extremismus waren hier beisammen: Monatte, Guilbeaux, Rosmer, der Dichter Martinet, Merrheim. Diese

[8]) Dufour, ex-professeur de l'Economie Politique. „Le syndicalisme et la prochaine révolution", Paris, 1913, M. Rivière. — Ich möchte diese Gelegenheit ergreifen, um den deutschen Lesern, von denen ich seit Paul Rohrbach mitunter als ein Kriegshetzer aufgefaßt werde, einige Worte über meine eigene Stellungnahme zum Kriege zu sagen. Nicht

Gruppe fühlte sich ziemlich isoliert inmitten der ersten Ausbrüche des Nationalgefühls, die ihren politischen Ausdruck in der „Union sacrée" der Sozialisten und der bürgerlichen Parteien gefunden hatten. Aber ihre Anhänger waren stolz darauf, bei dem Zusammenbruch der „Zweiten Internationale" der reinen Lehre treu geblieben zu sein. „Eine Art bittere Genugtuung verblieb uns", sagt einer von ihnen, „nämlich das Bewußtsein, daß wir die ersten Männer in Paris waren, die zu einer zukünftigen Internationale gehörten ... An diesem kleinen Herd ward der Funke von Zimmerwald geboren."

Gewiß, „Zimmerwald" (ein Schweizer Dörfchen, 10 Kilometer von Bern, wo sich die internationalistisch gesinnten Sozialisten verschiedener Länder am 5.—8. September 1915 versammelten, die sich von den „Sozialpatrioten" der zweiten Internationale getrennt hatten, welch letztere für die Teilnahme am Kriege eingetreten waren) — Zimmerwald war noch nicht so ganz die „Dritte Internationale". Erst auf dem nächsten Kongreß in Kienthal, am 27.—30. April 1916, gelang es einer Gruppe extremer Internationalisten, die nebelhafte Losung des „Kampfes um den Frieden" durch die bestimmte Forderung einer Auswertung der durch den Krieg geschaffenen revolutionären Konjunktur zu ersetzen: der Zweck dieser Auswertung war Eroberung der Macht im Wege einer proletarischen Revolution. Hierbei wiesen die russischen Sozialisten, die Boschewiken, ihren internationalen Gesinnungsgenossen den Weg. Bereits im September 1914 hatten sie die Losung einer „Umwandlung des gegenwärtigen imperialistischen Krieges in einen Bürgerkrieg"

---

nur in meiner Eigenschaft als Pazifist, sondern auch als russischer Patriot habe ich der Hineinziehung Rußlands in einen europäischen Krieg wegen der Vorgänge auf dem Balkan energisch widersprochen. Gegen die kriegerischen Stimmungen unserer Nationalisten kämpfte ich sowohl in der Reichsduma, in meinen Reden zum Budget des Außenministeriums, als auch in meinem Organ, der Zeitung „Retsch", welche wegen meiner negativen Stellungnahme dem Kriege gegenüber in den ersten Tagen nach Kriegsausbruch vom Großfürsten Nikolaj Nikolajewitsch sogar verboten wurde. Es versteht sich von selbst, daß, nachdem der Krieg einmal begonnen hatte, ich die Pflicht erfüllte, die jedem Patrioten eines jeden Landes obliegt. Ich will an diesem Ort die delikate Kriegsschuldfrage nicht berühren, die in der letzten Zeit eine erneute Verschärfung erfahren hat. Meine Meinung hierüber habe ich in dem „Jahrbuch" der Zeitung „Retsch" für 1916 dargelegt, wo ich die Umstände besprach, die zum Kriege geführt haben; und noch kürzlich hatte ich Gelegenheit, auf diese Frage in meiner Pariser Zeitung „Poslednija Nowosti" aus Anlaß des zehnten Jahrestages des Krieges zurückzukommen, wobei ich die Veröffentlichung Kautski's benutzte.

ausgegeben. Auf der im März 1915 in Bern stattgehabten Konferenz hatten sie diese These weiter entwickelt, mit Angabe der zweckdienlichen Methoden, nämlich: Schaffung einer Geheimorganisation, Unterstützung der Soldatenverbrüderung in den Laufgräben usw. Ihr Leitsatz war dabei die uns bereits bekannte Formel, wonach „das äußerste Elend, in das die Massen durch den Krieg versetzt werden, zwangsläufig revolutionäre Stimmungen und Bewegungen hervorrufen muß, deren Verbreitung und zweckmäßige Leitung durch die Losung des Bürgerkrieges sichergestellt werden soll."

In der russischen Revolution konnten sie naturgemäß nur ein geeignetes Mittel zur Erreichung ihrer internationalen Zwecke erblicken.

So war denn Lenin sich darüber vollkommen im klaren, was er vorhatte, als er im April 1917 über Deutschland nach Rußland kam. Er war wohl einer der Wenigen, die sich dessen wirklich bewußt waren und einen festen Plan dafür hatten, was mit Hilfe der russischen Revolution erreicht werden sollte.

Wir wollen jetzt zu der zweiten, der Mittelgruppe zwischen den Bürgerlichen und den Extremisten, zurückkehren. Klarheit der Einstellung war nicht gerade ihre hervorragendste Eigenschaft. Diese mittlere Strömung war durch zwei gemäßigte sozialistische Gruppen vertreten: vor allem durch die Sozialrevolutionäre, deren Wortführer Kerenski war, und durch die vom georgischen Abgeordneten Zeretelli geführten Sozialdemokraten (Menschewiken). Sie wußten und brachten es öffentlich zum Ausdruck, daß aus der damaligen revolutionären Bewegung keine sozialistische Gesellschaft hervorgehen konnte. Sie gaben zu, daß das einzige, zunächst erreichbare Ziel die Aufrichtung einer festorganisierten Demokratie war, die die Form einer bürgerlichen Republik annehmen würde. In dieser grundlegenden Frage teilten sie die Auffassung der bürgerlichen Parteien. Dies ist der Grund, weshalb sie es bis zum Ende anstrebten — und auch durchsetzten —, daß die Macht bei einer Koalition aus gemäßigten sozialistischen und fortschrittlichen bürgerlichen Parteien blieb. Aber andererseits waren sie nicht imstande, mit ihren extremistisch gesinnten Genossen endgültig zu brechen und in allen entscheidenden Augenblicken fühlten sie sich diesen näher als ihren „kadettischen" Kollegen. Vom Beginn der Revolution an waren sie unter den Einfluß extremistischer Schlagwörter geraten — mitunter sogar ohne sich von

deren wirklicher Tragweite Rechenschaft abzulegen. So nannten sie sich zum Beispiel „Zimmerwalder". Aber auf keinen Fall waren sie gewillt, sich den Bestrebungen anzuschließen, deren Zweck es war, den Krieg in den Schützengräben in einen Bürgerkrieg umzuwandeln. Sie wollten alsbaldigen Friedensschluß und kritisierten scharf die „imperialistischen" Kriegsziele der „kapitalistischen" alliierten Regierungen. Zugleich bekundeten sie ihre Solidarität mit den „sozial-patriotischen" Ministern in den alliierten Kabinetten, wie Albert Thomas, und von diesem letzteren wurden sie sogar dazu bewogen, die demoralisierte russische Armee zu einer Verzweiflungsoffensive zu „überreden".

Ferner wollten sie nicht „alle Macht den Sowjets" geben, wie das bolschewistische Schlagwort damals lautete. Aber andererseits mußten sie ihre Verantwortung vor den Sowjets anerkennen, als vor revolutionären Organen, in denen ihre Parteien vertreten waren. So trugen sie zur Schwächung der provisorischen Regierungen bei, in die sie ihre Minister entsandt hatten. Sie erhoben den Anspruch, zur „revolutionären Demokratie" zu gehören — ein vager Begriff, der solche Gruppen umfaßte, die als der Revolution treu galten. Gleichzeitig waren sie genötigt, Bundesgenossen in den Reihen der Bourgeoisie zu suchen, welche von derselben „revolutionären Demokratie" als hoffnungslos „gegenrevolutionär" angesehen wurde. Sie wiesen der künftigen Verfassunggebenden Versammlung die Entscheidung über alle grundlegenden Fragen zu, die durch den Gang der Revolution aufgeworfen waren. Andrerseits hinkten sie unterwürfig den Ereignissen nach, welche diesen Entscheidungen vorgriffen. So hatten sie Rußland offiziell zu einer Republik proklamiert, und in halb-offizieller Weise hatten sie in hohem Maße zu dem Übergange des adligen Landbesitzes in die Hände der Bauern beigetragen, indem sie die tatsächliche Enteignung unter dem euphemistischen Decknamen einer „revolutionären Rechtsschöpfung durch das Volk" begünstigten.

III.

All diese Inkonsequenzen und Widersprüche nützten die Extremisten reichlich aus. Die gemäßigten Sozialisten erhoben den Anspruch, im Namen des Volkes zu sprechen und zu handeln. Ihre extremistischen Gegner appellierten direkt an die Massen. Sie beschuldigten die gemäßigten Sozialisten, mit der „Bourgeoisie" und den „Kapitalisten" gemeinsame Sache zu

machen. Es genügte, daß ein sozialistischer Minister in seinen Reden Vernunft und gesunden Verstand bekundete, um sofort des Verrats am Volke angeklagt zu werden. Den verantwortungslosen Kritikern stand es frei, unerfüllbare Versprechungen zu machen und so ihre ministeriellen Parteigenossen zu überbieten. Sehr bald konnten sich die gemäßigten Sozialisten den Erfolg der bolschewistischen Demagogie durch die steigende Abtrünnigkeit ihrer eigenen Parteigenossen vergegenwärtigen. Allmählich verloren sie in den Sowjets und den Exekutivkomitees der Petersburger Arbeiter und Soldaten an Boden. Sie mußten zurücktreten und verlegten ihr Hauptquartier in den Vollzugsausschuß der Allrussischen Rätekonferenz, wo auch die provinziellen Gruppen vertreten waren, welche gemäßigter geblieben waren als die Bevölkerung der Hauptstadt. Aber auch hierher fand der Feind seinen Weg; zu ihrem letzten Abwehrmittel greifend, ließen die gemäßigten Sozialisten die neu geschaffenen demokratischen Semstwos und Munizipalitäten Provinzialdeputierte abordnen, die die sogenannte „Demokratische Konferenz" bildeten; doch erwies sich auch diese schwankend und unzuverlässig.

Der Rückzug der Sozialisten wurde von den Extremisten scharf beobachtet, die bald den Versuch unternahmen, zu einem entscheidenden Schlag auszuholen. Den ersten Anlauf zu einem Aufstand in Petersburg nahmen sie bereits Mitte Juli 1917. Der Anschlag scheiterte dank der Hilfe, die die gemäßigten Sozialisten von den Heeresabteilungen erhielten, welche schleunigst von der Front herbeigerufen wurden. Damals war es nun klar geworden, daß die letzte Entscheidung bei der Armee lag und nicht bei den repräsentativen Versammlungen, die als Ersatz für die Verfassunggebende Versammlung dienen sollten. Die Bolschewiken richteten ihr besonderes Augenmerk auf die Petersburger Garnison, die sie zu gewinnen suchten, während die gemäßigten Sozialisten zu derselben Zeit mit den Offizieren haderten.

Für die Soldaten war Kerenski, der Kriegsminister, ein „Imperialist", der sie dazu zwang, ihr Blut für die Alliierten zu vergießen. Und ein schmachvoller Rückzug war ihre Antwort auf seine Versuche, sie gegen den Feind zu führen. Auf der anderen Seite war Kerenski für die Offiziere ein Schwächling und Utopist, der die Schaffung einer starken revolutionären Gewalt vereitelte und somit den zukünftigen Bestand

des russischen Staates gefährdete. Sie wollten einen Diktator, und diesen fanden sie in der Person von General Kornilow. Die nicht-sozialistischen Gruppen, die die Gefahr des von den Extremisten vorbereiteten letzten Schlages herannahen sahen, wollten ihr ebenfalls mit Hilfe der gesunden Elemente der Armee vorbeugen. Sie sahen es nur zu spät ein, daß die Gefahr nicht durch Reden und Resolutionen allein zu beschwören wäre. Unter gewissen Bedingungen — die erste und die wichtigste wäre eine gemeinsame Front gegen die Extremisten gewesen — konnte die Revolution damals noch vor ihren eigenen Übergriffen gerettet werden. Eine Zeitlang stand die Wahl frei zwischen Kornilow und Lenin. Leider hatte sich keine gemeinsame Front von Kerenski bis Kornilow als möglich erwiesen, und von einer Art Instinkt geleitet, entschlossen sich die Massen — denn es waren die Massen, bei denen die Entscheidung lag — für Lenin.

Die Kornilowsche Bewegung, die im September 1917 in einer Auflehnung gegen die Regierung ausbrach, zeigte der Bevölkerung zum ersten Male das Vorhandensein von wirklich gegenrevolutionären Gruppen. Eine Bewegung, die nur als eine nationale Bewegung den Sieg davontragen konnte, hatte die Form einer geheimen Verschwörung angenommen, von abenteuerlich veranlagten Persönlichkeiten geleitet und von gewissen reaktionären Organisationen gestützt. Das Ergebnis war, daß die Geschichte Lafayettes und Dumouriez' sich in Rußland wiederholte. Kornilows Versuch wurde zuletzt selbst von seinen Genossen und Anhängern zurückgewiesen. Statt die revolutionäre Staatsgewalt zu stärken, hatte er die nicht-sozialistischen Gruppen der Mitte geschwächt, die Regierung isoliert und dem bolschewistischen Staatsstreich den Weg geebnet.

Die Bolschewiken, die sich einer in Passivität verharrenden Regierung gegenübersahen, rüsteten nun in aller Offenheit für einen neuen Schlag. Im entscheidenden Augenblick stellten sich nur einige hundert Jünglinge aus den Kriegsschulen und Frauen von dem patriotischen „Stoßtrupp" ein, um die im Winterpalast versammelten Minister zu schützen. Damals hatten die Frontgeneräle Kerenski ihre Hilfe versagt, und vergeblich versuchten es General Krasnows 500 Kosaken, ihn nach Petersburg zurückzubringen. Alle anderen verhielten sich untätig und den Bolschewiken fiel ein leichter Sieg zu.

Ein Sieg in Petersburg bedeutete jedoch noch nicht den Sieg in Rußland. Die eigentliche Krönung des bolschewistischen Staatsstreiches lag in der Tatsache, daß der Bolschewismus im Augenblicke seines Sieges praktisch auf keinen Widerstand im Lande stieß, abgesehen von dem nur wenige Tage dauernden Kampf in Moskau und der Opposition, der er sich im Gebiet der Donkosaken in Südrußland gegenübersah. Die Heerführer, zum Teil dieselben Männer, welche die Märzrevolution bereitwillig anerkannt hatten, hatten sich nach kurzem Zögern den Bolschewiken angeschlossen. Gewiß wurden sie hierzu durch die Furcht bewogen, von ihren Soldaten ermordet zu werden. Aber gleichzeitig empfanden sie etwas wie Genugtuung, Kornilows Niederlage gerächt zu sehen. Viele unter ihnen waren der Meinung, daß das bolschewistische Regime nicht lange dauern und der Tag bald kommen würde, wo sie mit der Revolution überhaupt abrechnen könnten. So hatten sich die wirklich gegenrevolutionären Elemente von der bürgerlichen Demokratie in demselben Augenblick getrennt, wo diese Demokratie gezwungen war, sich der Tyrannei einer Minderheit zu beugen. Es war nicht das erste Mal, daß die beiden Extreme, die Roten und die Schwarzen, zusammenkamen und einander besser zu verstehen schienen als ihre Gegner von dem gemäßigten Zentrum. Lenin soll öfters gesagt haben, daß im Falle, wenn er gehen müßte, er es vorziehen würde, vor einer wiederhergestellten Autokratie als vor einer bürgerlichen Republik, d. h. vor einer fest organisierten Demokratie zu kapitulieren.

IV.

Unsere Darstellung der Verhältnisse, die den bolschewistischen Sieg unvermeidlich gemacht haben, würde unvollständig sein, wenn wir es unterließen, die durch Krieg und Revolution geschaffene innere Lage Rußlands zu erwähnen. Rußland wurde für die bolschewistische Herrschaft reif, weil dem bolschewistischen Staatsstreich ein Prozess der inneren Zersetzung des Landes vorausging. Ich werde mich nicht über den Zustand der allgemeinen Erschöpfung und der Lockerung der sittlichen und staatsbürgerlichen Disziplin verbreiten, welcher die Nachkriegszeit in sämtlichen am Kriege beteiligten Ländern kennzeichnet. Dagegen sollen die spezifisch russischen Erscheinungen kurz gestreift werden, die durch die Revolution hervorgerufen worden waren.

Die innere Zersetzung fand zunächst in der vollkommenen Vernichtung sämtlicher vorrevolutionären Organe der Staatsgewalt ihren Ausdruck. Gleich von den ersten Tagen der Märzrevolution an waren sämtliche Beamten der früheren zarischen Verwaltung einfach verschwunden, von den obersten Stellen bis hinab zu den untersten. Ein Versuch wurde vom Fürsten Lwow, dem Premier und Innenminister, gemacht, die Semstwo-Leute an die Stelle jener Beamten treten zu lassen. Aber die Autokratie hatte während der letzten Periode ihres Selbstverteidigungskampfes die Zusammensetzung der russischen Selbstverwaltungsorgane außerordentlich verschlechtert, insbesondere nach der reaktionären Wahlreform von 1890, die alle Macht in die Hände der örtlichen Grundbesitzer gelegt hatte. Seit jener Zeit machten die Massen keinen großen Unterschied zwischen den Semstwo-Leuten und den zarischen Beamten: jene waren für sie genau so schlecht wie diese, und manchmal noch schlechter, als die Bureaukraten. Das ist der Grund, weshalb dieser neue Stab der lokalen Selbstverwaltungskörperschaften sehr bald vor den „Sowiets" oder anderen Organen der „revolutionären Demokratie" zurücktreten mußten, die sich selber ernannten und ihre Zusammensetzung sowie ihren Tätigkeitsbereich nach eigenem Gutdünken bestimmten.

Sie glichen ebenso vielen kleinen Republiken, deren jede nach ihrem eigenen Willen handelte. An einer einheitlichen Leitung mangelte es vollkommen. Das unmittelbare Ergebnis hiervon war, daß der ganze Verkehrsapparat auf einmal zusammenbrach; dies machte sich sofort an der Versorgung der Armee an der Front, die auch früher lange nicht in bester Ordnung war, bemerkbar. Sehr bald begannen auch die Städte unter mangelnder Zufuhr von Lebensmitteln zu leiden. Es traten Fälle wahrer Hungersnot ein. Der einzige Ausweg war die Entsendung von besonderen Kommissionen nach den getreide- und viehliefernden Provinzen Rußlands, wo Lebensmittel an der Quelle angekauft werden konnten. Privatleute folgten dem Beispiel der öffentlichen Anstalten, und bald waren sämtliche Eisenbahnzüge über das äußerste Maß ihrer Aufnahmefähigkeit hinaus von neuartigen Passagieren überfüllt, die man mit dem Spitznamen „Sackträger" und „Spekulanten" bezeichnete.

Allein das war erst ein Vorspiel. Das eigentliche Unheil brach aus, als die Soldaten von der Front zu desertieren begannen. Es war seit jeher für die Armeebehörden eine kopfbrecherische

Frage, wie diese Millionen von Bauern demobilisiert werden sollten, ohne daß der Verkehr in heillose Verwirrung gebracht und Ordnung und Friede der örtlichen Bevölkerung gefährdet würde. Nun aber hatte eine tatsächliche Demobilisierung begonnen, bei der weder ein allgemeiner Plan bestand, noch Sicherheitsmaßregeln getroffen worden waren. Die Fahnenflüchtigen kamen in Massen. Sie bemächtigten sich der Züge, warfen die eigentlichen Passagiere hinaus, drängten sich auf den Plattformen zusammen und kletterten auf die Waggondächer, erzwangen von dem Bahnpersonal unter Todesdrohungen, daß alle Betriebsvorschriften, mit der größten Gefahr für sie selbst, außer acht gelassen würden. Oder sie wanderten in Banden zu Fuß, alles plündernd und zerstörend, was sie auf ihrem Wege vorfanden. Sehr oft galten ihre Raubzüge den Spirituslagern, die aus der Zeit des staatlichen Vorkriegsmonopols noch vorhanden waren. Dann machten sie mit den Bauern gemeinsame Sache und halfen ihnen die Landhäuser und Baulichkeiten der Grundbesitzer niederzubrennen, ihren Besitz zu plündern, ihr Land aufzuteilen. In den Städten halfen sie der Menge die Läden zu erbrechen und sich der Lebensmittelvorräte zu bemächtigen, die Häuser von wohlhabenden Einwohnern oder von verdächtigen „Bourgeois“ zu durchsuchen. Dann und wann nahmen diese Streifzüge die Form von Judenpogromen an.

Die Arbeiter, die „Proletarier“, wollten auch nicht im Hintergrunde bleiben. Sie verlangten ihren Teil in der Nutznießung der demokratischen Revolution. Als ein Ergebnis des „Kriegssozialismus“, der sich in Rußland ebenso wie in anderen Ländern entwickelt hatte, hatte sich die Arbeiterschaft an hohe Löhne gewöhnt, die auf Regierungsaufträgen für Munition und anderen Erzeugnissen der neuen oder vergrößerten Kriegsindustrie basierten. Die Arbeiter verlangten in Löhnen mehr, als die von ihnen erzeugten Güter wert waren. Für alles hatte der Staat zu bezahlen. Die Unternehmer wurden mit neuen Aufträgen entschädigt, die im voraus höher bezahlt wurden. Und das Dorf wurde reich an Papiergeld, das in Hülle und Fülle gedruckt und für landwirtschaftliche Produkte gezahlt wurde.

All dieser Scheinwohlstand war auf einem Notbudget aufgebaut. Außerordentliche Einnahmen (aus Anleihen und anderen Kreditoperationen) übertrafen bei weitem die ordentlichen aus Steuern, die äußerst unregelmäßig eingingen. Die

Bevölkerung gewöhnte sich daran, auf Kosten des Staates zu leben. Diese Art „Staatssozialismus" war eine geeignete Einleitung zu der phantastischen Finanzgebarung des Bolschewismus. Nächst den von den Alliierten gewährten Anleihen wurde bereits auch von der Notenpresse in steigendem Maße Gebrauch gemacht. Die Währungsinflation kam sofort im Anziehen der Preise zum Ausdruck, die wiederum für neue Forderungen von Lohnerhöhungen und Subsidien herhalten mußten.

Mit einem Wort, in dem Augenblick, als der bolschewistische Umsturz stattfand, im November 1917, war Rußland für den Bolschewismus reif. Die Lage war so schlimm, daß sie, nach allgemeiner Meinung, durch keine neue Wandlung schlimmer werden konnte. Im Gegenteil, einer Wandlung sah die Bevölkerung als einer Chance für Besserung entgegen.

Es wird uns somit verständlich, warum der bolschewistische Staatsstreich in Petersburg durch die passive Haltung einer notleidenden Bevölkerung gewissermaßen sanktioniert wurde. Ein junger Hirt, den man auf dem Ackerfelde seiner Gutsherrn fand, wo er die Dorfherde weiden ließ, faßte die Gesamtlage in einem kurzen Satz zusammen. Von dem Gutsverwalter zur Rede gestellt, wie er es sich denn erlaube, fremdes Eigentum zu betreten, antwortete er: „Nun, jetzt haben wir doch Gleichberechtigung" („tepér rawnopráwje"). Diese faßte er offenbar in dem Sinne auf, in welchem J. J. Rousseau von einem „natürlichen Zustand" sprach. Das alte Gesetz war durch das neue Recht der Revolution aufgehoben. Kein neues Gesetz war da, um an seine Stelle zu treten, und keine gesetzmäßige Autorität war vorhanden, um ein solches neues Gesetz zu verkünden. Die „Gleichberechtigung" sollte so lange gelten, bis ein neuer sozialer Pakt von der Gemeinschaft eingegangen und ein neuer sozialer Wille entstanden wäre.

Wir wollen jetzt sehen, worin dieser neue soziale Pakt bestand, der von der Kommunistischen Partei als das letzte Wort der sozialistischen Wissenschaft vorgebracht wurde.

Drittes Kapitel.

Warum die Bolschewiken die Macht behalten haben.

Wir sind jetzt bei einem Thema angelangt, das viel umstrittener ist als alles, worüber ich in den beiden ersten Kapiteln gesprochen habe. Das bolschewistische Regime ist so oft von Augenzeugen unter verschiedenen und sogar einander entgegengesetzten Gesichtspunkten beschrieben worden, daß das breite Publikum eine Zeitlang irregemacht wurde und nicht wußte, wem und was es glauben sollte. Die Leute hatten zu wählen zwischen schonungslosen Bloßstellungen des Bolschewismus, die von Beobachtern ausgingen, welche von manchen „gegenrevolutionärer" und reaktionärer Tendenzen verdächtigt wurden —, und begeisterten Schilderungen einer neuen Lebensordnung für eine wiedergeborene Menschheit, Schilderungen, in denen sich die bolschewistischen Propagandisten und deren Bewunderer ergingen.

Im Laufe der Zeit mußten jedoch reale Tatsachen an Stelle von finsteren Prophezeiungen und verheißungsvollen Ausblicken treten. In den acht Jahren seines Bestehens hat das bolschewistische Regime jede Chance gehabt, um sich zu behaupten und das in der Geschichte der Menschheit einzig dastehende soziale Experiment bis zu seinen letzten Konsequenzen durchzuführen. Dieses Kapitel liegt uns nun nahezu abgeschlossen vor. Wir können jetzt die ganze Entwicklung des Bolschewismus von seinen Ursprüngen bis zu seinem Niedergang verfolgen, der zurzeit von den Bolschewiken selbst anerkannt wird. Diese werden Ihnen natürlich sagen, daß dies noch nicht das Ende sei, sondern lediglich eine neue Prüfung, die ebenso überwunden werden würde, wie die früheren überwunden worden sind. Mit dieser Erklärung kann man einverstanden sein oder nicht. Hinsichtlich der Tatsachen selbst kann aber kein Zweifel bestehen.

In den folgenden Kapiteln werden wir uns mit der Struktur des Sowjetregimes und mit dem Prozess seines allmählichen Verfalls befassen. Zu allernächst interessiert uns aber die Frage: wie war es möglich, daß die Bolschewiken, nachdem sie die Gewalt unter den oben dargelegten günstigen Umständen an sich gerissen hatten, sie so lange behalten konnten?

I.

Wir wollen zunächst und vor allem die bolschewistische Gewalt in ihrem Werdegang kennenzulernen suchen, als lebendige Wirklichkeit und nicht als das „Gelobte Land". Ich spreche mit Absicht vom „bolschewistischen" und nicht vom „kommunistischen" Regime, wie Lenin sein Experiment bezeichnet wissen wollte. Der „Kommunismus" ist eine internationale Doktrin; der Bolschewismus ist eine russische Realität. Die russischen Bauern legten sich von diesem Unterschied sehr wohl Rechenschaft ab, als sie zu Beginn des gegenwärtigen Regimes auszurufen pflegten: „Es lebe der Bolschewismus, nieder mit dem Kommunismus!" Sie wußten, daß der „Bolschewismus" ihnen das Land gab, während der „Kommunismus" danach strebte, dieses Land wieder wegzunehmen, um es kollektiver Nutzung zu überlassen. Sie waren zu jener Zeit mit der Politik der Bolschewiken zufrieden, aber auch damals verabscheuten sie deren utopistische Lehre.

Auch die bolschewistischen Führer waren sich über diesen Unterschied vollkommen im klaren. Wie ich bereits erwähnt habe, gaben sie sich nie im Ernst der Erwartung hin, Rußland „kommunistisch" zu machen. Hierfür waren sie zu klug und kannten ihr Land allzu gut. Der „Kommunismus" war für die nächste Etappe vorbehalten — für die der „Weltrevolution" und für fortgeschrittene Industriestaaten. In Rußland begnügten sie sich damit, Bolschewisten zu bleiben, und ihr nächstes Ziel war, ihre Macht so lange zu behaupten, bis jenes zweite Stadium erreicht wäre; inzwischen sollten Rußlands riesige Hilfsquellen und seine Staatsmaschine dazu dienen, die Ankunft der Weltrevolution zu beschleunigen. Hieraus erklärt es sich auch, warum diese unversöhnlichen fanatischen Doktrinäre immer — nicht nur jetzt — zu jedem Kompromiß bereit waren, der zur Aufrechterhaltung ihrer Macht in Rußland notwendig erschien. Der „Kommunismus" war für die Welt in Aussicht

genommen. Für Rußland genügte ein „vorbereitendes Stadium" vollkommen.

Man wird den Bolschewismus nie begreifen, wenn man ihn nicht im Lichte dieses Kommentars betrachtet. Darauf muß ich aber hinweisen, daß dieser Kommentar nicht von mir stammt. Denn dem Wesen der Sache nach ist dies der Hauptpunkt der besonderen Lehre Lenins. Gerade darin ging er in seiner Taktik weiter als seine Vorgänger, die revolutionären Syndikalisten und revolutionären Sozialisten des zweiten Jahrzehnts des XX. Jahrhunderts.

Dies war auch immer der Hauptpunkt gewesen, in welchem Lenin mit seinen gemäßigteren sozialistischen Gesinnungsgenossen in Rußland auseinanderging. Diese lehrten, daß der Sozialismus automatisch kommen würde, von selbst, als ein Ergebnis der allmählichen wirtschaftlichen Entwicklung des Kapitalismus. Diesen „wirtschaftlich" eingestellten Jüngern Marx' setzte Lenin das politische und revolutionäre Element der Marx-Engels'schen Lehre entgegen. Seine Auffassung ging dahin, daß es allein die politische Revolution war, die die Ankunft des Sozialismus zu beschleunigen vermochte. Für die übliche Einwendung, daß die arbeitenden Massen nicht genügend vorbereitet wären, um von einer politischen Revolution zur Einführung des Sozialismus Gebrauch machen zu können, fand Lenin in George Sorels neuer Lehre von der „Gewalt" eine fertige Antwort. Man brauche nicht darauf zu warten, bis die Massen für den Sozialismus vollkommen vorbereitet wären. Ergreift nur die Führung, sofort und unmittelbar, und lasset den Angriff beginnen, mit einem kleinen Haufen — dem „Vortrupp" —, aus denjenigen bestehend, die sich ihrer Klasseninteressen bereits bewußt und zu handeln bereit sind. Nichts kommt dem Handeln gleich; dem Handeln um des Handelns willen; der „Gewalt", ausgeübt durch eine kleine Avantgarde kühner, unternehmender Geister, um den revolutionären Geist in den zurückgebliebenen Massen lebendig zu halten. Man schreite zum unmittelbaren Handeln, was auch immer das augenblickliche praktische Ergebnis sein möge. Dies war die sogenannte „Katastrophenlehre" von der Ankunft des Sozialismus. Lenin hatte sie übernommen; er war aber viel konsequenter als die Urheber dieser Doktrin. Sorel und seine Freunde dachten, daß es ein internationaler politischer Generalstreik sein würde, der das Morgenrot des Sozialismus herbei-

führen würde. Aber auf den politischen Streik war lange zu warten, und Sorel selbst nannte ihn einen „sozialen Mythus", sah darin einen Gegenstand des Glaubens eher denn einen praktischen, sogleich in die Tat umzusetzenden Plan. Lenin war zu ungeduldig, um sich mit diesem unbestimmten Programm der Aufrechterhaltung des revolutionären Geistes zufriedenzugeben. Seine Aktion wollte er sogleich durchgeführt wissen, um ganz bestimmte Zwecke erreichen zu können. Gewiß, auch er sah sich gezwungen, sein Programm den Wandlungen der „revolutionären Situation" anzupassen. 1901 und selbst 1905 hatte er von seiner politischen Revolution kein anderes unmittelbares Ergebnis erwartet, als die Aufrichtung einer bürgerlichen demokratischen Republik in Rußland. Demgemäß hatte er sich bereit erklärt, an der Seite der bürgerlichen Politiker zu kämpfen und in eine Koalitionsregierung einzutreten, die nach erfolgreicher Revolution gebildet würde. In jener Zeit hatte ich Gelegenheit, Lenin persönlich kennenzulernen: — ein hartnäckiger Disputant und ein langsam denkender Gelehrtenkopf stand damals vor mir. 1917 waren seine Ambitionen ins Unermeßliche gestiegen. Zwar war er noch immer der Ansicht, daß durch den revolutionären Umsturz lediglich ein vorbereitendes Stadium für das sozialistische Millenium erreicht werden konnte. Er wußte und wiederholte es oft, daß eine Revolution in Rußland mit der Revolution in Europa stehen und fallen würde, da kein „kommunistischer" Staat inmitten einer kapitalistischen Welt existieren könnte. Aber er schien ernsthaft daran zu glauben, daß die mehr fortgeschrittenen kapitalistischen Staaten Westeuropas nunmehr für eine soziale Revolution reif wären und daß, sobald nur Rußland die Führung übernommen hätte, eine Weltrevolution sofort erfolgen würde. Es ist schwer zu sagen, wann er diese Illusion aufgegeben hat — und ob er sie überhaupt jemals aufgegeben hat. Aber die rote Presse im bolschewistischen Rußland hat Jahre hindurch Nachrichten verbreitet über revolutionäre Ausbrüche, sei es in Berlin, oder in London oder in Paris. Vielleicht wurde Lenin in diesem seinen Glauben zum ersten Male damals erschüttert, als er während des Petersburger Aufenthalts H. G. Wells' diesen halb vertraulich halb spöttisch fragte, warum denn die Revolution in England so lange auf sich warten lasse, und der skeptische Epikuräer ihm ins Gesicht lachte und über den wahren Stand der Dinge erzählte. Aber auch damals ließ er sich von seinen

Illusionen nicht ganz abbringen. Wie es aber mit Lenins Utopismus in bezug auf andere Länder auch beschaffen sein mag, seine realistische Auffassung der Lage in Rußland ist durch seine Taktik durchaus erwiesen. Anderswo mochte er seine Schlösser in die Luft bauen, aber in Rußland wollte er sie auf dem festen Felsen der guten, alten autokratischen Tradition aufgebaut wissen. Dies war die andere, die „bolschewistische" Seite des Leninschen „Kommunismus", hier waren die Seile und Taue, mit denen das bolschewistische Regime gesichert werden sollte.

Es wäre ein Irrtum, wenn man denken wollte, daß Lenins Konzessionen an die Wirklichkeit auf seine nachträglichen Enttäuschungen zurückzuführen seien. Sie sind mit den Grundlagen seiner Taktik auf das engste verbunden. Kurz vor seinem Triumph in Rußland, im August und September 1917, schrieb Lenin ein Buch, betitelt: „Der Staat und die Revolution", worin sein politischer Realismus am klarsten zum Vorschein kommt. Wir wollen uns diese andere Seite des Bildes etwas genauer ansehen.

Lenin schreibt: „Nach Marx" (Lenin behauptet stets, daß er der einzige ist, der die Marxsche Lehre richtig auslegt), „nach Marx ist der Staat das Werkzeug der Klassenherrschaft, das Werkzeug der Unterdrückung der einen Klasse durch die andere." Nun, wenn dem so ist, warum sollte man denn von diesem „Werkzeug der Unterdrückung" nicht zugunsten einer anderen Klasse und gegen die „Unterdrücker" Gebrauch machen? „Der Vortrupp des Proletariats, fähig, die Macht zu ergreifen und das gesamte Gemeinwesen zum Sozialismus zu führen, *braucht* den Staat, die zentralisierte Organisation der Machtausübung und Gewaltanwendung, sowohl um den Wiederstand der Ausbeuter zu brechen, als auch um die breiten Massen der Bevölkerung führen zu können."

Sicherlich, ein derartige Auffassung vom Staat läßt keinen Raum für irgendwelche „sentimentale" Gedankengänge, wie die Ideen von Demokratie und Freiheit im politischen Leben zur Anwendung zu bringen wären. Es ist eben kein politisches Leben, sondern ein politischer Kampf, und den Staat braucht man nur als ein zeitweiliges Mittel in diesem Kampf. „Wir sind keine Utopisten", behauptet Lenin stolz. „Wir wollen die sozialistische Revolution und rechnen mit der menschlichen

Natur, *wie sie jetzt ist.* Die menschliche Natur kann Unterordnung nicht entbehren... Es muß eine Unterwerfung geben unter die bewaffnete Avantgarde (die „*zielbewußte*" Avantgarde muß unbedingt „bewaffnet" sein)... in Erwartung jener Zeit, wo „sich das Volk daran gewöhnen wird, die elementaren Bedingungen eines sozialen Zusammenlebens ohne Gewalt und ohne Unterwerfung einzuhalten." Wir sehen allerdings, daß diese Periode sehr lange dauern dürfte: so lange, als die menschliche Natur das bleibt, was „sie jetzt ist". Für die Zwischenzeit sind die Folgen vollkommen klar. „Da der Staat lediglich eine Uebergangseinrichtung ist, die wir im revolutionären Kampf dazu verwenden müssen, um unsere Gegner mit Gewalt niederzuzwingen, so ist es purer Unsinn, von einem freien Volksstaat zu reden. Für die Zeit, wo das Proletariat den Staat noch braucht, braucht es ihn nicht für die Zwecke der Freiheit, sondern für die Niederzwingung seiner Gegner." „Die Gegner niederzuzwingen" — das ist der Hauptzweck der „proletarischen Diktatur", ein Zweck, der um jeden Preis erreicht werden muß. Das Programm der vorläufigen Nutzanwendung des Staates ist nicht konstruktiv, sondern lediglich destruktiv.

Jedoch bevor man seine Gegner niederzwingt, muß man sich Anhänger und Parteigänger zu verschaffen wissen. Was sich nicht mit Einschüchterung und Terror machen läßt, muß durch Versprechungen und Zugeständnisse erreicht werden. Dabei haben Versprechungen und Zugeständnisse wiederum mit der Verwirklichung der „kommunistischen" Lehre nichts zu tun. Aber sie haben sehr viel zu tun mit der Erreichung der Macht und mit der Beibehaltung dieser Macht.

Wir wissen, daß die Bolschewiken ihren Anfangserfolg ihrer zügellosen Demagogie verdanken. Einmal zur Macht gelangt, hatten sie ihre Versprechungen zu erfüllen. Sie mußten jeder sozialen Gruppe, deren Unterstützung sie brauchten, sofort und alles geben, was diese Gruppe wünschte, und zwar in möglichst handgreiflicher Form. Sie taten dies mit großem Geschick, und sie ließen sich nicht durch Überlegungen aufhalten, ob dies nun „kommunistisch" war oder nicht.

Frieden für die Armee, Land für die Bauern, Kontrolle der Fabriken für die Arbeiter — das waren die Losungen von 1917. Friede, Land und Arbeiterkontrolle wurden auch von anderen politischen Parteien versprochen. Aber unter der provisorischen

Regierung von 1917 hatte die Armee auf die Entscheidung der Alliierten zu warten, um Frieden schließen zu können. Der Bauer mußte auf die Entscheidung der Verfassunggebenden Versammlung warten, um das Land in Besitz zu nehmen. Die Arbeiter hatten sich mit staatlichen Behörden in die Kontrolle zu teilen. Da kamen die Bolschewiken und sagten in der denkbar einfachsten Weise: „Nehmt es sogleich." Was sie zu den Soldaten, sofort nach ihrem Siege, im Dekret vom 10. November 1917 sagten, war im wesentlichen folgendes: „Tretet mit den Deutschen an jeder beliebigen Stelle der Front in Verbindung und schließet einen Waffenstillstand auf eure eigene Rechnung ab." Zu den Bauern sagten sie in ihrem Dekret vom 7. November: „Wartet nicht auf die Entscheidung der Verfassunggebenden Versammlung; tut sofort, was ihr auf dem Bauernkongreß im Juni beschlossen habt." Zu den Arbeitern sagten sie im Dekret vom 14. November: „Auf, geht zu den Eigentümern und Verwaltern jeder einzelnen Fabrik und sagt ihnen, daß euch das Recht gegeben ist, den Betrieb zu leiten." Das unmittelbare Ergebnis hiervon war, daß der Bolschewismus bei seinem ersten Auftreten den Soldaten, Bauern und Arbeitern in seiner angenehmsten Gestalt erschien und daß diese die bolschewistische Regierung als die Sachwalterin ihrer eigensten Interessen anerkannten.

Dieses Ergebnis war auch von Lenin vorausgesehen. Wir haben noch eine andere Flugschrift von ihm, zur selben Zeit verfaßt wie das bereits zitierte Buch, eine Flugschrift, die unter dem höchst bezeichnenden Titel erschien: „Wird die bolschewistische Gewalt (damals hatten die Bolschewiken die Macht noch nicht ergriffen) von Dauer sein?" Lenin führte aus, daß der zu erwartende bolschewistische Sieg nicht anders als dauernd sein könnte, da es ein Sieg der Masse des Volkes sein und es jedem begreiflich gemacht werden müßte, welches sein persönlicher Anteil am Siege wäre. „Unter diesen Umständen", fuhr Lenin fort, „werden wir sofort Millionen und aber Millionen Verteidiger haben." Unter anderen von ihm in Vorschlag gebrachten Methoden war auch das Versprechen an die niederen sozialen Schichten in Petersburg, sie in den Häusern und Räumlichkeiten der reichen Bourgeoisie anzusiedeln, wobei die früheren Besitzer kurzerhand vertrieben oder auf einzelne Zimmer beschränkt werden sollten. Auch dies war nicht neu und

durchaus keine Erfindung von Lenin selbst[9]). Es ist auch interessant zu erwähnen, daß solche Methoden einer „ungesetzlichen direkten Aktion" im voraus auf einen Widerstand stießen, der von den Sozialisten selbst ausging. Ich möchte folgende Stelle aus einem Briefe anführen, den der deutsche sozialistische Führer und Denker *Kautsky* — Lenins größter Feind — bereits im Jahre 1912 nach Amerika gesandt hatte: „Einen individuellen Kampf gegen das Eigentum zu predigen, heißt das Interesse der Arbeiter von der Massenaktion auf die individuelle Aktion abzulenken", welch letztere im Widerspruch „zu den sittlichen Begriffen der Massen steht" und „diese abstoßen und die Propaganda des Sozialismus auf das ernsteste gefährden würde." Das war es aber gerade, was Lenin tat.

Versprechungen und Einschüchterung, Einschüchterung und Versprechungen: wir werden noch oft auf diese alternative Taktik zurückkommen müssen, die den Januskopf des russischen Bolschewismus kennzeichnet. Hierin kann man auch die vorläufige Antwort auf die Frage erblicken, warum die Bolschewiken imstande waren, die Macht so lange zu behalten. Diese vorläufige Antwort lautet: sie kamen zur Macht durch Versprechungen; sie behielten die Macht durch die Furcht, die sie einzujagen wußten.

II.

Aber ist das alles? Taten sie denn nichts, versuchten sie denn nichts zu tun, um doch eine Art Kommunismus in Rußland einzuführen?

Gewiß, sie taten es. Sie kamen natürlich nicht sofort dazu, denn in den ersten Wochen und Monaten nach dem Siege waren sie mit dem „Niederzwingen der Gegner" beschäftigt. Um freie Hand zu haben, machten sie sich daran, sich von dem Wettbewerb anderer politischen Parteien zu befreien und die Institutionen aufzulösen, welche die Vertretung der Demokratie für sich in Anspruch nahmen. Am 17. November, also zehn Tage nach ihrem Siege, hatten sie die demokratischen Petersburger Stadtverordneten aufgelöst. Eine viel wichtigere Institution wurde von ihnen am 6. Januar 1918 aufgelöst: die erste russische Verfassunggebende Versammlung, die Hoffnung und das Kampfziel so vieler Generationen von russischen Revolutionären,

[9]) Vgl. z. B. das oben zitierte Buch von Dufour.

denen die Konstituante als das ideale Abbild der Volkssouveränität und als ein unantastbares Heiligtum galt. Sie wollten nichts von dem allgemeinen Wahlrecht hören, welches ebenfalls zum revolutionären Glaubensbekenntnis der früheren Generationen gehörte. Den Vertretern der revolutionären Gesinnung in Rußland klang das wie Gotteslästerung. Aber die Bolschewiken taten alle Vorurteile der Intellektuellen mit Hohn ab. Sie hatten mit parlamentarischen Grundsätzen und politischer Demokratie nichts zu tun.

Sobald sie ihre ersten Schwierigkeiten überwunden hatten, begannen die Bolschewiken mit der Veröffentlichung „kommunistischer" Dekrete. Sie wußten noch nicht, ob sie die Gewalt behalten würden. Um so wichtiger war es für sie, Merkzeichen ihrer kommunistischen Gesetzgebung zu hinterlassen. Hier stießen sie jedoch von Haus aus auf ein ernstes Hindernis. Der Staat, dessen sie sich bemächtigt hatten, befand sich, wie wir gesehen haben, in einem Zustande der Zersetzung. Rußlands Wirtschaft, von der angenommen wurde, daß sie eine hohe Stufe kapitalistischer Entwicklung darstellte und unmittelbar in die kommunistische Wirtschaftsordnung hinübergeleitet werden könnte, war völlig zerrüttet. Auch wenn es die wahre Absicht der Bolschewiken gewesen sein sollte, den Kommunismus nicht nur auf dem Papier einzuführen, mußten sie doch mit der Notwendigkeit rechnen, zunächst die Verwaltungsmaschine wiederaufzubauen und die Produktionskräfte des Landes wiederherzustellen.

Das waren aber Zwecksetzungen, die miteinander unverträglich, einander widerstrebend waren. Die Staatsgewalt stärken, die die Bolschewiken innehatten, hieß die kommunistischen Experimente aufzuschieben oder auf solche ganz zu verzichten. Kommunistische Experimente im Ernst zu veranstalten hätte den Verlust der politischen Macht bedeutet. Von Anfang an war es ganz klar, daß, wenn die Bolschewiken vor die Notwendigkeit gestellt würden, zwischen ihrem idealen Ziel und ihrer realistischen Taktik zu wählen, das erste vor der zweiten zurücktreten, der Kommunismus dem Bolschewismus geopfert werden würde. Wir wollen nun diese beiden Linien ihres politischen Gebarens verfolgen. Das Gesamtbild läßt sich vorausahnen: während die idealistische Linie des „Kommunismus" äußerst unentschieden und unstet durchgeführt wurde, hat sich

die realistische Linie des „Bolschewismus" als durchaus fest und folgerichtig erwiesen.

Lenin hat es selbst dargelegt, welcher Grad von Kommunismus sich nach seiner Auffassung in der Übergangsperiode zwischen dem Kapitalismus und dem reinen Kommunismus verwirklichen ließ. Diese „erste oder unterste Stufe" einer kommunistischen Gesellschaft wird von ihm folgendermaßen in der Terminologie der Marxschen Lehre geschildert.

„Die Produktionsmittel sind jetzt (d. h. in diesem Übergangsstadium) nicht mehr Privateigentum des einzelnen. Die Produktionsmittel gehören der gesamten Gesellschaft. Jedem Mitglied der Gesellschaft, das einen gewissen Teil der sozial notwendigen Arbeit verrichtet, wird von der Gesellschaft bescheinigt, daß es die und die Menge Arbeit geleistet hat. Auf Grund dieser Bescheinigung erhält es aus dem öffentlichen Vorrat an Verbrauchsartikeln eine entsprechende Menge von Produkten. Nach Abzug jenes Teils des Arbeitsertrags, der den öffentlichen Fonds zufällt, erhält also jeder Arbeiter von der Gesellschaft so viel, wie er ihr gegeben hat." „Wer nicht arbeitet, der soll auch nicht essen" — dieses sozialistische Prinzip ist bereits (d. h. in der Übergangsperiode) verwirklicht. „Gleiche Menge von Produkten für eine gleiche Menge Arbeit" — dieses sozialistische Prinzip ist ebenfalls bereits verwirklicht. Trotzdem ist es noch kein Kommunismus und „die ‚bürgerliche Rechtsordnung' wird hierdurch nicht aufgehoben, welche ungleichen Individuen für eine (ihrem realen Wert nach) ungleiche Arbeitsleistung eine ungleiche Menge von Produkten gewährt." „Der Staat schwindet dahin, insofern als es keine Kapitalisten mehr gibt, keine Klasse, die irgend zu unterdrücken wäre. Aber der Staat ist nicht ganz abgestorben, weil ihm noch weiter der Schutz der ‚bürgerlichen Rechtsordnung' obliegt, welche die tatsächliche Ungleichheit sanktioniert. Zur selbständigen Vernichtung des Staates ist vollständiger Kommunismus erforderlich."

Der Zustand des „unvollständigen Kommunismus" sollte somit unmittelbar erreicht werden. Was wurde getan, um diesen „unvollständigen Kommunismus" einzuführen? Eine kurze Zusammenfassung der wichtigsten Tatsachen wird genügen.

Im April 1918 sah sich Lenin gezwungen zuzugeben, daß der Vorgang ein sehr langsamer sei. Er schlug nun vor, gewisse vorläufige Maßregeln zu treffen, um das Kapital „einzukreisen". Das Kapital — im bolschewistischen Rußland? Ja, so ist es;

Lenin stellte fest, daß die Organisation des Proletariats noch lange nicht vollendet sei. Die Methoden, deren man sich bediente, „sahen viel mehr nach Methoden einer Eroberungskampagne aus, als nach denen einer regelrechten Verwaltung. Selbst Kontrollbücher für die obligatorische Arbeit waren noch nicht eingeführt. Man muß langsam und allmählich fortschreiten und jeden versuchsweise vorgenommenen Schritt an seinen praktischen Ergebnissen prüfen." Und in der Tat, bei diesem Fortschreiten legten die Bolschewiken größte Behutsamkeit an den Tag. Sie unterließen es, das Prinzip selbst sofort anzugreifen. Sie zogen es vor, gegen seine Folgen anzukämpfen und auf diese Weise den Feind „einzukreisen". Sie hatten erkannt, daß es viel schwieriger sei, die bürgerliche Wirtschaftsordnung zu zerstören, als eine bürgerliche Regierung zu stürzen.

Am nächsten Tage nach ihrem Siege veröffentlichten die Bolschewiken zwei Dekrete. Das eine betraf den Großgrundbesitz, welcher lokalen Agrarausschüssen zu überantworten war „bis zur Entscheidung der Verfassunggebenden Versammlung". Das andere Dekret ordnete die Nationalisierung der Bankinstitute an. Auf diese Weise beabsichtigten die Bolschewiken, den Großbesitz — das bewegliche sowie das unbewegliche Eigentum — sofort mit einem schweren Schlag zu treffen. Aber das Privateigentum im allgemeinen hatten sie nicht abgeschafft. Im Gegenteil, sie ließen den kleinen Grundbesitz unberührt und gestatteten das Abheben kleiner Beträge von laufenden Rechnungen, die in den Banken angelegt waren (1500 Rubel monatlich).

Ebenso unentschlossen verfuhren sie auch in der Frage der Arbeiterkontrolle, der die Fabriken unterstellt werden sollten. Sie wollten keine sofortige Nationalisierung der Industriewerke. Lenin hatte im November 1918 gesagt, daß „die Einführung des Sozialismus nicht möglich sei, bevor die Arbeiterklasse es gelernt habe, den Betrieb zu leiten und ihre Autorität durchzusetzen". Durch diese Feststellung hatte er die Erklärung dafür gegeben, weshalb die in der eben erwähnten Frage getroffenen Maßregeln „unvollständig und widerspruchsvoll" waren.

Ebensowenig konnten sich die Bolschewiken zu einer sofortigen Abschaffung des privaten Handels entschließen. Als sie sich im März 1918 zu einer Notionalisierung des Handels veranlaßt sahen, geschah dies aus einem besonderen Grunde. Sie waren genötigt, den Austausch zwischen Dorf und Stadt zu

organisieren, um die Ernährung der städtischen Bevölkerung sicherzustellen. Schon damals lehnten es die Bauern ab, ihr Getreide für Papiergeld zu verkaufen, und verlangten dafür Industrieerzeugnisse. Die Bolschewiken waren gezwungen, einen Schritt in der Richtung zum „unvollständigen Kommunismus" hin zu machen. Zur Revision und Festsetzung der Ortspreise für Waren wurden besondere Ausschüsse in jeder Stadt mit mindestens 10 000 Einwohnern gebildet. Die vorhandenen Warenbestände wurden registriert. Der Handel mit Industrieerzeugnissen wurde einer Kontrolle unterstellt. So waren sie, Schritt für Schritt, zu dem endgültigen Beschluß vom 8. Oktober 1918 gekommen, wonach der gesamte Binnenhandel nationalisiert wurde. Sämtliche Handelsgeschäfte, die großen wie die kleinen, wurden geschlossen und ihre Bestände für den Austauschhandel mit dem Dorfe verwendet. Der Preis für konfiszierte Ware wurde jedoch auf die laufende Rechnung des betreffenden Eigentümers in der Staatsbank überwiesen und den Besitzern wurde es mitunter gestattet, ihre Unternehmungen als Beamten des Staates weiter zu leiten.

Der Außenhandel war schon früher, am 21. April 1918, nationalisiert worden im Zusammenhange mit der Unterzeichnung des Friedens von Brest-Litowsk, und die Handelsflotte wurde am 8. Februar 1918 zum nationalen Eigentum erklärt.

Schwieriger gestaltete sich die Nationalisierung der Industrie, gerade wegen jenes Systems der Arbeiterkontrolle, das von den Bolschewiken unmittelbar nach ihrem Siege zugestanden worden war. Die Kontrolle war individuell, jede Fabrik wurde von ihrem eigenen Arbeiterausschuß geleitet. Das Ergebnis war ein vollständiges Chaos. In einigen Fabriken arbeiteten die Arbeiterausschüsse mit der früheren Fabrikverwaltung zusammen und setzten sich mit großem Eifer für die Interessen der Privateigentümer ein. In anderen Fällen suchten sie selbst die Rolle der Eigentümer zu spielen. Überall setzten sie gewaltige Lohnerhöhungen durch, gearbeitet wurde aber nur so lange und so viel, wie es ihnen gefiel. Anstatt sich an den Achtstundentag zu halten, den die Bolschewiken von den früheren revolutionären Regierungen übernommen hatten, kamen die Arbeiter für fünf oder vier Stunden unproduktiver Arbeit in den Fabriken zusammen.

Wir werden in einem anderen Kapitel sehen, wie es die Bolschewiken zuwege brachten, die neue Disziplin in den

Fabriken durchzusetzen. Sie wurden aber auch gezwungen, das ganze System der Produktionskontrolle vollkommen zu ändern. Ihr leitender Gedanke war, daß die Industrie in Trusts zentralisiert werden sollte. Jeder Produktionszweig sollte für sich organisiert werden als ein vorbereitendes Stadium für die Nationalisierung. Vom Februar 1918 an schritten sie zur Errichtung von „Zentral"- und „Hauptstellen" für jeden Industriezweig. Die Anzahl dieser Stellen war 15 im März und 51 am Ende des Jahres. Den Zentralstellen lag die Versorgung mit Rohstoffen und Heizmaterial, die Regulierung der Nachfrage und des Angebots der Waren, sowie die Festsetzung der Preise ob. Diese „Zentren" waren nun allmählich an die Stelle der Arbeiterausschüsse getreten. In den „Zentren" selbst war die führende Rolle von den Generalversammlungen auf Komitees übergegangen, die sich aus Fachleuten zusammensetzten. Verhältnismäßig wenige Arbeiter wurden in diese Komitees aufgenommen. Ihr Hauptpersonal bestand aus vorgebildeten Fachleuten sowie aus denjenigen unter den Intellektuellen, die die Bolschewiken zur Mitarbeit zu gewinnen vermocht hatten.

Die Zeit für eine vollständige Nationalisierung der Fabriken war nunmehr gekommen. Aber die Bolschewiken zögerten damit noch immer. Bis zum 1. August 1918 hatte die Nationalisierung eher den Zweck, widerspenstige Fabrikbesitzer und -verwalter zu bestrafen, als eine ernste soziale Umwandlung einzuleiten, die zum Kommunismus führen sollte. Nur 567 Unternehmen waren nationalisiert und 271 sequestriert worden. Der am 28. Juni 1918 gefaßte Beschluß, *alle* Fabrikwerke zu nationalisieren, ist auf Gründe besonderer Art zurückzuführen. In Berlin wurde nämlich über einen Handelsvertrag mit Deutschland verhandelt, wobei vereinbart ward, daß die Bestimmungen des Vertrages auf staatliche Monopole keine Anwendung finden sollten. Hierüber hatte Lenin, der die Verhandlungen leitete, am 25. Juni der Regierung in Petrograd Bescheid zukommen lassen, und drei Tage später war die russische Industrie in ihrer Gesamtheit zu einem Staatsmonopol erklärt.

Die Begründung, die dem Dekret vom 28. Juni beigegeben wurde, lautete natürlich ganz anders. Die Bolschewiken hätten bezweckt, „dem Zustande der wirtschaftlichen Desorganisation und der Verworrenheit in der Güterverteilung ein Ende zu machen und die Ausübung der *Diktatur* der Arbeiter und der Besitzlosen *zu vereinfachen*". Bis Ende 1919 sind 4000 Unter-

nehmen mit ihrem gesamten Vermögen zum Eigentum der kommunistischen Republik erklärt worden. Der Vorsitzende des Obersten Wirtschaftsrats, Rykow, stellte fest, daß dies „die gesamte russische Industrie" war.

Dennoch war dies, nach dem Urteil der besten Autoritäten auf dem Gebiet der kommunistischen Doktrin, noch kein Kommunismus. Das war „Staatskapitalismus". Doch waren weitere Schritte in der Richtung nach dem „unvollständigen Kommunismus" in Aussicht genommen.

Jetzt, wo sich die gesamte Industrie und der gesamte Handel in den Händen des Staates befand, war es nicht nur möglich, sondern sogar notwendig geworden, wenigstens einen Gesamtplan für die Produktion und Verteilung der Güter in der einen oder anderen Form auszuarbeiten — genau so, wie dies während des Krieges auch in den kapitalistischen Ländern für Kriegszwecke getan worden war. Ein Staat, der sich kommunistisch nennen wollte, mußte nun auch einen Schritt weiter gehen, und das *Tauschmittel* der bürgerlichen Wirtschaftsordnung, das Geld, abschaffen. Die Bolschewiken hatten das mehr als einmal versprochen, sich aber nie dazu entschließen können. Wie wäre es ihnen auch möglich gewesen, wo doch ihre sämtlichen Existenzmittel aus Papiergeld bestanden? Sie hatten zunächst ein neues Netz von Verteilungsorganen über das ganze Land zu legen. Und in der Tat wurde ein großartiger Plan ausgearbeitet, nach dem das „Kommissariat für Versorgung" den Austausch und die Verteilung der Güter zu kontrollieren hatte. Gegen Ende 1919 beschlossen die Bolschewiken, sich fortan der freien kooperativen Genossenschaften zu bedienen, und trotz des heftigen Widerstandes von seiten der Genossenschaften, wandelten sie diese allmählich in staatliche Einrichtungen um und machten sie zu einem integrierenden Bestandteil ihres Verteilungssystems. Die gesamte Bevölkerung wurde zum Eintritt in die Genossenschaften gezwungen, und bereits 1919 kündigte Larin die kommende große Umwandlung. „Die neue Organisation", so sagte er, „wird bald jenes Stadium erreichen, wo es möglich sein wird, das Problem der Naturalisierung der Löhne, d. h. der Bezahlung der Arbeiter mit Verbrauchsartikeln, auf die Tagesordnung der praktischen Politik zu setzen."

In einem anderen Kapitel werde ich darlegen, wie sich die grausige Wirklichkeit im Gegensatz zu diesen, so viel Selbstvertrauen atmenden, Behauptungen gestaltete. Tatsächlich be-

stand die einzige Maßnahme, die zur Regelung der Güterverteilung getroffen wurde, in der Ausdehnung der Rationierungskarten (die in Rußland ebenso wie in anderen Ländern während des Krieges eingeführt worden waren) auf alle anderen Waren. Von den Bolschewiken wurde dieses System zu rein demagogischen Zwecken ausgenutzt. Die städtische Bevölkerung — (nur für diese galt das System der Rationierung) wurde in vier Kategorien eingeteilt, und die „parasitäre" Klasse, d. h. die Geistesarbeiter und die „Bourgeoisie", wurde der vierten Kategorie zugezählt. Ihr wurde das Minimum an Lebensmitteln, eine wahre Hungerration, zuteil. Allmählich wurde das jedoch geändert: eine neue Auslese wurde unter den Fachleuten vorgenommen, die sich bereit erklärt hatten, den Bolschewiken zu dienen. Die Sowjetbeamten — die neue rote Bureaukratie — wurden in eine besonders privilegierte Kategorie übergeführt. Übrigens waren auch die Rationen der ersten Kategorie vollkommen ungenügend. Die bolschewistische Statistik weist nach, daß z. B. im Winter 1919/20 nur 36% der Nahrungsmittel (Mehl, Brot, Getreide) von der städtischen Bevölkerung durch Vermittelung der Regierungsbehörden bezogen wurden, während 64% durch den Schleichhandel beschafft werden mußten. Noch schlimmer stand es mit den Arbeitern, welche neun Zehntel ihres minimalen Bedarfs an Lebensmitteln aus anderen Quellen als aus ihrem „Naturallohn" zu decken hatten.

Wie dem auch sei, auch in dieser mangelhaften Form mußte sich das bolschewistische Produktions-, Verteilungs- und Verbrauchssystem auf eine entschieden gestärkte Staatsgewalt stützen. Wir wissen aber, daß die Bolschewiken die russischen staatlichen Einrichtungen im Zustande äußerster Zersetzung übernommen hatten. Ihre anfänglichen Zugeständnisse und Versprechungen hatten diesen Zersetzungsprozess noch weiter gefördert und auf das äußerste gesteigert. Jede Provinz, jeder Kreis und mitunter sogar einzelne Bezirke und Dorfgemeinden handelten jetzt, als wären sie unabhängige Republiken. Örtliche „Sowjets" traten an die Stelle früherer, einer gesetzlichen Grundlage ebenfalls entbehrender Selbstverwaltungskörperschaften sowie der neugewählten demokratischen Semstwos. Hier und da bezeichneten sie sich sogar als besondere Staaten und führten ihre eigene Gesetzgebung, eine eigene Steuer- und Finanzverwaltung ein, ja sie schritten sogar zur Bildung einer

eigenen Wehrmacht, die in dem nun einsetzenden Zustande des allgemeinen Chaos besonders not tat.

III.

Um der Lage Herr zu werden und die „Diktatur des Proletariats" in ihren Händen zu behalten, verfügten die Sieger vom 7. November über drei Mittel, von denen sie außerordentlich konsequent und ohne jegliche moralische Hemmungen Gebrauch machten. Das erste dieser Mittel war ihre Parteiorganisation. Das zweite — die Rote Armee. Das dritte — ein in der Geschichte einzig dastehendes System der Spionage und des roten Terrors. Während der acht Jahre ihrer Herrschaft hat die Anwendung dieser Mittel mannigfache Wandlungen erfahren, und im Verlaufe unserer weiteren Darstellung werden wir auf die eine oder die andere Abart noch zurückkommen müssen. Aber schon jetzt müssen wir uns mit jedem dieser Mittel vertraut machen, um begreifen zu können, warum die Bolschewiken, die die Gewalt dank einer außergewöhnlich günstigen Konjunktur an sich gerissen hatten, seither nicht nur am Ruder bleiben konnten, allen Prophezeiungen (darunter auch ihren eigenen) zum Trotz, sondern auch ein System unbeschränkter und kontrolloser Machtausübung zu errichten vermochten, für das wir in der gesamten Menschheitsgeschichte vergeblich ein Analogon suchen würden.

Das erste und wichtigste Werkzeug ihrer Herrschaft ist die „RKP.", die Russische Kommunistische Partei. In der Theorie und nach dem Wortlaut der Verfassung ist die Kommunistische Partei eine Privatorganisation wie jede andere Partei, und bis zum Sommer 1918, solange die Partei der linksgerichteten Sozialrevolutionäre in der Regierung vertreten war und im Bunde mit der Kommunistischen Partei an der Verwaltung teilnahm, lautete die Theorie so, daß die RKP. die Vorherrschaft in den Sowjets lediglich „anstrebte", und man konnte sich theoretisch den Fall denken, daß sie wieder zu einer Minderheit innerhalb der Sowjets geworden wäre, wie zu Beginn der Märzrevolution 1917. Allein die Praxis hatte sich natürlich von Anfang an von der Theorie getrennt, um so mehr, als in der Anfangsperiode der Bolschewikenherrschaft, wo das System ihrer Behörden noch nicht ausgebildet und andererseits unverzügliches Handeln nach Art und Weise militärischer Befehle vonnöten war, von einer Unterscheidung zwischen Parteiorganen

und staatlichen Behörden sowjetistischen Typs nicht die Rede sein konnte. So entwickelte sich denn damals eine Praxis, bei der die Parteiorgane sich nicht bloß auf die Leitung der Politik beschränkten, sondern den Staat unmittelbar verwalteten. So lagen die Dinge selbst in bezug auf die Zentralbehörden. Schon im Februar 1921 wurde im „Kommunistitscheskij Trud" („Kommunistische Arbeit") berichtet: „Die Tätigkeit des Zentralen Vollzugsausschusses und des Rats der Volkskommissare (d. h. Regierungsbehörden) ist durch die Tätigkeit des Zentralkomitees der Partei oder besser gesagt: seines ‚politischen Bureaus' und ‚Organisationsbureaus' ersetzt worden. Von diesen werden gewöhnlich alle laufenden Angelegenheiten eingehend studiert, die vor die Sowjetorgane zur Entscheidung kommen. Das Ergebnis ist, daß die Tätigkeit des Zentralen Vollzugskomitees und des Rats der Volkskommissare einen rein formellen Charakter angenommen hat. Die Ministerien legen ihre Gesetzentwürfe direkt dem Zentralkomitee (der Partei) vor und lassen sie dann, unabhängig von den Zentralorganen der Staatsgewalt, zur Ausführung gelangen."

Für die provinziellen Behörden war diese Ersetzung der Regierungsorgane durch Parteiinstanzen erst recht bezeichnend. „Die Praxis der Kriegsperiode", heißt es in dem offiziellen Bericht über die Tätigkeit der RKP. in den Jahren 1922/23, „mußte das Zentralkomitee und die Gouvernementsausschüsse (der Partei) unvermeidlich zu Mobilisationsbehörden werden lassen, die in aller Eile kommunistische Stoßtrupps ausheben und auf die am meisten gefährdeten Punkte unserer Fronten werfen mußten... Die militärische Mobilmachung, die Mobilmachung zur Beschaffung von Lebensmitteln, zur Bewältigung von Transportschwierigkeiten folgten ununterbrochen aufeinander... Die gesamte Partei stellte eine disziplinierte kampfbereite Armee dar. Dies hatte naturgemäß eine Militarisierung und Zentralisierung der Partei zur Folge; die Methoden der Parteiarbeit... neigten zum System der militärischen Befehle (Resolution des 10. Parteitages)". Die beratenden Organe der Partei mußten verkümmern, die periodischen Mitgliederversammlungen gingen ein, es schalteten und walteten nur die Vollzugsausschüsse, die unbedingten Gehorsam verlangten. Zu jener Zeit war das „Hinüberwerfen" der gewöhnlichen Parteimitglieder, d. h. ihre Versetzung in immer neue Ämter und aus einer Gegend in die andere, zu einer ständigen Regel geworden. Dies alles mußte

naturgemäß innerhalb der Partei selbst Widerspruch hervorrufen. Es wurde der Ruf laut nach einer „demokratischen" Umstellung des Parteiapparats. Gleichzeitig forderte diese „Opposition" eine Trennung zwischen dem Parteiapparat und dem System der Sowjetbehörden. Diesen Wünschen der Opposition kamen die Parteitage (vom VIII. bis zum XI.) nach Anbruch der „Friedensperiode" zunächst entgegen. Bald wurde jedoch ersichtlich, daß die Trennung des Staates von der Partei in einem krassen Widerspruch steht zu der gesamten Struktur der „Diktatur des Proletariats", die mit Hilfe des „klassenbewußten" und „bewaffneten Vortrupps" ausgeübt wird. Schon 1921 mahnte Lenin: „Wir dürfen nicht vergessen, daß die ganze rechtliche und tatsächliche Verfassung der Sowjetrepublik darauf aufgebaut ist, daß die Partei nach einem einheitlichen Prinzip alles berichtigt, alles festsetzt und aufbaut ... Die Partei ist es, die den ganzen Staat regiert und lenkt ... sie beherrscht den gewaltigen staatlichen Apparat und sie *muß* ihn beherrschen." Kurz vor seinem Tode, im Jahre 1923, kehrte Lenin zurück zum Leitgedanken von der „tatsächlichen und rechtlichen Vormachtstellung der Partei dem Staatsapparat gegenüber". Demgemäß hatte auch der XII. Parteitag den Abänderungsantrag angenommen, der vor einer „allzu weitherzigen Auslegung jener Beschlüsse" warnte, in denen von der Notwendigkeit einer genauen Arbeitsteilung zwischen den Partei- und den Sowjetorganen die Rede war. „Die RKP. ist es, die in der gegenwärtigen Periode die gesamte politische und kulturelle Arbeit der Staatsorgane leitet und leiten muß, sie ist es, die die Tätigkeit sämtlicher wirtschaftlichen Behörden der Republik lenkt und lenken muß. Die Diktatur der Arbeiterklasse kann nicht anders sichergestellt werden, als in Form einer Diktatur ihrer Avantgarde, d. h. der kommunistischen Partei." Und in der berühmten Diskussion, die sich über die Forderungen der Opposition entspann und auf die wir an einer anderen Stelle zurückkommen werden, hatte Sinowjew, schon nach dem Tode Lenins, dessen Lehre noch weiter zugespitzt, indem er die Theorie aufstellte, daß die Partei ein „Monopol auf die Legalität" besitze. Die RKP. „übt die Diktatur des Proletariats aus und ist eben deshalb die *einzige* legale Partei in der Union der Sowjetrepubliken. Sie hat alle anderen politischen Parteien zermalmt, sie hat sich ein Monopol auf Pressefreiheit, ein Monopol auf freie politische Betätigung vorbehalten ... Ein

politisches Auftreten oder eine auch nur wirtschaftlich maßgebende Betätigung ist nur für diejenigen Elemente möglich, die sich unserer Partei angeschlossen haben... Die Diktatur des Proletariats kann nur ausgeübt werden, wenn die Kommunistische Partei ein Monopol auf Legalität hat."

Gewiß steht Sinowjews Theorie zu der Sowjetverfassung in Widerspruch, da diese die Partei gar nicht erwähnt. Trotzdem ist diese Theorie ein getreues Abbild der Sowjetwirklichkeit. Zwar bietet die Verfassung Schlupflöcher genug, um der Partei als solcher eine unmittelbare Beteiligung an der Verwaltung zu ermöglichen; aber die Praxis der Parteibehörden ist auf derartige formelle Auslegungskünste gar nicht angewiesen. Einige anschauliche Beispiele aus der Frühzeit der kommunistischen Staatsverwaltung mögen die Methoden illustrieren, deren sich die Partei bei der Anwendung der Verfassung bedient. Bekanntlich wird das Wahlrecht durch den Art. 65 genau bezeichneten Bevölkerungsgruppen auf Grund ihrer Zugehörigkeit zur Bourgeoisie abgesprochen, und zwar wenn die betreffenden Personen sich für ihre wirtschaftlichen Zwecke der Lohnarbeit bedienen oder wenn sie nicht von Arbeit, sondern vom Ertrag ihres Kapitals leben. Es ist aber ebenso gut bekannt, daß die Bolschewiken den Begriff „kleinbürgerlich" in einem viel weiteren Sinn auslegen, als dies den soeben angeführten Bestimmungen über den Ausschluß vom Wahlrechte entspricht. Und so finde ich denn in meinem Urkundenmaterial folgendes Rundschreiben, vom Volkskommissar für innere Angelegenheiten an die Dorfbehörden erlassen (Juli 1918): „Die kleine Dorfbourgeoisie hat es *gewagt*, an den Wahlen teilzunehmen und sich *sogar* wählen lassen. Diese Leute sind unverzüglich zu verhaften und wegen Verletzung der Sowjetverfassung vor Gericht zu stellen."

Die Vertreter dieser „Kleinbourgeoisie" dürfen somit weder wählen, noch gewählt werden. Wer soll also gewählt werden? Von den bolschewistischen Machthabern wird auf diese Frage eine klare Antwort erteilt. Eine andere Verordnung, die von dem Lokalsowjet des Gouvernements Woronesh erlassen wurde, lautet: „Das Recht, Kandidaten (für die Sowjetwahlen) aufzustellen, gehört ausschließlich jenen Wählergruppen und Parteien, welche eine Erklärung über die Anerkennung der Sowjetgewalt abgegeben haben." „Sämtliche Gewerkschaften haben bis spätestens 4 Uhr nachmittags am 20. Januar (1919) bei dem städtischen Sowjet eine schriftliche Erklärung über ihre Ein-

stellung der Sowjetgewalt gegenüber einzureichen." Das bedeutet, daß die „parteilosen" Wähler politisch nicht „zuverlässig" genug erschienen, um bei den Wahlen eigene Kandidaten aufstellen zu können.

Auf der anderen Seite gilt unter dem bolschewistischen Regime seit Mitte 1918 keine einzige Partei als zuverlässig. Als zuverlässig werden allein Kommunisten angesehen, und es können bei den Wahlen ausschließlich offizielle Kandidaten aufgestellt werden. Ein Aufruf, der am Vorabend der Wahlen von dem „politischen Kommissar" des 270. Regiments der Roten Armee an die Arbeiter einer Porzellanfabrik erlassen wurde, lautet folgendermaßen: „Genossen, Arbeiter! Ihr habt eine schwierige Aufgabe zu lösen: ihr müßt solche Genossen in euren Ausschuß wählen, die nützliche Arbeit leisten können; ihr habt Leute zu wählen, die für die Sowjets sind. Um nicht Verwirrung zu stiften, müßt ihr nur solche kommunistische Genossen wählen, auf die ihr euch verlassen könnt. Genossen! Ich sehe in der Liste der Kandidaten außer folgenden sieben Namen (es folgt deren Aufzählung), keinen einzigen, der würdig wäre, gewählt zu werden. Wenn aus den Wahlen ein Ausschuß hervorgehen sollte, der sich nicht aus diesen, sondern aus anderen Mitgliedern zusammensetzt, so werde ich ihn unverzüglich auflösen und neue Wahlen anordnen."

Wir werden später sehen, daß im Januar 1925 die Sowjetregierung durch den Widerstand der Bauernschaft gezwungen wurde, ihre Wahlmethoden zu mildern. Aber schon aus dieser Milderung ist zu ersehen, welches bis zu diesem Jahre der allgemeine Brauch war. Die Dorfgruppen der RKP. — wie übrigens auch die städtischen — setzten ihre Kandidatenlisten zusammen, ohne die Wähler in den Wahlversammlungen zu befragen. Als Kandidaten wurden nur Kommunisten aufgestellt, und zwar solche, die gleichzeitig administrative Ämter im Dorfe bekleideten, in denen also die Wähler ihre unmittelbare Obrigkeit erblickten. Zur Abstimmung gelangte nur die Regierungsliste allein. Jenen Bauern, die sich den lokalen Sowjetbehörden gegenüber kritisch verhielten, wurde das Wahlrecht einfach entzogen (es sei erwähnt, daß dieses Verfahren durch den berüchtigten Paragraph 23 der Verfassung durchaus sanktioniert wurde, der die Behörden ermächtigt, einzelnen Personen und Gruppen das Wahlrecht zu entziehen, sofern es von ihnen „zum Nachteil der sozialistischen Revolution ausgeübt wird"). Den

Wählern wurden Tag und Ort der Wahlen nicht bekanntgegeben, oder die Bekanntmachung erfolgte nur 18 Stunden vor dem Wahltermin. Die Listen der Personen, denen das Wahlrecht entzogen wurde, wurden nicht ausgehängt. Die Bevölkerung war in den Wahlkommissionen nicht vertreten, und eine Prüfung der Beschwerden über Unregelmäßigkeiten bei der Durchführung der Wahlen gab es tatsächlich nicht[10])

Die Mitglieder der Kommunistischen Partei hatten nicht nur ein „Monopol auf Legalität", welches sie vor Verfolgungen sicherstellte. Sie besaßen auch Vorrechte, die bei der wirtschaftlichen Zerrüttung in Sowjetrußland von ganz besonderem Wert waren. Sie hatten ein Recht auf billige oder freie Wohnung, wurden unentgeltlich mit Lebensmitteln versorgt, hatten das Recht der Freizügigkeit. Sie erhielten Stellungen im Staatsdienst, rückten somit in die Reihen der neuen regierenden Klasse und kamen in den Genuß all jener Vorteile, die sich aus der Ausübung und dem Mißbrauch der Gewalt in einem Lande ohne Gesetz und Rechtspflege ergeben. Wie gestaltete sich bei dieser Sachlage die Zusammensetzung der Partei?

Zur Beantwortung dieser Frage verfügen wir über eingehende amtliche Angaben. Das grundlegende und geistig führende Element bildeten naturgemäß jene Leute, die die Partei im Auslande und in Rußland geschaffen hatten (1903) und seinerzeit den Verfolgungen der Zarenregierung ausgesetzt gewesen waren. Bis Anfang 1917 waren ihrer nicht viel: 10 431 laut offiziellem Bericht (2,7 % der Parteimasse nach dem Stande von 1922). 1917 erhielt die Partei einen Zustrom aus „dem besten Teil des Proletariats", d. h. aus der Arbeiterschaft, die unter dem Einfluß der (kommunistischen) Propaganda stand (es waren das vorwiegend Metallarbeiter), in einer Anzahl von 35 154 (das sind weitere 9,1 %). Insgesamt zählte somit die Partei zur Zeit ihres Sieges etwa 50 000 Mitglieder (rund 12 %). Zur Herstellung eines Verwaltungsapparates war das viel zu wenig. Der Zar hatte, nach einem Ausdruck Lenins, Rußland mit Hilfe von 130 000 Gutsbesitzern regiert. Für eine Partei, die die Bildung einer neuen privilegierten Klasse im Auge hatte, war es jedoch nicht schwer, neue Mitarbeiter zu finden. Nach einem Eingeständnis Sinowjews (in seiner Rede vom

---

[10]) S. die Wahlinstruktion von Kahanowitsch.

Anfang Februar 1924, die wir auch weiter unten zitieren), „begann der eigentliche Zustrom erst im Jahre 1918 oder sogar 1919, *als die Festigkeit der Sowjetgewalt* klarer zutage trat". In der Tat, der Zuwachs an neuen Parteimitgliedern stellte sich in diesen drei entscheidenden Jahren wie folgt:

1918	63 643	(16,5%)
1919	107 840	(27,9%)
1920	121 789	(31,5%)
Insgesamt	293 272	(75,9%)

Mithin waren sieben Achtel der Partei (nach dem Stande von 1922) von außen zugeströmt, erst nachdem sie den Sieg davongetragen hatte. Es war nur natürlich, und der Parteibericht gibt es zu, daß es während dieser Kampfzeit „nicht möglich war, über die Eigenschaften, die Persönlichkeit, die Fähigkeiten und Arbeitslust der Mitarbeiter genaue Informationen einzuholen". Die Partei füllte sich mit kriminellen Elementen, in deren Masse die ehrlichen, aufrichtigen Anhänger der Parteilehre verschwanden. „Eine zweite Kategorie bildeten", nach demselben Parteibericht, „die Mitläufer, Revolutionsgewinnler und sonstige kleinbürgerliche Elemente". In den Dienst der bolschewistischen Machthaber waren bekanntlich auch die sogenannten „Fachleute" getreten, d. h. nicht nur die Mehrzahl der früheren Beamten und staatlichen Angestellten, sondern auch die meisten Vertreter der freien Berufe. Es gab in jenen Jahren keinen anderen Ausweg, um sich vor dem Hungertode zu retten. Diese Kategorie der Mitarbeiter der Sowjetregierung ist es, auf die sich in erster Linie der von Trotzkij stammende Spottname „Radieschen" bezieht: Leute, die äußerlich „rot", im Innern aber „weiß" sind.

Erst nach dem endgültigen Sieg und der Niederwerfung der „weißen" Bewegung konnten die Bolschewiken daran gehen, über die buntscheckige Zusammensetzung ihrer Partei Klarheit zu schaffen. 1921 wurde die erste Registrierung der Parteimitglieder, übrigens in sehr unvollkommener Weise, und die erste „Säuberung" der Partei vorgenommen, die die wesensfremden Elemente aus ihr entfernen sollte. Diese Säuberung wurde übrigens dadurch erleichtert, daß gerade damals die „Neue Wirtschaftspolitik" ihren Einzug hielt (s. darüber Kap. VII). Fremdartige Elemente, „die sich der Partei mit Rücksicht auf materielle Vorteile angeschlossen hatten, verließen die Partei,

sobald die ihrer inneren Veranlagung entsprechenden Betätigungsmöglichkeiten im Handel usw. wieder gegeben waren". Besonders bezeichnend und stark war der Abzug der Bauernschaft, die sich der Partei im Jahre 1920 angeschlossen hatte, „als die Weißen niedergeschlagen und die Randgebiete befreit werden sollten". Folgende Ziffern des offiziellen Berichts zeigen, wie rasch die (offenbar aus der verkehrten Taktik der „Weißen" zu erklärende[11]) Begeisterung der Bauernschaft für die Partei abgeflaut war:

Anzahl der Bauern in der Partei (in 14 Gouvernements)	Mitglieder	Kandidaten
März 1920	15 314	7 212
September 1920	80 954	22 211
1922	23 431	6 013

Aber auch für jene Bauern, die noch nach 1921 in der Partei geblieben waren, war zu einem großen Teil die Möglichkeit maßgebend, aus ihrer Zugehörigkeit zur Partei Vorteile für ihre Wirtschaft zu ziehen. Das waren Parteimitglieder, die sich „wirtschaftlich ausgewachsen" hatten. Ein solcher „wirtschaftlich erstarkter Kommunist tritt aus der Partei nicht aus, im Gegenteil, er sucht die Parteizelle von innen aus zu beeinflussen, um ihre Tätigkeit seinen wirtschaftlichen Interessen anzupassen". Mit anderen Worten, die Dorfkommunisten waren zu Geschäftmachern und kleinen Satrapen geworden; ihnen galt jener Haß der Bauern, der sich zum Jahre 1924 immer häufiger in der Ermordung dieser neuen Gutsherren Luft machte.

Endlich wird im Parteibericht festgestellt, daß der „Übergang von der Heldenzeit eines mit Anstrengung aller Parteikräfte geführten Kampfes zu der friedlichen Aufbauperiode eine Depression in den Reihen der Partei hervorgerufen hatte". Es ist kein Wunder, daß bei dem räuberischen Charakter, der den Bürgerkrieg kennzeichnete, „ein Teil der Parteimitglieder, ehrliche Genossen, die während der Kampfzeit viel durchgemacht hatten, von einer äußersten Entnervung und Ermüdung befallen waren" und ihr weiteres Verbleiben in der Partei ablehnten. Diese Feststellung macht der Bericht insbesondere in bezug auf die *alten Parteimitglieder aus der vorrevolutionären Zeit*, das heißt, gerade in bezug auf jene ideell gesinnten Elemente

[11]) S. Kapitel VI.

der Partei, die die Bolschewiken zur Wiederaufnahme der Arbeit bewegen wollten. Sie stießen hierbei auf Widerstand. Es wurde festgestellt, daß viele von den „Alten" „die Übernahme von verantwortlichen Posten ablehnen" und nur um das eine bitten, daß man sie in Ruhe lasse: sie „möchten überhaupt vom Schauplatz verschwinden, von niemandem weiter behelligt werden". So war die Stimmung der „ehrlichen" Kommunisten.

Die große Säuberung von 1921 verringerte den Bestand der Partei um mindestens 180 000 Mitglieder und Kandidaten (nach der Aussage von Molotow am 29. Mai 1924). Die weitere Säuberung der Partei, die 1922 „von den Kontrollkommissionen energisch durchgeführt wurde", entfernte (nach derselben Aussage) noch etwa 60 000 Personen aus ihren Reihen. Wie wir später sehen werden, ließen sich hierbei die Bolschewiken nicht nur von politischen Rücksichten leiten, sondern gingen auch von der Erkenntnis aus, daß es unmöglich sei, eine so große Zahl von Privilegierten auf Kosten des Staatsbeutels zu unterhalten. Neu aufgenommen wurden im Jahre 1921 nur 40 000 Mitglieder, und im Jahre 1922, als die Neuaufnahme offiziell eingestellt wurde, wurden 14 000 Kandidaten zu Parteimitgliedern befördert. Somit war die zahlenmäßige Stärke der Partei, die Mitte 1921 etwa 700 000 Mitglieder und 100 000 Kandidaten zählte, zu Beginn des Jahres 1924 auf 350 000 Mitglieder und 122 000 Kandidaten gesunken.

Unversehrt war natürlich vor allem der Verwaltungsapparat der Partei geblieben; sie hatte ihre beherrschenden Positionen in Armee und Schule behalten. Arbeiter „von der Werkstatt", d. h. solche, die tatsächlich in den Fabriken arbeiteten, gab es in der Partei des „Proletariats" zu Beginn des Jahres 1924 nur 75 000 (nach Sinowjew 50 668 Mitglieder und 20 178 Kandidaten). Bauern, „vom Pfluge", d. h. tatsächlich in der Landwirtschaft tätig, zählten 95 000 (nach Sinowjew 65 498 Mitglieder und 26 243 Kandidaten). Außerdem waren etwa 100 000 Arbeiter in verschiedenen „staatlichen Verwaltungsapparaten" beschäftigt — in den allgemeinen Verwaltungsbehörden, in der Wirtschaftsverwaltung, in den Gewerkschaften. In der Roten Armee und in verschiedenen militärischen Organisationen nahmen 58 000 Parteimitglieder (zum Teil waren es ebenfalls Arbeiter) „Kommandostellungen" ein. In den Schulen belief sich die Zahl der Parteikommunisten auf 44 000. Beamte im

eigentlichen Sinne gab es in sämtlichen soeben erwähnten Verwaltungszweigen 98 707. Teilweise kreuzen sich diese Rubriken, so daß sich eine etwas höhere Gesamtzahl ergibt, als die von Molotow angegebene (nach Sinowjew 386 313 Mitglieder). Jedenfalls liegt es auf der Hand, daß nur diejenigen *nicht im Staatsdienst* stehen, die in die Rubrik „Schulen" gehören oder in den Fabriken arbeiten: von diesen abgesehen, ist die gesamte Partei unmittelbar im staatlichen Verwaltungsapparat beschäftigt. Nach einer treffenden Bemerkung Sinowjews bilden die Beamten „den Kern der Sowjetmacht, ihren maßgebenden Bestandteil".

Dieser „Kern" hat aber wiederum seinen eigenen inneren Kern, der zahlenmäßig sehr schwach ist. Nach einer Bestimmung der Parteikonferenz vom August 1922 besteht dieser Kern „aktiver Parteimitglieder" aus 15 325 Personen, die sich wie folgt verteilen:

Zentralbehörden in Moskau	100
Zentralbehörden der anderen Gebiete	225
Gouvernementsbehörden (je 20 Personen in 100 Gouvernements)	2000
Kreisbehörden (je 8 Personen in 1000 Kreisen) . . .	8000
Die Sekretäre der Parteizellen:	
die 100 Gouvernementsparteizellen zählen je 20 Personen	2000
für 14 000 Parteizellen in den Landbezirken sind bereitzustellen	3000

Das sind natürlich nur die „Etats", die den tatsächlichen Zahlen nicht genau entsprechen. Der Parteibericht für die Jahre 1922/23 teilt die Ergebnisse einer Enquete mit, die den „Kadern der verantwortlichen Parteimitglieder" galt. Es ergibt sich dabei, daß im ganzen nur 2583 Parteimitglieder in verantwortlichen Stellungen registriert waren, davon standen 1339 „in dem Register des Zentralkomitees". Selbstredend sind Bauern in diesem „Kommandokader" fast gar nicht vertreten (8,8%), die Arbeiter bilden nur den fünften Teil (21%), während 62,8% „Intellektuelle und Beamte" sind. In den wichtigsten Abteilungen steigt der Prozentsatz dieser letzteren auf 69,9%. Hierher gehört auch die Mehrzahl der alten vorrevolutionären Bolschewiken (bis 50,4% in den „Spitzenämtern"); es versteht sich von selbst, daß sie einen 100prozentigen Anteil an jener leitenden Elfergruppe haben, die von dem zentralen „Politischen Bureau" aus Rußland regiert. Aber auch in dieser regierenden

Schicht von 1339 Personen ist nur ein Viertel (25,6%) im Besitz einer akademischen Vorbildung, ein Drittel (34,3%) setzt sich aus Absolventen der Mittelschulen zusammen, ein Viertel besteht aus Personen, die nur eine Volksschule hinter sich haben (24%). So sieht die Oligarchie aus, die die 160-Millionen-Bevölkerung Rußlands regiert.

Nach Wiederherstellung des Friedenszustandes, also seit dem Jahre 1921, hat die Spitze der Partei mit größter Anstrengung daran gearbeitet, wenigstens für die wichtigsten Posten in den Gouvernements und nach Möglichkeit auch in den Kreisen einen Kader von verantwortlichen Administratoren, Organisatoren und Propagandisten der Parteiideen aufzustellen. Aber das Ergebnis dieser Bemühungen war nach dem Bericht für 1922/23 immer noch sehr unbefriedigend. Die Partei zählte im Berichtsjahr in ganz Rußland 32 000 Zellen. „Aber die innere zahlenmäßige Stärke der Zellen ist gering, besonders in den Dörfern" (so heißt es in dem Bericht). Die von dem Zentrum unternommenen Versuche, regelrechte Beziehungen wenigstens zu den Gouvernementsorganen der Partei anzuknüpfen, stießen lange Zeit auf passiven oder sogar aktiven Widerstand, da die lokalen Gruppen sehr ungern auf ihre tatsächliche Selbständigkeit Verzicht leisteten. Einen „kolossalen Widerstand" riefen, dem Bericht gemäß, die Versuche hervor, das System des „Hinüberwerfens" (der Abkommandierungen) der Parteimitglieder aus einem Amt oder Gebiet in das andere weiter fortzusetzen, wie es während der Kampfzeit üblich gewesen war. „Jetzt ist Frieden, laßt uns in unserer Heimat arbeiten", sagten die, die „hinübergeworfen" werden sollten. Und ein Arbeiter aus Iwanowo-Wosnjesensk äußerte sich in folgenden Worten: „Das Zentralkomitee mag uns in die verschiedensten Organisationen versetzen, so viel es will, wir kehren doch wie Katzen nach demselben Ort zurück." Infolgedessen mußten die Versuche, die Parteiorganisationen in den Kreisen und Dorfbezirken durch Entsendung der über eine größere Erfahrung verfügenden Parteimitglieder aus den Gouvernementsorganisationen zu festigen, längere Zeit hindurch erfolglos bleiben. Ein regelmäßiges Organisationsnetz konnte nur mit Mühe von den Gouvernementsstädten auf die Kreise ausgedehnt werden, die Einbeziehung der Landbezirke war bis in die letzte Zeit hinein kaum gelungen; vollends schlugen die Pläne fehl, auch das Dorf zu

organisieren, welches es stets verstand, sich die kommunistische Obrigkeit vom Leibe zu halten.

Die Beschwerden über das niedrige Niveau der intellektuellen Entwicklung der Parteimassen, ja sogar über den Mangel an einfacher Lesekundigkeit, beginnen schon bei den städtisch-industriellen „Parteizellen", die doch in jeder Beziehung größere Mittel hierzu zur Verfügung haben. „Was den Grad der politischen Entwicklung bei den Mitgliedern der industriellen Zellen betrifft, so ist festzustellen, daß es den kommunistischen Arbeitern an politischen Kenntnissen sehr mangelt." Von den Dorfzellen wird „politische Elementarbildung" nicht einmal verlangt. „Die Dorfzelle", stellt der Bericht freimütig fest, „war in der Zeit des Bürgerkrieges ein Werkzeug des administrativen Druckes", d. h. sie diente den Zwecken der Steuererhebung. Ihre Grundlage bildeten nicht die Bauern im eigentlichen Sinn, sondern Arbeiter, die nach dem Zusammenbruche der Industrie die Städte verließen, und demobilisierte Soldaten. In der Ukraine zählten z. B. die Dorfzellen 63% ehemaliger Soldaten der Roten Armee. Ferner traten in diese Zellen besitzlose Elemente, die gern administrative Ämter übernahmen. Das waren alles Elemente, die dem Dorf fremd waren, und die eigentliche Dorfbevölkerung duldete eine Zeitlang die Herrschaft der Fremdlinge, da sie selbst keine Lust hatte, an der Verwaltung teilzunehmen. Mit der Erstarkung der Sowjetgewalt änderte sich jedoch die Lage. Schon der Bericht von 1922/23 stellt fest, daß „sämtliche Nachrichten, die vom Lande kommen, das Ende des Jahres 1922 als die Zeit eines Umschwunges darstellen, gekennzeichnet durch den Andrang der Bauern zur Partei, *der mitunter den Charakter einer Klassenbewegung annahm*". Dieser Zustrom der „aktiven" Bauern zu der Partei flößte den Bolschewiken Angst ein, und der XI. Parteitag führte für die Aufnahme neuer Mitglieder eine Reihe Beschränkungen ein. Der „Andrang" der Bauernschaft wurde jedoch hierdurch nicht aufgehalten. Gegen Ende 1924 nahm er solche Formen an, daß die Bolschewiken nachdenklich werden mußten und sich zu Zugeständnissen veranlaßt sahen. Darauf werden wir aber an einer anderen Stelle dieses Buches zurückkommen. Dort werden wir auch den Zustrom von etwa 200 000 Arbeitern erörtern, die im Ergebnis einer besonderen „Leninschen Aushebung" 1924 in die Partei aufgenommen wurden.

Zusammenfassend kann man sagen, daß der maßgebende Teil der Russischen Kommunistischen Partei aus einem sehr kleinen Kern alter Parteileute besteht, welcher über die Partei und damit über ganz Rußland eine tatsächlich unbeschränkte Herrschaft ausübt, den Bestand des „verantwortlichen" Personals bestimmt und dieses über die einzelnen Gegenden des Landes verteilt, die Parteimitglieder ausschließt und neue Mitglieder aufnimmt, und allmählich ein Netz von erprobten, zu unbedingtem Gehorsam verpflichteten Vertrauensleuten über ganz Rußland zu legen sucht. Der Bevölkerung gegenüber bildet die Partei der Kommunisten eine privilegierte Klasse, ihrer Obrigkeit, den Parteigewaltigen gegenüber ist sie aber eine stumme Herde. In ihrer Eigenschaft als privilegierte Klasse besitzt die RKP. natürlich weder die Kultur noch die technischen Kenntnisse der alten privilegierten Klasse und nur dem Umstande, daß sich in ihrer Mitte und unter ihrem Kommando zahlreiche, noch vom alten Regime herangebildete Fachleute (sogen. „Spezialisten") für alle Zweige der Staatsverwaltung befinden, verdankt sie es, daß sie das Minimum der notwendigsten verwaltungstechnischen Aufgaben zu bewältigen vermag. Je weiter vom Zentrum, je näher zu der Bevölkerung, um so schlechter wird das Verwaltungspersonal, um so mehr nehmen die Verwaltungsmethoden einen archaistischen, kontrollosen und gewaltsamen Charakter an. Gegen die Willkür der lokalen Behörden anzukämpfen ist die Zentralgewalt nicht imstande und — da sie selber von dem Geist „proletarischer" Gewalttätigkeit durchdrungen ist — auch nicht immer gewillt. Sie ist sich vollkommen darüber klar, daß nur Furcht und rücksichtsloser Druck den Bestand dieser Staatsgewalt gewährleisten können, die sich auf eine verschwindend kleine Minderheit ($^1/_2$—$^1/_5$ % der Bevölkerung) stützt, — gehaßt von den Volksmassen, die sie nur deshalb gewähren lassen, weil sie keine Kraft haben, um sich ihrer sofort zu entledigen, und die diese Staatsgewalt nur so lange dulden werden, bis sie diese Kraft aufbringen.

IV.

Ihre zweite Hauptstütze fand die bolschewistische Staatsgewalt in der Roten Armee. Wie die RKP, so war auch dieses Werkzeug der Sowjetmacht nicht über Nacht entstanden und ausgebildet worden. Nach ihrem Siege mußten zwar die Bolschewiken erkennen, daß für jede Regierung — und erst

recht für eine Regierung, die einen gewaltigen Krieg zu liquidieren hatte — eine organisierte und disziplinierte Wehrmacht nicht zu entbehren ist. Aber alles, was sie vor dem November 1917 taten, war lediglich auf die Zersetzung jener regulären Truppen gerichtet, die noch an der Front standen. Wir haben gesehen, daß sie hierin vollen Erfolg hatten und gerade durch die Propaganda einer sofortigen, von den Fronttruppen selbst zu vollziehenden Friedensschließung ihr Spiel gegen die Provisorische Regierung gewannen. Die Zersetzung der alten russischen Armee entsprach vollkommen dem Grundprinzip ihrer Taktik: die Bourgeoisie zu entwaffnen und das Proletariat zu bewaffnen. Jetzt war das erste dieser Ziele erreicht. Es blieb nun noch übrig, „das Proletariat zu bewaffnen"; doch erwies es sich, daß diese Aufgabe mit der Aufstellung eines Heeres durchaus nicht identisch ist. Die vollkommene Unbrauchbarkeit der alten Armee war den Bolschewiken auf der Konferenz der Frontdelegierten vom 25. Dezember 1917 klar geworden. „Während dieser Konferenz", erzählt Podwojskij in einem Jubiläumsartikel der „Prawda" (vom 22. 2. 1925), „war die Schaffung einer sozialistischen Armee zu einem realen Bedürfnis geworden", und „in der Nacht auf den 31. Dezember wurde die organisatorische Form gefunden, welche die große Idee der Schaffung einer Roten Armee verwirklichen sollte". Es war das eine Fünferkommission, welche nun vor allem folgende fünf Grundsätze stellte: „1. Die Rote Armee ist eine Arbeiter- und Bauernarmee. 2. Sie wird aufgebaut auf der Grundlage eines *freiwilligen* Eintritts der *revolutionär-aufgeklärten* Arbeiter und Bauern. 3. Sie kämpft für die Interessen der arbeitenden Massen der ganzen Welt und *ist eine Stütze* der kommenden sozialen *Revolutionen in der ganzen Welt.* 4. Die roten Soldaten stehen im Dienste des Staates und bekommen von diesem ihren Unterhalt. 5. Die Familienangehörigen der Roten Soldaten werden mit allem Notwendigen in natura versorgt." Mit einigen Änderungen wurden diese Grundsätze durch das Dekret vom 15. Januar 1918 über die Schaffung der Roten Armee bestätigt.

Bekanntlich stand die Wirklichkeit zu allen diesen Vorsätzen in schroffstem Widerspruch. Ihr Menschenmaterial schöpfte die Rote Armee in der ersten Zeit gerade aus jenen in Zersetzung begriffenen Fronttruppen, in deren Reihen Kriegsmüdigkeit und Fahnenflucht eine allgemein verbreitete Erscheinung waren. Nur an der kaukasischen Front, von der es keine

Rückkehr nach Rußland gab, hatte sich eine größere Menge dieser demoralisierten Elemente angesammelt, die sich in bewaffnete Banden organisierten, von „Requisitionen" lebten, indem sie die Bevölkerung ausplünderten, und von Abenteurern geführt wurden, die sich gegenseitig bekämpften und volle Selbständigkeit beanspruchten. Alle diese Horden strömten instinktmäßig der „roten" Armee zu und kämpften gegen die „weiße" (gegen die Truppen Alexejews und Denikins); obgleich sie letztere zahlenmäßig zehn- bis zwanzigmal übertrafen, erlitten sie trotzdem beständig Niederlagen, wie dies beim vollkommenen Verfall der militärischen Disziplin nicht anders zu erwarten war. Das alte Offizierkorps und der Generalstab hielten sich zunächst abseits von der Roten Armee, da sie einen baldigen Sturz der Sowjetregierung erwarteten. Übrigens wurden sie von den Bolschewiken in der ersten Zeit auch gar nicht angegangen: diese begnügten sich mit Anführern des Abenteurertyps, die sich aus den Reihen der Soldaten hervorgetan hatten. Ihren eigenen Schutz suchte die Sowjetgewalt nicht bei diesen ungeordneten Horden, sondern zog es vor, ihren Vernichtungskampf gegen die „Bourgeoisie" mit Hilfe der disziplinierten, gut bewaffneten und regelrecht organisierten Truppen zu führen, die aus Fremdstämmigen und Ausländern — Letten, Chinesen, ungarischen und deutschen Kriegsgefangenen — gebildet wurden. Durch besondere Grausamkeit gegenüber ihren Opfern zeichneten sich hierbei die lettischen Schützen und die Chinesen, aus deren Reihen die Sowjets ihre Henker anwerben ließen. Diese Truppenformationen aus Fremdstämmigen und Ausländern wurden zur Niederwerfung der Bauernaufstände verwendet; sie waren es, die mit Maschinengewehren im Rücken der Roten Soldaten aufgestellt wurden und diese durch Androhung des Niederschießens an der Flucht vom Schlachtfelde hinderten.

Es war klar, daß mit einer solchen Armee ein Kampf gegen die modernen „imperialistischen" Heere nicht aufgenommen werden konnte und an eine Unterstützung der Weltrevolution mit ihrer Hilfe nicht zu denken war. Trotzkij mußte dies während seiner Verhandlungen mit den deutschen Generälen in Brest-Litowsk besonders klar einsehen, insbesondere, als die Deutschen seine Drohungen mit einem Aufstande des Weltproletariats und seinen Befehl über die Auflösung der russi-

schen Front mit einer Offensive gegen Petersburg beantworteten und die Sowjetregierung zu schleunigster Übersiedlung nach Moskau zwangen (s. Kap. V). Für seine Politik in Brest-Litowsk wurde Trotzkij damals von Lenin seines Postens als Außenkommissar enthoben und trat an die Spitze der Heeresverwaltung, und zwar mit dem Gedanken, eine wirklich reguläre Armee zu schaffen, nicht eine Armee, wie sie in den Beschlüssen vom Dezember 1917 und Januar 1918 vorgesehen war, sondern ein Heer, welches allen technischen Ansprüchen der modernen Kriegswissenschaft Rechnung tragen würde. Ein solches Heer wird von Trotzkij in der Folge allmählich herangebildet und löst die mißratene Armee der revolutionär-aufgeklärten Freiwilligen ab. Durch Dekret vom 23. April 1918 wird die Wahl der Kommandeure seitens der Soldaten abgeschafft. Durch Dekret vom 8. April werden die Befugnisse der Militärkommissare festgelegt, dieser „Organe der Sowjetgewalt" bei der Armee. Der Kommissar hat darüber zu wachen, daß die Armee nicht zum Werkzeug der Konterrevolution werde; sämtliche Befehle der militärischen Kommandeure und Sowjets werden von ihm kontrasigniert. Dagegen liegt die militärische Leitung als solche in den Händen von Fachmilitärs, von denen alle operativen und Kampfbefehle ausgehen. Der Kommissar hat nur die strenge Befolgung dieser Befehle zu gewährleisten. Ein vom Kommissar unterzeichneter Befehl der zuständigen Kommandostelle ist Gesetz; jegliche Erörterung der militärischen Befehle von seiten der Soldaten wird hierdurch ausgeschlossen. Durch Dekret vom 9. April (am 22. April vom Vollzugsausschuß ergänzt) werden die Organe des Kriegsministeriums in der Provinz festgesetzt, und zwar in den ländlichen Bezirken, den Kreisen und Gouvernements. Hier werden nunmehr nicht bloß Freiwillige angeworben, sondern es werden alle Kriegsdienstfähige registriert; eine allgemeine militärische Ausbildung wird eingeführt — für den Fall einer Mobilmachung. Eine solche wurde denn auch von der Sowjetregierung im Juli angeordnet. Es wurden fünf Jahrgänge (die 21- bis 25jährigen) eingezogen, was ein Kontingent von 800 000 Mann ergab. Freilich, ein bedeutender Teil dieses Kontingents desertierte nach wie vor schon auf dem Wege zu den Sammelpunkten. Aber zum 1. November verfügte die Regierung bereits über ein Heer von 500 000 Mann.

Wer sollte dieses Heer befehligen? Wie auch auf den anderen Gebieten des Staatsdienstes wandten sich die Bolschewiken an die Fachleute aus der Zarenzeit. Die Anzahl der Offiziere, die von Anfang an zu den Bolschewiken übergegangen waren, war sehr beschränkt. Aber die Umwandlung der „demokratisierten" Armee in ein reguläres Heer unter vorbehaltloser Rückkehr zur alten Disziplin bis auf die Wiedereinführung der Todesstrafe bewog einen großen Teil des Offizierkorps zur Wiederaufnahme des Heeresdienstes. Selbst diejenigen, welche einen baldigen Sturz der Bolschewiken erwarteten, waren jetzt der Ansicht, daß es ihre patriotische Pflicht sei, an der Erhaltung einer nationalen Armee für Rußland mitzuarbeiten, und zwar nicht nur zur Abwehr einer Invasion von außen (die damals als unmittelbar bevorstehend galt), sondern auch im Interesse des kommenden inneren Umsturzes. Viele von solchen Offizieren wurden in der Folge von den Bolschewiken des Verrats überführt und erschossen. Jedoch die Mehrzahl der in den Sowjetdienst getretenen Offiziere und Generäle ließen sich dabei natürlich weder von irgendwelchen Sympathien für den Bolschewismus noch von konterrevolutionären Absichten leiten. Der Wiedereintritt in den Heeresdienst war für sie einfach das Mittel, um sich und ihre Familienangehörigen vor dem Hungertode zu retten, der jedem drohte, wer kein Anrecht auf die von den Sowjets für ihre Beamten eingerichtete Lebensmittelversorgung hatte. Wie dem auch sei, einmal in die Rote Armee eingetreten und an die gewohnten Normen einer strengen militärischen Disziplin gebunden, dienten die militärischen Fachleute der Sowjetregierung in aller Treue und haben es nur in äußerst seltenen Fällen versucht, die ihnen zustehende Kommandogewalt zur Vorbereitung von gegenrevolutionären Aktionen zu benutzen.

Der Plan einer Heranziehung der „zarischen" Offiziere und Generäle zur Besetzung der Kommandostellen in der Roten Armee stieß anfänglich auf einen starken Widerstand von seiten der Bolschewiken selbst. Noch am 10. Januar 1919 finden wir hierüber in den „Iswestija" („Nachrichten des Zentralen Vollzugsausschusses") eine interessante Polemik Trotzkijs mit den Unzufriedenen. Trotzkij konstatierte hier die „in den unteren und mittleren Schichten der Partei zutage tretende Mißstimmung", die dadurch hervorgerufen wurde, daß man mangels „eigener Leute" sich an „fremde" zu wenden hatte. Er fragte

aber die damit Unzufriedenen: „könnt ihr mir jetzt sofort zehn Divisionsgeneräle, fünfzig Oberste, zwei Armeekommandeure und einen Frontkommandeur geben, die alle Kommunisten wären?“ Selbst für eine Kompanie oder Schwadron fehle es an genügender Anzahl von Kommunisten, und je weiter aufwärts, desto mehr mangele es an solchen; wer sich aber praktisch mit der Reorganisation der Armee befasse, der habe keine Wahl. „Man spricht von Verrat und von Überläufern, die in das gegnerische Lager hinübergegangen sind. Man vergißt aber zu erwähnen, wie viele Regimenter umgekommen sind, weil es ihren Offizieren an militärischer Ausbildung gebrach, weil der Oberst keine Verbindung herzustellen, keinen Sicherheitsdienst einzurichten verstand, die Befehle nicht begreifen konnte oder die Karte nicht zu lesen vermochte!“ Es werde der Vorschlag gemacht, zum Kommandeur einen einfachen kommunistischen Soldaten, zu seinem Stabschef aber einen Fachoffizier zu ernennen. Dann werde aber die ganze Verantwortung für die erteilten Befehle auf den Soldaten abgewälzt, dem sein Ratgeber um so leichter einen verräterischen Operationsplan vorsagen könne. Wenn man einwenden wollte, in einem solchen Fall werde der kommunistische Soldat schon dahinterkommen, so sei dem entgegenzuhalten, daß der aus den Reihen erprobter Revolutionäre genommene „Kommissar“ viel besser die Ränke des Fachoffizier-Verräters im Range des Kommandeurs durchschauen werde, den er sofort bestrafen könne. Ein Mitglied des Zentralausschusses, Kamenski, ging noch weiter, indem er in einer öffentlich geführten Polemik „die Kriegswissenschaft und -kunst überhaupt leugnete“. Trotzkij überschüttet seinen Kollegen mit sarkastischen Bemerkungen. Napoleon und Hindenburg hätten einiges von der Heeresleitung verstanden, legten aber der Kriegswissenschaft die größte Bedeutung bei. Der Sozialismus habe nie auf die Mitarbeit von Fachleuten verzichtet, im Gegenteil, er habe stets mit der Notwendigkeit gerechnet, diese in seinen Dienst zu zwingen, sei es mit Gewalt oder durch den Anreiz hoher Gehälter. Der rote Terror habe durchaus nicht den Zweck gehabt, die Fachleute gänzlich auszurotten; seine Aufgabe sei es nur gewesen, den politischen Willen der Intellektuellen zu brechen und sie den Plänen der sozialistischen Regierung gefügig zu machen. So sei man mit Ärzten, Professoren, Ingenieuren verfahren; dasselbe Prinzip müsse man auch den Offizieren gegen-

über zur Anwendung bringen. Werden uns diese aber bei der ersten Begegnung mit den Engländern und Franzosen verraten? Gewiß werden sie es tun, wenn wir im Kampf gegen den Weltimperalismus schwach sind. Werden wir aber stark sein, so werden sie nicht uns, sondern ihre Klasse verraten. Und stark können wir nur mit ihrer Hilfe werden. Letzten Endes steht uns immer noch ein Mittel zur Verfügung — das des roten Terrors. Zudem sei in der Psychologie des Offizierkorps bereits ein Wandel eingetreten. Dreizehn Monate, die sie zusammen mit den Soldaten im Felde verbracht, hätten nach Trotzkijs Aussage die Offiziere mit dem Sowjetregime versöhnt, bei dessen Verteidigung viele von ihnen schon ihr Leben hingegeben hätten. Trotzkijs Beweisführung gewährt uns einen Einblick in das eigentliche Wesen seiner Heeresreform.

Die Rote Armee hat nicht die Gelegenheit gehabt, im Namen der Weltrevolution gegen fremde Heere zu kämpfen. In Kap. V werden wir sehen, daß die Bolschewiken von dem Versuch Abstand nehmen mußten, die Rote Armee schon im Frühjahr 1919 auf den Schauplatz der europäischen Revolutionskämpfe zu führen. Dafür war es ein anderer Kampf, der damals hoch aufloderte: der Bürgerkrieg gegen die „weißen" Armeen im Innern Rußlands. Man kann sagen, daß es gerade dieser Kampf gewesen ist, der die Aufmerksamkeit der Sowjetregierung von Europa abgelenkt hat. Im Zusammenhang mit dem Kampf gegen die „Weißen" werden wir denn auch auf die weiteren Geschicke und Entwicklungsstadien der Roten Armee zurückkommen.

V.

Die dritte Stütze der Sowjetmacht ist der rote Terror. Daß sie eine Politik des Terrors betreiben, wird von den Bolschewiken nur ungern eingestanden, besonders dem Ausland gegenüber, und es wird versucht, die terroristischen Akte als eine vorübergehende Maßnahme darzustellen; sie seien durch den Selbsterhaltungstrieb hervorgerufen oder als Rache für die Anschläge der „Weißgardisten" („Weißen") auf die bolschewistischen Führer gerechtfertigt. Es wird von den Bolschewiken oft behauptet, daß der rote Terror bereits der Vergangenheit angehöre. Mehr als einmal haben sie formell das Ende des Terrors verkündigt, indem sie die Todesstrafe abschafften, die berüchtigte „Außerordentliche Kommission"

(Tscheka) auflösten, deren bloßer Name Entsetzen und Abscheu vor den roten Henkern erregte. Dem allen stehen aber unbestreitbare Tatsachen entgegen, die nicht nur von unbeteiligten Beobachtern, sondern auch von den zufällig nicht erschossenen und nicht endgültig zu Tode gequälten Opfern selbst bestätigt werden. Es genügt, das Buch von Melgunow: „Der rote Terror in Rußland" (auch in deutscher Übersetzung erschienen) oder die Veröffentlichung des Zentralkomitees der Sozialrevolutionären Partei: „Tscheka. Materialien über die Tätigkeit der Außerordentlichen Kommissionen" (Berlin, 1922) — diese Berichte, die das Blut in den Adern erstarren lassen — zu lesen, um sich zu überzeugen, daß die Mitteilungen über den roten Terror nicht übertrieben sind. Aber auch diese endlose Reihe von Einzelfällen genügt nicht, um die ganze Bedeutung des Terrors zu erfassen. Der Terror ist das Grundelement, in dem die Bolschewiken leben und durch das ihre Gewalt gestützt wird. Die Geschichte kennt nicht wenige Regierungen, die ihre Existenz auf offener Gewaltanwendung begründeten. Wir hatten uns aber an den Gedanken gewöhnt, daß dies nur in alten, verklungenen Zeiten der Barbarei gewesen sei. Hier haben wir dagegen im 20. Jahrhundert ein Beispiel, welches bei weitem alles übertrifft, was uns aus der Geschichte bekannt ist. Der Fall Rußlands ist ganz einzigartig und beispiellos. Vereint haben sich hier eine tiefgehende, an den Fronten des Weltkrieges entstandene Deformierung der menschlichen Psyche mit der Überzeugung, im Besitz der absoluten Wahrheit zu sein — einer Art religiösen Glaubens, in dessen Namen vor Zeiten Scheiterhaufen loderten —, ferner mit dem den Banditen eigenen Gefühl vollkommener Straflosigkeit und, vor allem, mit der Angst der Verbrecher, die an der Macht bleiben müssen, um ihr eigenes Leben zu erhalten. Doch anstatt von mir aus den Sowjetterror zu charakterisieren, werde ich mir erlauben, einer Persönlichkeit das Wort zu überlassen, die für den Terror die gleiche Verantwortung wie die Bolschewiken trug, nämlich dem linksgerichteten Sozialrevolutionär I. E. Steinberg, der zeitweilig das verantwortungsvolle Amt eines Volkskommissars für Justiz bekleidete. Steinberg hat es nicht aushalten können und hat seiner verspäteten Reue in dem Buche: „Das sittliche Antlitz der Revolution" (Berlin, Skythen-Verlag 1923 [russisch]) Ausdruck gegeben. Diesem Buche ist das nachstehende Zitat entnommen, dessen Länge

durch den tiefen Sinn dieses außerordentlich bezeichnenden Bekenntnisses gerechtfertigt wird.

„Der Terror ist kein Einzelakt, keine isolierte, zufällige, wenn auch sich mehrfach wiederholende Erscheinungsform einer die Regierung befallenden Tollwut. Der Terror ist das System einer tatsächlichen oder stets bereiten Gewaltanwendung von oben herab. Der Terror bedeutet den legalisierten Plan einer Massenschreckung und -bezwingung, einer von der Staatsgewalt durchgeführten Vernichtungsaktion. Der Terror ist ein bis ins einzelne durchdachtes und restlos durchgeführtes System von Strafen, Vergeltungen und Androhungen, durch die die Regierung einschüchtert, in ihre Netze lockt, ihrem Willen widerspruchslos gefügig macht. Der Terror ist eine schwere Decke, die von oben herab über die gesamte Bevölkerung des Landes geworfen wird, eine Decke, die aus stets gespanntem Argwohn, Rachsucht, Erbitterung gewoben ist... Beim System des Terrors liegt die Macht von vornherein in den Händen einer offenkundigen Minorität, die sich ihrer Einsamkeit bewußt ist und der es vor ihrer Einsamkeit bangt. Der Terror wird auch nur deshalb ausgeübt, weil die am Ruder befindliche und vereinsamte Minorität immer mehr Menschen, Gruppen, soziale Schichten zu ihren Feinden zählen muß... Dieser Begriff (‚ein Feind der Revolution') erfährt immer größere Erweiterung, wird ausgedehnt, bis er allmählich das ganze Land, die ganze Bevölkerung umfaßt und schließlich mit dem Begriffe: ‚Alle, außer der Regierung und ihren Mitarbeitern', identisch wird.

„Wie behandelt die regierende Gewalt die ‚Feinde der Revolution'? Ist es möglich... ihre Maßnahmen voll aufzuzählen? Es sind ihrer so viele, und die Schöpfer des Terrors sind so erfindungsreich... Wenn die quantitative Ausdehnung des Terrors durch den Begriff einer ‚verdächtigen Persönlichkeit' bestimmt wird, so weitet sich sein qualitativer, materieller Inhalt grenzenlos aus dank dem Grundsatz, daß ‚alles erlaubt ist'. Tatsächlich bedeutet das, daß *allen* gegenüber *alle* Mittel der Gewalt und des Zwanges zulässig sind. Es darf dabei nicht vergessen werden, daß dieser Terror stets und ausnahmslos ‚im Namen der Revolution', im Namen der höchsten, vom menschlichen Geiste erreichten Ideale entfaltet wird... Die Todesstrafe, die das Gemüt und die Vorstellungskraft der Zeitgenossen am heftigsten erschüttert, erschöpft den Terror noch

lange nicht... seine Formen sind ebenso unzählig und mannigfach, wie die Erscheinungsformen der Unterdrückung und Verhöhnung unzählig und mannigfach sind... Der Terror fand u. a. darin seinen Ausdruck, daß auf dem gesamten Gebiet des von der Revolution erfaßten Landes, in der verantwortlichsten Stunde, die das Volk erlebte,... das freie Wort erstickt wurde. Weder in der Presse noch in Versammlungen oder Vereinen, nirgends wurde eine Sprache geduldet, die den Absichten der Regierungsgewalt widersprochen hätte... Nicht nur, daß die Massen in dem durch Terror beherrschten Lande nicht zu Worte kommen: da hier allein das offizielle Wort ertönt, sind sie auch gar nicht in der Lage, die Wahrheit zu erfahren über ihre eigenen Lebensbedingungen und über die des ganzen Landes... Der Geist, das Denken selbst versinkt in moralischer Deßranation, indem alles schweigend hingenommen wird, oder stellt sich gar unterwürfig in den Dienst der herrschenden Clique... Der Terror — das ist das dicht geflochtene Netz der politischen Beaufsichtigung, mit dem die Regierung alle Poren, alle Zellen und Gewebe des revolutionären Volkes umgibt, das ist die geheime politische Polizei, die jedem Schritt der Bürger unablässig nachspürt oder nachzuspüren vorgibt; das sind die komplizierten, satanisch-erfinderischen Künste der Spitzel und Provokatoren, mit deren Hilfe die geheimen Absichten der Bürger ermittelt werden sollen. Der Terror, das sind die verächtlichen, die hohnvollen, quälerischen Formen, in denen die Vernehmung der Überführten vorgenommen wird, die raffinierten Methoden der seelischen und sonstigen Folterung, die bald dreist vorgeschoben, bald mit der Maske ‚der Revolution und des Sozialismus' verdeckt werden; das sind die Gefängnisse, die in einem Maße überfüllt sind, daß Hunger und volle Erschöpfung an der Gesundheit der Inhaftierten zu nagen beginnen... das ist die Willkür bei der Urteilsfällung, die von jedem politischen Wetterwechsel, von den Stimmungen der Regierungsbeamten abhängt, wobei zur Durchsetzung verschiedener politischer Ziele mit den Köpfen der Hingerichteten ein ruchloses Spiel getrieben wird. Der Terror, das sind die willkürlichen Aussiedelungen, Requisitionen, Konfiskationen, Kontributionen, die auf Normen fußen, welche niemandem bekannt sind und nur dem Anschein nach über Vermögende und Müßige verhängt werden, in Wirklichkeit aber die Hungernden und Müden treffen. Doch das Furchtbarste, das Ungeheuer-

lichste beim Terror ist die Todesstrafe, die als ‚die heilige Guillotine' der Revolution die erste Rolle auf der Alltagsbühne der Revolution spielt, deren Schwert an einem so dünnen Faden hängt, daß es jeden Augenblick auf jeden beliebigen Kopf herabstürzen kann. Der Terror, das ist das erbarmungslos, sinnlos in Strömen vergossene Blut. Der Terror, das ist das ‚An-die-Wand-Stellen', das für die Nichtentrichtung der Einkommensteuer, der Natural- oder der außerordentlichen Steuer droht, für Fahnenflucht und für Verletzung der Militärdienstpflicht, für Unterlassungen bei Lieferung von Pferden oder von Getreide, für Straßenraub und Hochverrat, für skrupelloses Gründertum und für Betrug oder Dienstvergehen, für Spekulation im Kleinhandel und für kunstvoll angezettelte konterrevolutionäre Intrigen, für leichtfertige ‚Majestätsbeleidigung' (in der Übergangszeit). Der Terror findet darin seinen Ausdruck, daß das ‚An-die-Wand-Stellen' zu einer Alltagsangelegenheit wird, daß der blutigen Abrechnung mit Schutz- und Wehrlosen, dem Bestialischen im Menschen Tür und Tor geöffnet wird, daß mit Menschen wie mit Sachen verfahren wird. Die tierische Angst, die den Willen paralysiert, die Starken erblassen läßt und dem Mann mit dem Gewehr sklavisch unterwirft, das ist der Terror. Der Terror, das sind endlich die Massenhinrichtungen, wo für eine fremde Schuld, für einen der Regierung versetzten Schlag unschuldige Menschen zu büßen haben, die der feindlichen Klasse angehören, Menschen, die zufällig der Regierung in die Hände gefallen sind, zufällige Insassen der Staatsgefängnisse. Strafverfolgung ohne Rücksicht auf die Schuld, das *Geiselwesen*, die kollektive Haftung der einen für die anderen — das ist der Massenterror... Der Terror besteht darin, daß die Staatsgewalt, um sich zu schützen, nicht von der einen oder der anderen Maßregel, nicht von der einen oder der anderen Form der Gewaltanwendung Gebrauch macht, sondern daß *sämtliche* Formen der Gewalt *massenhaft* und *gleichzeitig* angewandt werden, daß diese eine einzige Kette bilden, die sich mit erdrückender Wucht um alle Lebensorgane des Volkes legt, alle Lebensfunktionen des Landes erdrosselt. Der Terror herrscht nicht nur, wenn Gewalt ausgeübt wird, sondern auch dann, wenn sie lediglich als eine ständige Drohung über dem Lande lastet. Die *Drohung* mit dem Terror — das ist die Atmosphäre, das Element, in dem der Terror lebt... Diese Atmosphäre ist es,

die das Leben noch mehr vergiftet als die tatsächliche Anwendung des Terrors selbst. Wenn etwa augenblicklich keine terroristischen Maßnahmen durchgeführt werden, so besteht doch noch immer die *Möglichkeit* ihres Wiederauflebens: es besteht die seelische Gewöhnung daran bei den Terrorisierenden und den Terrorisierten.

„Das Gegenüberstehen dieser zwei Lager schafft eine neue Gesellschaftsordnung, in der ebenso wie bei den früheren, auf Gewalt gegründeten sozialen Ordnungen, aber in einer noch verschärften Form, alle psychischen Elemente der Ungleichheit und der Unterdrückung vorhanden sind. Auf der einen Seite — der Machtrausch, dreister Übermut bei vollkommener Straflosigkeit, Verhöhnung des Mitmenschen und engstirnige Bosheit, kleinliche Rachsucht und von Sektengeist genährter Argwohn, eine immer tiefere Verachtung, mit der auf die Beherrschten herabgesehen wird; mit einem Wort: das *Herrschertum*. Auf der anderen Seite — Deprimiertheit, Scheu, Furcht vor der Strafe, machtloser Groll, stiller Haß, sklavisches Buhlen um die Gunst und ständige Hintergehung der Oberen. Es bilden sich zwei neue Klassen heran, die durch eine unüberbrückbare soziale und psychologische Kluft voneinander getrennt sind: die Klasse der Sowjetkommissare und ihres Gesindes und die Klasse der Sowjet-‚Untertanen'. Je stärker der Druck der neuen regierenden Klasse ist, je schamloser und brutaler sie ihre Phase der ersten Kapitalienhäufung durchmacht, desto heller lodert das Gefühl der Erbitterung, des Hasses und des Zornes bei der neuen Klasse der Unterdrückten auf.

„Allein diese Deßranation der Staatsgewalt bestimmt nicht nur ihre Beziehungen zu den Untertanen, ihre Ausläufer durchdringen auch die Beziehungen der Untertanen zueinander... Ständige Verdächtigungen und gegenseitiger Argwohn, der Kampf um die Gunst der Machthaber, offener oder stillschweigender Verrat des Mitmenschen, das Streben nach politischer Schutzfärbung, die Ausnutzung der ‚guten Beziehungen', über die man bei den Regierungsstellen verfügt, um die anderen einzuschüchtern oder für sich einzunehmen, die Übertragung des Terrors im Miniaturformat nach unten, die Nachahmung der staatlichen Gewalttätigkeit im kleinen — all das verbreitet sich in erschreckendem Ausmaße in jenen Schichten der Bevölke-

rung (und es sind das *sämtliche* Schichten), die sich vor dem Throne der Machthaber drängen. Wo alle der Regierung gegenüber Sklaven sind, dort wird jeder dem anderen zum Feind; unter Sklaven gilt der Satz: homo homini lupus. Es darf nicht vergessen werden, daß bei uns, unter dem Übergangsregime, die Sphäre der von der Regierung ausgehenden Gewaltanwendung unendlich weiter, umfassender ist als bei irgendwelcher früheren Gesellschaftsordnung. Unter dem zaristischen und dem bürgerlichen Regime konzentrierte sich diese Gewaltanwendung lediglich auf bestimmte Gebiete: das politische, das religiöse, nationale, zum Teil auch das wirtschaftliche. Dagegen blieb die ganze unermeßliche Sphäre der Befriedigung der menschlichen Bedürfnisse, die individuelle Lebenssphäre des ‚unpolitischen' Bürgers, außerhalb des Bereiches der staatlichen Einwirkung. Jetzt aber, wo die Staatsgewalt *sämtliche* Gebiete des persönlichen Lebens, der wirtschaftlichen und sozialen Betätigung ihrer Leitung und Aufsicht unterstellt hat, und wo die Staatsgewalt selbst ausschließlich auf terroristischer Grundlage aufgebaut ist, hat sich das System der behördlichen Unterdrückung und der lähmende Zustand ständiger Beängstigung von selbst auf *sämtliche* Betätigungen der Sowjetuntertanen ausgedehnt... Das ist *unser* Terror: *alle* Bevölkerungsschichten sind ihm unterworfen, er erfaßt das gesamte Leben des Volkes; alles geschieht durch Zwang, unter Mißachtung des Menschen, und nicht auf dem Wege gegenseitiger Verständigung. Der Terror ist soziale Anarchie bei fest zusammengeschlossener, monarchistischer Staatsgewalt... Die Todesstrafe ist nur die blutige Krönung, die düstere Apotheose eines Systems, das durch alle seine Auswirkungen und Ausstrahlungen beharrlich, Tag für Tag, die Seele des Volkes abtötet."

Die ungeheure Rolle, die der Terror im Leben Sowjetrußlands spielt, ist durch diese Worte Steinbergs klar und in erschöpfender Weise gekennzeichnet. Die von diesem unmittelbaren Zeugen und Mitglied der Regierungsgewalt entworfene Charakteristik kann mit gutem Glauben nicht bestritten werden. Es kann nicht geleugnet werden, daß der Terror keinen zufälligen, akzessorischen Zug, sondern das Wesen selbst des Sowjetsystems darstellt. Steinberg gibt zu, daß bis August 1918 der Terror bloß ein „tatsächlicher" war und erst nach der Ermordung Urizkis und dem Attentat gegen Lenin Ende August jenes Jahres „offiziell" geworden ist. In der Tat, seit

jener Zeit ist die offizielle *Begründung* des „roten" Terrors als eine Rache für den „weißen" Terror verkündigt worden. Damals erschien auch ein Artikel des hervorragendsten Mitgliedes der Tscheka, des Letten Lazis, der den Gesichtspunkt der Rache durch ein weiteres Motiv ergänzte: „Für den Bürgerkrieg ist kein Gesetz geschrieben." „Der kapitalistische Krieg", schrieb Lazis in den amtlichen „Iswestija" (vom 23. August 1918), „hat seine Gesetze in der Gestalt verschiedener Konventionen... Bei unserem Bürgerkrieg ist aber nichts derartiges zu finden; man würde sich lächerlich machen, wollte man diese einst als heilig erachteten Gesetze anwenden oder deren Anwendung verlangen... Alle Verwundeten niederzumetzeln, die gegen dich gekämpft haben, das ist das Gesetz des Bürgerkrieges... Im Bürgerkrieg gibt es für den Gegner keine Gerichte... Töte, um nicht getötet zu werden."

Der Begriff des „Bürgerkrieges" wurde von der militärischen Front naturgemäß auch auf die Beziehungen zwischen den beiden „Lagern" im Innern des Landes ausgedehnt. Derselbe Lazis hat in dem amtlichen „Wochenblatt der Außerordentlichen Kommission" (d. h. der Tscheka) und in mehreren Zeitungsartikeln (November—Dezember 1918) eine klassische Definition dieses universalen Terrorbegriffs gegeben. „Wir wollen die Bourgeoisie als Klasse ausrotten. Im Untersuchungsverfahren habt ihr nicht nach dem Beweismaterial dafür zu suchen, ob der Angeklagte *mit Wort oder Tat* gegen die Sowjetgewalt vorgegangen ist. Die erste Frage, die ihm zu stellen ist, muß lauten: *welcher Klasse er angehöre,* welcher Abkunft er sei, welches seine Erziehung, Bildungsgang oder sein Beruf gewesen. Diese Fragen sind es, von deren Beantwortung *das Schicksal des Angeklagten abhängen soll. Darin liegt der Sinn und das Wesen des roten Terrors.*"

Rache für den weißen Terror, bewaffneter Kampf gegen die bewaffnete „Gegenrevolution", und endlich rücksichtsloser Klassenkampf im allgemeinen — das ist also die sich schrittweise erweiternde *offizielle* Begründung des Terrors. Aber auch die umfassendste dieser Begründungen erschöpft noch nicht die ganze Sphäre des Terrorregiments, wie dies aus den Ausführungen Steinbergs hervorgeht. Nicht nur in der „Ausrottung" der dem Proletariat feindlichen „bürgerlichen" Klasse besteht die Aufgabe des Terrors. Seine Hauptaufgabe ist die „Abschreckung", und diese erstreckt sich auf alle „Gegner der

Regierung", in welchem Lager sie auch stehen mögen. Ein besonders gefährlicher Gegner sind zum Beispiel die Sozialisten, und wie zur Zeit der Autokratie füllten sich die Sowjetgefängnisse von neuem mit Mitgliedern verschiedener sozialistischer Parteien. Hierbei kam die unterschiedliche Behandlung politischer Gefangener und der Gemeinverbrecher, an welcher in der Zarenzeit streng festgehalten wurde, allmählich in Fortfall; wurde sie aber beibehalten, so geschah dies nunmehr ausschließlich zuungunsten der „Politischen". Der auf „Abschreckung" berechnete Terror nahm den Charakter einer raffinierten Grausamkeit und eines naturwidrigen Sadismus an. Aller rechtlichen Normen enthoben, waren die Untersuchungsrichter unerschöpflich in der Erfindung von Foltern, um ein Geständnis zu erzwingen; und für die Henker war die Hinrichtung zu einem Sport geworden, in dem die durch Weingenuß und Kokain Berauschten miteinander wetteiferten, um ihre Laufbahn mitunter in einer Irrenanstalt zu beendigen. Jede Provinzabteilung der „Tscheka" hatte ihre eigenen beliebten Folterarten. In Charkow wurde der Schädel skalpiert und „Handschuhe" von den Händen abgezogen. In Worónesh wurden die zu Folternden in Fässer, die mit Nägeln gespickt waren, gesetzt und herumgewälzt, auf der Stirn wurde der fünfeckige Stern ausgebrannt, den Geistlichen ein Kranz aus Stacheldraht aufgesetzt. In Zarizyn und Kamyschin wurden die Knochen mit einer Säge zersägt. In Poltawa und Krementschug wurden die Verhafteten auf den Pfahl gesetzt. In Poltawa sind 18 Mönche auf den Pfahl gesetzt und die aufständischen Bauern auf dem Pfahl verbrannt worden. In Jekaterinoslaw wurden die Gefangenen gekreuzigt und gesteinigt. In Odessa wurden die Offiziere in Öfen verbrannt und zerrissen. In Kiew legte man die Verhafteten in einen Sarg zusammen mit einem verwesenden Leichnam und begrub sie lebendig; nach einer halben Stunde wurden sie dann wieder ausgegraben. Schon der Aufenthalt selbst in den Sowjetgefängnissen, die über alle Maßen überfüllt, schmutzig und voll Ungeziefer waren — unter Gemeinverbrechern und Spionen, die den Verdächtigten beigesellt wurden —, bei äußerst dürftiger und ungesunder Ernährung, ohne jegliche medizinische Hilfsmittel, in monatelangem vergeblichen Warten auf eine Vernehmung und unter ständiger Gefahr, sofort erschossen zu werden — sei es wegen einer bloßen Namensverwechslung, sei

es als „Geisel", oder ohne weitere Begründung, nur weil das Gefängnis vor der Verkündung einer Amnestie gesäubert werden mußte, oder weil die „Weißen" herannahten —, all das war schon an und für sich eine ständige Quelle seelischer und physischer Tortur.

Wie stellt sich nun die Statistik des roten Terrors dar? Die Kommission des Generals Denikin, welche das diesbezügliche Material für die Jahre 1918—1919 untersuchte, gelangte zu der erschreckenden Zahl von 1 766 118 von den Bolschewiken in jenen Jahren Umgebrachten. Nach einer in den „Times" (März 1922) veröffentlichten Mitteilung setzt sich diese Zahl aus folgenden Einzelziffern zusammen, von denen die einen offenbar einen höheren Grad von Gewißheit besitzen, während die anderen nur mutmaßlich sind:

28	Bischöfe,
1 215	Geistliche,
6 775	Hochschulprofessoren und Lehrer,
8 800	Ärzte,
54 650	Offiziere,
260 000	Soldaten,
10 500	Polizeioffiziere,
48 500	Polizeiagenten,
12 950	Gutsbesitzer,
355 250	Intellektuelle,
193 350	Arbeiter,
815 000	Bauern.

Da es nicht möglich ist, die Angaben nachzuprüfen, die dieser Tabelle zugrunde liegen, und da die wichtigsten Summanden offenbar hypothetischen Charakters sind, kann sie bei Beurteilung des Terrors nicht als eine beweiskräftige Urkunde angesprochen werden. Das Gesamtergebnis, zu dem sie kommt, ist aber kaum als übertrieben zu betrachten.

Die von den Bolschewiken veröffentlichten Ziffern sind aber jedenfalls zu klein und umfassen nur jene Fälle, bei denen wenigstens ein gewisses gerichtliches Verfahren eingehalten worden war. Die Erschießungen auf Befehl der aller juridischen Formalitäten enthobenen „Tscheka" sowie die einfachen Morde, zu denen sich jedes Mitglied der kommunistischen Partei nach dem strikten Sinn der Sowjetdekrete als befugt ansehen konnte, werden hier nicht in Betracht gezogen. Unberücksichtigt bleiben auch die Massenmorde beim Einzug der

Roten in die von den Weißen besetzten Gebiete und Städte. Wie weit unter diesen Umständen die amtlichen Angaben von der Wirklichkeit abweichen, erhellt aus folgenden Beispielen. Der amtliche Statistiker der „Tscheka", der oben bereits erwähnte Lazis, behauptete, daß im ersten Halbjahr des Bestehens der „Tscheka" (d. h. bis Mitte 1918) in zwanzig Gouvernements des damaligen Sowjetrußlands nur 22 Personen erschossen wurden, während Melgunow, dem wir eine Untersuchung über den roten Terror verdanken, für dieselbe Zeit 884 Fälle in seine Kartothek eingetragen hat. Für die zweite Hälfte des Jahres 1918, nach der Verkündung des offiziellen Terrors und nach dem berüchtigten Befehl des Innenkommissars Petrowski, der „die unbedingte Erschießung aller in weißgardistische Umtriebe Verwickelten ohne Bedenken und ohne das geringste Zögern" forderte, hat derselbe Lazis in seine Statistik 4500 Erschossene eingetragen. Dies Ergebnis hielt er für ungenügend und für einen Beweis „übertriebener Milde". Nach unvollständigen Angaben Melgunows betrug dagegen die Zahl der von ihm registrierten Erschießungen für denselben Zeitraum 5004, die Massenmorde bei der Niederwerfung von Aufständen nicht mitgerechnet. Lazis selbst hat später die von ihm angegebene Zahl für die zweite Hälfte 1918 auf 6185 erhöht. Für das Jahr 1919 wird von Lazis die Zahl der auf Beschluß der „Tscheka" Erschossenen auf 3456 angesetzt. Nach anderen Angaben aber sind allein in Kiew, in den 16 dortigen „Tschekas", nicht weniger als 12 000 Personen umgebracht worden. In Saratow wurden in jenen zwei Jahren etwa 1500 Personen erschossen und in die berüchtigte Schlucht hinabgeworfen. In Odessa fielen 2200 Menschen als Opfer des roten Terrors 1919 in drei Monaten. In Astrachan büßten bei der Liquidierung des Arbeiterstreiks im März des nämlichen Jahres nicht weniger als 2000 Personen ihr Leben ein, und gegen Ende April erhöhte sich diese Zahl auf mehr als 4000. In Turkestan wurden bei der Niederwerfung des Januaraufstandes 1919 im Laufe einer Nacht über 2500 Personen niedergemetzelt.

Am 15. Januar 1920 veröffentlichte der Vorsitzende der „Tscheka" Dzierzyński eine Bekanntmachung, welche die mit der Unterdrückung der weißen Bewegung begründete Aufhebung der Todesstrafe verkündete. Aber unmittelbar vorher wurden in Moskau und Petersburg über 700 Personen erschossen. „Die Nacht der Aufhebung der Todesstrafe ist zu

einer Nacht des Blutes geworden", schrieb einer der Hingerichteten an die Wand des Gefängnisses. Und am 15. April desselben Jahres wurde ein Befehl erlassen, wo es hieß, die zum Tode Verurteilen „seien in die Zone der Kriegsoperationen überzuführen, da sich das Dekret über die Aufhebung der Todesstrafe auf diese Zone nicht erstreckt". Natürlich wurde in Wirklichkeit auch diese Heuchelei nicht als notwendig erachtet. Die „Iswestija" teilten mit, daß vom Januar bis Mai 1920 521 Personen erschossen wurden. Am 24. Mai wurde die Todesstrafe aus Anlaß des russisch-polnichen Krieges auch offiziell wieder eingeführt. Die Erschießungen nahmen ein beschleunigtes Tempo an. Und zwar wurden erschossen:

Vom 22. Mai bis zum 22. Juni	600
Im Juni—Juli	898
Juli—August	1183
August—September	1206

Diese Zahlen beziehen sich nur auf die Erschießungen, die auf Anordnung besonderer Kriegsgerichte erfolgten. *Außerdem* wurden allein in Petersburg im Jahre 1920, im Zusammenhang mit der Offensive des Generals Judénitsch, etwa 5000 Personen erschossen. Über 2000 wurden in der Umgebung von Archangelsk nach dem Rückzuge der englischen Truppen erschossen; nach einer späteren Untersuchung stellte sich hier die Zahl der Hingerichteten auf etwa 8000. Noch gewaltiger ist die Anzahl der Erschießungen im Süden gewesen, nach der Niederlage General Denikins und besonders nach dem Abzuge der Wrangel-Armee. Allein im Gefängnis von Jekaterinodar wurden vom August 1920 bis Februar 1921 ca. 3000 Personen erschossen. Für die Krim steigt die Zahl der Erschossenen nach vorsichtigsten Berechnungen auf 50 000, andere zählen hier 100 000 bis 120 000 Opfer. Das Blutbad dauerte hier Monate hindurch. Es folgen die gleichen massenhaften Niedermetzelungen in Sibirien, in Georgien, überall, wo der rote Soldat eindrang mit seinem Begleiter, dem Henker der „Tscheka". In dem Maße, wie die Sowjetgewalt ihr Herrschaftsgebiet erweiterte, wurde ganz Rußland mit Blut überschwemmt.

Als der Kampf gegen die „weiße Bewegung" zu Ende war, konnte man denken, daß der rote Terror endgültig der Vergangenheit anheimfallen werde. Das wurde von den Anhängern der Sowjetgewalt im Auslande auch behauptet. Und so wäre es vielleicht auch gekommen, wenn jeder nicht nur offene,

sondern auch nur moralische Widerstand gegen die Sowjetgewalt aufgehört hätte. Wir werden aber später sehen, daß letzteres nicht der Fall war. Der durch das Terrorregiment geschaffene seelische Zustand der Bevölkerung, der von Steinberg so eindringlich geschildert worden ist, mußte beständig aufrechterhalten werden, nicht durch bloße Androhung, sondern durch tatsächliche Fortsetzung des terroristischen Systems. Die „Allrussische Außerordentliche Kommission" (die „Tscheka") wurde freilich durch das „GPU" („Das Staatliche Politische Amt") ersetzt; die Änderung betraf aber nur den Namen. Die Erschießungen wurden fortgesetzt wie zuvor. Durch eine zufällige, im Bericht des Innenkommissariats enthaltene Mitteilung ist beispielsweise bekannt geworden, daß im Mai 1922 2372 Personen erschossen worden sind. Im Jahre 1923 wurde von einer besonderen Kommission des Zentralen Vollzugsausschusses der Kommunistischen Partei festgestellt, daß das GPU 826 Personen *unter Verletzung der ergangenen Vorschriften* hatte erschießen lassen. Mit Beobachtung der formalen Vorschriften, die den Anschein eines gerichtlichen Verfahrens wahren sollten, waren von den Revolutionstribunalen im Januar—März jenes Jahres 40 Personen, im Mai allein 100 erschossen worden. Im März 1924 wurde dem „GPU" auch formell das Recht eingeräumt, Erschießungen auf eigenen Beschluß vorzunehmen.

Darüber, daß der Terror auch in den letzten Jahren weiter dauerte, kann kein Zweifel bestehen; nach dem Tode Lenins brach 1924 sogar ein neuer Paroxismus des Terrors aus. Für das Jahr 1924 hat Melgunow 1804 Todesurteile registriert. Nach amtlicher Statistik der Kassationskommission des Obersten Tribunals betrug die Zahl der Todesurteile *allein in den Revisionssachen* 1339, davon wurden 663 Todesurteile bestätigt. Für drei Monate 1925 zählt Melgunow 275 Justizmorde. Es sei erwähnt, daß nach dem neuen Strafkodex die Todesstrafe für alle Handlungen droht, die „auf Untergrabung und Schwächung der Sowjetgewalt gerichtet sind": nach einer amtlichen Erklärung des Oberstaatsanwalts Krylénko ermöglicht diese Fassug eine „äußerst weitgehende Auslegung", wodurch eine außerordentliche „Elastizität der Strafpolitik" der Sowjetregierung in ihrem „Kampf gegen die verkappten Formen der gegenrevolutionären Tätigkeit" gewährleistet werde. *Offener* „politischer Bandixismus" (Bauernaufstände u. dgl.) hat nach

dem Dekret vom 16. Oktober 1922 ohne weiteres außergerichtliche Erschießung „an Ort und Stelle" zur Folge. Großes Interesse bietet die Statistik über die Gründe der Erschießungen im Jahre 1924; sie wirft schlagendes Licht darauf, in welcher Richtung sich jetzt die „verbrecherische Tätigkeit der Bevölkerung gegen die bolschewistische Tyrannei bewegt. Von der Gesamtzahl der Todesurteile entfallen auf:

„Gegenrevolution" (Verschwörungen usw.)	527
Aufstände	292
Arbeiterstreiks	154
Aufruhr in Gefängnissen (wegen schlechter Behandlung)	126
Ermordungen der Dorfkommissare	76
Spionage	70
Eisenbahnverbrechen	32
Propaganda in der Roten Armee	17
„Wirtschaftliche" Spionage	14

Der höchste Prozentsatz unter den Verurteilten entfällt jetzt natürlich auf Arbeiter und Bauern, da „weiße Offiziere", Aristokraten und ehemalige „Bourgeois" nunmehr selten geworden sind.

Man soll nicht glauben, daß der Terror ausschließlich gegen Offiziere, Gutsbesitzer und überhaupt gegen die „Bourgeoisie" gerichtet war. Er richtete sich auch gegen Bauern, Arbeiter und Intellektuelle, mit Einschluß der Sozialisten. So werden im „Bulletin der Sozialrevolutionären Linkspartei" Ende 1918 Erschießungen von Bauern in einer Reihe von Gouvernements aufgezählt: 150 Fälle im Gouvernement Tula, 170 im Gouvernement Kaluga, über 600 in drei Kreisen des Gouvernements Rjasán, 200 im Gouvernement Twer, 600 im Gouvernement Smolénsk usw. Im Jahre 1920 wurden bei der Niederwerfung der Bauernaufstände im Gouvernement Tomsk (Sibirien) über 5000 Personen erschossen, im Gouvernement Ufá nach offiziellen Angaben 10 000 Bauern, nach inoffiziellen über 25 000. In Busuluk (Gouvernement Samara) wurden in demselben Jahre 4000 aufständische Bauern erschossen, in Tschistópol 600, in Jelátma 300. Körperstrafe — mit Ruten, Stöcken, Knuten — kam den Bauern gegenüber nahezu überall zur Anwendung. Von den verurteilten Gefängnisinsassen entfielen zum 1. Juli 1923 ganze 40% auf Bauern und Arbeiter. Zu diesem Ergebnis kommt auch der statistische Bericht über die Tätigkeit des Obersten Revolutionstribunals in dem gleichen Jahre: 29%

Bauern, 11% Arbeiter, 34% Intellektuelle und nur 26% „Bourgeois" im engeren Sinne.

Jetzt mußte der Prozentsatz der Arbeiter und Bauern naturgemäß steigen, nicht nur weil das Quantum der Opfer aus den Reihen der ehemaligen herrschenden Klasse erschöpft war, sondern auch deshalb, weil die Aktivität der Voksmassen zugenommen hat. Nach amtlichen Angaben wurden allein im halben Monat August 1924 politische und wirtschaftliche Arbeiterunruhen in 96 Fällen und Bauernunruhen in 26 Fällen liquidiert, wobei in 39 Fällen mit Waffengewalt vorgegangen werden mußte.

Die Tätigkeit der „Tscheka" und des an ihre Stelle getretenen „GPU" hat das vorrevolutionäre Gefängnis- und Deportationsregime nicht nur wiederhergestellt, sondern dasselbe noch erheblich verschärft, namentlich für die politischen Gefangenen. Nach Lazis' Aussage hatte die „Tscheka" in den Jahren 1918 bis 1919 128 000 Personen verhaftet; Lazis fügt naiv hinzu: „Wo ist denn hier jene zügellose Willkür, von der unsere Spießbürger bei jeder Gelegenheit schreien?" Man muß bedenken, daß sämtliche russische Gefängnisse im Jahre 1919 normalerweise nur für 36 000 Personen aufnahmefähig waren, um sich zu vergegenwärtigen, wie stark die Überfüllung der Gefängnisse war und wie furchtbar die hygienischen Verhältnisse darin schon aus diesem Grunde allein sein mußten. Die medizinisch-sanitäre Abteilung der Hauptverwaltung des Gefängniswesens hat für die erste Jahreshälfte 1924 — 22 000 Erkrankungen an Flecktyphus festgestellt. Derselbe Lazis teilt mit, daß von den 128 000 Verhafteten „mehr als die Hälfte wieder auf freien Fuß gesetzt wurde", und stellt die Frage: „Wie kam es, daß die Zahl der schuldlos Verhafteten so hoch war?" Seine Antwort hierauf klingt noch naiver. „Wenn eine ganze Anstalt, ein Regiment oder eine Militärschule in eine Verschwörung verwickelt sind, gibt es denn in einem solchen Falle ein anderes Mittel, als *alle* zu verhaften?"...

Auf Grund dieses eigenartigen Pinzips wurden z. B. im Herbst 1921 etwa 500 Hörer und 450 Kandidaten der in Verdacht regierungsfeindlicher Gesinnung geratenen „politischen Kurse für rote Kommandeure" verhaftet und deportiert. Im Laufe einer Nacht wurden in Moskau ca. 1000 Angestellte der Wohnungsämter verhaftet. Gleichfalls in Moskau wurden Leute der „Tscheka" im Kunstladen Daziaro versteckt und alle

600 Käufer, die in den Laden kamen, wurden sämtlich hinter Schloß und Riegel gebracht. Es kam ein Fall vor, wo eine ganze Hochzeitsgesellschaft, mit Gästen, Droschkenkutschern usw. nach dem Gefängnis von Butyrki (Moskau) abgeführt wurde. In Odessa wurden im Juli 1921 bei einer Razzia ca. 16 000 Personen verhaftet: es sollten unerwünschte Elemente für die Zeit der Sowjetwahlen beseitigt werden. In Noworossijsk war es Brauch geworden, von Zeit zu Zeit einen besonderen „Tag des Gefängnisses" zu organisieren: niemand durfte an einem solchen Tage seine Wohnung verlassen, und Menschen jeden Alters, Angehörige aller Stände und Berufe wurden massenweise nach der „Tscheka" abgeführt.

Da die Gefängnisse für alle diese Verhafteten nicht ausreichten (zum 1. Juli 1921 wurden ihrer 72 685 gezählt), so errichtete man für sie, nach dem Muster der Kriegsgefangenenlager, besondere Konzentrationslager. Berüchtigt war das Schreckensregime, das in einigen von ihnen herrschte. So z. B. das Konzentrationslager von Cholmogóry, im Volksmunde „Lager des Todes" genannt; es wurden dorthin gefangengenommene Offiziere der weißen Armee aus ganz Rußland gebracht; noch bevor das Lager eingerichtet war, wurden sie dort zu Tausenden erschossen oder auf Lastbooten zusammengepfercht und ertränkt. Von den Ortsbewohnern wurde die Zahl der Umgebrachten auf 8000 geschätzt. Der Lagerkommandant Batschulis verfiel auf den Gedanken, die Inhaftierten in Gruppen zu je zehn Mann einzuteilen; für das Vergehen *eines* Gefangenen wurde die ganze Gruppe bestraft bzw. im Falle der Flucht eines ihrer Mitglieder erschossen. Es gibt aber ein Konzentrationslager, bei dessen bloßer Erwähnung auch die Insassen des Cholmogory-Lagers erzittern: das ist das Lager von Pertominsk; hierher verschickt zu werden, galt als gleichbedeutend mit einem Todesurteil. Die Erschießung der Gefangenen an Ort und Stelle aus reiner Laune, nicht bloß des Lagerkommandanten, sondern auch eines beliebigen einfachen diensttuenden Soldaten, war hier eine Alltagssache. In einem halben Jahre (1922) kamen hier auf 1200 Gefangene 442 Todesfälle.

In den letzten Jahren wurde diese Methode — statt der Todesstrafe, die Verhafteten in Gefängnissen und Konzentrationslagern sterben zu lassen — von der Sowjetregierung dazu angewendet, ihre politischen Konkurrenten, die Sozialdemokraten — Menschewiken — und die Sozialrevolutionäre, zu beseitigen.

Bei der „Liquidierung" der Menschewiken im Mai 1923 wurden in 30 Städten über 3000 Personen verhaftet; im Juli kam es zu einer neuen Flut von Repressivmaßregeln, die weitere Hunderte, wenn nicht Tausende wegfegte. Die Liquidierung der Sozialrevolutionäre begann im Juni 1922 mit dem bekannten Prozess von 47 prominenten Parteimitgliedern, der einen starken Widerhall im Auslande gefunden hat. Nach dem Amnestieerlaß und nach vorübergehender Legalisierung der Partei wurden ihre Führer wegen früherer Verbrechen unter Anklage gestellt; 12 unter ihnen wurden zum Tode verurteilt, die Todesstrafe aber durch lebenslängliche Kerkerhaft ersetzt, doch *unter der Bedingung*, daß die Partei den Kampf gegen die Bolschewiken aufgebe. Mit anderen Worten, die politischen Gegner der herrschenden Partei wurden zu Geiseln erklärt und am Leben gelassen unter ständiger Androhung einer Erschießung für fremde Schuld. Für die Sozialisten wurden die entferntesten Gegenden Nordrußlands und Sibiriens als Deportationsort bestimmt, die Solowjetzki-Inseln (im Weißen Meer), die Mündung der Ob, das Narym- und das Turuchan-Gebiet, wo jede Existenz so gut wie unmöglich ist. Die Solowjetzki-Inseln sind acht Monate lang von jeglichem Verkehr mit der Außenwelt abgeschnitten, und diese Zeitspanne benutzten die Kerkermeister, um am 19. Dezember 1923 eine regelrechte Niederschießung der Gefangenen vorzunehmen, als sich diese gegen die verschärften Maßregeln des Gefängnisregimes auflehnten.

In dem offiziellen Bericht der britischen Gewerkschafts-Delegation, welche Rußland im November—Dezember 1924 besuchte, sind dem roten Terror einige verworrene Zeilen gewidmet; sie zeigen, wie schwer es ist, über den wahren Sachverhalt Leute aufzuklären, die die Wahrheit nicht sehen wollen. „Was die beständigen Behauptungen der Presse betrifft, daß das gegenwärtige Regime in Rußland eine ‚Herrschaft des Terrors' sei, so möchte die Delegation ihre Überzeugung zum Ausdruck bringen, daß hieran kein Mensch wirklich glauben kann, der in der (Sowjet-)Union gereist ist und mit ihren Bürgern gesprochen hat." Weiter folgt der Satz: „Gewiß läßt sich oft die *Abneigung* beobachten, den Maßnahmen der Kommunisten und den von diesen eingesetzten Personen *Widerstand zu leisten*, und zwar eine Abneigung, die *eher auf Furcht als auf Anhänglichkeit* zurückzuführen ist." Wir werden später sehen, daß „die Abneigung, Widerstand zu leisten", allmählich

dem „Willen zum Widerstande“ Platz macht — jener „Aktivität“ der Bevölkerung, die bereits die Bolschewiken selbst als eine neue Erscheinung des beginnenden Jahres 1925 mit Beängstigung festgestellt haben. Die britische Delegation hat aber recht, wenn sie den bisherigen Zustand der Passivität „eher auf Furcht als auf Anhänglichkeit“ zurückführt. Dieser unbeholfene Satz enthält das ungewollte Eingeständnis, daß der rote Terror seinen Zweck erreicht hat. Denn, wie wir es gesehen haben, bestand sein Zweck ja gerade darin, der Bevölkerung Furcht einzujagen, als das einzige Mittel, um ein großes Land mit Hilfe einer neuen privilegierten Klasse regieren zu können, — einer Klasse, die ihrerseits von einem Haufen Oligarchen ebenfalls auf Grund von Einschüchterungsmethoden regiert wird. Daß diese Methoden nicht auf die Dauer wirksam bleiben können, wird die weitere Darstellung zeigen.

Die Kommunistische Partei, als der die Staatsgewalt ausübende Regierungsapparat, die Rote Armee (mit ihren besonderen, für die Bekämpfung des „inneren Feindes“ bestimmten Abteilungen), endlich der das ganze System durchdringende Geist der Vernichtung und Abschreckung — der Geist des roten Terrors —, dies sind die drei Grundpfeiler, die es den Bolschewiken ermöglicht haben, alle Hilfsmittel des Landes in den Dienst ihrer eigenen Selbsterhaltung zu stellen und zur Vorbereitung der Weltrevolution auszunutzen und die Macht acht Jahre lang in ihren Händen zu behalten — die Macht, in deren Genuß sie wahrscheinlich noch eine Zeitlang bleiben werden dank dem Beharrungsvermögen, das der einmal bestehenden Regierungsgewalt in einem desorganisierten Lande innewohnt.

Viertes Kapitel.

Die Nationalitäten und der Sowjetische „Bundesstaat".

Einige Zeit vor dem Ausbruch der Revolution wurde von einsichtigen Beobachtern vorausgesagt, daß das unvermeidliche Ergebnis einer revolutionären Erschütterung der Zerfall Rußlands in einzelne Teile sein würde. Diese Voraussagen gründeten sich auf die Verschärfung der Beziehungen zwischen den im russischen Reich lebenden Nationalitäten und der autokratischen Regierung, welche eine Politik der Zentralisierung und der Russifizierung im Geiste des extremen Nationalismus und unter Zustimmung der Rechtsparteien durchzuführen suchte.

Es kann jedoch nicht behauptet werden, daß diese Gefahr einer Zerstückelung Rußlands schon von alters her bestanden hätte. Die Verschärfung der nationalen Fragen in Rußland ist vielmehr eine Erscheinung jüngeren Datums. Gewiß war Rußland kein vollkommen homogener „Nationalstaat", wie es z. B. Deutschland, Frankreich, Italien sind. Rußland ist ein „Nationalitätenstaat" und ist ein solcher auch jetzt noch geblieben, nachdem sich eine ganze Reihe Nationalitäten von ihm abgesondert hat. Trotzdem wäre es abwegig, Rußland in bezug auf die nationalen Fragen solchen Staaten gleichzustellen, wie Österreich-Ungarn oder die Türkei. Derartige Vergleiche wurden oft von Rußlands Gegnern, zuweilen auch von seinen Verbündeten angestellt. So wird in der bekannten Broschüre des Generals Smuts über den Völkerbund Rußland als einer der drei besiegten Staaten, neben der Türkei und Ungarn, dargestellt, und seine Zergliederung wird auf die gleiche Ursache zurückgeführt — auf das Streben der geknechteten Nationalitäten nach Selbstbestimmung. In radikalen Kreisen der europäischen Öffentlichkeit hat diese Anschauung eine weite Verbreitung gefunden.

Sie entspricht jedoch nicht ganz der Wirklichkeit. Hierbei ist nicht der Umstand entscheidend, daß Rußland von alters her eine geographische Einheit bildete, deren sämtliche Teile, Nord und Süd, West und Ost, miteinander aufs engste untrennbar durch die Gemeinsamkeit der wirtschaftlichen Interessen verknüpft waren. Im gewissen Sinne läßt sich das gleiche auch von der Donaumonarchie behaupten; die natürlichen Ursachen ihres Zerfalls können aber trotzdem nicht geleugnet werden. Viel wichtiger ist die besondere Art der Völkerschaften, die die osteuropäische Ebene seit vorhistorischen Zeiten bewohnten, und der Charakter ihrer Beziehungen zu der „herrschenden" Nationalität. Im vorliegenden Kapitel wird der Unterschied klarzumachen sein, der in vielerlei Hinsicht zwischen Rußland und den zwei anderen, soeben erwähnten Staaten besteht, welche gleichfalls der Zersetzung anheimgefallen sind.

I.

Was den Charakter der in Rußland wohnenden Nationalitäten anbelangt (es wurden ihrer bis an 100 gezählt), so haben wir es hier meistenteils mit Resten von Volksstämmen zu tun, die von den russischen Stämmen im Verlaufe der inneren Kolonisation seitens der Russen assimiliert wurden. Diese letztere dauerte viele Jahrunderte und bildet eine charakteristische Eigenheit des russischen geschichtlichen Prozesses. Auf der ethnographischen Karte Rußlands sind auch jetzt noch die Spuren dieses Vorganges zu erkennen sowie der verschiedene Grad seiner Durchführung bis zu dem durchaus nicht weit zurückliegenden Augenblick, wo dieser Prozess durch das Erwachen nationalen Selbstbewußtseins bei den von der Assimilation verschonten Völkerschaften aufgehalten wurde. In den Randgebieten Rußlands finden wir solche Nationalitäten, die erst vor kurzer Zeit dem politischen Verband des russischen Staates einverleibt wurden und ihre völkische Reinheit sowie ihr nationales Bewußtsein am stärksten bewahrt haben. Zu dieser Gruppe gehören Finnland, die baltischen Staaten (Esten, Letten, Litauer), Transkaukasien (Georgier, Armenier, Tataren u. a.), endlich die zentralasiatischen Provinzen. Einen anderen Charakter tragen die Völkerschaften, deren Reste innerhalb des russischen Territoriums der Assimilation entgangen sind. Solche Reste sind im Norden vorhanden (Syrjänen, Ssamojeden), an der Wolga und am Ural (Tataren, Mordwinen,

Tscheremissen, Tschuwaschen, Baschkiren, Kirgisen) und in Sibirien.

Es ist nicht leicht, die zahlenmäßige Stärke aller dieser Nationalitäten zu bestimmen. Die einzige zuverlässige Statistik der Nationalitäten in Rußland stammt noch aus dem Jahre 1897, in welchem eine Zählung der Nationalitäten vorgenommen wurde. Alle späteren Ziffern beruhen lediglich auf Berechnungen, denen die Geburten- und Sterblichkeitsstatistik zugrunde liegt; sie sind zudem in beträchtlichem Maße durch politische Zurechtmachungen entwertet worden. In der nächstfolgenden Tabelle findet der Leser die Ziffern der Volkszählung von 1897, verteilt auf I. Gebiete des alten russischen Reichs, die innerhalb der bolschewistischen Grenzen geblieben sind, und II. abgefallene Gebiete. Im Bereich der ersteren ist die Bevölkerung für das Europäische Rußland, Sibirien, Zentralasien und für den Kaukasus besonders angegeben. Zum Vergleich sind in Klammern die Ziffern für die Territorien angeführt, auf denen 1920 eine unvollständige Zählung vorgenommen wurde (nach Angaben der Sowjetbehörden).

Wie ersichtlich, betrug die russische Bevölkerung im früheren Rußland 65%, d. h. zwei Drittel der gesamten Bevölkerung (Großrussen 43,3%; Ukrainer 17,4%; Weißrussen 4,5%). Im jetzigen Rußland beträgt sie 80%, d. h. vier Fünftel der Gesamtbevölkerung, und die übrigen 20% entfallen nicht auf geschlossene Bevölkerungsgruppen, sondern sind, mit Ausnahme der zentralasiatischen Provinzen und des Kaukasus, unter den Russen zerstreut. Es ist wahr, daß die Russen selbst kein einheitliches Ganzes bilden. Sie zerfallen in die drei bereits erwähnten Zweige der Großrussen, Kleinrussen (Ukrainer) und Weißrussen. Diese Zweige sprechen, vermutlich seit dem 12.—14. Jahrhundert, verschiedene Mundarten, und man hat zu beweisen gesucht, daß das Kleinrussische und das Weißrussische keine Dialekte, sondern selbständige Sprachen seien, die von dem Großrussischen, unserer Schriftsprache, gänzlich verschieden sind. Wie dem auch sei, alle drei Sprachzweige sind untereinander viel näher verwandt, als mit irgendeiner anderen slawischen Sprache, sei es der westlichen (Polnisch, Tschechisch) oder sogar der östlichen Gruppe (Bulgarisch, Serbisch) derselben. Alle drei russischen Zweige verstehen einander sehr leicht.

I. Die Nationalitäten des jetzigen Rußland (U. S. S. R.) in Tausenden:

	1897					(1920)
	Europ. Rußland	Sibirien	Zentralasien	Kaukasus	Insgesamt	
Russen:						
1. Großrussen . . .	48 559	4 424	588	1 830	55 401	(69 135)
2. Ukrainer	20 415[12])	223	102	1 305	22 045[12])	(16 759)
3. Weißrussen. . .	5 823[12])	12	1	20	5 856[12])	(1 936)
Insgesamt . .	74 797[12])	4 659	691	3 155	83 302[12])	(87 830)
Turkotataren (Kirgisen, Tataren, Baschkiren, Sarten; Usbeken, Tschuwaschen, Turkmenen u. a.)	4 220	475	6 618	1 880	13 193	(7 215)[13])
Ugrofinnen (Finnen, Karelen, Mordwinen u. a.) .	2 433	53	13	—	2 499	(2 865)
Mongolen (Kalmücken, Burjaten u. a.)	171	289	—	—	460	(267)
Juden	3 715	33	8	—	3 756	(1 842)
Deutsche . . .	1 312	5	9	—	1 326	(1 044)
Armenier . . .	—	—	—	1 096	1 096	—
Georgier. . . .	—	—	—	1 352	1 352	—
Andere kaukasische Volksstämme. . . .	—	—	—	1 631	1 631	—
Insgesamt im Gebiet des jetzig. Rußland	86 648	5 514	7 339	9 114	108 615[14])	—

[12]) Die Verminderung dieser Ziffern im Jahre 1920 erklärt sich zum Teil durch die Einwirkung des Krieges, dann aber dadurch, daß etwa $3\frac{1}{2}$ Millionen Ukrainer und Weißrussen auf Grund des Rigaer Friedens von 1921 Polen zugefallen sind (siehe den zweiten Teil der Tabelle.)

[13]) Die Zählung 1920 umfaßte den Turkestan nicht.

[14]) Die gesamte Bevölkerung betrug im Jahre 1897: 128 Millionen. Die Differenz entfällt auf die verschiedenen, hier nicht erwähnten Volksstämme. 1918 mußte das ehemalige Territorium des russischen Reichs etwa 180 Millionen zählen.

II. Die Nationalitäten, die sich vom früheren Rußland abgetrennt haben (in Tausenden).

1897	
1. Finnen (Finnland) . . 2353	(1917: 2921; Schweden 385, Russen 7).
2. Polen (Poln. Republik) 7866	(1910: 9100. Die Zahl der Russen in Russisch-Polen nach der Volkszählung von 1897: Großrussen 267, Ukrainer 335, Weißrussen 29; Juden 1267. Nach dem Rigaer Frieden hat Rußland an Polen 3616 russischer Bevölkerung in drei Wojewodschaften abgetreten).
3. Litauer (Litauen) . . . 1658	(1922: 2430; Juden 320).
4. Letten (Lettland) . . . 1427	(1922: 1508; Russen 151).
5. Esten (Estland) 990	(1920: 1037; Russen 58).
6. Moldauer [Rumänen] (Beßarabien) 921	(1917: schätzungsweise 1270, nach rumänischen Angaben etwa 1900. Die gesamte Bevölkerung Beßarabiens zählte im Jahre 1897: 1935, darunter Moldauer 921, Ukrainer 382, Großrussen 156, Juden 228, Bulgaren 103, Deutsche 60 usw. Im Jahre 1917 betrug die Bevölkerung insgesamt 2670, und dementsprechend (also um 38%) sind gegenwärtig die Zahlen für alle Nationalitäten zu erhöhen).
Insgesamt . . 15215	(In den Jahren 1910—1922 zählten dieselben Nationalitäten . . . . . 18266 die russische Bevölkerung in den abgetrennten Staaten betrug etwa 4370 die jüdische etwa . . . . . 1815.)

Was die anderen Nationalitäten anbelangt, so ist der Unterschied zwischen denen, die sich jetzt von Rußland abgetrennt haben, und denen, die innerhalb Rußlands verblieben sind, ein durchaus relativer. Dieser Unterschied besteht (wenn man von Polen und Finnen absieht) nicht so sehr in dem verschiedenen Grad des nationalen Selbstbewußtseins, als vielmehr in der geographischen Lage und in der größeren oder geringeren Geschlossenheit des Ansiedlungsgebiets.

Einen Vergleich ziehen zu wollen zwischen der Lage all dieser Nationalitäten gegenüber der russischen Hauptmasse einerseits, und der Lage der geknechteten christlichen Nationalitäten in der Türkei andererseits, heißt einfach keine Kenntnis von dem Charakter der türkischen Herrschaft besitzen. Es gab in Rußland keine Gegenüberstellung zweier Rassen, der herrschenden und der unterworfenen, mit einem unermeßlichen Unterschied in Kultur und Zivilisation. Es war nicht Er-

oberung und Unterjochung, sondern ein dauernder Siedelungs- und Verschmelzungsprozess. Bis in die jüngste Zeit hinein dachte in Rußland keine Nationalität an eine Abtrennung vom russischen Staat, und selbst der Autonomiegedanke war ihnen nicht geläufig. Diese Stimmung der Nationalitäten stand durchaus in Einklang mit dem Geist des russischen Volkes, welches nie einem aggressiven Nationalismus gehuldigt hat; ja, noch mehr: es war sich nicht einmal immer seiner eigenen Nationalität bewußt.

Ein krankhaftes und überhitztes Nationalgefühl entsteht stets dann, wenn die Gefahr einer Entnationalisierung besteht, welche besonders für kleine Völker bedrohlich ist. Von einer solchen Bedrohung konnte in einem Lande wie Rußland keine Rede sein. Rußland war viel zu groß, und seine Bevölkerung weit davon entfernt, von anderen Nationalitäten beeinflußt zu werden, hatte nicht einmal Gelegenheit, sich auch nur über die Existenz dieser Kleinvölker klar zu werden. Jede große Nation hat einen mittleren Kern, welcher mit irgendwelchen Staatsgrenzen gar nicht in Berührung kommt und von irgendwelchen nationalen Konflikten recht wenig weiß. So verhielt es sich mit dem Geisteszustand der russischen Volksmassen. In dem langen geschichtlichen Leben der Nation gab es natürlich Ausnahmen, die gegen diesen Zustand der Gleichgültigkeit abstachen. Das Tatarenjoch des 13.—14. Jahrhunderts ließ in den Oberschichten des russischen Volkes die starke Empfindung dafür aufkommen, daß sie Russen und Christen seien im Gegensatz zu den Mohammedanern und asiatischen Nomaden. Als in einer späteren Zeit (im 17. Jahrhundert und später) an der Westgrenze Rußlands die Gefahr einer Entnationalisierung durch die Polen entstand, entwickelte sich in der russischen Bevölkerung ein starker defensiver oder gar aggressiver Nationalismus. Das ganze Volk erhob sich im Beginn des 17. Jahrhunderts, um Rußlands politische und nationale Unabhängigkeit zu verteidigen. Seit jener Zeit hat sich das Gefühl der nationalen Feindschaft gegenüber Polen erhalten, und dicht an der polnischen Grenze ist dieses Gefühl besonders stark. Allen nationalistischen Politikern, die unter den letzten Zaren wirkten, wurde ihre Kampfstimmung in dem westlichen Randgebiet eingeimpft. Ein starkes Protestgefühl rief auch der Prozess der „Europäisierung" Rußlands hervor, als er in der zweiten Hälfte des 17. Jahrhunderts und insbesondere in der Reform-

zeit Peters des Großen begann. Das nationale Gefühl ist auch zu unserer Zeit in den Massen wieder einmal erwacht, als eine Reaktion auf die von den Alliierten gegenüber Rußland betriebene Politik. Aber wie gesagt: behält man das Gros der russischen Volksmasse und den Gesamtprozess der geschichtlichen Entwicklung im Auge, so wird man diese Momente nationaler Erregung als zeitweilige Ausnahmeerscheinungen zu bewerten haben, die vorbeigingen, ohne tiefe Spuren im Gedächtnis des Volks zu hinterlassen. Und auch in diesen Fällen wandte sich die Volksstimmung nie gegen andere Nationalitäten in Rußland selbst (mit Ausnahme der Juden). Die Verbitterung und der Kampf richteten sich gegen Ausländer. Noch weniger war zu erwarten, daß das russische Volk seine passive Haltung mit einer aktiven vertauschen würde, um zur „Russifizierung" anderer Nationalitäten zu schreiten, in derselben Art etwa, wie die Ungarn ihre fremdstämmige Bevölkerung zu „madjarisieren" suchten, oder wie die Griechen, die Serben und die Bulgaren, die ganze Bevölkerung Mazedoniens zu assimilieren trachteten. In Rußland war es nicht das Volk, sondern die Beamtenschaft, nicht die Intellektuellen, sondern die Regierung, die unter Nikolaus I. (1825—1855) auf eine „Russifizierung" der Randgebiete ausgegangen war und aus dem aggressiven Nationalismus eine Waffe der politischen Reaktion schmiedete.

II.

Während aber der aggressive Nationalismus den russischen Massen unbekannt blieb, hatte er sich allmählich unter den kleinen, von Rußland einverleibten Nationalitäten entwickelt. Ein starkes und unversöhnliches Nationalgefühl war naturgemäß zuerst unter solchen Nationalitäten aufgekommen, welche weiter fortgeschritten und vor verhältnismäßig kurzer Zeit dem russischen Staat einverleibt waren: d. h. bei den Polen (1815) und den Finnen (1809).

Das Ende des 18. und der Beginn des 19. Jahrhunderts waren bekanntlich die Zeit eines allgemeinen Wiederauflebens des nationalen Gedankens in Europa; es war eine Reaktion gegen den Kosmopolitismus des 18. Jahrhunderts und der Großen Französischen Revolution. Es begann die Zeit der Romantik und in ihrem Gefolge gelehrte Forschungen nach dem Geist und der Seele der Völker — der primitiven Volksstämme und der niederen sozialen Schichten —, Sammlungen volkstümlicher

Sitten und Bräuche, Sammlungen von Volksliedern, nationalen Trachten und Überlieferungen. Die freiheitliche Bewegung, hervorgerufen durch die französische Revolution, brachte diese volkskundliche Forschung mit einer politischen Idee in Verbindung — der der „Selbstbestimmung" der Völker, ihrer Emanzipation. Jene Jahrhundertwende — die des XVIII. und XIX. Jahrhunderts — war auch in Rußland die Zeit, wo die ersten Grundlagen geschaffen wurden für die nationalistische Lehre, welche den Satz aufstellte, daß der spezifisch-„russische" Glaube und die „echt-russische" Staatsform die „Seele" des russischen Volkstums darstellten. Ihre philosophische Verfeinerung, der auch liberale Gedankengänge nicht fremd waren, erhielt diese Lehre durch die „slawophile" Richtung unter den russischen Intellektuellen. Dieselbe Lehre hatte aber auch eine vereinfachte Lesart, die der reaktionären Politik der russischen Autokraten, wie Nikolaus I. oder Alexander III., sehr gut in den Kram paßte.

Dem nationalen Wiederaufleben der kleineren Volksstämme in Rußland stand jedoch diese Politik nicht immer feindlich gegenüber. Mitunter deckten sich die Interessen der Autokratie und die der kleinen Nationalitäten. Indem sie die Starken bekämpfte, war die russische Regierung daran interessiert, die Schwachen zu stützen. Sie suchte neue Keime nationalen Lebens dem gefährlicheren Nationalismus der benachbarten Mächte entgegenzustellen. So ist es die russische Regierung gewesen, die die bescheidenen Anfänge der finnischen Literatur begünstigte und ihnen Schutz vor der schwedischen Kultur der sozialen Oberschichten Finnlands zu verleihen suchte. Die russischen Behörden beschirmten auch die ersten Regungen des lettischen und des litauischen nationalen Lebens vor der deutschen Kultur der baltischen „Barone" und vor dem Einfluß der polnischen Gutsbesitzer. Ebenso war die russische Regierung auch der Wiederbelebung der georgischen und der armenischen Literatur nicht feindlich gesinnt, die ihr die Möglichkeit gab, den armenischen Patriotismus gegen die Türken auszuspielen. In allen drei Fällen, an der Ostsee und am Schwarzen Meer, fand die russische Autokratie in den örtlichen „Nationalismen" eine Stütze gegen die Nachbarn.

Welche Stellung nahm gegenüber nationalen Problemen der russische Liberalismus und die russische öffentliche Meinung ein? Natürlich stand der russische Liberalismus dem exklusiven

und chauvinistischen Nationalismus ablehnend gegenüber. Er war stets weitherzig, freisinnig und kosmopolitisch. In dieser Richtung wirkte auch die russische Literatur und Dichtkunst, wo immer sich ihr Einfluß geltend machte. Bis ganz vor kurzem bewegten sich auch die Intellektuellen der anderen Nationalitäten Rußlands in denselben geistigen Bahnen, denn sie wurden stark durch die russische humanitäre Literatur beeinflußt. Die „Intelligentzija" hatte Sympathie für die Gefühle der bedrückten Nationalitäten, doch hatte sie dabei hauptsächlich die politische Unterdrückung im Auge, ohne der rein nationalen Seite der betreffenden Forderungen viel Aufmerksamkeit zu schenken.

Der endgültige Wandel kam gegen Ende des 19. Jahrhunderts. Auf die relativ liberale Regierungszeit Alexander II. (1855—1881) folgte unter Alexander III. (1881—1894) eine neue Verschärfung des aggressiven Nationalismus, die auch unter Nikolaus II. (1894—1917) fortdauerte. Zwei Nationalitäten waren es insbesondere, die in dieser Zeit von den reaktionären Regierungen hart bedrängt wurden: die Finnen und die Polen, also die am meisten fortgeschrittenen. Gegen Ende des Jahrhunderts kam eine dritte Gruppe hinzu: die kaukasischen Volksstämme. Als vierte verfolgte Gruppe sind die Juden zu nennen. Ein wahrer Auszug der russischen Juden begann nach den weltbekannten Pogromen, die um 1890 von den Ministern Plehwe und Durnowo hervorgerufen worden waren. Zu gleicher Zeit trat eine neue jüdische nationalistische Bewegung auf den Plan — der Zionismus. Es war die Zeit, wo auch die österreichischen Sozialdemokraten (Renner, Otto Bauer) mit ihrem Gedanken einer „nationalen Autonomie" der Völker hervortraten. Es war damals vielleicht zum ersten Male, daß die russischen Intellektuellen, wie die jüdischen und anderen auch, sich dem nationalen Problem in seinem tieferen Sinn gegenüber sahen.

Das unmittelbare Ergebnis war eine Spaltung. Die ältere Generation wollte dem hergebrachten Typus des russischen kosmopolitischen Liberalismus treu bleiben. Die jüngere, sowohl in dem Lager der Verfolgten wie in dem der Verfolger, wandte sich dem Nationalismus zu. Die sich verteidigten und die da angriffen, schienen von demselben grundlegenden Axiom auszugehen: das nationale Prinzip war für beide Teile von maßgebender Bedeutung geworden und war zugleich durch gegenseitige Exklusivität gekennzeichnet.

So war an die Stelle des einseitigen Kosmopolitismus der älteren Generation, welcher sogar die Existenz von nationalen Problemen verkannte, eine ebenso einseitige chauvinistische Gesinnung der Generation getreten, die ihren Lebenslauf um die Jahrhundertwende begann. Für die Nationalitäten waren beide Teile der Alternative in gleicher Weise unannehmbar — die Außerachtlassung und vollkommene Verkennung der fortschreitenden Entwicklung des nationalen Selbstbewußtseins der kleinen Nationalitäten in dem einen Fall, sowie das Bestreben, diesem legitimen Entwicklungsprozess die nationale Ausschließlichkeit der nationalen Majorität entgegenzusetzen, in dem zweiten Falle.

In der Tat, die eine wie die andere geistige Einstellung begann jetzt Reibungen zwischen den russischen und den fremdstämmigen Intellektuellen hervorzurufen. Die kosmopolitisch gesinnten Intellektuellen vom alten Typus wurden von seiten der anderen Nationalitäten ungerechterweise „imperialistischer" Neigungen beschuldigt und mitunter wurde ihnen gegenüber sogar der Vorwurf erhoben, sie trieben mit nationalen Fragen ein Doppelspiel. Der wahre Grund war der, daß jene russischen Intellektuellen es mit bestem Gewissen ablehnten, die neue Idee der „nationalen Autonomie" und der freien *kollektiven* Bekundung des Nationalgefühls in den von ihnen gepredigten Katechismus der liberalen Grundsätze (Redefreiheit, religiöse Duldsamkeit usw.) aufzunehmen. Auf der anderen Seite, ebenso unannehmbar war für die Intellektuellen der anderen Nationalitäten auch der Nationalismus der jungen russischen Generation, welche für die Bedeutung der nationalen Bestrebungen volles Verständnis hatte, diese aber für staatsgefährlich hielt und den russischen Staat nach deutschem Muster als einen „Nationalstaat" aufgebaut wissen wollte.

Zu jener Zeit jedoch, als die revolutionäre Bewegung in Rußland ihre ersten Erfolge zu erringen begann, bestanden zwischen den russischen Liberalen und den Intellektuellen der anderen Nationalitäten noch keine Divergenzen der soeben geschilderten Art. *Alle* fortgeschrittenen nationalen Gruppen kämpften unter demselben, dem *politischen* Banner. Sie dachten damals nicht an die Selbstbestimmung als ein unmittelbares Ziel ihrer Bestrebungen. Man ging davon aus, daß die Befreiung der Nationalitäten einen Teil des allgemeinen Problems von Rußlands politischer Befreiung und Niederwerfung der Autokratie dar-

stellte. Polen allein verlangte Unabhängigkeit. Diese Forderung war jedoch nicht aktuell angesichts der internationalen Lage, die die Aufgabe einer gleichzeitigen Befreiung aller drei Teile Polens, des russischen, des deutschen und des österreichischen, so gut wie undenkbar erscheinen ließ. Finnland verlangte damals nicht mehr als eine selbständige Verfassung, welche eine Gemeinschaft mit Rußland in Fragen der auswärtigen Politik, der Landesverteidigung und zum Teil auch im Finanzwesen nicht ausgeschlossen hatte. Die anderen Nationalitäten gingen in ihren Erwartungen oder Wünschen nicht einmal so weit. Derart war die Lage vor der ersten Revolution von 1905.

In der ersten russischen Duma gingen die Vertreter der verschiedenen Nationalitäten mit der russischen Opposition in dem gemeinsamen politischen Kampf gegen die Autokratie Hand in Hand. Zur Durchsetzung ihrer nationalen Aspirationen bildeten sie mit den Russen zusammen einen „Autonomistisch-föderalistischen Verband". Es ist bezeichnend für jene Zeit, daß in der zweiten Duma (die eine sozialistische Mehrheit hatte) der zweite Teil dieser Formel fallen gelassen wurde, indem die Mitglieder des Verbandes auf diese Weise ihren Wunsch nach einer festeren Einheit kundtaten. Es war jetzt ein „Autonomistischer Verband" geworden.

Die Tendenz, die Freiheit gemeinsam zu erringen und den Kampf um die Selbstbestimmung zurückzusetzen, war besonders stark in den Reihen der mehr fortgeschrittenen Parteien, welche den Sozialismus mit nationalen Bestrebungen vereinigten. Diese Parteien bekämpften entschieden die separatistischen Tendenzen der älteren, mehr konservativen Gruppen. Der Separatismus wurde für „aristokratisch" erklärt; die Demokratie war für Beibehaltung der staatlichen Einheit. So hatte im Jahre 1904 die polnische Nationaldemokratische Partei ihre Forderung der Unabhängigkeit Polens aufgegeben. Ihrem Beispiel war 1907 die Polnische Sozialistische Partei (P. P. S.) gefolgt. Die litauischen Demokraten hatten ihre Parteibezeichnung in dem gleichen Sinne abgeändert. Statt sich die „Demokratische Partei *Litauens*" (als eines unabhängigen Staates) zu nennen, wählten sie den Namen der „Partei der demokratischen Litauer" (also einer völkischen Gruppe, die für Demokratie im allgemeinen kämpfte und von dem Grundsatz der *territorialen* Autonomie anstatt der *staatlichen* Unabhängigkeit ausging). Die litauischen Sozialdemokraten hatten 1906 ihre Forderung einer

besonderen Verfassunggebenden Versammlung in Wilna aufgegeben und sich mit der Einberufung einer Allrussischen Versammlung zufrieden erklärt. 1907 verzichteten sie gänzlich auf ihre föderalistischen Forderungen, erklärten sich mit einer Autonomie für Litauen zufrieden und traten an die Seite der russischen Sozialdemokratie. Die lettischen Demokraten zeigten sich noch gemäßigter. 1905 erklärten sie den Separatismus für eine gefährliche Tendenz, welche nur den „Baronen und dem Klerus" anstehe; „sich von Rußland abzutrennen, wäre mit einem Selbstmord gleichbedeutend". Auch in Georgien war es zu Beginn des 20. Jahrhunderts vor allem der Adel, der den Standpunkt des politischen Separatismus vertrat. Jene Sozialisten, die sich zu den „Föderalisten" zählten, wurden einer scharfen Kritik von seiten ihrer sozialistischen Gesinnungsgenossen ausgesetzt und mußten in den Hintergrund treten. Eine scheinbare Ausnahme bildeten die armenischen Nationalisten, die „Daschnaks". Aber ihr unabhängiges Armenien sollte aus der Türkei — womöglich mit russischer Hilfe —, nicht aus Rußland herausgeschnitten werden.

Die mohammedanische Bevölkerung wünschte nichts weiter als Freiheit des religiösen und kulturellen Lebens. Sie hatte ihre Sache den russischen demokratischen Parteien (insbesondere den Konstitutionell-Demokraten, d. h. den „Kadetten") anvertraut. Ihre Abgeordneten wählte sie auf Grund der Programme der Reichsparteien, und in den beiden ersten Dumas saßen diese Abgeordneten mit den „Kadetten" zusammen, bevor sie ihre eigene Fraktion bildeten. Auch die ukrainischen Radikalen gingen zu jener Zeit nicht über eine „nationale territoriale Autonomie" hinaus.

Alle diese Symptome, die von der gemäßigten Haltung der fortgeschrittenen nationalen Parteien zeugten, verdienen um so mehr Beachtung, als damals, 1905—1907, in den Jahren der ersten russischen Revolution, diese Parteien zum ersten Male in der russichen Geschichte in der Lage waren, ihre Meinung vollkommen frei zu äußern. Wir können sicher sein, daß dies tatsächlich der Ausdruck ihrer wahren Meinung war. Sie lehnten entschieden die Loslösung von Rußland ab.

III.

Zwei Umstände waren es, die diese versöhnliche Einstellung im Laufe des letzten Jahrzehnts vor der Revolution von 1917 änderten.

In erster Linie kommt hier die bittere Enttäuschung in Betracht, die den Nationalitäten in der Duma widerfuhr. Nicht nur, daß sie in den ersten zwei Dumas die politische und nationale Freiheit nicht zu gewinnen vermochten, sondern es konnte in den zwei letzten Dumas von der Regierung eine Mehrheit zusammengeschmiedet werden, welche in nationalen Fragen beinahe noch reaktionärer war als die Regierung selbst. Von der Duma ging eine äußerst chauvinistische Gesetzgebung aus, welche die Gefühle der bedeutendsten Nationalitäten, der Finnen, Polen, Mohammedaner, Ukrainer usw., tief verletzte. Freilich war es die Autokratie, die für die Zusammensetzung der beiden letzten Dumas die Verantwortung trug (s. Kapitel I). Die Parteien der Opposition kämpften Schulter an Schulter mit den Nationalitäten. Allein Chauvinismus erzeugt Chauvinismus. Die Nationalitäten standen erbittert und nachtragend da. Die Überzeugung gewann unter ihnen an Boden, daß die russischen Liberalen und Intellektuellen genau so „imperialistisch" wären wie die Regierung des Zaren, und daß die Nationalitäten von ihnen nichts zu erwarten hätten, selbst wenn es Rußland gelingen sollte, eine gute Verfassung und wahre politische Freiheit zu erringen.

Noch gewichtiger war der zweite Umstand, der die Wandlung in der Geistesverfassung der Nationalitäten herbeiführte. Ihre wachsende Unzufriedenheit wurde geschickt von auswärtigen Faktoren ausgenutzt.

Die Zerstückelung Rußlands (an seiner Westgrenze) wurde bewußt zu einem Bestandteil des alldeutschen und des sogenannten mitteleuropäischen Programms gemacht, auf Grund dessen die Rekonstruktion des künftigen Europa nach dem deutschen Siege erfolgen sollte. Die erwartete Annexion von Industriebezirken an der belgischen und der französischen Grenze sollte in einer entsprechenden Annexion von landwirtschaftlichen Gebieten östlich von der russischen Grenze ihre Ergänzung finden[15]). So sollte Rußland seinen Teil der Kriegsentschädigung mit Land bezahlen.

---

[15]) Siehe zum Beispiel die bekannte Denkschrift, die von sechs einflußreichen Industrieverbänden im Mai 1915 Bethmann-Hollweg überreicht wurde: hier wird die Festigung der landwirtschaftlichen Basis an der russischen Grenze, welche durch die Annexion der baltischen Provinzen und der südlich von diesen gelegenen Gebiete zu erfolgen hatte, für ein Mittel erklärt, um die beträchtliche Erweiterung des deutschen Industriegebiets im Westen auszugleichen.

Schon zu Beginn des Jahres 1916 hatten die deutschen Truppen einen großen Teil der in Frage kommenden Gebiete besetzt, nämlich Polen, die baltischen Provinzen, Lettland und Litauen, sowie einen Teil der Ukraine. Aber noch bevor der Krieg endgültig beschlossen worden war, nämlich im Jahre 1913, begann eine aktive österreichische, späterhin auch durch Deutschland geförderte Propaganda unter den Nationalitäten, deren Loslösung von Rußland die Zentralmächte durchsetzen wollten. Unterstützungsgelder wurden in Fülle den Führern der verschiedenen nationalen Bewegungen zur Verfügung gestellt. Vermutlich war es zu dieser Zeit, daß auch Lenin, der damals in Krakau lebte, sich zur Annahme österreichischer Gelder herbeiließ. Lenins internationales Programm wurde damals um einen neuen, ultra-nationalen Zusatz erweitert: „Selbstbestimmung bis zur völligen Loslösung".

Als der Krieg begann, wurde ein weiterer Schritt getan, um Rußlands Zerstückelung vorzubereiten. Die Kriegsgefangenen, die zu den verschiedenen oben aufgezählten Nationalitäten gehörten, die Finnen, Esten, Letten, Ukrainer, Mohammedaner, wurden, jede nationale Gruppe für sich, in besonderen Lagern untergebracht. Dort wurden sie in revolutionärer Propaganda und in der Vorbereitung von Meutereien in den entsprechenden Teilen Rußlands unterrichtet. Allein die Stimmung der führenden nationalen Gruppen blieb auch damals noch gemäßigt. Auf einem „Nationalitätenkongreß", der im Juni 1916 in Lausanne zusammentrat, waren es nur die Finnen, Polen und die Vertreter Bucharas und Chiwas, die unbedingte Unabhängigkeit verlangten. Die Esten, die kaukasischen Nationalitäten, die Kirgisen und Tataren sowie die Ukrainer hatten ihren Forderungen eine bedingtere Form verliehen. Sie waren immer noch bereit, sich mit einer nationalen Autonomie zu begnügen.

Nun aber brach die Märzrevolution 1917 aus. Einer der ersten Akte der provisorischen revolutionären Regierung war die Unabhängigkeitserklärung Polens, sodann eine Verständigung mit den finnischen Konstitutionalisten, welche alles das zugestanden erhielten, wofür die Anhänger Leo Mechelins und die energischeren finnischen „Aktivisten", mit denen die russischen politischen Parteien von 1905 an zusammenarbeiteten, gekämpft hatten. Autonomieverhandlungen wurden auch mit anderen Nationalitäten aufgenommen. Das genügte aber nicht mehr. Eingedrillte Propagandisten verschiedener Nationali-

täten strömten nach Rußland ein, wo sie in der Bildung gesonderter nationaler militärischer Gruppen innerhalb der russischen Armee wetteiferten, Gruppen, die sich aus Ukrainern, Polen, Litauern, Weißrussen, Mohammedanern, Sibiriern zusammensetzten. Gleichzeitig hatte Lenin das Recht zur „Desannexion" solcher „annektierter" Gebiete proklamiert, wie Finnland, Polen, Estland, Kurland, die Ukraine, Beßarabien, Georgien, Armenien, Daghestan, Turkestan, auf dem gleichen Fuß mit Irland, Indien, Ägypten, Marokko, Algerien usw. Seine Krakauer Versprechungen waren somit erfüllt und bei weitem übertroffen. Vergebens suchten die anderen sozialdemokratischen Gruppen auf ihrer Gesamtkonferenz im September 1917 sich Lenin entgegenzustemmen und an ihrem Standpunkt von 1905 festzuhalten, um die separatistischen Bestrebungen einzudämmen. In der auf dieser Konferenz zur Annahme gelangten Entschließung hieß es, Rußlands Entwicklung in der Richtung auf einen „Nationalitätenstaat" (im Sinne Renner-Springers) „bedeute durchaus nicht Rußlands Zerstückelung in eine Reihe unabhängiger oder nur lose föderierter selbständiger Gebiete; im Gegenteil, diese Entwicklung führe zur Herstellung engerer wirtschaftlicher, politischer und kultureller Beziehungen zwischen sämtlichen Teilen des Landes, ohne Rücksicht auf ihre nationale Zusammensetzung". In der Belebung der separatistischen Bestrebungen, die 1905 zurückgewiesen worden waren, erblickten die Sozialdemokraten eine Gefährdung der russischen Revolution.

Diese Anschauung vermochte sich gegenüber der von Lenin gepredigten Theorie einer unbeschränkten „Selbstbestimmung bis zur Lostrennung" nicht durchzusetzen. Nach dem bolschewistischen Sieg vom November 1917 hatte Lenins Standpunkt die Oberhand gewonnen. Acht Tage nach seinem Staatsstreich, am 15. November, veröffentlichte Lenin eine Deklaration der „Nationalitätenrechte in Rußland". Er bestätigte darin die Grundsätze der Gleichheit und Suveränität der Nationalitäten in Rußland und ihr Recht, bei der Entscheidung über ihr Schicksal „bis zur Abtrennung und Bildung unabhängiger Staaten" zu gehen.

Von diesen weitherzigen Zugeständnissen machte man im Auslande unmittelbaren Gebrauch. Am 29. November 1917 erklärte im Reichstage der Reichskanzler Hertling, der soeben einen Funkspruch aus Zarskoje Sjelo erhalten hatte, — daß er „das

Recht Polens, Kurlands und Litauens", über ihr Schicksal unabhängig von Rußland zu entscheiden, respektieren wolle. Vergeblich forderten die Bolschewiken eine Volksabstimmung für sämtliche Nationalitäten, vergeblich hatte Trotzkij einen Aufruf in diesem Sinne an die „alliierten Völker" gerichtet. Zu Neujahr wurden diese drei Provinzen, nebst einigen Teilen Liv- und Estlands, als endgültig von Rußland losgetrennt erklärt, mit der Begründung, daß sie „ihren Willen zur Loslösung von Rußland und zur Bildung selbständiger Staatswesen bereits geäußert hätten". Das entsprach bis aufs Haar den vorerwähnten Plänen, die für die Änderung der Ostgrenze Deutschlands entworfen waren. Nach dem Brest-Litowsker Friedensvertrage hatte sich Rußland obendrein zur unmittelbaren Räumung Finnlands, der baltischen Provinzen, der Ukraine und Transkaukasiens verpflichtet. Die Ukraine wurde zum Abschluß eines Sonderfriedens mit Deutschland veranlaßt, als erster Beweis für ihre Unabhängigkeit.

Bis dahin war alles klar und jedem Russen leicht verständlich. Wir wußten, daß unser Feind im Falle seines Sieges unerbittlich sein würde in der Durchführung seines Beschlusses, Rußland zu schwächen und dessen wirtschaftliche Kräfte seinen eigenen Interessen dienstbar zu machen.

Andererseits erwarteten wir, daß unsere Verbündeten, nachdem sie das Ziel unseres gemeinsamen Kampfes erreicht hätten, uns dabei helfen würden, die verhängnisvollen Folgen unserer Opferwilligkeit wieder gutzumachen. Wir erwarteten von ihnen natürlich nicht, daß sie die Einheit Rußlands wiederherstellten, solange Rußland unter der Herrschaft der Bolschewiken bliebe. Auch war es uns klar, daß die neugebildeten Randstaaten guten Grund hatten, auf ihrer tatsächlichen Loslösung zu beharren, um vom bolschewistischen Rußland nicht verschlungen zu werden. Solange die Lage eine zeitweilige blieb, — ebenso, wie die Ursachen, die sie geschaffen hatten — gab es keinen Grund zu ernster Besorgnis. Es wurde aber erwartet, daß sich nach der Niederlage Deutschlands diese Lage ändern werde. Nun war die Niederlage der Zentralmächte zur Tatsache geworden. Der Brest-Litowsker Friede wurde aufgehoben. Man möge sich die Bestürzung der russischen öffentlichen Meinung vorstellen, als diese sich nach und nach zu vergegenwärtigen begann, daß die Schwächung Rußlands nicht das Ziel unserer Feinde allein war, und daß die „Selbstbestim-

mung" der Völker sich tatsächlich zu einer „Zerstückelung" Rußlands auf der Grundlage eines endgültigen Friedensvertrages umgestalten sollte! Man hörte Lloyd George am 17. November 1919 im Unterhause sagen, daß „der Kampf für eine Wiedervereinigung Rußlands nicht als eine Politik angesehen werden dürfte, die den Interessen des Britischen Reiches förderlich wäre". Er erwähnte einen „sehr großen Staatsmann, Lord Beaconsfield", der in einem großen, gigantischen, kolossalen, wachsenden Rußland die größte Gefahr erblickte, die für das britische Reich je entstehen könnte". Offenbar teilte Lloyd George diese Ansicht.

Freilich die einzelnen alliierten Mächte waren nicht in gleichem Maße an den neugebildeten Randstaaten interessiert. Dementsprechend waren auch der Umfang und das Tempo, in denen die Anerkennung der neuerworbenen Unabhängigkeit dieser Staaten erfolgte, recht verschieden, je nach der Intensität des Interesses, welches bei jedem der Alliierten vorhanden war. Das Interesse Frankreichs war vor allen Dingen darauf gerichtet, ein Bollwerk gegen Deutschland im Osten zu errichten und einen Ersatz für das russische Bündnis zu finden. Polen wurde ziemlich lange für fähig gehalten, Rußlands Stelle einzunehmen, insbesondere, wenn es ein „starkes" und territorial vergrößertes Polen sein würde. Mehrere polnische Staatsmänner suchten diesen Gedanken ihren Verbündeten einzuprägen, und sie hatten darin bis zu einem gewissen Grade Erfolg. Allein, unter dem Eindruck späterer Geschehnisse und Komplikationen scheint eine Abkühlung der traditionellen Begeisterung der französischen öffentlichen Meinung für Polen eingetreten zu sein. Ein verhängnisvolles Ergebnis jener Einstellung Frankreichs bleibt jedoch bestehen, nämlich die Annexion eines Landstreifens mit 3½ Millionen russischer Bevölkerung durch Polen, im Widerspruch mit dem Vorschlage des Völkerbundes vom Juli 1919, der Polen eine gute ethnographische Grenze (die sogenannte „Curzon-Linie") angeboten hatte. Der Rigaer Vertrag vom 18. März 1921, der diese Grenzziehung sanktionierte, wurde von der russischen öffentlichen Meinung mit Entrüstung aufgenommen, und er wird für eine lange Zeit eine Quelle gefährlicher Komplikationen bleiben.

Das englische Interesse beschränkt sich im wesentlichen auf jene Randstaaten, die von der See aus zu erreichen sind. Diese Politik wurde von Lloyd George in seiner Guildhall-Rede von

1919 klar formuliert. „Einem Instinkt getreu, der uns stets gerettet hat," sagte er, „haben wir uns nie weit von der See entfernt", eine Bemerkung, die von der Versammlung mit einem Lachen der Anerkennung aufgenommen wurde. Es sind jetzt zwei neue Meere in die britische Interessensphäre einbezogen worden: die Ostsee und das Schwarze Meer. Als baltische Staaten wurden Estland und Lettland von Großbritannien am 3. Mai bzw. am 18. November 1918 provisorisch anerkannt, bevor ihre endgültige Anerkennung durch den Obersten Rat im Januar 1921 erfolgt war. Ein amerikanischer Schriftsteller hat diese Tatsachen in scharfsinnigen Ausführugen zusammengefaßt, die hier zitiert werden mögen[16]). „Die Anerkennung der Regierungen Estlands und Lettlands durch Großbritannien hat eine handelspolitische Bedeutung, nicht nur in bezug auf die Zukunft Rußlands, sondern auch unter dem Gesichtspunkt der allgemeinen britischen Reichspolitik... Es scheint die Auffassung zu bestehen, daß die Ostsee ein britisches Handelsgebiet ist, in dem künftighin wichtige Entwickelungen vor sich gehen werden. So war es die britische Flotte gewesen, die die Küsten Deutschlands und Sowjetrußlands blockiert hatte. Ein britischer Hoher Kommissar sitzt in Danzig und britische Kriegsschiffe patrouillierten die Küsten der Ostsee ab... All dies steht im Einklang mit der herkömmlichen britischen Politik: ihr Zweck ist es stets, England den Einfluß oder die Kontrolle zu sichern in Häfen und Küstenstrichen, die als Auslauf für eine Binnenbevölkerung dienen, von welcher wichtige Handelsströmungen ausgehen."

IV.

Eine nicht minder wichtige Änderung erfuhr auch die Gestaltung der politischen Interessen, die mit dem Schwarzen Meer verknüpft sind. Die Rückwirkung auf die Lage der transkaukasischen Randstaaten, Georgiens, Armeniens und Aserbejdshans, blieb nicht aus. Gemäß dem in Sèvres am 10. August 1920 unterzeichneten Vertrag wurde die Durchgangsfreiheit durch die Dardanellen und den Bosporus nicht nur für Handelsschiffe, sondern auch für Kriegsschiffe jeder Art festgelegt, ohne Rücksicht auf ihre Flagge, in Kriegs- wie in Frie-

[16]) „The New World Problems in Political Geography", by Isaiah Bowman, Ph. D., Director of the American Geographical Society in New York.

denszeiten. Diese Bestimmung wurde getroffen trotz des Einspruches der ottomanischen Delegation, die hierin eine Beeinträchtigung der Souveränität, der Integrität und Sicherheit der Türkei erblickte, sowie trotz der Einwendungen seitens der (inoffiziellen) russischen Delegierten, die am 5. Juli 1919 darauf hinwiesen, daß der freie Zugang zum Schwarzen Meer, den die Kriegsschiffe fortan genießen sollten, die 2230 Kilometer lange südliche Küstenlinie Rußlands schutz- und wehrlos machte. In dem Vertrag von Lausanne (s. Kap. V) wurde diese Regelung beibehalten, mit gewissen Einschränkungen hinsichtlich des Umfangs der Kriegsflotte, die in einem gegebenen Augenblick in das Schwarze Meer einrücken dürfte. Wie dem auch sei, vom Standpunkte der Landesverteidigung aus gesehen hat sich die Lage am Schwarzen Meere nach dem Weltkriege außerordentlich verschlechtert. Zu gleicher Zeit richteten die Engländer ihr besonderes Augenmerk auf die transkaukasischen Randstaaten.

Es ist unmöglich, an dieser Stelle all die Verwirrung zu schildern, die durch die „Balkanisierung" Transkaukasiens gestiftet wurde. Geographie, Ethnographie und geschichtliche Tradition wirkten mit größter Kraft einerseits zugunsten einer Einigung unter den drei wichtigsten Nationalitäten Transkaukasiens und andrerseits für ihren engen Anschluß an Rußland. Die russische Bevölkerung bildete hier, wie aus der Tabelle auf S. 97 ersichtlich, eine sehr starke Minderheit. Die russiche Kultur hat auf diese Gebiete einen gewaltigen Einfluß ausgeübt und ihre wirtschaftliche Entwicklung verdanken sie hauptsächlich den friedlichen Zuständen, die durch die russische Herrschaft herbeigeführt waren. Separatistische Tendenzen waren hier sehr schwach vertreten und konnten nur unter dem Druck einer gebieterischen Notwendigkeit die Oberhand gewinnen. Unmittelbar nach dem bolschewistischen Umsturz hatte der hervorragende georgische Führer Noë Jordania erklärt (am 3. Dezember 1917): „Als ein Teil Rußlands stehen wir nach wie vor auf dem allrussischen Standpunkt... Lostrennung von Rußland bedeutet für uns Unterwerfung unter die Übermacht des Orients... Die Interessen aller Kaukasier verlangen eine Wiederherstellung der zentralen Staatsgewalt in Rußland." Noch Ende Februar 1918, auf einer Tagung der transkaukasischen Mitglieder der Allrussischen Verfassunggebenden Versammlung, erklärten sich die Vertreter aller drei Völker, der Georgier,

Armenier und Mohammedaner, für eine „vereinigte russische föderative demokratische Republik". Erst als der Frieden von Brest-Litowsk unterzeichnet war, wurden die transkaukasischen Volksvertreter *gezwungen* (am 27. April 1918) die „Unabhängigkeit" Transkaukasiens als eines Ganzen zu proklamieren, und zwar auf die Forderung der Türken hin, deren Truppen in das Land eingefallen waren. Doch waren die Türken nicht gewillt, die Einheit Transkaukasiens aufrechtzuerhalten, denn ihr Ziel war lediglich der Zusammenschluß der transkaukasischen Mohammedaner, welche eine unabhängige „Republik von Aserbejdshan" bilden sollten. Da warfen sich die Georgier, um sich von der mohammedanischen Gefahr zu retten, Deutschland in die Arme. Sie baten um deutsche militärische Hilfe gegen die Türken und die transkaukasischen Mohammedaner; im Verfolg dieser Politik hatten sie am 26. Mai 1918 die Unabhängigkeit ihrer eigenen „Georgischen Republik" ausgerufen. Die Armenier sahen sich veranlaßt, diesem Beispiel zu folgen (28. Mai); sie waren die einzigen, die der Entente treu geblieben waren — und sie waren es, die die Rechnung zu bezahlen hatten. Sowohl die Türken wie die Georgier hatten es auf armenisches Land abgesehn, und dem doppelten Angriff mußten die Armenier erliegen. Es gab leider keine Ölfelder und kein Mangan auf dem Gebiet Armeniens.

So lagen die Dinge in Transkaukasien, als nach dem Waffenstillstand vom 11. November 1918 der deutsche Einfluß schwand und der Zutritt zum Schwarzen Meer für die alliierten Flotten frei wurde. Kurz zuvor hatte Balfour einen Aufruf an die Völker Rußlands erlassen, der am 26. August 1918 in Baku (Aserbejdshan) veröffentlicht wurde und das Versprechen enthielt, Rußland gegen die Gefahr der Zerstückelung zu unterstützen. Gleichbedeutend waren auch die ersten Auslassungen der britischen Truppenführer, welche gekommen waren, um Baku gegen die aserbejdshanischen und türkischen Belagerungstruppen Hilfe zu leisten. Diese Politik änderte sich aber bald. General Thompsons Aufruf vom 24. November 1918 besagte, daß über das Schicksal des „russischen Territoriums" zwischen dem Schwarzen und dem Kaspischen Meer die Friedenskonferenz (in Abwesenheit Rußlands) entscheiden würde. Am 28. Dezember 1918 wurde die aserbejdshanische Regierung von General Thompson als die einzig rechtmäßige Gewalt anerkannt. Am 30. Dezember 1918 teilte Balfour den Georgischen Vertretern

mit, „daß die Regierung Seiner Majestät die Schaffung einer Georgischen Republik mit Sympathie betrachte und bereit sei, sich für deren Anerkennung auf der Friedenskonferenz einzusetzen sowie den georgischen Wunsch zu unterstützen, eigene Delegierte nach Paris entsenden zu können, um die Forderungen Georgiens vorzubringen". So war bei den neugeborenen transkaukasischen Republiken an die Stelle der deutschen Orientierung im Laufe von zehn Wochen eine ententistische getreten. Auch späterhin mußten die Delegierten dieser Republiken die gleiche Anpassungsfähigkeit an den Tag legen, um Beschützer zu finden, ohne deren Beistand ihre Unabhängigkeit, bei der rasch wechselnden Konstellation sich leicht als ephemer hätte erweisen können. Den Kaukasiern selbst, darunter auch den Georgiern, die Rußland gegenüber besonders feindselig gestimmt waren, war es schon damals vollkommen klar, daß ihre Loslösung von Rußland nur einen Wechsel in der Person des Schutzherrn bedeutete. Jedoch, solange in Westeuropa eine Hoffnung auf den Sieg Koltschaks, Denikins, Judenitschs über die Bolschewiken bestand, hörten die gestrigen Verbündeten Rußlands die von den Kaukasiern vorgebrachten Forderungen zwar aufmerksam an, beeilten sich aber nicht, sie zu erfüllen. Der georgische Publizist Awalow hörte damals (Mai 1919) die alliierten Diplomaten erklären: „Die Mächte können sich zu einer Zerstückelung Rußlands nicht entschließen." Und Awalow spricht eine Vermutung aus, die im Munde eines Separatisten besonders interessant klingt: „Wäre die Wiedervereinigung Rußlands durch jene Kräfte vollbracht worden, die mit Koltschak und Denikin zusammengingen, so wäre eine mit Hilfe der alliierten Großmächte ausbedungene Autonomie der Randgebiete wahrscheinlich das Höchstmaß des Erreichbaren und Möglichen gewesen."

Die Situation änderte sich aber, als gegen Ende 1919 die Schwäche der gegen die Bolschewiken kämpfenden „weißen Bewegung" zutage getreten war. Insbesondere stand in Transkaukasien, nach der Liquidierung der Denikinschen Armee, der Zugang zu den drei neuen Republiken für die Rote Armee offen. Das war schon nicht mehr eine innere Frage dieser Republiken, nicht bloß eine Frage von der Aufrechterhaltung ihrer Unabhängigkeit, sondern es handelte sich um die Gefahr, welche für ganz Europa, und besonders für England, in dem siegreichen Vordringen der Sowjetmacht zu den Grenzen

Asiens lag. Andrerseits stellte dieser Umstand auch das weitere Verbleiben der alliierten Truppen in Transkaukasien in Frage, da diese Truppen nicht stark genug waren, um es auf einen Zusammenstoß mit der Roten Armee ankommen zu lassen. Das war der Grund, weshalb die alliierten Regierungen sich jetzt plötzlich darauf besannen, daß die transkaukasischen Staaten sich schon seit langem um ihre offizielle Anerkennung bemüht hatten. Der Oberste Rat in Paris beschloß am 12. Januar 1920, Georgien und Aserbejdshan de facto anzuerkennen und fügte am 18. Januar auch Armenien hinzu, von dem er eine Woche früher bezeichnenderweise vergessen hatte. Dies geschah gerade in dem Augenblick, wo die Wahl getroffen werden sollte zwischen der friedlichen bzw. der kriegerischen Taktik, die den Bolschewiken gegenüber etwa zu befolgen wäre (s. das folgende Kapitel). Die transkaukasischen Delegierten wurden zum erstenmal zur Sitzung des Obersten Rates berufen (19. Januar 1920); sie sollten darlegen, welche militärischen Kräfte ihnen zur Verfügung ständen und welche Hilfe sie im Falle eines Überfalles durch die roten Truppen benötigen würden. Diese Vernehmung erwies die Ohnmacht der Transkaukasier, es blieb nur die Wahl zwischen der Absendung einer starken alliierten Landungstruppe (etwa 200 000 Mann) nach Transkaukasien und dem Verzicht auf eine aktive Politik in diesem Gebiet. Die Wahl fiel sehr bald zugunsten der zweiten Lösung aus. Noch früher — bereits am 10. Mai 1919 — hatte General Thompson der georgischen Regierung mitgeteilt, daß die englischen Truppen aus Transkaukasien zurückgezogen und durch italienische ersetzt werden würden. Nach den Deutschen und den Engländern war das schon die dritte „Mandatarmacht". Ein ganzes italienisches Armeekorps war zu diesem Zwecke bereits aufgestellt, aber die Übernahme der Regierungsgewalt durch Nitti (im Juni) bereitete den Hoffnungen auf die italienische Hilfeleistung ein jähes Ende: Nitti lehnte vorsichtigerweise das Risiko ab, vor dem sogar England zurückscheute, eingedenk des von Lloyd George in Erinnerung gebrachten Grundsatzes, daß die Engländer „seit jeher durch ihren Instinkt gerettet wurden", indem sie sich rechtzeitig herauszuhelfen wußten, sobald sie sich „zu weit vom Meere" entfernt hatten. Im Juli-August 1919 zogen sich die Engländer aus Georgien und Aserbejdshan endgültig zurück; ihre Truppen blieben nur noch an der Seeküste in Batum, das nach englischem Beschluß zu einem internationalen

Freihafen werden sollte. Die letzten Reste dieser Pläne und Illusionen der Entente fanden in dem Vertrag von Sèvres (vom 10. August 1920) ihren Niederschlag; hier wurde noch immer die Bildung eines großen, unabhängigen, aus dem russischen und dem türkischen Teil zusammengeschweißten Armeniens geplant, Batum wurde zu einem internationalen Hafen erklärt, Georgien und Aserbejdshan sollten als selbständige Mitglieder in die Völkergemeinschaft eintreten. Schon im Augenblick seiner Veröffentlichung begann dieser Vertrag ein Anachronismus zu werden.

Europa zog sich aus Transkaukasien zurück, Rußland und die Türkei zogen dort wieder ein. Geographie und Geschichte machten ihre Rechte geltend. Die transkaukasischen Nationalitäten sahen sich immer mehr vor die Notwendigkeit gestellt, die Wahl zwischen ihrem Erbfeind und ihrem Schirmherrn zu treffen. Diesmal wurde jedoch diese Wahl dadurch erschwert, daß sich zwischen der nationalistischen Türkei Kemal-Paschas und Sowjetrußland ein Annäherung anbahnte. Angora, das an die Stelle Konstantinopels getreten war, suchte in Moskau einen Bundesgenossen gegen die Raubgelüste der europäischen Mächte. Diese Stimmung Angoras wollte Moskau ausnutzen, um einen neuen Stützpunkt für die Vorbereitung der Revolution in Asien zu gewinnen. Bolschewismus und Pantürkismus reichten einander die Hände.

So war die Stimmung, als das türkenfreundliche Aserbejdshan von 1918 sich im Jahre 1920 zu einer sowjetfreundlichen Orientierung bekannte. In Baku wurde eine lokale Sowjetregierung gebildet, welche einen „brüderlichen Bund" mit Moskau abschloß und diesem auf Grund des Vertrages vom 30. September 1920 sämtliche militärische und wirtschaftliche Hilfsquellen des Landes zur Verfügung stellte. Auch Armenien sah sich vor die Wahl zwischen Hammer und Ambos gestellt, nachdem Amerika, welches im Herbst 1919 eine Untersuchung der Lage durch General Harboard vorgenommen hatte, sich über die großen Schwierigkeiten, die mit der Uebernahme eines Mandats für Armenien verbunden wären, klar geworden war und auf ein solches Mandat verzichtet hatte. Armenien stand der Ausbreitung des Sowjeteinflusses auf Vorderasien im Wege. Nach Besetzung Bakus berief die Sowjetregierung am 27. August 1920, einem Beschluß der Dritten Internationale gemäß, einen Kongreß „der Völker des Orients" nach dieser Stadt, um über die Aussichten

der Revolution im Orient zu beraten; daraufhin beschloß Moskau, vorwärts zu gehen. Armenien wurde gezwungen, am 7. November 1920 einen Frieden mit der Türkei zu schließen und dieser zwei Kreise, Sangesur und Karabach, abzutreten, um einen Korridor zur Herstellung einer direkten Verbindung zwischen Türken und Bolschewiken zu eröffnen. Da kam Armenien zu dem Schluß: „Lieber die Bolschewiken als die Türken — und verwandelte sich am 2. Dezember 1920 in eine Sowjetrepublik. Im Austausch gegen seine Unabhängigkeit erhielt Armenien militärischen Schutz gegen die Türken und Hilfe für seine Hungernden. Nachdem die Hoffnungen auf das „große Armenien" mit Einschluß der türkischen Wilajets gescheitert waren, war das die einzige Möglichkeit, um wenigstens Russisch-Armenien als ein Territorium zu sichern, wo das armenische Volkstum vor der endgültigen Ausrottung bewahrt werden konnte, der es jenseits der türkischen Grenze verfallen war.

Etwas schwieriger war es, die dritte transkaukasiche Republik, die georgische, unterzukriegen. Und so begnügten sich denn die Bolschewiken zunächst, mit Georgien den Friedensvertrag vom 7. Mai 1920 abzuschließen; auf Grund dieses Vertrages wurde die Unabhängigkeit Georgiens anerkannt (nach dem Vertrage mit Deutschland vom 27. August 1918 schon zum zweiten Male) und in die Abtretung Batums eingewilligt. Die Engländer räumten Batum, nach langem Zögern und mehrfachem Hinausschieben, am 8. Juli endgültig. Zuvor hatten sie die Streitfrage von der Zuteilung des ganzen Batumgebiets an Georgien zugunsten des letzteren entschieden. Und am 27. Januar 1921 kam auch die de-jure-Anerkennung Georgiens durch die Mächte zustande. Das war aber schon ein Danaergeschenk. Durch diese Anerkennung wollten die Alliierten sich nur einer weiteren Verantwortung für den Gang der Ereignisse in Transkaukasien endgültig entziehen. Der Gang und Ausgang dieser Ereignisse war aber für Georgien schon im voraus entschieden. Die menschewistisch-sozialdemokratische Regierung Georgiens genoß in Europa die Sympathien der Zweiten Internationale; feierlich wurden im September 1920 die Führer dieser internationalen Organisation: Ramsay Macdonald, Snowden, Vandervelde, Renaudel, Kautsky, Huysmans u. a. empfangen, als sie Goergien einen Besuch abstatteten. Entscheidend waren aber jetzt nicht Bittgesuche, die auf internationalen Konferenzen eingereicht wurden, sondern die Vorgänge an Ort und Stelle,

im Kaukasus selbst. Hier, im eigenen Hause, erwiesen sich die menschewistischen Minister gegenüber der bolschewistischen Propaganda als machtlos. Nach sachkundiger Aussage des Geschichtsschreibers der georgischen Unabhängigkeit, Awalows, beruhte „die politische Erziehung der georgischen Bauernschaft auf bolschewistischen Schlagwörtern vom Klassenkampf, Landenteignung u. dgl." Nachdem die Bauern das Land unentgeltlich erhalten hatten, verhielten sie sich politischen Fragen gegenüber vollkommen gleichgültig — wurde doch ihr Landbesitz von keiner Seite bedroht. Die Staatsgewalt lag in den Händen einer einzigen Partei; „die Basis ihres Bestehens immer mehr einengend, fand sich die Regierung Georgiens am Ende des Weges auf einem so schmalen Gesims, daß ein leichter Stüber genügte, um sie zu stürzen". Diese Beobachtungen Awalows machen seine Schlußfolgerungen verständlich: „Als man Georgien *zu einem Zusammenstoß* mit Sowetrußland *gebracht hatte*, wurde den weiß Gott nicht allzu starken Kräften dieses letzteren so gut wie gar kein Widerstand entgegengesetzt. Alles wurde getan, damit die vordringende Sowjetarmee kein ‚Volk in Waffen', sondern nur eine Gruppe von Parteiführern vorfand, einen großen Verband von Personen, die an der Ausbeutung der Staatsgewalt beteiligt waren und denen ein kleiner Haufen treuer Kämpfer zur Seite stand."

Man war sich im Kaukasus längst darüber klar geworden, daß nur ein Bund aller drei Republiken das Bestehen jeder einzelnen von ihnen bis zu einem gewissen Grade gewährleisten konnte. Aber eine Verständigung zu erzielen, war ihnen selbst in dem entscheidendsten Augenblick — in den Tagen der Konferenz in San Remo (April 1920) — nicht gelungen. Provinzieller „Imperialismus", erbitterte Grenzstreitigkeiten, bewaffnete Konflikte, hervorgerufen durch gewalttätige Gebietserweiterung u. dgl., zugleich mit dem alten gegenseitigen nationalen Haß, machten eine Einigung unmöglich. So brachte denn das nunmehr sowjetistische Rußland wieder einmal im Wege einer halb Eroberung, halb freiwilligen Unterwerfung die Lösung der grundlegenden kaukasischen Frage — der Einigungsfrage — mit sich. Es wiederholte sich die Geschichte früherer Jahrhunderte ...

Noch einen Gebietsraub aus dem alten Reichsbestande haben wir in diesem Zusammenhange zu erwähnen, den gröbsten von allen, nämlich die Annexion Beßarabiens durch Rumänien.

Dieser Staat hat eine Provinz an sich gerissen, in der die den Rumänen verwandte moldauische Bevölkerung nur 47,58% ausmachte und zudem die Rumänen von Herzen haßte. Wie in vielen anderen Gegenden Rußlands, hatte sich auch in Beßarabien nach dem Siege der Bolschewiken im November 1917 eine lokale Abgeordnetenversammlung gebildet, die nicht aus regelrechten Wahlen hervorgegangen, sondern von einem nach Kischinew einberufenen Kongreß moldauischer Soldaten ernannt worden war. Ein Drittel dieser „Nationalversammlung", welcher späterhin die Benennung „Sfatul Zerej" beigelegt wurde, war einfach dem Bestande jenes Kongresses entnommen (44 Abgeordnete). „Bürgerliche" Elemente wurden überhaupt ausgeschlossen, und es wurde künstlich eine moldauische Mehrheit geschaffen. Die ursprüngliche Aufgabe dieser sonderbaren Versammlung bestand jedoch ausschließlich in der Vorbereitung einer lokalen verfassunggebenden Versammlung, welche im Einvernehmen mit der Allrussischen Verfassunggebenden Versammlung die Grundlagen für eine föderative Vereinigung mit Rußland ausarbeiten sollte. Selbst nachdem sie Beßarabien zur „moldauischen demokratischen Republik" erklärt hatte (am 2. Dezember 1917), blieb die Sfatul Zerej nach wie vor bei der Auffassung, daß diese Republik ein „vollberechtigtes Mitglied der geeinigten russischen föderativen demokratischen Republik" sei, was auch in einer offiziellen Erklärung des dortigen französischen Konsuls anerkannt wurde. Als am 27. Januar 1918 der nächste Schritt getan und die moldauische Republik für „unabhängig" erklärt wurde, wurde dies von der Sfatul Zerej immer noch lediglich mit der politischen Notwendigkeit begründet, die durch die Unabhängigkeitserklärung der Ukraine gegeben war.

Nun aber kam es zu einem Umsturz, der den gleichzeitigen Vorgängen in der Ukraine durchaus analog war. Unter den Soldaten der rumänischen Front war eine bolschewistische Organisation entstanden, die die „Direktoren" (Minister) der Sfatul Zerej stürzte. Daraufhin besetzten die rumänischen Truppen, mit Genehmigung der Alliierten, Beßarabien, um die Ordnung wiederherzustellen und die Provinz vor der Anarchie zu retten (Januar 1918). Am Tage des Einzugs in Kischinew gab General Presan eine Erklärung ab, in der er den „böswilligen" Gerüchten über die Annexionsabsichten der Rumänen entgegentrat und unter Berufung auf den König und das

Parlament sofortige Zurückziehung der Truppen nach Wiedereinsetzung „der früheren Gewalthaber" versprach. Die Erfüllung dieses Versprechens wurde vom französischen Gesandten St. Aulaire garantiert. Sodann wurde diese selbe Verpflichtung erneut durch den Vertrag bestätigt, der zwischen General Averesku und dem Vertreter der Sowjetukraine, Rakówski, am 9. März 1918 abgeschlossen wurde.

Statt diese Verpflichtung zu erfüllen, schritt man aber sofort zu grausamsten Maßregeln, die die Rumänisierung der beßarabischen Bevölkerung und die Ausrottung alles dessen, was russisch war, zum Zwecke hatten. Sämtliche Selbstverwaltungs- und Gerichtsbehörden wurden durch ein königliches Dekret aufgelöst. Mehrere Abgeordnete, die sich für Beßarabiens Unabhängigkeit eingesetzt hatten, wurden erschossen; anderen war es gelungen zu fliehen. Nachdem sie die Sfatul Zerej auf diese Weise terrorisiert hatten, führten die Rumänen in das Versammlungsgebäude Truppen ein und erzwangen den Beschluß vom 9. April 1918 über Beßarabiens Vereinigung mit Rumänien. Für diesen Beschluß stimmten 86 Abgeordnete; 34, darunter sämtliche Bauernvertreter, hatten sich der Stimme enthalten, 3 Deputierte hatten den Mut, gegen den Antrag zu stimmen; es fehlten bei der Abstimmung 25 Mitglieder, die erschossen oder geflüchtet waren. Über 20 000 Einwohner waren über den Dnjestr geflüchtet, etwa 8000 mußten bei der Durchführung des Beschlusses erschossen werden. Dies alles genügte aber der rumänischen Regierung noch immer nicht. Den Abgeordneten der Sfatul Zerej wurde in der Nacht zum 28. November 1918 eine neue Falle gestellt und der Rumpfversammlung ein Verzicht auf alle Bedingungen abgenötigt, an die die Vereinigung, kraft des Beschlusses vom 9. April, geknüpft war; das weitere Schicksal des „Nationalrates" lag nunmehr vollkommen in den Händen der rumänischen Regierung. Von den 162 Abgeordneten waren in der Kammer nur 46 geblieben, und von diesen waren es nur 38, die unter Lärm und Getöse den von den Rumänen untergeschobenen Beschluß durch Akklamation angenommen hatten.

Daß es sich hier um einen rohen Gewaltakt handelte, war so offenkundig, daß der Oberste Rat sich nicht sogleich dazu entschließen konnte, das Ergebnis zu sanktionieren. Es war dies das einzige Mal, daß Rußlands Stimme, in der Person des

ehemaligen russischen Botschafters in Paris, W. A. Maklakow, von den Alliierten Botschaftern gehört wurde (am 2. Juli 1919), und Bratianu verließ Paris, ohne die Zustimmung der Ententemächte erwirkt zu haben... Diese war jedoch nur aufgeschoben. Am 28. Oktober 1920 wurde am Quai d'Orsay von den Alliierten ein Vertrag über Beßarabien unterzeichnet, der die rumänischen Hoheitsrechte als unanfechtbar anerkannte, Rußland aber den Beitritt zu der Abmachung anheimstellte, und zwar für den Zeitpunkt, „wo eine von den vertragschließenden Parteien anerkannte russische Regierung vorhanden sein wird". Rußlands Einwendungen sollten dem Völkerbunde vorgelegt werden... Der Vertrag wurde jedoch nur von Rumänien selbst und von England ohne Aufschub ratifiziert. Frankreich, Italien, Japan waren noch unschlüssig. Und erst in der Sitzung vom 11. März 1924 ratifizierte die französische Kammer den Vertrag, den Poincaré mit falschen historischen Ausführungen verteidigte. Die einzig richtige Darstellung der Tatsachen wurde an jenem Tage von dem Kommunisten Cachin vorgebracht; auf seine Frage, warum Rußland nicht gefragt worden sei, antwortete Poincaré mit dem für Rußland beleidigenden und ungerechten Ausruf: „Warum hat Rußland Frankreich verraten?" Auf diese Frage (Poincarés) wird der Leser weiter unten in dem dem antibolschewistischen Rußland gewidmeten Kapitel die Antwort finden — eine Antwort, die für Rußlands Ruf nicht im geringsten gefährlich, für seine früheren Verbündeten aber vielleicht nicht im gleichen Maße günstig ist.

Es muß darauf hingewiesen werden, daß die Sowjetregierung konsequent an dem Standpunkte festhält, daß sämtliche von den Mächten ohne Zustimmung Rußlands gefaßten Beschlüsse für dieses nicht verbindlich seien. So ist denn bei allen späteren russisch-rumänischen Verhandlungsversuchen — es handelte sich um Grenzstreitigkeiten, um die Dnjestr-Schiffahrt usw. — die beßarabische Frage stets ein Stein des Anstoßes gewesen. Die für April 1921 in Reval anberaumte Konferenz zwischen den Vertretern der beiden Regierungen wurde aufgeschoben, von Reval nach Warschau und von da nach der Grenzstadt Tiraspol verlegt, dann wieder aufgeschoben und nach Salzburg einberufen; schließlich fand die Konferenz im Sommer 1924 in Wien statt. Überall aber mußte man die Verhandlungen abbrechen, sobald man auf die beßarabische

Frage zu sprechen kam. Aus dem gleichen Grunde hatte sich Rumänien geweigert, im Juni 1922 Delegierte nach Moskau zur Abrüstungskonferenz zu entsenden.

V.

In allen Fällen, wo es sich um Rußlands Zerstückelung durch einseitige, ohne seine Zustimmung vorgenommene Akte handelte, waren es allein die Vereinigten Staaten, deren Stellungnahme eines demokratischen Landes würdig war und von der russischen öffentlichen Meinung ohne Unterschied der Parteien mit Befriedigung aufgenommen wurde. Der amerikanische Standpunkt kam besonders deutlich in der Note des Staatssekretärs Colby vom 10. August 1920 zum Ausdruck, die an die italienische Regierung als Antwort auf die Forderungen Polens abgesandt wurde. „Freundschaft und Ehre verlangen," heißt es in dieser Note, „daß die Interessen Rußlands in edelmütiger Weise geschützt werden und, soweit als möglich, alle für Rußland lebenswichtigen Entscheidungen offen bleiben, im besonderen solche, die seine Hoheitsrechte auf das Territorium des früheren russischen Reiches berühren." Von diesem Freundschaftsgefühl und der Ehrenpflicht gegenüber dem großen Volk, dessen tapfere und heldenmütige Selbstaufopferung soviel zu dem günstigen Ausgange des Krieges beigetragen hat, ließ sich die Regierung der Vereinigten Staaten leiten, als sie an den Litauischen Nationalrat ihr Antwortschreiben vom 19. Oktober 1919 richtete und als sie sich ständig weigerte, die baltischen Staaten als besondere, von Rußland unabhängige Nationen anzuerkennen. Von demselben Geist war auch die Note dieser Regierung vom 24. März 1920 getragen, in den mit Bezug auf gewisse, für die Angelegenheiten des nahen Orients vorgeschlagene Abmachungen[17]) festgestellt wurde, daß „keine endgültigen Beschlüsse ohne Zustimmung Rußlands gefaßt werden sollen und können." Im Einklang mit diesen wichtigen Erklärungen über ihre Politik haben die Vereinigten Staaten auch der Entscheidung des Obersten Rates

[17]) „Es kann keine über die Verwaltung und die Kontrolle Konstantinopels und der Meerengen zurzeit getroffene Vereinbarung dauernden Bestand haben, sofern die Lebensinteressen Rußlands in diesen Fragen nicht voll berücksichtigt und geschützt sind und sofern nicht davon ausgegangen wird, daß Rußland, sobald es eine von der zivilisierten Welt anerkannte Regierung hat, die Möglichkeit gegeben wird, über die gegenwärtig getroffenen Entscheidungen gehört zu werden."

BIBLIOTEKA UNIWERSYTECKA Gwid. (II) Dział Zbiorów Ogólnych

in Paris über die Anerkennung der sogenannten Republiken Georgien und Aserbejdshan ihre Billigung vorenthalten (7. Februar 1920) und ihrem Vertreter in Südrußland, Konteradmiral Newton McCully, Anweisungen in diesem Sinne zugehen lassen. „Endlich... hat sich die Regierung der Vereinigten Staaten auf den Standpunkt gestellt, daß die endgültige Festlegung der Grenzen (des unabhängigen Armeniens) ohne Rußlands Mitwirkung und Zustimmung nicht zu erfolgen habe... Wir haben uns dagegen ausgesprochen, daß Rußland, während es hilflos ist, beherrscht von einer nichtrepräsentativen Regierung, deren einzige Stütze brutale Gewalt ist, noch weiter durch eine Zerstückelungspolitik geschwächt werde, die in anderen als russischen Interessen durchgeführt wird."

Diese vornehme politische Linie hat auch unter den späteren Regierungen der Vereinigten Staaten keine Änderung erfahren. Die anläßlich der Washingtoner Konferenz ergangene Note des Staatssekretärs Hughes (19. September 1921) hat die Erklärungen des Staatssekretärs Colby voll bestätigt.

Gewiß steht ganz Rußland auf demselben Standpunkt, daß die „in anderen als russischen Interessen durchgeführte Zerstückelungspolitik", die auf eine „Schwächung Rußlands durch brutale Gewaltanwendung" abzielt, aufzuhören hat und ihre Ergebnisse unter Teilnahme Rußlands selbst revidiert werden müssen. Aber über die Methode dieser künftigen Revision und über deren mögliche Ergebnisse besteht keine Einstimmigkeit unter den verschiedenen russischen Parteien. Es ist zum Teil ja auch schwierig, die Situation vorauszusehen, in der die Überprüfung der Beziehungen zwischen Rußland und den von ihm abgetrennten Nationalitäten wird vorgenommen werden müssen. Dabei wird offenbar sowohl die Lage, die das bolschewistische Regime für die im Verbande des früheren russischen Reiches verbliebenen Nationalitäten geschaffen hat, als auch die internationale Konstellation in Betracht zu ziehen sein. Wie die nationalen Fragen innerhalb Rußlands von den Bolschewiken gelöst worden sind, wird im Verlauf unserer weiteren Darstellung zu erörtern sein. Zunächst möchten wir aber im Anschluß an die Stellungnahme Amerikas den Standpunkt der russischen demokratischen Parteien anführen. Dieser kam auf der im Januar 1921 in Paris stattgehabten Konferenz der Mitglieder der Allrussischen Verfassunggeben-

den Versammlung zum Ausdruck. Eine Entschließung dieser Konferenz lautete wie folgt:

„1. Die russischen demokratischen Parteien haben stets die Berechtigung des von den Nationalitäten Rußlands erhobenen Anspruches auf freie Selbstbestimmung anerkannt und die Verfassunggebende Versammlung hat dementsprechend am 5. Januar 1918 die Grundsätze für einen föderativen Aufbau Rußlands aufgestellt. Jener Anspruch der Nationalitäten Rußlands hat jedoch, angesichts der in der Folgezeit entstandenen tragischen Situation, die Form eines Strebens nach absoluter Lostrennung der Randstaaten und vollkommener Auflösung jeder Verbindung mit Rußland angenommen, aus dem Bedürfnis heraus, sich vor der despotischen Gewalt und der destruktiven Politik der bolschewistischen Machthaber zu schützen.

2. Solange die bolschewistische Diktatur in der Unterdrückung Rußlands fortfahren wird, wird die Hinneigung der Randstaaten zu Rußland keine vernunft- und rechtmäßigen Formen annehmen können. Die Verewigung eines moralischen und politischen Bruches zwischen diesen Ländern und Rußland wird lediglich zur Balkanisierung und zu gegenseitigen Zwistigkeiten führen, aus denen die imperialistische Politik fremder Mächte Nutzen ziehen wird.

3. Angesichts der feststehenden Tatsache, daß von den Randvölkern eine Anzahl von neuen Staaten aufgerichtet worden ist, und von dem Wunsch geleitet, deren Unabhängigkeit zu wahren, sofern diese in repräsentativen, auf Grundlage des allgemeinen Wahlrechts aufgebauten Staatseinrichtungen ihren Ausdruck gefunden hat, erwartet die russische Demokratie, daß nach der Liquidierung der bolschewistischen Diktatur und nach der Wiederherstellung des Volksstaates in Rußland mit zwingender Notwendigkeit eine Gemeinschaft sozialer, politischer und kultureller Interessen zutage treten wird, welche einen wirtschaftlichen und politischen Zusammenschluß — für beide Seiten gleich vorteilhaft, ja sogar unentbehrlich — herbeiführen wird.

4. Als die geeignetste Form eines solchen Zusammenschlusses, die den allgemeinen Tendenzen des geschichtlichen Prozesses sowie den kulturellen Interessen der Menschheit am besten entspricht, erscheint der Bundesstaat.

5. Den Standpunkt einer Wiederaufrichtung Rußlands auf föderativer Grundlage vertretend und den Gedanken an irgendwelche mit Waffengewalt zu erzwingende Form des politischen Zusammenschlusses ablehnend, erachtet die russische Demokratie die gegenseitige Verständigung auf Grundlage der Freiheit und Gleichberechtigung der beteiligten Parteien als die einzig richtige Lösung der Problems."

Die Aufgabe, die hier gestellt ist, ist nicht leicht zu erfüllen. Aber das Beispiel Amerikas lehrt, daß eine Lösung durchaus nicht unmöglich ist. Als die Vertreter der einzelnen (amerikanischen) Staaten in den Sommertagen 1787 in Philadelphia zusammentraten, lag jedem dieser Staaten die Aufrechterhaltung seiner Unabhängigkeit wohl nicht weniger am Herzen als jetzt den neuen Randstaaten Rußlands. Es wurde Rücksicht auf diese Gesinnung genommen, und selbst das Wort „Nation" schien verpönt zu sein, um nicht separatistische Gegenstim-

mungen auf den Plan zu rufen. Aber Jahre vergingen, die Bundeseinrichtungen wirkten ständig in der Richtung auf eine Verschmelzung hin — und das Ergebnis ist die große amerikanische Nation, stark durch ihre moralische Geschlossenheit, geeinigt durch gemeinsame Bande der anwachsenden nationalen Tradition. Wir glauben fest, daß einen ähnlichen Entwicklungsprozess auch die Vereinigten Staaten eines freien und erneuerten Rußland durchmachen werden.

VI.

Zu ihren Verdiensten rechnen die Bolschewiken auch die Lösung der Nationalitätenfrage in Rußland. Wäre dem so, so würde ihnen natürlich jede künftige Regierung zu Dank verpflichtet sein. Leider haben wir es auch hier, ebenso wie auf anderen Gebieten, mit der größten Heuchelei zu tun, welche hinter hochtönenden Schlagwörtern eine rohe Ausbeutung nationaler Gefühle und Instinkte verbirgt, die immer demselben, alles überragenden bolschewistischen Hauptzweck dienstbar gemacht werden: nämlich dem ständigen Bestreben, sämtliche Kräfte des Landes zur Vorbereitung der Weltrevolution auszubeuten. Wir werden gleich sehen, wie dieser Zweck auf dem Gebiete der Nationalitätenfrage erreicht wird.

In dem Augenblick, wo sie die Macht an sich gerissen hatten, waren die Bolschewiken an ihre vorhergehenden Erklärungen gebunden, die den Zweck verfolgten, die Nationalitäten, die sich unter dem zarischen Regime unterdrückt gefühlt hatten, für die Partei zu gewinnen. Es kann nicht geleugnet werden, daß sie hierdurch mächtige Bundesgenossen auf ihre Seite brachten. Die provisorische Regierung kämpfte bis zu ihrem Ende für die Aufrechterhaltung der Reichseinheit. Unter Einräumung wesentlicher Zugeständnisse an die für eine autonome Selbstverwaltung am meisten herangereiften Nationalitäten, wie die Finnen und die Ukrainer (Polen war bereits im Beginn der Märzrevolution für unabhängig erklärt worden), suchte die provisorische Regierung jedoch deren Verbindung mit Rußland aufrechtzuerhalten. Die Bolschewiken hatten dagegen das „Selbstbestimmungsrecht bis zur völligen Lostrennung" für sämtliche Nationalitäten des russischen Staates proklamiert, ohne Rücksicht auf ihre tatsächliche Fähigkeit zu nationaler Selbstverwaltung. Allerdings hatten die Bolschewiken dieses Recht von Anfang an als ein „nudum jus" aufgefaßt. Noch auf

der „Sommerkonferenz“ 1913, die am 25. September in Galizien stattfand, wurde folgende Entschließung angenommen: „Die Frage des Selbstbestimmungsrechts der Nationen (d. h. die Sicherstellung durch die Staatsverfassung, eines absolut freien und demokratischen Volksentscheids über eine etwaige Lostrennung) *darf nicht* mit der Frage nach der *Zweckmäßigkeit* der Lostrennung der einen oder anderen Nation verwechselt werden. Diese letztere Frage muß die sozialdemokratische Partei in jedem einzelnen Falle einer besonderen Prüfung unterziehen unter dem Gesichtspunkt der Gesamtinteressen der sozialen Entwicklung und des proletarischen Klassenkampfes für den Sozialismus.“ Diese Entschließung wurde von der Petersburger Konferenz vom 7. bis 12. Mai 1917 (also nach Lenins Ankunft in Rußland) voll bestätigt.

Nach ihrem Siege im November desselben Jahres waren aber die Bolschewiken nicht imstande, inmitten des allgemeinen Chaos den Drang der Randgebiete zur völligen Loslösung von Rußland einzudämmen. Die Verwirklichung des „Rechtes auf Lostrennung“ mußten sie in mehreren Fällen als vollendete Tatsache hinnehmen, ohne die Frage nach der „Zweckmäßigkeit“ aufzuwerfen: es erklärten sich für unabhängig nicht nur Nationen, sondern einzelne Gebiete, wie etwa die „Kaluga-Republik“[18]). Gleich zu Beginn des bolschewistischen Regiments wurde auch das allgemeine Dekret vom 2. November 1917 erlassen, welches die Gleichheit und *Souveränität* der Völker Rußlands und ihr Recht auf Loslösung und selbständige Staatenbildung bestätigte. Die Lostrennung Finnlands wurde durch das Dekret vom 18. Dezember 1917 anerkannt, die Ukraine hatte am 14. Dezember ihre Unabhängigkeit selbst proklamiert. Andererseits aber hatte der dritte Sowjetkongreß, weiteren Loslösungen vorgreifend, im Januar 1918 den Grundsatz aufgestellt: „Die russische Sowjetrepublik wird auf der Grundlage einer freien Vereinigung freier Nationen *als ein Bundesstaat* der nationalen Sowjetrepubliken aufgebaut.“ In dieser Weise wurde das Recht auf Austritt durch ein Beitrittsrecht ergänzt, eine Bestimmung, der bei den damaligen Hoffnungen auf sofortige Umwandlung sämtlicher Staaten West-

[18]) Kaluga, ein mittelrussisches Gouvernement, an das von Moskau angrenzend. (Anm. des Übersetzers.)

europas in Sowjetrepubliken eine große prinzipielle Bedeutung zukam. Bei der Proklamierung der Unabhängigkeit Estlands, Litauens und Lettlands durch den Beschluß des Vollzugsausschusses der Sowjets vom 23. Dezember 1918 wurde bereits ihr Anschluß an Rußland als Bundesstaaten vorgesehen; von den Sowjetkongressen dieser kurzlebigen „Sowjetrepubliken" wurde dies dann auch durchgeführt. Nach demselben Muster wurde am 5. Februar 1919 auch die weißrussische Sowjetrepublik angegliedert. Auf dem 8. Parteitag der Kommunistischen Partei, im März 1919, kommt das Bestreben, die föderierten Teile des ehemaligen Reichsgebietes in einer strammeren Organisation zusammenzufassen, bereits vollkommen deutlich zum Ausdruck. „In der föderativen Vereinigung der nach dem Sowjettypus organisierten Staaten sieht die Partei" lediglich „eine der *Übergangsstufen*, die zur *vollständigen Einheit* führen". Es wird dabei betont, daß die ganze Aufrollung der nationalen Frage einen rein praktischen Zweck verfolgt, nämlich den einer gegenseitigen „Annäherung der Proletarier und Halbproletarier verschiedener Nationalitäten im Interesse des gemeinsamen revolutionären Kampfes", sowie den Zweck, „das Mißtrauen seitens der werktätigen Massen der unterdrückten Länder zu überwinden". Endlich läßt der 8. Parteitag die Frage unentschieden, „wer der Träger des Lostrennungswillens einer Nation ist". Diese Frage müsse jeweilig „vom klassengeschichtlichen Standpunkt aus" gelöst werden, „indem die von der betreffenden Nation erreichte Stufe der geschichtlichen Entwicklung in Erwägung zu ziehen" sei.

Es wird demnach verständlich, weshalb der Vollzugsausschuß der Sowjets durch das Dekret vom 1. Juni 1919 aus eigener Machtvollkommenheit darüber verfügt hat, was in einem wahren Bundesstaat das Ergebnis einer aus dem „souveränen Willen" der betreffenden Völker hervorgegangenen Vereinbarung sein müßte. „Unter Anerkennung der Unabhängigkeit, Freiheit und nationalen Autonomie der Arbeitermassen der Ukraine, Litauens, Lettlands, Weißrußlands und der Krim ..., erachtet der Zentrale Vollzugsausschuß eine enge Zusammenfassung folgender Verwaltungszweige dieser Republiken für notwendig: 1. der militärischen Organisation und des Kommandos, 2. der Volkswirtschaftsräte, 3. des Eisenbahnwesens, sowohl auf verwaltungstechnischem wie wirtschaftlichem Gebiet, 4. des Finanzwesens, 5. der Arbeitskommissariate." Noch

deutlicher tritt die unitaristische Tendenz in den Entschließungen des 10. Parteitags der Kommunistischen Partei zutage (März 1921). Hier werden zunächst sämtliche vorrevolutionäre Formen nationaler Bewegung als bürgerliche Hirngespinste abgetan und ohne weiteres die Behauptung aufgestellt, daß der Nationalhaß bereits durch die Sowjetdeklarationen allein aus der Welt geschafft sei[19]). „Der Versuch eines friedlichen Zusammenlebens und einer brüderlichen Zusammenarbeit einer ganzen Reihe von Nationen ist gelungen", erklärt der Parteitag, und der Bundesstaat, gerade weil er einen „freiwilligen Charakter" trägt, „kann zur Übergangsform werden, die zu einer höheren Einheit der Werktätigen aller Länder im Rahmen einer einheitlichen Weltwirtschaft führt". Es müsse jedoch in der Übergangszeit ein engerer Zusammenschluß herbeigeführt werden, da „ein isoliertes Bestehen der einzelnen Sowjetrepubliken, deren Existenz von den kapitalistischen Staaten bedroht wird, keine Gewähr für ihre Stabilität und Dauerhaftigkeit bietet". Weiterhin werden auch andere praktische Beweggründe für einen engeren Zusammenschluß angeführt: „Das gemeinsame Interesse der militärischen Verteidigung der Sowjetrepubliken einerseits, der Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten Produktionskräfte andererseits, ferner, die Notwendigkeit, daß die getreideerzeugenden Sowjetrepubliken den getreideverbrauchenden auf dem Gebiet der Volksernährung zu Hilfe kommen, — all das weist gebieterisch auf den staatlichen Zusammenschluß der einzelnen Sowjetrepubliken als auf den einzigen Weg zur Rettung." Wir werden sehen, daß der Kompetenzbereich, den sich die (zentrale) Sowjetgewalt im „Bundesstaate" vorbehalten hat, diesen praktischen Aufgaben im vollsten Maße Rechnung trägt.

Formell sind die Bolschewiken in der Zufriedenstellung der einzelnen Völkerschaften sehr weit gegangen. Sie haben eine ganze Reihe von Volksstämmen aus dem Dunkel der Geschichte hervorgeholt und sie auferstehen und eine Reihe „autonomer Gebiete und Republiken" bilden lassen, so daß die heutige politische Karte des eigentlichen Rußland eine große Ähnlich-

[19]) Der jüdische (sozialdemokratische) „Bund" hatte noch vor seiner Fusion mit der Russischen Kommunistischen Partei auf seiner 12. Parteikonferenz im Jahre 1920 erklärt: „Die Forderung national-kultureller Autonomie, die im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung aufgestellt worden ist, verliert ihren Sinn, wenn sie im Verlauf der sozialistischen Revolution aufrechterhalten wird."

keit mit einer historisch-ethnographischen Karte des alten Rußland aufweist. So wurden durch besondere Dekrete ins Leben gerufen: die Baschkiren- und die Tatarenrepublik (19. Mai bzw. 27. Mai 1920), das autonome Gebiet der Tschuwaschen (24. Juni), die Karelische Republik (8. Juni und 6. August), die Kirgisen-Republik (26. August), das autonome Gebiet der Kalmücken (25. November), das autonome Gebiet des Volkes Mari (die „Merjanen" der alten russsischen Chroniken: 25. November), das der Wotjaken (5. Januar 1921), die Republik von Dagestan (20. Januar), das autonome Gebiet der Tscherkessen (20. Januar), die (unabhängige) Turkestan-Republik (1. April), das autonome Gebiet des Volkes Komi (die Syrjanen: 22. August), die Krim-Republik (18. Oktober), das Kabardinisch-Balkarische (16. Januar 1922), das Tschetschenisch-Oiratische (1. Juni) und das Tscherkessisch-Adigeische autonome Gebiet (22. Juli), die Deutsche Wolgarepublik (der Wolga-Kolonien), die Burjaten-Republik (9. Januar 1922), die kaukasische Bergvölkerrepublik (20. Januar 1921) und die Jakuten-Republik (20. April 1922). Insgesamt zählt die heutige „Russische Sozialistische Föderative Sowjetrepublik" (R.S.F.S.R.) mit der Turkestan- und der Usbeck-Republik (Oktober 1924; vgl. unten) 11 autonome Republiken, 10 autonome Gebiete und 1 autonome Kommune. Durch die soeben aufgezählten Dekrete geschaffen, sind alle diese Bestandteile des vermeintlichen Sowjetbundesstaates dem Wesen der Sache nach Teile eines Einheitsstaates, der in seinen verschiedenen Bestandteilen mehr oder weniger dezentralisiert ist. Außer diesem Komplex von Gebieten, die mit dem Zentrum eng verknüpft und ihm unterstellt sind, gab es aber noch eine andere Reihe von Republiken, die sich für gleichberechtigt mit der R.S.F.S.R. hielten und sich mit dieser auf Grund von internationalen Verträgen verbunden hatten. Zu ihnen gehört in erster Linie die Ukrainische Republik, mit welcher der entsprechende Vertrag am 29. Dezember 1920 abgeschlossen worden ist, wenn auch das Heerwesen und die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten der Ukraine für eine Zeitlang von denen der R.S.F.S.R. getrennt blieben. Ein ähnlicher Vertrag wurde am 16. Januar 1920 mit der Weißrussischen Republik abgeschlossen. Die Bundesverträge mit den transkaukasischen Republiken datieren: der mit Aserbejdshan vom 30. September 1920, mit Armenien vom 5. Dezember 1921. Alle drei transkaukasischen Staaten: Geor-

gien, Aserbejdshan und Armenien hatten im März 1922 die Transkaukasische Föderation gebildet; diese trat dann schon als ein Ganzes, der Sowjetunion bei deren Umbildung (s. unten) endgültig bei. Dabei hat Georgien innerhalb seiner Grenzen drei eigene autonome Republiken (die Abchasische, Adsharische und Ossetische), Aserbejdshan eine, nämlich die von Nachitschewan.

So bildete sich ein sehr eigenartiger „Bundesstaat", der in höchster Instanz nicht etwa von eigenen Bundesorganen, sondern von demselben Allrussischen Zentralen Vollzugsausschuß verwaltet wurde, der auch an der Spitze der R.S.F.S.R. stand. Irgendwelche bestimmte Abgrenzung von Kompetenzen zwischen den Zentralorganen und den Behörden der einzelnen, dem Bunde beigetretenen Republiken bestand nicht. Die Dekrete des Zentralen Vollzugsausschusses traten für das gesamte Bundesgebiet in Kraft, nachdem sie von jedem einzelnen Mitgliede der Union registriert worden waren. Was im Gesetz fehlte, wurde vollkommen ausreichend durch die Tatsache ersetzt, daß die Bundesrepubliken ebenso wie die R.S.F.S.R. selbst im Wesen der Sache von ein und derselben streng zentralisierten Kommunistischen Partei regiert wurden. Es ist nur natürlich, daß, wenn Ausländer die Frage stellten, welche Staatsform denn eigentlich die Sowjetrepublik habe, die Bolschewiken keine genaue Antwort erteilen konnten. Der „Bundesstaat" R.S.F.S.R. war seinem Wesen nach kein Bundesstaat, sondern ein Einheitsstaat, der bis zu einem gewissen Grade dezentralisiert war. Und der „Staatenbund", der sich aus der R.S.F.S.R. und den anderen Bundesrepubliken zusammensetzte (von denen die transkaukasischen ihren eigenen Bundesstaat bildeten), war kein Staatenbund, sondern bestenfalls ein Bundesstaat. Unter den Organen der Zentralverwaltung gab es allerdings ein „Kommissariat für die Nationalitäten"; auf Grund der Dekrete vom 19. März 1920 und 27. April 1921 wurde es zweimal rekonstruiert, um auch Vertreter der Nationalitäten in sich aufnehmen zu können. Da war aber die Zahl der Nationalitäten schon übergroß geworden, da in dem Kommissariat für die Nationalitäten außer den Sowjetrußland bewohnenden Volksstämmen auch Letten, Litauer, Esten, Polen, ja sogar Finnen und Tschechoslowaken vertreten waren. Es konnte dies auch nicht Wunder nehmen, denn ihre wichtigste Obliegenheit erblickte diese Behörde nicht in der Verwaltung, sondern in der Propaganda.

Gegen Ende 1920 hatte das Kommissariat für die Nationalitäten Broschüren im Umfang von 12 Millionen Druckbogen in 15 verschiedenen Sprachen veröffentlicht. Es beschäftigte sich ferner mit der Ausarbeitung von Lehrbüchern für die nationalen Schulen und mit der Gründung solcher Schulen. Die Unbestimmtheit der Rechtsverhältnisse wurde von der Zentralgewalt durchaus nicht als störend empfunden; im Gegenteil, sie kam ihr sehr gelegen, da die ganze Macht hierbei in ihren Händen blieb. In der bereits zitierten Entschließung erklärte der 10. Parteitag: „Der in Rußland unternommene Versuch, bei welchem verschiedene Arten des Föderalismus erprobt worden sind, von einem auf sowjetstaatlicher Autonomie basierenden Föderalismus (Kirgisien, Baschkirien, Tatarien, die Bergrepublik, Dagestan) bis zum Bundesstaat, der auf Verträgen mit unabhängigen Sowjetrepubliken beruht (die Ukraine, Aserbejdshan), unter Zulassung von Zwischenformen (Turkestan, Weißrußland) — dieser Versuch hat im vollsten Maße die Zweckmäßigkeit und die Elastizität des Föderalismus als einer generellen Form der staatlichen Vereinigung der Sowjetrepubliken erwiesen."

Allein, was der Zentralgewalt so sehr bequem erschien, konnte den Nationalitäten nicht zusagen, die tatsächlich zu einem selbständigen staatlichen Leben oder wenigstens zu einer weitgehenden Selbstverwaltung erwachten. Obschon die Bolschewiken den auf nationale Autonomie hinzielenden Bestrebungen der „bürgerlichen" Intellektuellen — besonders unter den Mohammedanern — den Kampf angesagt hatten, so konnten sie doch nicht die Aufgabe verleugnen, die von dem 10. Parteitag in folgenden Worten formuliert worden war: „Es muß ein Gerichts- und Verwaltungssystem ausgebildet werden, dessen Organe in der Muttersprache der Bevölkerung amtieren, es müssen Wirtschaftsorgane und Regierungsbehörden geschaffen werden, die sich aus Einwohnern der betreffenden Gegend zusammensetzen und mit der Lebensweise und der Psychologie der lokalen Bevölkerung vertraut sind; Presse, Schulunterricht, Theater und andere kulturelle und Bildungsanstalten, die sich der Muttersprache der Bevölkerung bedienen, müssen gefördert, ein breites Netz von nationalen Schulen muß angelegt werden." Und wenn sich auch unter den Führern Stimmen erhoben, die, nach Brojdos Aussage, „sich zunächst noch zaghaft dahin äußerten, daß mit unserer Nationalitätenpolitik ein Ende ge-

macht und das Spielen mit Autonomie eingestellt werden sollte" u. dgl. (s. die Jubiläumsnummer der Zeitschrift „Leben der Nationalitäten", Januar 1923), so saßen in der Regierung andererseits auch Leute wie der Georgier Stalin (Dschugaschwili), der die gegenteilige Ansicht vertrat, daß — welchen Verlauf auch immer die Dinge in Zukunft nehmen würden — der gegenwärtige Augenblick ausgenützt werden müßte, um die Position der Nationalitäten für den künftigen Kampf um ihre Selbständigkeit zu stärken. Besonders stark waren Tendenzen dieser Art in der Ukraine.

Der Kampf dieser beiden Richtungen hatte sich dermaßen verschärft, daß auf dem 12. Parteitag der Kommunistischen Partei (April 1923) nichts mehr von dem zuversichtlichen Optimismus zu verspüren war, mit dem der 10. Parteitag seinerzeit (1921) behauptet hatte, die nationale Frage sei bereits von den Bolschewiken endgültig gelöst. „Den Schlüssel zu einer richtigen Lösung der nationalen Frage gefunden zu haben", erklärte jetzt der Parteitag, „heißt noch nicht, diese Frage vollauf gelöst und die konkret-praktische Verwirklichung der Lösung restlos durchgesetzt zu haben." Das Haupthindernis erblickte der Parteitag „in den Überbleibseln des imperialistischen Chauvinismus, in welchem sich die ehemalige privilegierte Stellung der Großrussen widerspiegelt. Diese Überbleibsel leben noch immer fort in den Köpfen unserer Sowjetangestellten sowohl in den zentralen wie in den lokalen Behörden ... Ihren Ausdruck finden sie in einer überheblich-nachlässigen, starr-bureaukratischen Behandlung der Bedürfnisse und Belange der nationalen Republiken durch die russischen Sowjetbeamten ... In der Ukraine, in Weißrußland, Aserbejdshan, Turkestan wird die Lage noch dadurch kompliziert, daß ein bedeutender Teil der Arbeiterklasse, die die Hauptstütze der Sowjetgewalt darstellt, zur großrussischen Nationalität gehört ... Bei dieser Sachlage muß das Gerede von den Vorzügen der russischen Kultur und von dem unvermeidlichen Siege der höheren russischen Kultur über die der rückständigen Völker als ein Vorwand gewertet werden, der die Festigung der großrussischen Vorherrschaft zum Zwecke hat. Aus diesem Grunde ist ein entschiedener Kampf gegen die Überreste des großrussischen Chauvinismus die erste und dringendste Aufgabe unserer Partei."

„Überreste des Nationalismus" konstatierte jedoch der Parteitag andererseits auch unter den Nationalitäten, „die sich noch

nicht haben freimachen können von den Gefühlen, welche durch nationale Kränkungen von ehedem hervorgerufen wurden. Praktisch finden diese Nachwirkungen aus der früheren Zeit ihren Ausdruck in einer gewissen nationalen Entfremdung in dem Mangel an vollem Vertrauen den Maßnahmen gegenüber, die von Russen ausgehen... In einigen Republiken... verwandelt sich dieser defensive Nationalismus nicht selten in einen aggressiven, in den verbissenen Chauvinismus der stärkeren Nationalität, der sich gegen die schwächeren Nationalitäten der betreffenden Republik wendet. Solcher Art ist der georgische Chauvinismus, der sich gegen die Armenier, die Osseten, Adsharier und Abchasen richtet, der aserbejdshanische Chauvinismus mit der Spitze gegen die Armenier, der usbeckische Chauvinismus (in Bochara), der gegen die Turkmenen und Kirgisen gerichtet ist, der armenische Chauvinismus usw.... Ein energischer Kampf gegen diese Chauvinismen ist Pflicht der Parteimitglieder."

Für eine Folgeerscheinung des „großrussischen Chauvinismus" hält der Parteitag auch „die Tatsache, daß von einem großen Teil der Sowjetbeamten im Zentrum und in der Provinz der Bund der Republiken nicht als ein Bund gleichberechtigter staatlicher Einheiten gewertet wird, der dazu berufen ist, die freie Entwickelung der nationalen Republiken zu gewährleisten, sondern als ein *Schritt auf dem Wege zur Liquidierung* dieser Republiken, zur Aufrichtung des sogen. „einigen und unteilbaren" (Rußlands). Als Erbe der alten Zeit ist auch das Bestreben einiger Zentralbehörden der R.S.F.S.R. anzusehen, sich die selbständigen Kommissariate der autonomen Republiken unterzuordnen und die Bahn zu deren Liquidierung freizulegen..."

Diese zentralistische Einstellung „zahlreicher alter Parteimitglieder russischer Abstammung..., die mit den Sitten, Gebräuchen und mit der Sprache der werktätigen Massen der Republiken nicht vertraut sind und infolgedessen nicht immer Verständnis für deren Bedürfnisse haben", läßt den Parteitag sogar die Befürchtung aussprechen, es könnte „eine Entfremdung der Partei von den proletarischen Massen der nationalen Republiken" eintreten. Diese Gefahr zu bannen, wird eine Reihe dringlicher Maßnahmen empfohlen. Als die wichtigste und grundlegende Maßnahme wurde aber die Schaffung und Durchführung der bis dahin fehlenden Bundesverfassung angesehen, die die Abgrenzung zwischen den Bundesorganen und den

lokalen Behörden und eine genaue Bestimmung ihrer gegenseitigen Rechte und Pflichten bringen sollte. Diese Frage wurde schon im Herbst 1922 durch einen Beschluß des ukrainischen Zentralen Vollzugsausschusses in kategorischer Form aufgeworfen. Im Dezember 1922 sprachen sich die Sowjetkongresse in der Ukraine, in Weißrußland, Ostsibirien und Transkaukasien mit gleicher Entschiedenheit für die Bildung einer Union der sozialistischen Sowjetrepubliken (U.S.S.R.), mit genau durchgeführter Trennung der Bundes- und der lokalen Kompetenz, aus. Dementsprechende Beschlüsse wurden denn auch am 27. Dezember 1922 von dem 10. Allrussischen Sowjetkongreß gefaßt, auf dem auch sämtliche Bundes- und autonome Republiken vertreten waren (zum ersten Male waren sie bereits zum 9. Kongreß, im Jahre 1921, eingeladen worden). Und drei Tage später, am 30. Dezember, wurde der „erste Sowjetkongreß der U.S.S.R." eröffnet, der die Deklaration über die Gründung der Union und über den Abschluß des Bundesvertrages annahm. Sowohl diese Deklaration wie der Bundesvertrag wurden nochmals den Zentralausschüssen sämtlicher Republiken zur Prüfung überwiesen. Sie wurden daraufhin während der nächsten Session des Bundes-Zentralausschusses in endgültiger Fassung angenommen und traten am 6. Juli 1923 in Kraft. *Seit dieser Zeit erst* hat Rußland seine Bundesverfassung erhalten, wobei selbst der Name Rußland aus der Bezeichnung dieses neuen politischen Gebildes verschwunden ist.

VII.

Welchen Geist atmet nun der Bundesvertrag und in welchem Geiste wird er angewandt? Wird er von dem Geiste der den Nationalitäten günstigen Entschließungen des 12. Parteitages, die oben angeführt wurden, getragen, oder von dem Geiste jenes Zentralismus, der auf demselben Parteitage eine scharfe Verurteilung gefunden hatte? Um diese Frage beantworten zu können, muß man sich in erster Linie den Zweck vor Augen halten, den die regierende Gruppe verfolgte, als sie den Nationalitäten Zugeständnisse machte. Wir werden sogleich sehen, daß diese Zugeständnisse nur scheinbare waren und daß die Verfassung der U.S.S.R. einen entschiedenen Schritt vorwärts auf dem Wege zum „einigen und unteilbaren" Rußland darstellt.

In demselben, oben bereits zitierten Artikel Brojdos wird der von der Sowjetregierung bei der Schaffung der Bundesverfassung verfolgte Zweck mit vollkommener Eindeutigkeit ausgesprochen. Dieser Zweck war ein zweifacher. Erstens: „Noch niemals seit Beginn der Revolution war die Notwendigkeit einer Vereinheitlichung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus sämtlicher Bundesteile so dringend gewesen... Man kann nicht in Moskau — dem Zentrum — nur die reiche Tante sehen, die den autonomen Randgebieten ‚eine reale Unterstützung' zuteil werden läßt. Für keinen Teil des Bundesgebietes läßt sich die Möglichkeit einer Hebung seiner Produktionskräfte auf der Grundlage seiner eigenen wirtschaftlichen — und folglich auch finanziellen — Autonomie denken... Im Interesse des Ganzen müssen mitunter einzelne Teile geopfert werden... Die Wiederherstellung der Textilindustrie im zentralrussischen Gebiet ist nicht denkbar ohne Wiederherstellung des turkestanschen Baumwollbaus; die Lösung dieser Aufgabe ist andererseits undenkbar ohne Getreideeinfuhr nach Turkestan — also ohne Hebung der Landwirtschaft in den getreideerzeugenden Gebieten; diese Aufgabe ist wiederum unlösbar, wenn dem Bauer nicht die für seine Wirtschaft unentbehrlichen Pferde zur Verfügung gestellt werden, — folglich, wenn nicht das Problem einer Förderung der Pferdezucht in den kirgisischen Steppen gelöst wird usw., usw." Die Idee der gegenseitigen wirtschaftlichen Abhängigkeit verschiedener Teile Rußlands führte demnach, unter den gegebenen Verhältnissen, zu dem Bestreben, sämtliche Hilfskräfte der Volkswirtschaft in den Händen der Zentralgewalt zu konzentrieren. In derselben Richtung wirkte auch die um jene Zeit einsetzende Politik der Konzessionsvergebungen an Ausländer: die Zentralgewalt mußte zu diesem Behuf die fettesten Stücke der Volkswirtschaft auf dem ganzen Staatsgebiet zu ihrer Verfügung haben. — Die zweite Aufgabe bestand darin, den Kampf gegen die in den Randgebieten „noch nicht restlos liquidierte Bourgeoisie" in den Händen der Zentralgewalt zu konzentrieren und zu diesem Zweck den Einfluß der Partei in den lokalen Behörden zu stärken. Mit Recht verwies Brojdo darauf, daß „das Kräfteverhältnis der Klassen in den Randgebieten für uns ungünstiger ist als im Innern des Landes", weil (dort) „die kleine Handelsbourgeoisie mächtiger ist", während der Sowjetapparat und der Einfluß der Partei „in einem turkestanischen Dorf schwächer ist als etwa in dem

Gouvernement Kaluga". „Der Kampf gegen Religion und Kirche erfordert dort größere Anstrengungen als in den Zentralgebieten." Die Stärke „des kleinbürgerlichen Elements" in den rückständigen Randgebieten finde insbesondere auch in dem „einheimischen Nationalismus" ihren Ausdruck, der „die Form eines für die Autonomie selbst schädlichen *Separatismus* annimmt". Dieser Separatismus der bürgerlichen Nationalisten wiederum rufe auf dem Gegenpol den großrussischen Chauvinismus hervor, „das plumpe russische Draufgängertum, welches mit aller Kraft die Offensive gegen unsere Errungenschaften auf dem Gebiet der Nationalitätenpolitik wieder aufnimmt".

Um alle diese Mißstände zu beheben, brachte Brojdo eine Reform des Nationalitäten-Kommissariats in Vorschlag: dieser sollte nicht nur speziell in nationalen Fragen („Minderheitenschutz" u. dgl.), sondern auch auf allen anderen Gebieten der staatlichen Verwaltung zu einem vermittelnden Organ zwischen der Zentralgewalt und den Randgebieten werden; zu diesem Zweck sollten dem Nationalitäten-Kommissariat besondere „Bundesausschüsse" für Wirtschaft, Finanzwesen usw. angegliedert und diesen wiederum die lokalen Verwaltungsorgane in der Provinz unterstellt werden. Es war dies natürlich ein überaus naiver Entwurf, der einen ganzen Bundesstaat im Anschluß an eines der Ministerien der R.S.F.S.R. errichtet wissen wollte. Unter dem Druck der von den Nationalitäten vorgebrachten Forderungen mußte dieser Plan erweitert werden, indem ein eigener „Bund der sozialistischen Sowjetrepubliken" geschaffen wurde, der nicht *im Anschluß* an das Nationalitäten-Kommissariat (welches aufgelöst wurde), sondern *über* sämtlichen staatlichen Organen der R.S.F.S.R. beziehungsweise neben ihnen erstand. Dabei wurde aber der Hauptzweck keineswegs vergessen — und dieser bestand darin, alle Mittel zur Beeinflussung der Randgebiete in den Händen der Sowjetregierung zu zentralisieren. So entstand denn der eigenartige Bundesstaat, der den Namen „Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken" erhielt, dieser in der ganzen Welt und in der Geschichte einzig dastehende Pseudo-Föderalismus.

In der Präambel zu dem Grundgesetz der „U.S.S.R." vom 6. Juli 1923 wird der Zweck, der bei der Schaffung dieser zentralisierten Staatsform verfolgt wurde, mit großer Freimütigkeit angegeben. „Verwüstete Felder, stillgelegte Fabriken, die zerstörten Wirtschaftskräfte und die erschöpften staatlichen Ein-

nahmequellen, die ein Erbe des Krieges sind (die Bolschewiken können es natürlich nicht zugeben, daß all dies ein Ergebnis ihres eigenen sechsjährigen Regierens ist), lassen ein isoliertes Vorgehen der Einzelrepubliken in Fragen konstruktiver Wirtschaftspolitik als nicht ausreichend erscheinen. Der Wiederaufbau der Volkswirtschaft hat sich als unmöglich erwiesen, solange die Republiken ein getrenntes Dasein führen." Diese Begründung ist also maßgebend geblieben. Der zweite Leitgedanke Brojdos, die Notwendigkeit einer politischen und parteimäßigen Zentralisation, ist vertuscht worden. Statt dessen werden zwei andere Motive vorgeschoben. „Die Unsicherheit der internationalen Lage und die drohende Gefahr neuer Angriffe lassen die Bildung einer Einheitsfront unumgänglich erscheinen ... Endlich werden die werktätigen Massen der Sowjetrepubliken durch die Struktur der Sowjetgewalt selbst, die ihrer klassenmäßigen Natur gemäß einen internationalen Charakter trägt, auf den Weg des Zusammenschlusses zu einer einzigen sozialistischen Gemeinschaft gedrängt."

Art. 4 des Grundgesetzes vom 6. Juni 1923 beläßt „jeder der Bundesrepubliken das Recht des freien Austrittes aus dem Bunde". Allein der bolschewistische Professor Magerówski hat recht, wenn er erklärt, es sei dies lediglich eine „*potentielle* Souveränität". Er ist jedoch im Unrecht, wenn er behauptet, diese seltsame Souveränität könne parallel mit der Souveränität des Bundes bestehen. Ein anderer kommunistischer Staatsrechtler, Dranizyn, gibt mit größerer Offenherzigkeit zu, daß dieser Artikel „lediglich eine deklarative und keine normative Bedeutung" besitze und daß „vom Standpunkte des revolutionären Kommunismus jeder Austritt aus dem Bunde den Anfang einer nationalen und gegenrevolutionären Bewegung darstelle". Hieraus ergibt sich konsequenterweise die Schlußfolgerung, daß solche Austrittsbestrebungen im Namen „des Marxismus und des revolutionären Kommunismus" unterdrückt werden müssen.

Auch im „beschränkten" Sinne, d. h. „im Rahmen der in der Verfassung festgelegten Kompetenz" (wie sich das Grundgesetz in Nachahmung des schweizerischen Rechts ausdrückt), können die Einzelrepubliken keine „Souveränität" für sich in Anspruch nehmen. Denn eine daneben stehende Bestimmung besagt, daß „die Festsetzung und Abänderung der grundlegenden Normen dieser Verfassung (d. h. die verfassunggebende Gewalt, „Kom-

petenz-Kompetenz") ausschließlich dem Bundessowjetkongreß der U.S.S.R. zusteht", in welchem, wie wir gleich sehen werden, die Vertreter der Bundesrepubliken keineswegs eine entscheidende Rolle spielen. Von dem „vertraglichen" Charakter des Grundgesetzes ist mithin nichts übrig geblieben: wir haben es hier nicht nur mit keinem Staatenbunde, sondern nicht einmal mit einem Bundesstaat im wahren Sinne des Wortes zu tun. Man muß natürlich stets im Auge behalten, daß es kein Bund zwischen den Völkern ist, sondern lediglich ein Scheinvertrag zwischen den selbsternannten Vertretern der „Proletariate", Mitgliedern ein und derselben zentralisierten Partei, abgeschlossen zu dem Zweck, sich eine möglichst unbehinderte Ausbeutung der Reichtümer Rußlands zur Erreichung eines internationalen Zieles zu sichern. Dieser Grundcharakter des Vertrages gewinnt um so mehr an Bedeutung, als in Sowjetrußland der Begriff des Gesetzes im üblichen Sinne überhaupt nicht existiert und es dort keine von der administrativen Gewalt getrennte gesetzgebende Gewalt gibt. Die weitgehenden Befugnisse der Zentralregierung können somit im Wege einzelner administrativer Verordnungen ins Unermeßliche erweitert werden.

Das einzige höhere Bundesorgan, in dem die einzelnen Bundesteile vertreten sind (nicht als „Staaten", sondern als „Nationalitäten"), ist der „Nationalitätenrat", eine Art von Oberhaus. Mitglieder dieses Rates sind aber nicht nur Vertreter der vier (jetzt sechs) Bundesrepubliken (je 5 für jede Republik), sondern (in gleicher Zahl) auch Vertreter der 11 autonomen Republiken der R. S. F. S. R. und ferner je ein Vertreter der 10 autonomen Gebiete der R. S. F. S. R. und der fünf autonomen Gebiete der anderen Republiken. Somit hat die R. S. F. S. R. im „Nationalitätenrat" mit ihren 65 Vertretern ein entschiedenes Übergewicht über die 25 (jetzt 35) Vertreter der Bundesrepubliken. Auf dem 12. Parteitage (April 1923) versuchte Rakówski dagegen Einspruch zu erheben, indem er die Forderung aufstellte, daß im Nationalitätenrat nur Staaten, nicht aber Nationalitäten vertreten sein sollten; der R.S.F.S.R. wollte er dabei, nach dem Vorbilde der deutschen Verfassung, nicht mehr als zwei Fünftel der gesamten Stimmenzahl zuerkannt wissen. Diesem Vorschlag trat aber Stalin, der Urheber des Entwurfes, entgegen, und die Forderungen Rakówskis wurden abgelehnt. Ferner ist der ganze

Nationalitätenrat in eine hoffnungslose Minderheitsstellung gedrängt gegenüber der anderen, theoretisch gleichgestellten, Kammer — dem Bundesrat, der von dem Bundessowjetkongreß auf ein Jahr „im Verhältnis zur Bevölkerungszahl" gewählt wird — und zwar nicht von den Republiken als solchen, sondern unmittelbar von ihren Verwaltungsbezirken, den „Gouvernements". Es muß in Erinnerung gebracht werden, daß die Bevölkerungszahlen sich folgendermaßen darstellen:

R.S.F.S.R.	96 002 000
Ukraine	26 002 000
Weißrußland	3 859 000
Transkaukasien	5 653 000
Insgesamt	131 516 000[20])

Mit anderen Worten, die R.S.F.S.R. hat im Bundesrat ein unbedingtes Übergewicht. Den 90 (jetzt 100) Mitgliedern des „Nationalitätenrats" stehen im „Bundesrat" 371 Mitglieder gegenüber. Beide Kammern, die gesondert tagen, bilden zusammen den „Zentralen Vollzugsausschuß" der U.S.S.R. („Zik"), der in der Zwischenzeit zwischen den alljährlichen Sowjetkongressen als höchstes Bundesorgan fungiert und dreimal jährlich zu ordentlichen Sessionen zusammentritt. Bei Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Kammern kann der „Nationalitätenrat" auf keine Weise seine Auffassung durchsetzen. Für die Zeit außerhalb der Tagungen des Zentralen Vollzugsausschusses fungiert nach dem Bundesvertrage als die tatsächliche oberste Staatsgewalt das „Präsidium des Zentralen Vollzugsausschusses", das sich aus 21 Mitgliedern zusammensetzt. Von diesen erscheinen sieben als das „Präsidium" des Nationalitätenrates, weitere sieben als das „Präsidium" des Bundesrates und die übrigen sieben werden in einer gemeinsamen Sitzung der beiden Kammern gewählt. Das Präsidium (des „Zik") hat zunächst tatsächlich, dann aber, nach Annahme des Vertrages vom 6. Juni 1923, auch laut Gesetz, den „Rat der Volkskommissare" (den Ministerrat) in den Hintergrund gedrängt, indem es das Recht erhalten hat, die Beschlüsse des letzteren aufzuheben. Das „Präsidium" des Zentralen Vollzugsausschusses ist somit dieser „Regierung zweiter Klasse" übergeordnet wor-

[20]) Nicht mit einbezogen in diese Zahl sind die 4 Millionen Einwohner der „unabhängigen" Republiken Buchara und Choresmien (Chiwa), die dem Bundesstaat im Oktober 1924 einverleibt wurden.

den und zum Hauptträger der „Diktatur des Proletariats", zum Hauptorgan der Sowjetoligarchie geworden. Das Präsidium ist auch berechtigt, die Verfügungen sämtlicher Organe der vollziehenden Gewalt aller Bundesmitglieder, ja sogar die Beschlüsse der Sowjetkongresse der einzelnen Bundesrepubliken aufzuheben — unter der Bedingung, daß im letzteren Fall der Aufhebungsbeschluß von dem Bundesvollzugsausschuß nachträglich bestätigt werde. Dem Präsidium steht auch die „Prüfung und Genehmigung der *Entwürfe* der Dekrete und Beschlüsse" sämtlicher Bundes- und einzelstaatlicher Organe zu. Auf der anderen Seite besitzen alle Beschlüsse des Zentralen Vollzugsausschusses unmittelbare Rechtskraft auf dem ganzen Territorium der U.S.S.R. Früher war zur Inkraftsetzung, wie wir gesehen haben, eine „Registrierung" der Beschlüsse der Zentralgewalt durch die betreffende Einzelrepublik erforderlich. Auch in dieser Beziehung hat also der Vertrag vom 6. Juni eine viel strengere Zentralisierung eingeführt, als es früher der Fall war.

Denselben Eindruck gewinnt man, wenn man von der Struktur der obersten Staatsorgane zu der Kompetenzabgrenzung zwischen der Bundesgewalt und den Mitgliedern des Bundes übergeht. Die Sowjetjuristen spotten über die „bürgerlichen" Staatsrechtler, die in einer Kompetenzerweiterung der Einzelstaaten eine Ausdehnung ihrer Rechte gegenüber der Zentralgewalt erblicken. Ganz im Gegenteil, behauptet z. B. Gurwitsch: „mehr Autonomie" bedeute nicht „mehr Freiheit", sondern „mehr Schwierigkeiten, größere Verantwortung". Je weniger Rechte, um so mehr „Unterstützung und Hilfe von seiten der Zentralgewalt". Die Sowjetautonomie, lehrt derselbe Jurist weiter, ist lediglich „eines von den Mitteln, um für die nächste Zeit die zentrifugalen Bestrebungen zu überwinden" und „die zentripetalen Tendenzen zu fördern und zu stärken". Die föderative Republik sei gerade deshalb „ein Schritt vorwärts", weil sie „ein Mittel zur Ausschaltung der nationalen Frage" sei, einer Frage, für die in einem „demokratisch-zentralisierten Staate" kein Raum sei!

Nach diesen offenherzigen Eingeständnissen werden wir uns nun nicht wundern, wenn wir im Kompetenzbereich der Zentralgewalt außer den üblichen Funktionen, die jeder Bundesgewalt zustehen, auch eine Reihe Funktionen vorfinden, die die Selbständigkeit der einzelnen Bundesmitglieder wesentlich

einschränken. Die Kommissariate (Ministerien) des Bundes zerfallen in drei Kategorien: die „Bundeskommissariate", die „vereinigten" und die „autonomen" Kommissariate. Den Bundeskommissariaten unterstehen die zentralisierten Verwaltungszweige (die auswärtigen Angelegenheiten, das Heereswesen und die Marine, das Verkehrs-, Post- und Telegraphenwesen sowie der *Außenhandel*); in den Einzelrepubliken betätigen sie sich ausschließlich durch ihre eigenen Agenten. Die „vereinigten" Kommissariate (der Oberste Wirtschaftsrat, die Kommissariate für Volksernährung und Arbeit, das Finanzkommissariat und die Arbeiter- und Bauerninspektion [d. i. die Staatskontrolle]) verfügen in den Einzelrepubliken über entsprechende Unterorgane, die von diesen Republiken gewählt werden, aber „ihre Tätigkeit nach den Richtlinien der entsprechenden Volkskommissariate der Union der S.S.R. ausüben". Und nur sechs „autonome" Kommissariate (Inneres, Justiz, Landwirtschaft, Volksbildung, Gesundheitswesen und soziale Fürsorge) sind *vertragsmäßig* Organe der Einzelrepubliken, deren Kompetenz in der Tätigkeit dieser Kommissariate ihren Ausdruck findet. Man nehme aber das Buch von S. A. Kotljarewski: „Die U.S.S.R. und die Bundesrepubliken" (russisch) zur Hand und sehe sich das Verzeichnis der „zur Zuständigkeit der höchsten Staatsorgane gehörenden Gegenstände" im Art. 1 des Vertrages vom 6. Juli an, um sich zu vergewissern, daß auch auf den zuletzt erwähnten Gebieten nicht nur „die Aufstellung der allgemeinen Grundsätze", sondern auch Einzelmaßnahmen vollkommen in den Händen der Zentralgewalt liegen. Und zwar gehören zur Bundeskompetenz, neben den üblichen normalen Funktionen einer Bundesgewalt, auch folgende Gegenstände: der Abschluß von auswärtigen und inneren Anleihen und die Genehmigung solcher Anleihen, sofern sie von den Bundesrepubliken aufgenommen werden, die Leitung des Außenhandels und die Bestimmung über das System des Binnenhandels, die Aufstellung der Grundsätze und des allgemeinen Planes für die gesamte Volkswirtschaft des Bundes, die Bestimmung der Industriezweige und *der einzelnen Industrieunternehmungen,* denen eine bundeswirtschaftliche Bedeutung zukommt, der *Abschluß von Konzessionsverträgen* sowohl im Namen des Bundes wie der einzelnen Bundesrepubliken, die Genehmigung des einheitlichen Staatshaushaltes der U.S.S.R., der die Budgets der Einzelrepubliken um-

schließt, die Festsetzung der Bundessteuern und -einnahmen, sowie der Abzüge und Zuschläge, die *zur Bestreitung des Budgets* der Einzelrepubliken dienen, die Genehmigung von ergänzenden Steuern und Abgaben zur Bestreitung der Haushalte der Einzelrepubliken, die Aufstellung allgemeiner Grundsätze für die Agrargesetzgebung und Bodenwirtschaft sowie für die Förderung der Volksbildung und Volksgesundheit, die Gesetzgebung über die über die Grenzen der Einzelrepubliken hinausgehende innere Kolonisation und die Bildung eines Kolonisationsfonds, die Gesetzgebung über die Grundlagen der Rechtspflege, des bürgerlichen Rechts und des Strafrechts, die Grundlagen des Arbeitsrechts usw. Wie man sieht, bleibt für die Zuständigkeit der Einzelrepubliken kaum ein Gebiet, wo sie nicht von der sich ständig ausdehnenden Bundesgesetzgebung und Bundesverwaltung abhängig wären.

Demnach ist die durch den Vertrag vom 6. Juli 1923 erfolgte genauere Abgrenzung der gegenseitigen Kompetenzen des Bundes und seiner Bestandteile den Nationalitäten nicht zugutegekommen und hat an der Grundauffassung nichts geändert, daß der Bundesstaat lediglich eine Übergangsform ist, die mit der Zeit zum Einheitsstaat führen soll, unter gleichzeitiger gewaltiger Ausdehnung der staatlichen Einmischung, wie sie dem — ebenfalls als eine „Übergangsform" zu wertenden — kommunistischen Staate eigen ist.

VIII.

Man muß sowohl die Gewandtheit als auch die Skrupellosigkeit anerkennen, mit denen die Bolschewiken die nationalen Bestrebungen der Völkerschaften für ihre innenpolitischen Zwecke auszubeuten wußten — nämlich für die Schaffung eines unitaristischen Staates, auf dessen ganzem Gebiete die zentrale regierende Oligarchie ohne jegliche Kontrolle ihr Wesen treibt und das allmächtige Staatliche Politische Amt (das GPU oder OGPU — das Vereinigte Staatliche Politische Amt), d. i. die politische Polizei, die die Tscheka abgelöst hat, mit gleicher Unbehindertheit schaltet und waltet. Aber eine nicht geringere Geschicklichkeit haben die Bolschewiken auch bei der Ausschlachtung desselben nationalen Prinzips für die Zwecke ihrer Außenpolitik an den Tag gelegt. Auch in dieser Beziehung werden ihre Maßnahmen durch die ihnen eigene Elastizität, deren Quelle politische Prinzipienlosigkeit ist, ge-

kennzeichnet. Solange noch die Hoffnung auf eine sofortige Weltrevolution gehegt wurde (s. Kapitel V), wurde die Form des *Staatenbundes*, mit freiem Bei- und Austrittsrecht, aufrechterhalten, die die Einverleibung immer neuer „sozialistischer" Republiken ermöglichen sollte. Diesen Erwartungen auf weitere territoriale Ausdehnung des Sowjetregimes entsprach die Struktur des gleich in den ersten Tagen des Bestehens der Sowjetgewalt gegründeten „Volkskommissariats für Nationalitäten": wie wir gesehen haben, umfaßte dieses Kommissariat neben den Vertretern der Sowjetrußland bewohnenden Nationalitäten auch Vertreter der Polen, Finnen, Tschechoslowaken, Letten, Litauer, Esten und Armenier. Als die Hoffnung auf eine Weltrevolution abzuflauen begann und sich die Notwendigkeit erwies, die bisherige Taktik auf eine langwierige Propaganda unter den benachbarten europäischen und asiatischen Nationalitäten umzustellen, wurde auch die innere Organisation der Nationalitäten entsprechend revidiert.

Der erste in dieser Richtung unternommene Schritt war die Gebietserweiterung der Weißrussischen Republik; dieser wurden Teile der angrenzenden Kreise der R.S.F.S.R. angeschlossen. Es wurde damit der besondere Zweck verfolgt, die Propaganda in jenem Teile Weißrußlands zu fördern, der nach dem Rigaer Frieden an Polen abgetreten worden war. Die Bolschewiken wollten hierdurch den Kontrast betonen zwischen der Freiheit, die die Nationalitäten innerhalb der U.S.S.R. genießen, und der nationalen Bedrückung, die auf dem dem polnischen Staate angegliederten Gebiet lastet. Eine andere zweckverwandte Maßnahme wurde am 11. Oktober 1924 getroffen: der Ukrainische Zentrale Vollzugsausschuß errichtete auf seinem Territorium eine kleine autonome sozialistische Republik Moldau, an der Grenze des von Rumänien annektierten Beßarabiens. Beide Gebiete, das weißrussische und das moldauische, sind offenbar als Waffenplätze gedacht für den Fall eines kriegerischen Konflikts mit Polen und Rumänien, auf den sich die Sowjetregierung vorbereitet.

Gleichartige Maßnahmen wurden auch in den asiatischen Besitzungen der R.S.F.S.R. getroffen, im Zusammenhang mit der Propaganda in den asiatischen Kolonien der europäischen Mächte. Die antikommunistischen Aufstände in Chiwa und Buchara — den beiden „unabhängigen" Staaten, die in einer losen föderativen Verbindung mit der U.S.S.R. standen —

wurden von den Bolschewiken dazu benutzt, um die ganze Organisation der an Persien und Afghanistan grenzenden Gebiete umzubauen. Die Namen Turkestan, Choresmien (Chiwa) und Buchara verschwanden von der Landkarte. An ihre Stelle traten zwei neue „unabhängige" Republiken, die im Oktober 1924 in den Bestand der U.S.S.R. aufgenommen wurden: die Turkmenische und die Usbeckische. Durch Vermittelung der Turkmenischen Republik können die Bolschewiken unmittelbar die benachbarten turkmenischen Stämme beeinflussen, die in Persien (die Goklanen und die Solaren) und in Afghanistan, am Oberlauf des Murghab und seiner Nebenflüsse, wohnen. Im Rahmen der Usbeckischen Republik ist ein autonomes Gebiet der Tadschiken, längs der Grenze Afghanistans, gebildet worden. Die Tadschiken haben eine gewisse Verwandtschaft mit den Bergstämmen, die den indischen Abhang des Pamir bewohnen; auf diese Weise wird durch den schmalen Streifen des afghanischen Territoriums hindurch die Bahn für eine Beeinflussung Tschitrals und Kaschmirs freigemacht. Weiter gegen Osten erreicht die Kirgis-Kaissakische Autonome Republik der R.S.F.S.R. (die an die Stelle Turkestans getreten ist) die Grenze Chinas, in dessen nächster Nähe diese Republik ein besonderes kara-kirgisisches autonomes Gebiet erstehen ließ, mit dem offensichtlichen Zweck, einen Stützpunkt für die Propaganda im chinesischen Turkestan zu gewinnen.

Mit Hilfe aller dieser Neubildungen an den Grenzen Sowjetrußlands werden die nationalen Fragen mit großem Geschick für die Zwecke der Dritten Internationale ausgenutzt (s. Kapitel V).

Fünftes Kapitel.

Die Auswärtige Politik der Bolschewiken und die Dritte Internationale.

Die Nebeneinanderstellung dieser zwei Begriffe: Bolschewismus und Diplomatie — bedeutet sie nicht einen offenkundigen Widerspruch? Wie ist es möglich, daß einer extremistischen Partei, deren Hauptzweck es ist, die Welt in die Luft zu sprengen, gestattet wird, diplomatische Verhandlungen zu führen und Verträge mit denselben Regierungen zu unterzeichnen, gegen die sie sich verschwört und die ihr auf diese Weise ihre Aufgabe erleichtern?

Nun, das Leben ist ja der unwahrscheinlichste aller Romane. Das Leben bietet uns das Bild einer bolschewistischen Diplomatie, welche offen auf dieselben Ziele hinarbeitet, die die Agenten der bolschewistischen Geheimpropaganda zur selben Zeit auf versteckten Wegen zu erreichen suchen. Ja, noch mehr, den bolschewistischen Diplomaten wird es nicht nur möglich gemacht, zu verhandeln: ihnen sind mitunter sogar Triumphe beschieden. Durch ihre offenherzige Art, jedermann die unangenehmsten Wahrheiten zu sagen, schlagen sie alle Rekorde diplomatischer Freimütigkeit. Zugleich kommt ihnen in hohem Maße das zugute, was der Fachdiplomatie so oft abgeht: Einheitlichkeit der Zielsetzung und vollkommene Folgerichtigkeit bei der Verfolgung ihrer Zwecke. Es soll dies nicht etwa eine besondere Anerkennung der bolschewistischen Diplomatie bedeuten, denn ihr Ziel ist allzu primitiv, allzu absolut und unerreichbar, während ihre Methoden allzu verwegen, rücksichtslos und unverantwortlich sind, als daß sie von der Diplomatie irgendeines zivilisierten Staates nachgeahmt werden könnten. Es darf auch nicht übersehen werden, daß, wenn auch die Bolschewiken konsequent in der Verfolgung

ihrer Ziele sind, sie nicht den geringsten Anspruch darauf erheben, auch in ihren Methoden konsequent zu sein. Sie sind bereit, diese Methoden zu ändern und die getroffenen Abkommen zu brechen, sobald sie es nötig finden, um ihren Hauptzweck zu fördern. Auch geraten sie nie in Verlegenheit, wenn sie ihre Argumente zu ändern haben, ja sogar wenn sie in ihren diplomatischen Schriftstücken oder in ihren propagandistischen Ausführungen gleichzeitig mit Argumenten arbeiten, die einander widersprechen. Sie bringen es fertig, ungestraft zu lügen, der Lüge überführt, ja selbst für ihre Lügen vertrieben zu werden (wie dies 1920 mit Kamenew in London geschah) und trotzdem ihre internationalen Beziehungen aufrechtzuerhalten. Es könnte der Einwand erhoben werden, daß in der Diplomatie auch anderwärts die Methoden Talleyrands und Bismarcks nicht ungebräuchlich sind und daß man es durchweg bei jenem Prinzip bewenden läßt, demzufolge Vereinbarungen nur so lange gelten, als die ursprünglichen Voraussetzungen dieselben bleiben („rebus sic stantibus"). Allein die Bolschewiken haben diese Methoden auf die Spitze getrieben. Der große Bismarck hat einmal gesagt, er könne ruhig die Wahrheit sagen, weil niemand daran glauben würde, daß er dies tue. Die bolschewistischen Diplomaten sind gegen Bismarck insofern im Vorteil, als sie täglich unbehindert ihre Hauptwahrheit über die Weltrevolution sagen — und man glaubt ihnen schon —, aber die feinen Diplomaten der alten Schule geben sich mit dem Gedanken zufrieden, daß es damit noch gute Wege hat: es genügt, daß jeglicher Tag seine eigene Plage habe.

Im Gegensatz zu diesen Diplomaten der alten Schule, haben die Bolschewiken stets *eine* große Aufgabe im Auge, und sie verstehen es, sich nicht in den nebensächlichen Details zu verlieren, die das Hauptziel verdunkeln könnten. Leute, die mit fixen Ideen behaftet sind, haben zuweilen einen sehr scharfen Blick, insofern, als der betreffende Gegenstand sich stets unmittelbar in ihrem Blickfelde befindet.

Wer da glauben mochte, daß das Hauptziel der Bolschewiken, das der Weltrevolution, von ihnen revidiert werden könnte, oder gar, daß sie bereits „die Idee der Weltrevolution mitsamt dem Kommunismus und allen anderen Grundlagen des Bolschewismus aufgegeben hätten", der hat den Bolschewismus auf seinen politischen Gehalt nicht genügend geprüft und wird

in allen seinen Urteilen über das Tun und Lassen der Bolschewiken durchaus fehlgehen. Aber ein Fehler wäre es gleichfalls, zu übersehen, daß die bolschewistischen Diplomaten in ihrer Taktik den Beweis außerordentlicher Klugheit und Biegsamkeit erbracht haben. Sie haben es verstanden, aus der Erfahrung zu lernen. So sind sie denn in den vielen Jahren ihres Bestehens von den anfänglichen plumpen und kindischen Versuchen, alles in Brand zu setzen, wo nur irgend Brennstoff vorhanden war, allmählich zu einer weit ausgebreiteten und mit großem Geschick aufgebauten Organisation vorgeschritten, mit erfahrenen Führern an der Spitze, die es verstehen, den günstigen Augenblick abzuwarten und ihre vorbereitenden Schritte ständig zu modifizieren.

I.

Die Ursprünge der bolschewistischen Diplomatie fallen in die Zeit ihrer ersten Versuche, eine internationale Organisation zu schaffen, deren ausgesprochener Zweck es war, „den Krieg um die Beute in einen Krieg aller Versklavten gegen alle Bedrücker umzuwandeln". Hiermit wurde die Weltrevolution von Haus aus als der ausschlaggebende Hauptzweck anerkannt. Allein die ersten, im Beginn des Krieges unternommenen Versuche, von der „Zweiten Internationale" für diese Zwecke Gebrauch zu machen, hatten fehlgeschlagen. Angesichts der den betreffenden Ländern unmittelbar drohenden nationalen Gefahr hatten die sozialistischen Mitglieder dieser „Internationale" ihren Internationalismus vergessen. Sie waren zu „Sozialpatrioten" und „Sozialverrätern" geworden. Hierdurch war der Anlaß gegeben, es mit der „Dritten", der extremistischen Internationale zu versuchen. Wie wir wissen, wurde die Grundlage für die „Dritte Internationale" der „kriegsfeindlichen Sozialisten der kriegführenden Länder", unter Ausschluß der „Sozialpatrioten", aus den Konferenzen von Zimmerwald und Kienthal geschaffen. Ein Jahr energischer Propaganda folgte darauf, und im Verlaufe des Jahres 1916 begann die Idee einer Umwandlung des patriotischen Weltkrieges in einen revolutionären Klassenkrieg gegen den Kapitalismus unter den Volksmassen Deutschlands sowie der alliierten Länder an Boden zu gewinnen.

Als erster Schritt in der Richtung nach der Weltrevolution hin war schon damals eine Revolution in *Rußland* geplant,

dessen Widerstandsfähigkeit äußerst geschwächt war. Auf die russische Revolution sollte unmittelbar eine spartakistische Revolution in Deutschland und — in geringem Zeitabstand — der Triumph der französischen und englischen „Genossen" in Paris und London folgen. Wie der Schweizer Sozialist Grumbach erzählt, hatte ihm Lenin vor seiner Rückkehr nach Rußland 1917 gesagt, daß er „fest an den Ausbruch einer Revolution in Deutschland glaube, wenn es nur zuerst in Rußland zu einer siegreichen Revolution kommen würde".

Dann folgte für die Bolschewiken jene Periode ihrer Festsetzung in Rußland — in der Zeit zwischen der März- und der Novemberrevolution 1917 —, die uns bereits bekannt ist. Eine Zeitlang lief die bolschewistische und die deutsche Diplomatie in parallelen Bahnen, sofern es sich um die Auflösung der russischen Armee und des russischen Staatswesens handelte. Dann aber, nach dem bolschewistischen Staatsstreich vom 7. November, hatte sich die Lage geändert. Die Aufgabe einer sofortigen Durchführung der Weltrevolution geriet in einen Gegensatz zu der anderen Aufgabe der Bolschewiken — zunächst ihre eigene Machtstellung in Rußland selbst zu festigen. In dem Maße, wie die Bolschewiken diesen Gegensatz erkannten, mußte die erste Aufgabe naturgemäß vor der zweiten zurücktreten. Aber zu dieser Erkenntnis waren sie durchaus nicht sofort gekommen.

In den ersten Tagen nach dem erfochtenen Sieg muß das dem Volke gegebene Versprechen eines Friedensschlusses eingelöst werden. Aber was sollte man tun, als weder auf das erste „Friedensdekret", das durch Funkspruch am 8. November in die ganze Welt hinausgeschleudert worden war, noch auf einen zweiten Appell, der an die diplomatischen Vertreter der Alliierten in Petersburg (am 22. November) gerichtet war, eine Antwort erfolgte? Es war notwendig geworden, einen sofortigen Waffenstillstand zu „erzwingen". Da erließen die Bolschewiken den Befehl — zunächst an die Generäle —, unmittelbar mit den lokalen Vertretern des deutschen Heereskommandos an der Front Frieden zu machen (Duchonins Weigerung, dies zu tun, führte zu seiner Ermordung), sodann direkt an die Soldaten, denen kompagnieweise Verbrüderung mit den deutschen Soldaten vorgeschrieben wurde. Endlich stimmten die Zentralmächte am 28. November einer Eröffnung der Friedensverhandlungen zu, und am 3. Dezember begannen diese in

Brest-Litowsk. Nach Trotzkijs Erklärung war dies natürlich ein unfreiwilliger Schritt des Deutschen Kaisers, der aus Furcht vor dem deutschen Proletariat gezwungen gewesen wäre, „durch das Joch zu gehen". Mit Zuversicht sprach Trotzkij davon, daß die Massen dasselbe auch von den Regierungen der Entente erzwingen würden. Aber bald kam eine neue Enttäuschung: die Deutschen erklärten am 15. Dezember, einen Waffenstillstand nur für die Dauer eines Monats abschließen zu wollen, statt für ein halbes Jahr, wie dies von den Bolschewiken in naiver Weise vorgeschlagen worden war. Trotzkij und später auch Kamenew erklärten freimütig, daß sie mit Absicht die Verhandlungen hinauszuziehen gesucht hätten, um Zeit für die Propaganda in Deutschland zu gewinnen, von welcher sofortige Erfolge erwartet wurden. Zu diesem Behuf wurden zwei Millionen Rubel bereitgestellt und ganze Waggonladungen propagandistischer Literatur versandt. Letztere wurde jedoch von den deutschen Behörden beschlagnahmt, und den deutschen „Unabhängigen" wurden keine Pässe nach Rußland ausgestellt. Der Versuch der Bolschewiken, die Verhandlungen aus Brest-Litowsk nach Stockholm zu verlegen — mit Rücksicht auf eine bessere internationale Resonnanz für ihre Reden —, war ebenfalls durchgefallen. Auf den Vorschlag des Sowjetdelegierten, allen Nationalitäten freies Selbstbestimmungsrecht zu gewähren, antworteten die Deutschen am 28. Dezember mit dem Vorschlag, in die Abtrennung russischer Gebietsteile — Polens, Litauens, Kurlands, eines Teils von Livland und Estland — einzuwilligen. Zugleich hatten sie die Delegierten des ukrainischen Nationalrates zum Abschluß eines Sonderfriedens eingeladen (dieser wurde am 9. Februar 1918 unterzeichnet). Das „demokratische" Schlagwort der „Selbstbestimmung bis zur völligen Abtrennung" hatte in dieser Zurichtung einen ausgesprochen annexionistischen Charakter erhalten. Trotzkij bekannte, daß er „eine derartige Schamlosigkeit nicht erwartet hätte". Was blieb diesen Neulingen in der Regierungskunst zu tun?

Da ertönte die zur Ernüchterung mahnende Stimme Lenins. Am 8. Januar hielt er in einer Versammlung von Gesinnungsgenossen einen Vortrag, in dem er seine realistischen Gedankengänge entwickelte und den Abschluß eines „annexionistischen" Friedens, wie ihn Deutschland nun einmal forderte, befürwortete (der Inhalt des Vertrags, in 21 Punkten zusammen-

gefaßt, wurde am 8. März veröffentlicht). Man stände vor einer Alternative, und der gegenteilige Beschluß — einen „revolutionären Krieg" gegen Deutschland zu führen — sei im Augenblick eine Unmöglichkeit. Die weiße Bewegung nehme zu und habe ihren Höhepunkt noch lange nicht erreicht. Zur Neuordnung Rußlands auf sozialistischer Grundlage müsse man für einige Monate freie Hand haben. Ja, wenn die deutsche Revolution in drei, vier Monaten beginnen würde!... Aber die deutschen Unabhängigen geben keine bestimmten Versprechungen in bezug auf die Frist. „Es unterliegt keinem Zweifel, die sozialistische Revolution in Europa muß *eintreten* und sie wird eintreten. Alle unsere Hoffnungen auf den endgültigen Triumph des Sozialismus beruhen auf dieser Überzeugung, auf dieser wissenschaftlichen Voraussicht. Unsere propagandistische Tätigkeit und insbesondere die Verbrüderungsaktion an der Front muß verstärkt und ausgebaut werden. Aber es wäre ein Fehler, der Taktik der sozialistischen Regierung in Rußland die Erwartung zugrunde zu legen, daß die deutsche Revolution in sechs Monaten beginnen wird." Die Bauern wollten nicht weiter kämpfen, und die Deutschen würden eine weitere künstliche Verschleppung der Verhandlungen nicht dulden. „Bei dieser Lage der Dinge ist es absolut unzulässig, mit dem Schicksal der sozialistischen Revolution zu spielen." „Kein Marxist wird es leugnen, daß die Interessen des Sozialismus über dem Selbstbestimmungsrecht der Völker stehen", es müßten also die Interessen Polens, Livlands, Kurlands usw. der Notwendigkeit, die sozialistische Republik aufrechtzuerhalten, geopfert werden.

Diese Erwägungen hinderten natürlich nicht daran, die harten deutschen Forderungen für Propagandazwecke auszunützen. Äußerlich gaben sich die Bolschewiken nach wie vor den Anschein, als ob sie vollkommen überzeugt wären, daß je schlimmer es für Rußland sei, desto besser es für die Weltrevolution wäre. Am 23. Januar hatten sie der Welt durch Funkspruch mitgeteilt, daß die deutschen Bedingungen mit einer „ungeheuerlichen Annexion" und mit einer „völligen wirtschaftlichen und politischen Erdrosselung Rußlands" gleichbedeutend seien. Sie waren gezwungen, vor dem systematischen Druck der deutschen Diplomaten und Generäle Schritt für Schritt zurückzuweichen, und suchten sich dauernd mit leichtfertigen Rodomontaden zu revanchieren. „Es wird schon noch zu anderen Ver-

handlungen mit Deutschland kommen, wenn Liebknecht an der Spitze des revolutionären Proletariats stehen wird, und mit ihm zusammen werden wir die Karte von Europa ummodeln." Mag General Hoffmann unterdessen eine ganz andere Sprache in Brest-Litowsk führen — das hat nichts zu sagen. „Für uns sind es keine Friedensverhandlungen, die wir mit den Deutschen führen. Wir reden zu ihnen in unserer üblichen revolutionären Sprache." Mit dem deutschen *Volke* werden wir „andere Verhandlungen führen und die wahre Diplomatie der Schützengräben treiben". Die deutschen Generäle machen sich aber diese Art bolschewistischer Diplomatie zunutze, um ihre Forderungen zu erhöhen? Um so schlimmer für sie: „Die deutschen Proletarier und Bauern werden mit einem Aufruf zum Aufstande antworten." Und die bolschewistischen Unterhändler führten zum zweitenmal eine Unterbrechung der Verhandlungen herbei (18.—29. Januar); sie wurden durch die Meldungen von den Streiks in Österreich und Deutschland sowie von den Arbeiterunruhen in England und Italien dazu ermutigt und warteten auf den Ausbruch einer Revolution in Deutschland.

Allein, wie Lenin dies vorausgesehen hatte, wollte die deutsche Revolution nicht so schnell kommen. Die Hoffnungen auf Streiks und Arbeiterunruhen hatten sich als illusorisch erwiesen. Deutschland steigerte seine Forderungen. Da griff Trotzkij, am 10. Februar 1918, zu einer Methode, die „in der Weltgeschichte noch nie angewendet worden war": er demobilisierte seine Armee und „überantwortete die russische Front dem Schutz der deutschen Arbeiter". Sinowjew, der Diktator von Petersburg, war voller Begeisterung. „Wir haben dem Weltimperialismus einen gewaltigen Stoß versetzt, als wir vor drei Monaten unsere Friedensverhandlungen begannen. Diesem Imperialismus haben wir jetzt durch unsere neue Formel (‚weder Krieg noch Frieden') den Todesstoß gegeben." In Smolny[21]) zu Petersburg fragte ein Mitglied der Versammlung: „Und was soll jetzt kommen?" Lenins ruhige Antwort lautete: „Jetzt kommt die Revolution in Deutschland." Und der Sowjet nahm eine zustimmende Entschließung an, indem er seiner Zuversicht dahin Ausdruck gab, daß die deutschen, österreichisch-ungarischen, bulgarischen und türkischen Arbeiter ihre Pflicht

[21]) Dem Sitz der obersten bolschewistischen Behörden.

tun und ihren Regierungen nicht erlauben werden, die Völker Polens, Litauens und Kurlands zu vergewaltigen."

In Wirklichkeit fiel das Ergebnis etwas anders aus. Nachdem sie sich von ihrer Verblüffung erholt hatten, drangen die deutschen Armeen am 18. Februar in die russischen Randgebiete ein. Die Truppen, die darauf nicht gefaßt waren und sich im Zustande äußerster Zersetzung befanden, zogen sich in größter Verwirrung zurück. Petersburg war von Panik erfaßt, und die Regierung beschloß, nach Moskau überzusiedeln. Am 19. Februar kapitulierte der Sowjet. Die Antwort hierauf war das deutsche Ultimatum vom 21. Februar, das die Friedensbedingungen erheblich verschärfte. Am 24. Februar wurden auch diese Bedingungen vom Zentralkomitee mit einer Mehrheit von 126 gegen 85 Stimmen bei 26 Stimmenthaltungen angenommen.

Am 28. Februar begannen die Verhandlungen in Brest-Litowsk aufs neue, und am 3. März wurde der Friedensvertrag unterzeichnet. Die russischen Heere hatten die Alandsinseln, Finnland, Estland, Livland, Ardagan, Kars und Batum zu räumen. Gegen die Ukraine sollte eine neue Grenze gezogen werden. Durch den Ergänzungsvertrag vom 27. August 1918 wurden die Deutschland auf dem Gebiet des Handels zugestandenen Rechte erweitert, die Aktionsfähigkeit der Sowjetarmee und -flotte lahmgelegt und Rußland eine drückende Kontribution von 6 Billionen Mark unter der Form einer Entschädigung für die deutschen Verluste auferlegt. Nach einer vom Volkskommissar für Handel am 10. April veröffentlichten amtlichen Statistik hatte Rußland auf Grund des Friedens von Brest-Litowsk 26 % seiner Bevölkerung, 27 % der Ackerfläche, 32 % der Durchschnittsernte, 26 % des Eisenbahnnetzes, 33 % seiner Industrie, 73 % der Eisenproduktion, 75 % der Kohlenproduktion verloren.

Für die Sowjetregierung waren das alles Opfer von untergeordneter Bedeutung, die dargebracht werden mußten, um das Wichtigste zu retten: nämlich sie selbst als das Pfand für die kommende Weltrevolution. Während der Verhandlungen verlangte Kamenew von seinen Gegnern mit besonderem Nachdruck vor allem zwei Dinge: daß die Deutschen ihren Soldaten die Verbrüderung mit den russischen erlaubten, und daß sie die Einfuhr von Propagandaliteratur nach Deutschland freigäben. Selbstverständlich wurden diese naiven Forderungen

nicht nur nicht bewilligt, sondern die Bolschewiken mußten sich noch verpflichten, keine Propaganda zu machen. Das war für sie aber absolut unmöglich. Schon der Friedensvertrag selbst wurde sofort zum Gegenstand der Propaganda gemacht. Am 9. März ließ das Sowjetradio durch die ganze Welt eine schroffe Kritik des soeben abgeschlossenen Friedens gehen, der als ein den Arbeiterklassen aufgezwungener Friede bezeichnet wurde. In einem dem Korrespondenten der „Daily News" erteilten Interview (am 22. März) hatte es Lenin erneut bestätigt: „Die Aufgabe der Sowjets ist es, durchzuhalten, bis die allgemeine Erschöpfung der kämpfenden Gruppen des europäischen Kapitals die Revolution in allen Ländern herbeiführt." Am 22. Oktober 1918 wiederholte er von dem Zentralexekutivausschuß: „In der Kette der Revolutionen ist die deutsche das Hauptglied. Der Erfolg der Weltrevolution hängt von ihr in einem weit höheren Maße ab, als von irgendeiner anderen Revolution."

II.

Man möchte sagen: diese Leute müssen wahnsinnig sein. Gemach mit dem Urteil! Es war System in diesem Wahnsinn. Die Bolschewiken waren überzeugt, daß sie imstande sein würden, die deutsche Armee ebenso zu zersetzen, wie sie die russische Armee zersetzt hatten. Bereits im Juli 1917 schrieb Rosa Luxemburg an einen russischen Sozialisten: „Die russische Revolution ist für uns alles. Es wankt und wackelt alles in Deutschland... Monatelang haben sich die Soldaten der beiden Armeen miteinander verbrüdert, und unsere Offiziere waren nicht imstande, dem Einhalt zu gebieten." Nach dem Novemberumsturz wurde der Verkehr mit den deutschen Revolutionären regelmäßiger und zu den alten Methoden der Zersetzung des Heeres kam eine neue hinzu: die Rücksendung der deutschen und österreichischen Kriegsgefangenen, denen in Rußland der Kommunismus eingetrichtert worden war. Kamenew, der an den Verhandlungen von Brest-Litowsk teilgenommen hatte, sagte offen zu dem französischen Journalisten Vaucher: „Wir haben die Verhandlungen auf drei Monate hinausgezogen, um Zeit zu gewinnen für das Eindringen unserer Propaganda nach Deutschland... Wir hatten vielfach Gelegenheit, mit unzufriedenen Soldaten zu sprechen." Während der Verhandlungen hatten sie es sogar verstanden,

eine besondere, von Lenin und Trotzkij unterzeichnete Flugschrift in Millionen von Exemplaren unter den deutschen Soldaten zu verbreiten. Umsonst beschwerten sich die deutschen Delegierten über die „Illoyalität" der Bolschewiken. Diese schritten unentwegt ihrem Ziele entgegen. Auch nach dem Abschluß des Friedens wurde dieselbe Taktik fortgesetzt. Im Laufe des Sommers 1918 hatte die deutsche Regierung mehr als einmal gegen die Sowjetpropaganda unter den Kriegsgefangenen Beschwerde erhoben (Mirbach am 10. Mai, Kühlmann am 6. Juni). Zahlreiche Armeebefehle und kriegsgerichtliche Urteile in Deutschland bestätigen den raschen Verfall der militärischen Disziplin, bei dem die bolschewistische Propaganda auf einen günstigen Boden traf. Ob wir nun den Anfangspunkt der deutschen Niederlage mit dem 8. August 1918, nach Ludendorff, oder mit dem 15. und 18. Juli, nach dem „Vorwärts", datieren, so unterliegt es doch jedenfalls keinem Zweifel, daß die Zersetzung der Armee im allgemeinen und die Propaganda der Bolschewiken im besonderen bei diesem Mißerfolg eine bedeutende Rolle gespielt haben. Die Erwartungen der Bolschewiken hatten sich demnach bewahrheitet. Sie hatten sich nur um einige Monate verrechnet. Hindenburgs Erklärungen, daß mit einem Sieg nicht zu rechnen sei, datieren vom 29. September und 3. Oktober. Das Waffenstillstandsabkommen mit den Alliierten wurde am 11. November abgeschlossen.

Welche Aussicht eröffnete sich da auf eine kommende „Weltrevolution"! „Nie zuvor", sagte Lenin schon am 22. Oktober in seiner obenerwähnten Rede, „nie zuvor ist die universale proletarische Revolution so nah gewesen, wie sie es jetzt ist." Sinowjew sekundierte ihm einige Tage später: „Die französischen und Londoner Bankiers werden bald erfahren, daß eine Revolution in Berlin für sie kein Fest, sondern ein memento mori ist, das sie an ihr nahendes Verderben mahnt." Drei Tage vor Abschluß des Waffenstillstandabkommens, am Jahrestag des bolschewistischen Umsturzes, hatte Lenin noch einmal wiederholt: „Die internationale Revolution ist nah, wenn es auch für Revolutionen keinen Fahrplan gibt. Der Imperialismus vermag die internationale Revolution nicht zu verhindern... Die Imperialisten würden nur die ganze Welt in Brand stecken und darin selber umkommen, sollten sie es versuchen, Revolutionen zu unterdrücken." In dieser Überzeugung machten sich die Bolschewiken mit größter Energie daran, für

das Frühjahr 1919 einen umfassenden Plan vorzubereiten, nach welchem ganz Mitteleuropa revolutionisiert werden sollte. Millionen russischer Rubel wurden ausgeworfen, um die revolutionäre Bewegung in Deutschland durch Vermittlung des neuen russischen „Botschafters" in Berlin, Herrn Joffes, zu fördern. Als in dem Koffer eines diplomatischen Kuriers bolschewistische Literatur entdeckt worden war, mußte Joffe gehen (am 5. November 1918). Aber im Dezember wurde ein anderer, inoffizieller Gesandter beim deutschen Proletariat bestellt, — Radek, der im Januar 1919 einen förmlichen „Vertrag" unmittelbar mit Liebknecht selbst abschloß. Auf Grund dieses Vertrages verpflichtete sich Lenin, Liebknecht als Präsidenten der deutschen Sowjetrepublik anzuerkennen, bedeutende Geldmittel für die spartakistische Propaganda bereitzustellen und eine Offensive der Sowjetarmeen anzuordnen, die gleichzeitig mit dem Ausbruch eines spartakistischen Aufstandes in Berlin die deutsche Grenze überschreiten sollten. Es waren dieselben roten Armeen, über die ein Jahr zuvor zwischen Trotzkij und dem amerikanischen Oberst Baymond Robbins sowie dem französischen Hauptmann Sadoul Verhandlungen gepflogen worden waren — Verhandlungen, deren Zweck es war, Unterstützung seitens der Alliierten sowie alliierte Instruktoren zu erhalten, um gegen Deutschland zu kämpfen. Jetzt sollten diese Armeen in der Tat zur Bekämpfung Deutschlands verwendet werden, aber mit dem Ziel, Europa dem kommunistischen Regiment zu unterwerfen. Liebknecht übernahm seinerseits die Verpflichtung, unmittelbar nach Erlangung der Macht in Deutschland eine Sowjetregierung aufzurichten, eine Rote Armee von 500 000 Mann auszuheben, die unter das Oberkommando Trotzkij gestellt werden sollte, und alle Lehrsätze der Leninschen Doktrin getreu zu befolgen und in Praxis umzusetzen. Nach der erfolgreichen Revolution in Ungarn im März 1919 wurde ein anderer Vertrag zwischen Lenin und dem von ihm eingesetzten ungarischen Diktator Bela Kun abgeschlossen: es wurde vereinbart, daß „bis zu dem Zeitpunkt, wo die anderen europäischen Staaten zum Sowjetregime übergegangen wären", gegenseitige militärische und materielle Unterstützung geleistet werden sollte; Truppenbewegungen sollten im Wege vorgängiger Verständigung „unter den verschiedenen Sowjetstaaten" koordiniert werden. Ein Angriff gegen „die Entente, und insbesondere gegen Polen und

Rumänien", war in Aussicht genommen. Als Radek am 12. Februar in seinem spartakistisch-bolschewistischen Bureau in Berlin-Wilmersdorf verhaftet wurde, wurden weitere Beweise dafür vorgefunden, daß „ein mächtiger bolschewistischer revolutionärer Vorstoß in ganz Deutschland für den Frühling geplant war, während zu gleicher Zeit eine bolschewistische Armee Deutschland an der Ostgrenze angreifen sollte". Diese Angaben wurden von Moskau aus, via Helsingfors, bestätigt. Eine Rote Armee von 150 000 Mann sollte schleunigst aufgestellt werden, um in Deutschland Ende April oder Mitte Mai über Polen und Kurland einzudringen. Als nächster Schritt war geplant, einige hunderttausend russischer Kriegsgefangenen auszurüsten, die die Elbelinie besetzen sollten. Es verlautete, daß dieser Plan von einem deutschen Major, einem gewissen Busch, ausgearbeitet worden sei, der, selbst ein früherer Kriegsgefangener, sich für den Kommunismus erklärt hatte und eine hervorragende Rolle in Moskau spielte. Es ist interessant, mit diesen Angaben die ruhmredigen Erklärungen der ungarischen Führer zu vergleichen, mit denen sie nach dem Siege ihrer Revolution hervortraten. „In drei Wochen", hieß es da, „werden wir 150 000 vollkommen ausgerüstete, eingeübte Soldaten haben. In sechs Wochen hoffen wir 500 000 Mann aufgestellt zu haben ... Wir sind umgeben von unzufriedenen Völkern ... Wir werden mit der Tschechoslowakei beginnen ... Dann kommt Rumänien an die Reihe ... Jugoslawien wird folgen ...; in drei Monaten wird sich Italien uns anschließen. Am 8. April wird ein gemeinsamer Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte in Berlin stattfinden. Nach den absolut sicheren Informationen, über die wir verfügen, wird Deutschland zum Bolschewismus übergehen ... Wie lange, denkt ihr, wird Frankreich aushalten? ... Dann kommt England an die Reihe ... Wir haben bereits alles und jedes fertig für die Tschechoslowakei, für Rumänien, Bulgarien, Italien, Frankreich und England. Kein Land wird uns widerstehen können."

Die bolschewistischen Vorbereitungen für den Frühling 1919 beschränkten sich aber nicht allein auf Westeuropa. Es wurde erwartet, daß eine Revolution zur selben Zeit auch im Osten, insbesondere in Indien, stattfinden werde. Das offizielle Sowjetblatt die „Prawda" (Die Wahrheit) ist für die Feststellung verantwortlich, daß in den ersten zehn Monaten des Jahres 1918 von einem besonderen „Bureau der muselmännischen kommu-

nistischen Organisationen" 4 000 000 Exemplare Flugblätter in tatarischer, türkischer, kirgisischer, sartischer und Hindusprache gedruckt worden sind. Gleichzeitig wurden Explosivstoffe und Geld duch die bolschewistischen Vertreter in Stockholm über London nach Bombay versandt. Ein gewisser Mayavlevi Mohammed Baranutulla, ein „indischer Professor", hatte in Moskau formell erklärt, daß „bei einem normalen Verlauf der Dinge dieser Sommer (1919) für Indiens Befreiung entscheidend sein werde". Afghanistan sollte von „entscheidender Bedeutung für die Propaganda in Asien" sein, genau so wie Ungarn in Europa. Die Hoffnungen der Bolschewiken stiegen besonders hoch, als der neue afghanische Emir Amanulla England den Krieg erklärt hatte (im Mai). Obwohl der Emir weniger als einen Monat nach Eröffnung der Feindseligkeiten um Frieden bitten mußte, wurden die Verhandlungen zwischen Moskau und Kabul weitergeführt. Noch im August 1919 wurde von den Moskauer Diplomaten eine Note an den Emir abgesandt, um ihn über die Fortschritte der Weltrevolution zu informieren. „Die Erfolge unserer Truppen im Osten", so hieß es da, „sind eine Gewähr dafür, daß wir demnächst die Verbindung mit der sibirischen Revolution hergestellt haben werden. Allen Schwierigkeiten zum Trotz können wir mit Gewißheit sagen, daß der Sieg uns gehören wird, nicht nur in Rußland, sondern auch in internationalem Maßstabe."

Es erübrigt sich, im einzelnen darüber zu berichten, wie und wann all diese groß angelegten Pläne fehlgeschlagen haben[22]). Es genügt zu erwähnen, daß der Einfall in Deutschland über die Randstaaten nicht zur Verwirklichung gelangte, drei aufeinanderfolgende Aufstände in Berlin von Noske niedergeworfen, Liebknecht ermordet, die Sowjetherrschaft in Ungarn liquidiert, revolutionäre Bewegungen in Wien und in der Slowakei niedergeschlagen wurden. Die roten Armeen, die für den Ausfall über die Westgrenze vorbereitet worden waren, wurden auf die innere Front im Norden, Osten und Süden abgelenkt, wo die „weißen Armeen" der Regierung von Archangelsk, sowie Koltschaks und Denikins vordrangen. Das Jahr 1919, das erste Jahr der Weltrevolution, hatte somit keine Erfüllung der bolschewistischen Bestrebungen gebracht. Es ließ aber die

[22]) Eine eingehende Darstellung der Vorbereitung der Weltrevolution durch die Bolschewiken findet der Leser in meinem Buch: „Bolschevism an international danger", 1920 (Allen and Unvin, London).

ganze Tragweite der bolschewistischen Pläne erkennen, sowie die Aktivität, mit der die bolschewistische Propaganda und Diplomatie diese Pläne zu verwirklichen suchte.

Welche Haltung hatten nun die Alliierten eingenommen, angesichts all dieser Vorbereitungen, die naturgemäß nicht vollkommen geheimgehalten werden konnten?

III.

Vom bolschewistischen Staatsstreich bis zum Waffenstillstand (7. November 1917 bis 11. November 1918) hatte die Diplomatie der alliierten Mächte zwei Stadien durchlaufen. Das erste Stadium dauerte vom November 1917 bis März 1918, d. h. bis zur Unterzeichnung des Friedens von Brest-Litowsk. Das zweite Stadium begann, als die Bolschewiken den Frieden mit Deutschland abgeschlossen hatten, und nahm sein Ende mit dem Abschluß des Waffenstillstandabkommens vom 11. November 1918.

Im Verlaufe dieser beiden Anfangsstadien wurde die Politik der Alliierten von den Interessen der Kriegführung bestimmt. Solange die Hoffnung bestand, daß die Bolschewiken gegen Deutschland weiterkämpfen, oder daß die Sowjets den Frieden von Brest-Litowsk nicht ratifizieren würden, oder daß wenigstens nach dessen Ratifizierung der Kampf gegen Deutschland wiederaufgenommen werden könnte, hielten die Alliierten den Kontakt mit den Bolschewiken aufrecht und versprachen ihnen Hilfe und Unterstützung. Zu diesem Behuf wurde eine besondere Art von Diplomaten in partibus infidelium verwendet. Es war dies Hauptmann Sadoul, der im Auftrage der französischen Regierung Trotzkij täglich in Smolny besuchte und lange Berichte, die späterhin veröffentlicht wurden, an Albert Thomas schrieb. Für denselben Zweck wurde vom amerikanischen Botschafter Francis der Chef des amerikanischen Roten Kreuzes, Raymond Robbins, verwendet. Das britische Auswärtige Amt endlich hatte einen Vertreter in der Person Lockharts, den die Bolschewiken anfänglich für ihren „Freund" hielten. Am 2. Dezember 1917 kam durch Vermittlung Sadouls eine Unterredung zwischen Trotzkij und Noulens in der französischen Botschaft zustande, und nach einer zweistündigen Unterhaltung trennten sich beide, wobei sie ihrer „gegenseitigen Zufriedenheit" Ausdruck gaben. Am 2. Januar 1918 hatte Oberst Robbins von Francis eine von diesem unterzeichnete

Erklärung erhalten, welche jegliche Unterstützung und sogar eine Empfehlung an die Regierung der Vereinigten Staaten zugunsten einer formellen de facto-Anerkennung für den Fall versprach, daß die Bolschewiken den Krieg weiterführen und militärische Operationen gegen Deutschland „ernstlich betreiben" würden. Sadoul wußte ganz genau, zu welchem Zweck die Bolschewiken die Armee zu reorganisieren suchten. „Nachdem sie den Krieg losgeworden", schrieb er in seinem Bericht vom 11. Januar 1918, „werden sie keine Anstrengung scheuen, um gegen die Bourgeoisie im In- und Auslande zu kämpfen, sie werden Rußland organisieren und in Friedenszeit eine Armee vorbereiten, welche späterhin dem Proletariat in Mittel- und Westeuropa helfen soll, sich von der alten Ordnung frei zu machen". Raymond Robbins hat es in der Folge vor dem Untersuchungsausschuß des amerikanischen Senats ebenfalls zugegeben, daß er „sich von Anfang an über diesen Zweck (die Weltrevolution) vollkommen im klaren war, die Bolschewiken jedoch ermutigte, da der erste Angriff Deutschland gelten sollte".

Zugleich waren aber die Alliierten bestrebt, andere Maßnahmen vorzubereiten, um den Friedensabschluß zwischen den Bolschewiken und Deutschland zu paralysieren. Vom Dezember 1917 an hatten sie sich mit den Antibolschewiken in Verhandlungen über eine Intervention eingelassen, zu dem Zweck, eine sogenannte „Ostfront" irgendwo in Rußland aufzurichten, um zumindest die Verlegung der deutschen Armee an die Westfront, gegen Frankreich, zu verhindern. Intervention — das war die Signatur des neuen Stadiums, welches beginnen sollte, sobald die Hoffnung auf eine Verwendung der bolschewistischen Armeen gegen Deutschland endgültig geschwunden wäre. Eine Zeitlang gelang es den Alliierten, diese Politik mit der Aufrechterhaltung freundlicher Beziehungen zu den Sowjets zu vereinigen. Diese Beziehungen blieben bestehen, ungeachtet solcher Zwischenfälle, wie die Verhaftung des rumänischen Botschafters Diamandi im Januar 1918, ungeachtet des Protestes, mit dem die alliierten Diplomaten das Sowjetdekret vom 18. Februar über die Nichtanerkennung sämtlicher zarischen Schulden und auswärtigen Anleihen beantwortet hatten, ungeachtet selbst der Landung englischer Truppen in Murmansk, die am 11. März erfolgte und mit einem Ersuchen des örtlichen Sowjets bemäntelt wurde. Ja, die Alliierten versprachen den Sowjets sogar nach wie vor ihre Unterstützung. Aber bereits Ende April war

diese doppeldeutige Politik unmöglich geworden. Am 5. und 6. April hatten die Japaner und die Engländer ihre Truppen in Wladiwostok gelandet, was zu einem Protest Tschitscherins geführt und eine gewaltige Aufregung in der Sowjetpresse hervorgerufen hatte. „Ist es unsere Absicht, *ohne* die Sowjets oder *gegen* sie zu intervenieren?" fragte Sadoul, im Namen Tschitscherins und Trotzkijs, am 30. April. Am 28. Juni und 13. Juli erhob Tschitscherin einen Protest gegen das Vorrücken der britischen Truppen südlich von Murmansk. Am 13. Juni beschwerten sich die Sowjets über die Beteiligung französischer Offiziere an der „weißgardistischen" Meuterei der Tschechoslowaken. Es hatte sich damals in der Tat zum ersten Male eine antibolschewistische Front in Samara gebildet, und die erste antibolschewistische Regierung war in Erscheinung getreten (der „Ausschuß der Mitglieder der Allrussischen Verfassunggebenden Versammlung"). In dieser Richtung bewegte sich seither die Politik der Alliierten. Die Diplomaten in partibus infidelium mußten zurücktreten; Sadoul wurde zum Bolschewiken, Robbins wurde abberufen, und Lockhart begann für die antibolschewistische Bewegung zu arbeiten (im September wurde er verhaftet). Das diplomatische Korps, das nach dem Friedenschluß von Brest-Litowsk im März aus Petersburg nach Wologda übergesiedelt war, zog nach Archangelsk, als die alliierten Truppen dort am 2. August gelandet waren. Die übrigen Gesandten reisten über Finnland nach Schweden ab, ihnen folgten dann die Konsuln und gegen Ende 1918 war Sowjetrußland ohne diplomatische Vertreter geblieben.

Auch die ersten Sowjetgesandten mußten ihrerseits die europäischen Hauptstädte verlassen, in denen sie zuvor Fuß gefaßt hatten. (Litwinow mußte sich aus London zurückziehen, Bersin aus der Schweiz, Worowski aus Stockholm, Suritz aus Kopenhagen, Rosin aus Holland.)

Mit der internationalen Isolierung Sowjetrußlands beginnt eine neue Periode.

IV.

Der Hauptzweck der alliierten Intervention an der neuen „Ostfront", die Ablenkung der deutschen Streitkräfte nach dem Osten, war mit Deutschlands Niederlage fortgefallen. Am 9. August hatte der Botschafter der Vereinigten Staaten das russische Volk zum letzten Male als einen „Bundesgenossen im

Kampfe gegen den gemeinsamen Feind" bezeichnet. Nach dem Waffenstillstand vom 11. November 1918 gab es keinen „gemeinsamen Feind" mehr. Der Feind der Entente war geschlagen. Rußlands Feind, der Bolschewismus, sollte nur in den Augen der Bolschewiken selbst als der „gemeinsame Feind" aller „kapitalistischen" Staaten gelten.

Die bolschewistische Diplomatie war aber fest überzeugt, daß der „Weltkapitalismus" den Sachverhalt gerade so auffassen werde. Die Bolschewiken waren des Glaubens, daß die „kapitalistischen" Mächte unmittelbar nach dem Waffenstillstand ihre Front gegen die Weltrevolution wenden würden. In dieselbe Rede vom 22. Oktober, in der Lenin erklärt hatte, daß „die proletarische Revolution noch nie so nah gewesen wäre", hatte er auch den Satz aufgenommen: „noch nie sind wir in einer dermaßen gefährlichen Situation gewesen". „Die Alliierten werden den Sieg über die Zentralmächte ausnützen, um die Bolschewiken zu zermalmen." Da sie die Lage weit besser kannten als die Entente, erwarteten sie, daß der Schlag nicht vom Norden oder vom Osten kommen werde, sondern vom Süden, wo der wundeste Punkt war. Noch früher (am 12. Oktober 1918) hatte Trotzkij erklärt, daß die Alliierten durch die Meerengen gegen Südrußland vordringen und im Dongebiet den Versuch machen würden, „den Keil in die Weltrevolution einzutreiben". Wilsons Vorschlag zur Begründung eines „Völkerbundes" wurde von ihnen ebenfalls unter diesem Gesichtspunkt kommentiert. Am 24. Oktober trat Tschitschérin plötzlich mit einem Sendschreiben an den Präsidenten Wilson hervor, in dem er als ein Mittel, die Grundursache des Krieges zu beseitigen, die Expropriierung der Kapitalisten, die allgemeine Abrüstung und die Abschaffung der „wirtschaftlichen Grenzen" vorschlug. Widrigenfalls werde der Völkerbund zu einem „Bund der Kapitalisten gegen die Völker" werden. Lenins Auffassung ging ebenfalls dahin, daß hier der Weltkapitalismus seine eigene „Internationale" zu begründen trachtete, — ein Gegenstück zur Moskauer „Dritten Internationale". Zwei „Fronten" würden einander in unversöhnlicher Feindschaft gegenüberstehen: „Lenins Front" und „Präsident Wilsons Front". „Der große kapitalistische Völkerbund", war am 18. November im „Trud" („Die Arbeit") zu lesen, „mit den deutschen Junkern zur Linken und den Londoner Bankiers zur Rechten der Zentralfigur Pierpont Morgans, wird bald fertig

sein. Dann werden die vereinigten Kräfte des internationalen Kapitals auf die Vernichtung der Arbeiterinternationale ausgehen, jener Internationale, die jetzt Rußland beherrscht und bereit ist, Österreich-Ungarn, Bulgarien, Deutschland, England, Italien und Frankreich in ihren Bannkreis einzubeziehen... Entweder das eine oder das andere: es muß die Wahl getroffen werden zwischen der kapitalistischen Internationale und der Internationale der Arbeiter."

Groß war das Erstaunen der bolschewistischen Führer, als statt einer durch die Meerengen vordringenden alliierten Streitmacht, oder eines von der New Yorker Wall Street aus marschierenden „kapitalistischen Völkerbundes", ein Vorschlag der Pariser Friedenskonferenz am 22. Januar 1919 in Moskau anlangte, der die Einladung enthielt, sich mit den Diplomaten der „Bourgeoisie" an einen Tisch zu setzen und über die Frage des Friedens zu beraten. Dies klang ziemlich seltsam, obwohl es eine direkte Antwort war auf die von Litwinow (am 24. Dezember) und Tschitschérin (am 12. Januar) an Amerika gerichteten Bitten, in Friedensverhandlungen einzutreten. Im ersten Augenblicke meinten die Bolschewiken, es liege ein Irrtum vor. Aber die Nachricht wurde bestätigt, und die Bolschewiken beschlossen sofort, von der unerwarteten „Atempause" Gebrauch zu machen. Gewisse Einwände wurden von Sinowjew und Kámenew erhoben. Würde der Charakter der Sowjetrepublik durch Verhandlungen mit „bürgerlichen" Regierungen nicht geändert und schließlich zunichte gemacht werden? Lenin hatte eine fertige Antwort hierauf. „Der Bolschewismus braucht Rastperioden," sagte er, „um sich in der ganzen Welt erfolgreich entwickeln zu können... Nachdem wir gewissermaßen zwei Drittel des feindlichen Gebiets erobert haben, müssen wir unsere Offensive unterbrechen, um neue Verbindungslinien herzustellen, neue Lager einzurichten, mehr schwere Artillerie, Munition, frische Reserven aufzubringen. Ich habe nie gezaudert", fuhr er fort, „mit bürgerlichen Regierungen zu paktieren, wenn ich auf diese Weise in allen Ländern das Bürgertum schwächen und das Proletariat stärken konnte. Es ist ein gesunder strategischer Grundsatz, die Kriegsoperationen aufzuschieben, bis die moralische Zersetzung des Feindes es ermöglicht, ihm den tötlichen Schlag zu versetzen... Wir müssen Frieden machen, nicht nur mit der Entente, sondern auch mit Polen, Litauen und der Ukraine, sowie mit allen

anderen Kräften, die sich uns in Rußland entgegenstellen. Wir müssen bereit sein, jedes Zugeständnis, jedes Versprechen zu machen, jedes Opfer zu bringen, um unsere Feinde zum Abschluß dieses Friedens zu verlocken... Wir werden wissen, daß wir nur einen Waffenstillstand abgeschlossen haben, der uns die Möglichkeit geben wird, unsere Vorbereitungen für den Entscheidungskampf zu treffen." Indem er in dieser Weise einen Waffenstillstand mit der „kapitalistischen Internationale" abschloß, hatte Lenin indessen auch die „Arbeiterinternationale" nicht vergessen. Im gleichen Augenblick, am 23. Januar 1919, sandte er einen Funkspruch an alle revolutionäre „Sozialisten und Kommunisten der Zimmerwalder und Kienthaler Richtung" ab, die hierdurch eingeladen wurden, nach Moskau zu kommen, um die „Dritte Internationale" endgültig zu organisieren. Die Dringlichkeit dieser Aufgabe wurde in der Einladung mit folgenden Erwägungen begründet: 1. mit der Unfähigkeit der „Mittelgruppen" der alten Sozialdemokratie, die als „Zentrum" bezeichnet wurden, sich zu einer revolutionären Aktion aufzuraffen; 2. mit dem raschen Anwachsen der Weltrevolution und der Gefahr, daß diese Revolution „von dem Bunde der kapitalistischen Staaten erstickt werden könnte, der unter dem heuchlerischen Banner des Völkerbundes gegen die Revolution gebildet werde"; 3. mit den Versuchen der verräterischen sozialistischen Parteien, sich untereinander zu verständigen und ihren Regierungen und der Bourgeoisie zu helfen, die Arbeiterklasse noch einmal zu betrügen; und endlich 4. mit der gewaltigen Fülle revolutionärer Erfahrung, die man bereits erworben hätte. Neununddreißig Gruppen und Organisationen, darunter 22, die bereits in verschiedenen Ländern den Namen „kommunistischer Parteien" angenommen hatten, wurden für würdig erachtet, an dem ersten, dem Gründungskongreß der „Dritten Internationale" teilzunehmen, der für März 1919 nach Moskau einberufen wurde. In Wirklichkeit war dieser Kongreß allerdings durchaus nicht so imposant: viele Gruppen, darunter die wichtigsten, wie die englische, die amerikanische u. a., waren nur durch fiktive Abordnungen vertreten. Die Verhandlungen des Kongresses, der in dem kleinen Saal der Gerichtsbehörden im Kreml abgehalten wurde (2.—6. März), waren streng geheim. Unter den Versammelten — und noch mehr unter denen, die an dem Kongreß nicht teilnehmen konnten —, machte sich die Meinung geltend, daß unter diesen Umständen die Gründung

der Dritten Internationale nicht zeitgemäß wäre. Aber alle zweifelnden Stimmen mußten vor dem Befehl Moskaus verstummen. Mit Hilfe einiger ihm ergebener Ausländer hatte diese Paradeschau des „revolutionären Proletariats von Europa, Amerika und Asien" inszeniert und der Gründungsakt der „Dritten Internationale" ward vollzogen. Alle Gründungen von Zimmerwald wurden für „liquidiert" erklärt, als Organisationen, die „ihre Aufgabe überlebt hätten", nachdem die „wahrhaft revolutionären" Elemente unter den Zimmerwaldern der „Kommunistischen Internationale" beigetreten wären.

Das Manifest, das von dem ersten Kongreß der kommunistischen Internationale am 10. März veröffentlicht wurde und die Unterschriften Rakowskis, Lenins, Sinowjews, Trotzkijs und Plattens trägt, enthält eine Reihe interessanter Geständnisse. Es wird zunächst bestätigt, daß der Sozialismus, der die Unvermeidlichkeit des Krieges vorausgesagt hätte, von dem Kriege zugleich auch eine sozialistische Revolution erhoffte. Die Verantwortung für den Krieg wird bezeichnenderweise England zugeschoben. Ferner wird die Möglichkeit eines sofortigen Sturzes des kapitalistischen Systems aus der Tatsache abgeleitet, daß die Regierungen durch den Krieg zur Monopolisierung eines großen Teils der Produktion, der Güterverteilung und der Verbrauchsorganisation gezwungen worden waren. „Die Absorbierung des Wirtschaftslebens durch den Staat, gegen welche der kapitalistische Liberalismus so energisch protestiert hatte, ist zur Tatsache geworden. Keine Rückkehr ist möglich, weder zur freien Konkurrenz, noch zu dem Regime der Trusts, der Syndikate und anderer wirtschaftlicher Ungeheuer. Es fragt sich nur, worauf sich in Zukunft die staatliche Produktion zu stützen haben wird: auf den imperialistischen Staat oder auf den Staat des siegreichen Proletariats." So primitiv wurde damals von den Schöpfern der Dritten Internationale das Problem einer universalen kommunistischen Umwälzung aufgefaßt. Die Lösung dieses Problems erklärt das Manifest für um so leichter, als die kleinen Staaten zu eng geworden seien für die Weiterentwicklung der Produktionskräfte; eine Vereinigung dieser Staaten auf Grund der „heuchlerischen Punkte des Wilsonschen Programms" sei hingegen nicht zu erreichen; ferner gäre es überall in den Kolonien gegen das fremdländische Joch. Auf allen diesen Gebieten werde eine wahre Befreiung zugleich mit der Befreiung der Arbeiterklasse kommen. Zu einer solchen

Befreiung müsse die Ersetzung der „politischen Demokratie" und des Parlamentarismus durch das Regime der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte führen. Dies sei zu erreichen durch die „Entwaffnung der Bourgeoisie" mit ihrem militärischen System und durch die gleichzeitige „Bewaffnung der Arbeiter und Ausbildung einer kommunistischen Armee". Hierauf werde der „Bürgerkrieg" folgen, die sofortige Expropriierung der Bourgeoisie und die Sozialisierung der Produktion. Die neue revolutionäre Ära habe bereits begonnen und müsse von der Dritten Internationale ausgenutzt werden.

Dies war das Programm, welches in dem Augenblick öffentlich verkündigt wurde, als in Paris die Arbeit der Friedenskonferenz zu Ende ging. Die Verständigung der russischen „Parteigruppen", die von Lloyd George als ein Teil dieses Friedensprogramms gedacht wurde, war mißlungen. Die ausländischen Diplomaten hatten Ende 1918, wie wir sahen, Rußland und die russischen die Hauptstädte des Auslandes verlassen. Der „Weltkapitalismus" und der Weltkommunismus standen nach der Auffassung der Bolschewiken einander unversöhnlich gegenüber. Man war in Moskau überzeugt, daß ein Kampf auf Leben und Tod unmittelbar bevorstehe. Unter solchen Umständen konnte natürlich von irgendwelcher Diplomatie keine Rede sein.

V.

Das Jahr 1919 stellt infolgedessen in der Geschichte der Sowjetdiplomatie eine fast vollständige Lücke dar. Von der Stellung, die die Mächte zu jener Zeit gegenüber dem antisowjetistischen Rußland einnahmen, werden wir im entsprechenden Kapitel schreiben. Wir werden dort sehen, daß in jenem Jahr die Diplomatie der ganzen Welt antisowjetistisch orientiert war. Sobald aber gegen Ende 1919 die ersten Anzeichen an den Tag traten, die von einem Mißerfolg der Taktik der Intervention und des bewaffneten Kampfes gegen die Sowjets zeugten, richteten die europäischen Mächte ihre Blicke wieder auf die Sowjetregierung. Ihrerseits mußte auch die Sowjetregierung, nach dem Mißerfolg der revolutionären Bewegungen in der ersten Hälfte 1919, nolens volens ein Interesse gewinnen für die unmittelbaren diplomatischen Aufgaben, die sich zwangsläufig aus der Tatsache allein ergaben, daß ein Territorium wie Rußland der bolschewistischen Gewalt untertan war. Schon zu dem Zweck allein, um diesen für die Vorbereitung der Weltrevolution unbedingt

notwendigen „Waffenplatz" sich erhalten zu können, mußten die Bolschewiken für die Befriedigung wenigstens der elementarsten Bedürfnisse Sorge tragen, die sich aus der Stellung Rußlands unter den anderen europäischen Staaten ergaben. Seit jener Zeit bewegte sich die Diplomatie der Sowjetregierung auf einer Mittellinie, die eine Resultante darstellte zwischen der aus dem Auge verlorenen Linie der Weltrevolution und der Linie der realen Bedürfnisse Rußlands sowie der realen außenpolitischen Situation, in deren Rahmen sich die Sowjetregierung zu betätigen hatte.

Der lange Weg, den die Sowjetregierung im Verlaufe der darauffolgenden fünf Jahre (1920—1924) zurückgelegt hat, kann der Übersichtlichkeit halber in drei Perioden eingeteilt werden. In der ersten Periode (1920/21) war das einzige erreichbare und für die Bolschewiken wünschenswerte *reale* Ziel ihrer europäischen Politik die Abschließung von Handelsverträgen. In der zweiten Periode sucht Europa selbst die Sowjetregierung zu den internationalen Konferenzen heranzuziehen, um einen modus vivendi herzustellen (1922/23). Nachdem sich dies als unmöglich erwiesen hat, versuchen die *einzelnen* Mächte unmittelbare normale Beziehungen zu der Sowjetregierung wiederherzustellen, sei es auch um den Preis einer de facto- oder gar de jure-Anerkennung dieser Regierung (1924). Zurzeit bahnt sich die vierte und vielleicht die letzte Periode in den Beziehungen der Außenwelt zu Sowjetrußland an. Auf die Anerkennung folgt die Enttäuschung; auf die Enttäuschung — die Erkenntnis der internationalen Gefahr, die die von der Moskauer Internationale in der ganzen Welt betriebene kommunistische Propaganda darstellt. Auf die Erkenntnis der gemeinsamen Gefahr muß naturgemäß eine Verständigung über gemeinsame Gegenmaßnahmen folgen — oder jedenfalls eine Verständigung über die allgemeinen Richtlinien, an denen Rußland gegenüber festgehalten werden muß. Zu Beginn des Jahres 1925 haben wir es aber erst noch mit den Anfängen dieser neuen Periode zu tun.

Die erste Periode begann mit den Verhandlungen, die auf die Initiative der Sowjetregierung mit den neugebildeten Randstaaten aufgenommen wurden. Es war vollkommen klar, daß dieser Ring, der Rußland von der übrigen Welt trennte — Finnland, Estland, Lettland, Litauen, Polen, Rumänien, Georgien —, zuerst durchbrochen werden mußte, um der tatsächlichen „Blockade" Rußlands, von der die Sowjetdemagogen so viel ge-

schrien hatten, ein Ende zu bereiten. Diese ganze Länderzone war zunächst durch die deutsche Okkupation von Rußland abgeschnitten gewesen; in dem Maße, wie die deutschen Truppen sich zurückzogen, wurden hier von der Sowjetregierung für eine kurze Zeit Sowjetrepubliken errichtet; späterhin suchte die Sowjetregierung ständig hier Experimente zu veranstalten, die den Ausgangspunkt für die Übertragung der Revolution aus Rußland nach Europa bilden sollten. Allein die neugebildeten Staaten hatten es verstanden, sich sowohl die königlichen Dynastien, die ihnen Deutschland aufzwingen wollte, als auch die Diktatur der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte vom Leibe zu halten. Sobald sich für alle diese Staaten die Möglichkeit einer unabhängigen Existenz erwiesen hatte, wurden sie mit gebieterischer Notwendigkeit vor die Aufgabe gestellt, eine genaue Abgrenzung ihres Gebiets gegen Rußland vorzunehmen und wenigstens insofern einen Friedenszustand herbeizuführen, daß ihrer staatlichen Selbständigkeit und ihrer elementarsten Sicherheit nicht allezeit durch einen Einbruch von der russischen Grenze her Gefahr drohen konnte. Die Sowjetregierung ihrerseits ließ sich zum Friedensschluß mit ihnen bereit finden, da sie sich dadurch „ein Fenster nach Europa" offen hielt, das ihr sowohl für friedliche Handelszwecke als auch für weitere Experimente auf dem Gebiet der Weltrevolution notwendig war.

Dieses Bedürfnis wurde von Sowjetrußland besonders stark in bezug auf die Nachbarstaaten empfunden, durch deren Gebiet früher die Hauptwege des russischen Außenhandels geführt hatten. Dies traf in erster Linie für Estland zu, in einem geringeren Maße auch für Lettland und in noch geringerem für Litauen. Dieser Ländergruppe wandte sich denn auch das Interesse der Sowjetregierung vor allem zu, wobei man in Moskau besonders um die Anbahnung friedlicher Beziehungen zu Estland besorgt war. Schon am 31. August 1919 hatte die Sowjetregierung Estland vorgeschlagen, in Friedensverhandlungen einzutreten. Durch die Offensive Judenitschs unterbrochen, wurden sie am 5. Dezember in Dorpat wieder aufgenommen. Am 2. Februar 1920 wurde ein Friedens- und Handelsvertrag abgeschlossen. Vor lauter Freude und als Zeichen eines besonderen Entgegenkommens hatten die Sowjetdiplomaten Estland 15 Millionen Goldrubel gegeben und eine Waldkonzession von einer Million Deßjatinen eingeräumt. Dies hinderte jedoch Lenin nicht daran, am 27. Januar auf einer Arbeiterkonferenz

zu erklären, daß „Estland die Kerenski-Phase durchmache" und daß „die Arbeiter diese Staatsgewalt stürzen und ein neues Estland aufrichten würden, mit dem wir einen neuen Frieden schließen werden". Man sieht, der Ideologie der Weltrevolution sollten die realen Erfolge der Sowjetregierung keinen Eintrag tun. Ein Aufstand in Estland, als erster Schritt zur deutschen und weiterhin europäischen Revolution, blieb bis Ende 1924 eine permanente Aufgabe der Bolschewiken.

Mit Lettland hatten die Verhandlungen im September 1919 begonnen und der Frieden wurde am 11. August 1920 abgeschlossen. Als Zweiter beim Ziel angelangt, hatte Lettland entsprechend weniger Vorteile erhalten: es hatte nur 4 Millionen Goldrubel und eine Waldkonzession von 100 000 Deßjatinen bekommen. Für die Zwecke der revolutionären Propaganda brauchte man Riga weniger als Reval, wodurch sich die geringere Aktivität der Sowjetgesandtschaft in jener Hauptstadt erklärt. Doch mußte auch die lettische Regierung sehr bald gegen die Unterstützung Protest erheben, die die Moskauer Kommunisten den lettischen Streikorganisationen angedeihen ließen. Auch hier versuchten die Bolschewiken, für den Sturz der lettischen Regierung zu agitieren, um diese durch eine neue zu ersetzen, die Moskau gefügig wäre.

Litauen befand sich in einer besonderen Lage: Sowjetrußland brauchte es als Transitland nicht, wollte aber in ihm einen Bundesgenossen für den Fall eines Zusammenstoßes mit Polen gewinnen. Litauens Lage zwischen zwei baltischen und zwei zum Schwarzen Meer gravitierenden Staaten ermöglichte es ihm, eine vorteilhafte neutrale Stellung einzunehmen. Die Verhandlungen mit Litauen begannen im Februar 1920, der Friedensvertrag wurde am 12. Juli abgeschlossen; danach erhielt Litauen 3 Millionen Goldrubel und eine Waldkonzession von 100 000 Deßjatinen.

An Finnland erging das Friedensangebot am 11. September 1919, gleichzeitig mit dem an Lettland gerichteten. Finnland, das die Freuden einer Invasion der Roten Garde noch in frischer Erinnerung hatte, gab eine abschlägige Antwort. Es steckten dahinter weitgehende Forderungen territorialer und wirtschaftlicher Natur, die an Rußland gestellt werden sollten. Die Verhandlungen begannen erst am 12. Juli 1920 und der Frieden wurde am 14. Oktober desselben Jahres abgeschlossen.

Aber auch in der Folgezeit gab es einen langwierigen Streit um den Besitz Ost-Kareliens.

Am schwierigsten gestalteten sich die Beziehungen zu Polen. Der Abschluß eines Friedensvertrages wurde Polen dreimal angeboten: am 22. Dezember 1919, am 28. Januar und am 2. Februar 1920. Erst am 27. März kam die polnische Antwortnote mit dem Vorschlag, die Verhandlungen in Borissow aufzunehmen. Es war klar, daß Polen den Streit um die Grenzen durch die Waffen entscheiden wollte. Bei einer Offensive mußte Borissow in die Zone der Kriegsoperationen fallen. Bald wurden auch die territorialen Forderungen Polens bekannt, die von keiner russischen Regierung hätten angenommen werden können. Pilsudski, unversöhnlicher als selbst die polnischen Rechtsparteien, verlangte die Wiederherstellung der polnischen Grenzen vor 1772, also des Gebietsstandes aus der Zeit vor der ersten Aufteilung Polens, bei welcher der polnische Staat solche Gebiete an Rußland abtreten mußte, die gar keine polnische Bevölkerung hatten. Im Einvernehmen mit dem ukrainischen Führer Petljura fielen die polnischen Truppen in die Ukraine ein und besetzten am 6. Mai Kiew. Der Oberste Rat der Alliierten hatte sowohl die territorialen Forderungen als auch die Handlungsweise der Polen entschieden mißbilligt. Im Juni kam jedoch die polnische Offensive zum Stillstand. Am 11. Juni wurden die Polen gezwungen, Kiew zu räumen. Im Juli waren sie auf der ganzen Linie im Rückzuge begriffen und die Sowjettruppen drangen bis in die Nähe von Warschau vor. Am 10. Juli wandten sich die Polen mit einem Hilferuf an die Alliierten.

Von diesem Augenblick verflicht sich die Geschichte des sowjetistisch-polnischen Kampfes mit der Geschichte der Beziehungen, in denen die Alliierten zum bolschewistischen und antibolschewistischen Rußland standen. Dies nötigt uns, über die Grenzen der Friedens- und Handelsvertragsverhandlungen der Sowjetdiplomaten mit den Randstaaten hinauszugehen und das weitere Gebiet der gegenseitigen Beziehungen zu betreten, die im Jahre 1920 zwischen den Sowjets und Europa bestanden.

VI.

Am 8. Januar 1920 waren Lloyd George, Clémenceau und Nitti in Paris zu der sogenannten „Zweiten Pariser Konferenz" zusammengekommen. Um diese Zeit waren in Paris eine Reihe

neuer Nachrichten über Rußland eingetroffen. Am 10. Januar hatten die Bolschewiken Nowotscherkask, am 12. Rostow, die Residenz der Regierung Denikins, eingenommen. Es waren Einzelheiten über die Auslieferung Koltschaks in Irkutsk bekannt geworden. Die Frage einer Änderung der gegenüber der Sowjetregierung bisher befolgten Politik drängte sich naturgemäß auf. Clémenceau verteidigte nach wie vor seine Politik der „Stacheldrahtbarriere", von der Rußland eingeschlossen werden solle. Ihren Ausdruck fand diese Politik am 16. Januar in der de facto-Anerkennung der Unabhängigkeit Aserbejdshans, Georgiens und Armeniens. In England dauerte der Kampf zwischen zwei Auffassungen an, — derjenigen Lloyd Georges einerseits und Churchills andererseits. Lloyd George erklärte sich dafür, daß der bewaffnete Kampf gegen die Bolschewiken vollkommen aufgegeben werde und daß Handelsverträge mit ihnen abgeschlossen würden. Churchill verteidigte nach wie vor unentwegt die Politik des weiteren Kampfes und der Blockade. Jede dieser beiden Auffassungen fand ebenfalls ihren Ausdruck in den Entscheidungen des Obersten Rates. Unter dem Einfluß Lloyd Georges wurde der vor einem Jahre von dem russischen Genossenschaftler Berkenheim gemachte Vorschlag angenommen, die Handelsbeziehungen nicht unmittelbar mit der Sowjetregierung, sondern mit der Bevölkerung, durch Vermittlung der Genossenschaftsorganisationen, anzuknüpfen. Die Entscheidung des Obersten Rats vom 17. Januar hatte um diesen Plan das Mäntelchen der Philanthropie gelegt. „Von dem Wunsch geleitet, der durch die Einstellung jeglicher Zufuhr von ausländischen Industrieartikeln leidenden Bevölkerung Rußlands in ihrer unglücklichen Lage Hilfe zu leisten", genehmigte der Oberste Rat die Einfuhr von Arzneimitteln, Kleiderstücken und landwirtschaftlichen Geräten nach Rußland, wo sie gegen die „Überschüsse" an Flachs und Getreide ausgetauscht werden sollten —, und zwar durch Vermittelung „der in direktem Kontakt mit der Bauernschaft in ganz Rußland stehenden genossenschaftlichen Organisationen". Das Heuchlerische dieser Entscheidung war um so augenfälliger, als die Sowjetregierung sich beeilte, die Genossenschaften in rein behördliche Institutionen zu verwandeln und daher dem Plane Lloyd Georges ohne Bedenken ihre Zustimmung geben konnte (2. Februar).

Zum großen Leidwesen Lloyd Georges traf aber nun in Paris

unerwartet der Vertreter der dritten Auffassung Churchill ein, von militärischen und Marinesachverständigen begleitet. Der Zweck seiner Reise ließ sich leicht durch eine offizielle Veröffentlichung des Kriegsministeriums illustrieren, welche an Hand einer Karte das Heranrücken der Roten Armee an die Grenzen Persiens, Indiens und Chinas verdeutlichte. In der Veröffentlichung wurde die steigende Gefahr betont, die Mittelasien drohte und die Notwendigkeit dargelegt, Truppenverstärkungen dorthin zu entsenden. Am selben Tage (16. Januar) erhielt die britische Flotte den Befehl, von Malta nach dem Schwarzen Meere zu gehen. Gerüchte liefen um, es werde eine Armee von 200 000 Mann nach dem Kaukasus geschickt.

Von diesen drei Auffassungen hatte letzten Endes die Politik Lloyd Georges den Sieg davongetragen. Es hatte dies aber mehr als ein Jahr in Anspruch genommen. In ihrem Wunsch, mit der Sowjetregierung ein Handelsabkommen und womöglich auch einen Friedensvertrag abzuschließen, stand dabei die britische Regierung längere Zeit allein da. Die Sowjetdelegation, die gemäß der Entscheidung vom 17. Januar nicht von der Regierung, sondern vom „Centrossojus" (Zentralverband der Genossenschaftsorganisationen) abgeordnet war und an deren Spitze Krássin stand, war bereits am 24. Februar designiert worden, ihre Fahrt über Finnland, Schweden und Dänemark vollzog sich aber unter erheblichen Schwierigkeiten und dauerte bis Ende Mai. In Kopenhagen fand die erste vorbereitende Begegnung mit den Vertretern der Mächte statt. Die französischen und belgischen Delegierten verteidigten beharrlich den Standpunkt, daß es unmöglich sei, mit Rußland auch nur in wirtschaftliche Beziehungen zu treten, solange das Sowjetregime fortdauere.

Am 31. Mai traf die Delegation endlich in London ein. Es stellte sich sofort heraus, daß beide Teile unter dem Deckmantel wirtschaftlicher Abmachungen *politische* Verhandlungen führen wollten. Und sofort wurde es auch klar, daß sowohl für jene wie für diese keine feste Grundlage vorhanden war. Die Bolschewiken wollten auf die von Lloyd George gestellten Bedingungen nicht eingehen: dieser verlangte Einstellung der antibritischen Propaganda und Nichteinmischung in die britische Interessensphäre im Orient, insbesondere in Persien, wo die roten Truppen eingedrungen waren. Auch auf dem Gebiet der Handelsbeziehungen war man auf ein Hindernis gestoßen, da

die Bolschewiken sich weigerten, ihre Schuldverpflichtungen anzuerkennen. Die Waren, die sie eingeführt hatten, trugen in mehreren Fällen die Marke der früheren Eigentümer, erwiesen sich unbestreitbar als „gestohlen". Nach einem Monat fruchtloser Verhandlungen stellte die britische Regierung am 1. Juli endlich ultimative Forderungen und Krassin fuhr mit diesen nach Moskau zurück. Lloyd George aber begab sich nach Spaa zur Alliiertenkonferenz, welche die Voraussetzungen für die Pazifizierung Europas festlegen sollte.

In diesem Augenblick nun komplizierte sich die sowjetrussische Frage durch die polnische: die von den Bolschewiken bedrängten Polen ersuchten die Alliierten am 10. Juli um ihre Vermittelung. Lloyd George hielt für Spaa einen „coup de théâtre" bereit: nämlich Lenins Zustimmung zu den ultimativen Forderungen Englands. Zwar war die Zustimmung recht zweideutig: sie war nur „im Prinzip" gegeben. Aber gegenüber Moskau erschien auch dies als eine bedeutende Errungenschaft. Die Mächte waren jedoch nicht geneigt, sich durch den scheinbaren Erfolg Lloyd Georges so schnell blenden zu lassen. Sie nahmen sich vor, zunächst die polnisch-sowjetistischen Beziehungen zu regeln. An die streitenden Parteien erging aus Spaa eine ultimative Forderung: die Polen sollten ihre ethnographischen Grenzen nicht überschreiten, die Bolschewiken und General Wrangel zu einer Konferenz nach London kommen. Ein sofortiger Waffenstillstand sollte abgeschlossen und eine neutrale Zone festgelegt werden: zwischen Sowjetrußland und Polen östlich von der „Curzon-Linie" (die mit der ethnographischen Grenze Polens nahezu zusammenfiel), zwischen Rußland und der Krim — auf der Landenge von Perekop. Das Ultimatum lief bis zum 18. Juli.

Die Regierungen der Entente hatten aber offenbar ihre Machtmittel weit überschätzt. Die Sowjetregierung ließ mit Absicht die Frist des Ultimatums ablaufen und antwortete am 19. Juli mit einer im ironischen Ton gehaltenen Note, worin es hieß, daß die britische Regierung nicht unparteiisch genug sei, um die Rolle eines Vermittlers spielen zu können; daß der Völkerbund, auf den sie Bezug nehme, eine der Sowjetregierung offiziell nicht bekannte Einrichtung sei, und daß letztere sich mit Polen unmittelbar verständigen könne, wobei den Polen eine günstigere Grenze angeboten werden würde, als die Curzon-Linie, die unter dem Einfluß der „russischen Gegenrevolutionäre" gezogen

worden sei. England gab nach: die britische Antwort vom 24. Juli lautete, daß England auf einer Konferenz in London nicht bestehe, daß es aber gezwungen sein werde, Polen Hilfe zu leisten, falls die Bolschewiken in dessen Gebiet einfallen würden. Bis zur Klärung der Lage hatte die britische Regierung angeordnet, daß der aus Moskau zu politischen Verhandlungen bereits abgereiste Kamenew in Reval aufgehalten werde. Nun tat Moskau noch einen Schritt vorwärts. Am 24. Juli gab Tschitschérin seine Zustimmung zur Einberufung einer Konferenz in London, jedoch nicht zwecks Verhandlungen mit Polen oder den Randstaaten, sondern um einen Frieden zwischen Rußland und den Großmächten auf der Basis der Gleichberechtigung abzuschließen. Er verlangte weiter Wrangels Kapitulation und die Übergabe des von diesem gehaltenen Gebiets. Lloyd George versuchte auch diesmal, das dreiste Vorgehen Moskaus in einem günstigen Sinne auszudeuten. Er antwortete am 26. Juli, indem er seiner Genugtuung über die bevorstehende „Friedenskonferenz" Rußlands mit den Mächten Ausdruck gab und gestattete, daß Kámenews politische Delegation ihre Reise nach London fortsetze. In Boulogne aber, wohin sich Lloyd George am selben Tage zu einer Begegnung mit Millerand begab, fand er eine ganz andere Stimmung vor. Millerand erinnerte ihn daran, daß in erster Linie daran gedacht werden müsse, Polen vor der Invasion der roten Truppen zu schützen. Am 29. Juli sandte denn auch Lloyd George nach Moskau eine neue Note, die mit den französischen Wünschen in Einklang stand. Hiernach wurden nach London außer den Mächten und Rußland auch die Randstaaten und Polen eingeladen; erst nach Regelung der Beziehungen zu diesen wurde die Aufnahme von Verhandlungen über die Wiederherstellung der „normalen Beziehungen" zwischen Sowjetrußland und den Mächten in Aussicht gestellt.

Die Sowjetregierung fuhr fort, die Mächte zu verhöhnen. Sie beeilte sich nicht, eine Antwort zu erteilen; sie beeilte sich auch nicht mit der Eröffnung formaler Waffenstillstandsverhandlungen mit Polen; den Beginn dieser Verhandlungen schob sie mit allen erdenklichen Mitteln hinaus. Inzwischen rückten die roten Truppen auf polnischem Gebiet immer weiter vor.

Ohne eine Antwort auf seine Note vom 29. Juli erhalten zu haben, sandte Lloyd George am 3. August von neuem eine Note nach Moskau, in der er daran erinnerte, daß der Entschluß,

mit Polen allein abzurechnen, die Idee der Londoner Konferenz überhaupt aufhebe und die Alliierten zu einer Hilfeleistung für Polen zwinge. Auch dieses Warnungsschreiben blieb unbeantwortet. Verstimmt berief Lloyd George die am 1. August in London eingetroffenen Kámenew und Krassin nach der Downing Street, wo er mit ihnen eine scharfe Auseinandersetzung hatte. „Ihre Truppen nähern sich Warschau," erklärte er, „das ist das einzige, was England in diesem Augenblicke interessiert." Lloyd Georges Ultimatum lautete: entweder wird die Offensive eingestellt, oder es wird in drei Tagen die britische Flotte gegen Sowjetrußland eingesetzt. Im Unterhause erklärte er am 5. August, daß Maßnahmen getroffen worden seien, um eine unbehinderte Beförderung von Munition aus Danzig nach Polen sicherzustellen, und bat das Haus, Mitteilungen über „weitere militärische Maßnahmen zu See und zu Lande" bis zum 9. August abzuwarten. Am 8. August sollte eine Unterredung mit Millerand in Hythe stattfinden.

Kámenew teilte Lloyd George endlich die Antwort Moskaus mit, verschwieg dabei aber die Hauptsache, nämlich die Forderung der Bolschewiken, daß nicht nur die polnische Armee entwaffnet, sondern auch die Arbeitermiliz bewaffnet werden sollte. Das wäre natürlich nur ein Vorspiel zur Umwandlung Polens in eine Sowjetrepublik gewesen, und der Sinn der Moskauer Forderung wurde hierdurch von Grund auf geändert. Zugleich wurde von den Kommunisten in den Reihen der britischen Arbeiterpartei rastlos agitiert. Indem sie die Furcht vor der Möglichkeit eines Krieges zwischen England und den Sowjets ausnutzten, suchten die Kommunisten die Arbeiterpartei zu aktiven Schritten zu bewegen. Diese Agitation hatte unleugbaren Erfolg. Am 9. August beschlossen die im Parlamentsgebäude versammelten Arbeiterorganisationen, zur Verhütung eines Krieges einen „Aktionsausschuß" zu bilden. Unterdessen wurde auf der Konferenz der alliierten Premiers in Hythe in der Nacht vom 8. auf den 9. August der Beschluß gefaßt, den Abschluß eines zehntägigen Waffenstillstands mit Polen zu verlangen und für den Fall einer Weigerung der Bolschewiken eine Reihe von Zwangsmaßnahmen zu treffen — wie Abbruch der Handelsvertragsverhandlungen, Ausübung eines wirtschaftlichen Drucks, militärische Hilfeleistung jeder Art an die Gegner der Bolschewiken und endlich im Notfalle sogar ein bewaffnetes Einschreiten. Hier hörte aber das Ein-

verständnis zwischen England und Frankreich auf. Nach London zurückgekehrt, mußte Lloyd George mit der unter den Arbeitern getriebenen Agitation rechnen. Eine vom „Aktionsausschuß" am 23. August einberufene Konferenz beschloß, die militärischen Vorbereitungen zu verhindern. Die Arbeiterführer versuchten durch Vermittelung Kámenews eine Milderung der Forderungen Moskaus zu erreichen. Die Sowjetregierung bereitete jedoch allen diesen Bemühungen ein Ende, als sie am 8. August nicht ohne Schadenfreude mitteilte, es sei bereits zu spät, da die Polen ihre Bereitschaft erklärt hätten, in Verhandlungen über einen Waffenstillstand und Friedensschluß einzutreten. Millerand setzte sich in jenen Tagen in einen entschiedenen Gegensatz zu Lloyd George. Nach Paris zurückgekehrt, verkündigte er eine formelle Anerkennung General Wrangels (am 11. August) und sandte nach Washington ein Telegramm (am 13. August), in welchem das scharfe Urteil des Staatssekretärs Colby (in dessen Note vom 10. August) über die Bolschewiken bestätigt und verstärkt wurde: diese hätten von vornherein beschlossen, die von ihnen unterzeichneten Verträge nicht zu halten; sie hätten sich gegen die demokratischen Einrichtungen verschworen und suchten vermittels einer weitverzweigten internationalen Organisation die Völker zum Aufruhr aufzureizen. Es schien, als ob Frankreich und England fortan verschiedene Wege gehen würden. Die Lage veränderte sich jedoch radikal, als die Rote Armee, die bereits bis an die Mauern Warschaus vorgerückt war, von den polnischen Truppen unter französischer Führung an den Bug zurückgeworfen wurde. Die ersten Nachrichten von dem Wechsel des Kriegsglückes (19. August) fielen mit der Meldung über Polens Weigerung, die unmöglichen Bedingungen der Bolschewiken anzunehmen, zusammen. Durch die Veröffentlichung dieser Bedingungen (am 23. August) wurde das Doppelspiel Kámenews bloßgestellt. Der von ihm begangene Betrug wurde in einer von Luzern aus abgesandten Note Balfours (vom 27. August), in der die Ergebnisse der Begegnung Lloyd Georges mit Giolitti dargelegt wurden, scharf hervorgehoben. Sobald nun Lloyd George, am 19. September, nach England zurückgekehrt war, berief er Kámenew sofort zu sich, und nach einer äußerst scharfen Auseinandersetzung, in der Lloyd George seiner ganzen Erbitterung Luft machte, ließ er den Führer der Sowjetdelegation aus London einfach fortjagen.

Außer dem erwähnten Betrug wurde gegen Kámenew die Beschuldigung erhoben, daß er sich mit dem „Aktionsausschuß" in Verbindung gesetzt und das Londoner kommunistische Blatt „The Daily Herald" mit 75 000 Pfund bestochen habe, wozu er Brillanten, die der kaiserlichen Familie gehörten, in England verkauft hätte.

Mit der Abreise Kámenews fanden die politischen Verhandlungen ihr Ende, und dies war der Ausgang des ersten von den Bolschewiken unternommenen Versuches, auf der europäischen Arena aufzutreten, ohne die internationale Propaganda einzustellen. Die Handelsvertragsverhandlungen wurden erst im November 1920 wieder aufgenommen, und zwar auf der Grundlage eines für die Bolschewiken weniger günstigen Entwurfes, als es die Vereinbarung vom 7. Juli gewesen war. Nach neuen gegenseitigen Zugeständnissen reiste Krássin mit dem Vertragsentwurf nach Moskau ab (Ende Dezember) und kehrte am 5. März 1921 mit neuen Vorschlägen zurück. Der Handelsvertrag wurde von Krássin und Sir Robert Horne am 16. März unterzeichnet, wobei Krássin gleichzeitig eine englische Note überreicht wurde, die die Feststellungen über die bolschewistische Agitation in Asien enthielt. Gewisse Erfolge wurden von der Sowjetdiplomatie zu jener Zeit auch in den skandinavischen Ländern, in der Schweiz und in Italien davongetragen.

VII.

Wie beeinflußte dies alles die Bolschewiken in ihrem Streben nach der Weltrevolution?

In mehreren von Lenin und seinen Freunden abgegebenen Erklärungen haben sie zugegeben, daß sie sich geirrt hätten, als sie auf den unmittelbaren Beginn der Weltrevolution rechneten. Aber es liegt keine einzige Erklärung vor, die ein Abrücken von dem Prinzip selbst enthielte.

„Es ist allerdings möglich, daß wir uns geirrt haben", sagte Sinowjew auf dem Kongreß der Kommunistischen Internationale im Juli 1920. „Nicht ein Jahr, sondern zwei oder drei werden erforderlich sein, bis ganz Europa sowjetistisch wird. Man hat eine Gnadenfrist, bevor man vernichtet wird." Am 23. August 1920 äußerte sich Lenin in gleichem Sinne — mit derselben stillen Hoffnung im Hintergrunde seiner Ausführungen. „Die letzten drei Jahre," sagte er, „haben uns erkennen lassen, daß wir unserer Politik zwar die kommende inter-

nationale Revolution zugrunde legen müssen, aber nicht mit einem bestimmten Datum rechnen dürfen, und daß das steigende Tempo der Entwicklung eine Revolution im nächsten Frühjahr (1921) mit sich bringen kann oder auch nicht... Wir müssen es deshalb verstehen, unsere Tätigkeit dem Kräfteverhältnis der Klassen in unserem eigenen und in anderen Ländern anzupassen, um in der Lage zu sein, die Diktatur des Proletariats auf eine lange Zeit hinaus aufrechtzuerhalten und wenigstens stufenweise all der Übel und Krisen Herr zu werden, von denen wir befallen sind." Jedenfalls: „Die Weltrevolution nimmt an Stärke zu, während gleichzeitig die Wirtschaftskrise in Europa immer schlimmer wird..." „Die Weltrevolution hat sicherlich im Vergleich zum vorigen Jahr einen großen Schritt vorwärts gemacht."

Die Weltrevolution wurde demnach nicht aus den Augen verloren. Aber die bolschewistische Diplomatie hatte jetzt eine viel schwierigere Aufgabe zu bewältigen. Sie hatte sich den wechselnden Verhältnissen, durch die ihre Arbeit bedingt wurde, „anzupassen", anstatt zu versuchen, ihre eigenen Lösungen aufzuzwingen. Sie hatte jede Gelegenheit zu benutzen, um die Sache der Weltrevolution zu fördern und sich gleichzeitig darauf vorzubereiten, ihre Tätigkeit „auf lange Zeit hinaus" berechnen zu müssen. Die neuen Instruktionen für bolschewistische Diplomaten, die von Tschitschérin für das Jahr 1921 ausgearbeitet wurden, waren denn auch dementsprechend abgefaßt. Ihr Leitmotiv war folgendes: Laßt uns die Mißstimmigkeiten und die Konflikte der fremden Länder untereinander schüren und zugleich deren Aufmerksamkeit vom bolschewistischen Rußland abzulenken suchen. „Wir müssen dafür sorgen, daß das Schwergewicht von uns nach dem Westen verlegt werde. Mögen sich die europäischen Diplomaten über die Lösung von Problemen den Kopf zerbrechen, die nicht gelöst werden können. Wir werden stets zusehen, daß wir der entscheidende Faktor bleiben. Es liegt nicht in unserem Interesse, daß wir gefürchtet werden und unsere Macht überschätzt wird. Das Ersprießlichste für uns ist, daß wir eine Zeitlang im Schatten bleiben. Die offizielle Anerkennung unserer diplomatischen Vertreter, Entwickelung der Handelsbeziehungen, allmähliche Ausbreitung unserer Propaganda und Befestigung unserer Autorität unter den proletarischen Massen — dies sind die Ziele unserer Arbeit." Dem-

nach hieß es für die bolschewistischen Diplomaten, ihre Zeit abzuwarten und mittlerweile mit Konzessionen nicht zu knausern. „Deutschland bedarf moralischer Unterstützung? Wir werden ihm eine solche gewähren. Deutschland wünscht Sicherheit für seine Ostgrenze? Wir wollen sie ihm versprechen. Frankreich wünscht uns hilflos zu sehen? Wir wollen uns ihm hilflos zeigen. England will uns ausbeuten? Wir werden ihm hierzu jede Möglichkeit bieten." Zugleich soll keine Gelegenheit unbenutzt bleiben, um internationale Konflikte zu schüren. Tschitschérin empfiehlt den bolschewistischen Auslandsvertretungen folgende Kombinationen als beachtenswert: „Die britisch-japanische als eine Drohung gegen Amerika; die britisch-deutsche als eine Drohung gegen Frankreich; die italienisch-griechische als Gegengewicht gegenüber der Politik Englands und Frankreichs im nahen Orient; die polnisch-französische als eine direkte Bedrohung Deutschlands; die tschechisch-rumänische als eine Drohung gegen Ungarn" usw. „Sollten die Umstände unsere Tätigkeit im Westen behindern, dann wird das Schwergewicht unserer diplomatischen Arbeit nach der Balkanhalbinsel verlegt werden müssen, und es wird unsere Aufgabe sein, uns die Einflußsphäre im nahen Orient zu sichern."

VIII.

Die bolschewistischen Vertretungen im Auslande arbeiteten denn auch diesen Weisungen gemäß. Ich bin im Besitz einer Reihe ihrer Berichte an die Zentralregierung, die sich auf die Sommermonate 1921 beziehen. Eine Zusammenfassung der darin enthaltenen Beobachtungen und Anregungen ergibt im wesentlichen folgendes Bild:

Soweit der Westen in Betracht kommt, sind sich die bolschewistischen Beobachter dessen bewußt, daß die Zeit für eine unmittelbare Weltrevolution nunmehr vorbei ist. Die wirtschaftliche Krise, auf die sie ihre Hoffnungen gründeten, verliert allmählich an Schärfe. Die Lage ist für den internationalen Kapitalismus nicht mehr katastrophal. Die Nachkriegskrise war hereingebrochen, ohne daß die Arbeiterschaft darauf vorbereitet war; so hat letztere den rechten Augenblick verpaßt. Gegenwärtig ist sie sogar noch mehr desorganisiert als ein Jahr zuvor, trotz der Tätigkeit der Dritten Internationale. Der Beobachter hätte hinzufügen können, daß die Des-

organisierung nicht „trotz" dieser Tätigkeit, sondern gerade als eine Folge der Leninschen Befehle an die Dritte Internationale eingetreten war. Mit einem Wort, die Möglichkeit, den Kapitalismus im Augenblick seiner größten Schwäche anzugreifen ist hin und vorbei.

Dies trifft ganz besonders auf Deutschland zu. Dieses Land hat, nach Aussage der bolschewistischen Beobachter, Ausdauer, Energie und standhaften Arbeitswillen in einem erstaunlichen Maße an den Tag gelegt. In Österreich bleibt die Lage kritisch, doch ist sie besser als ein Jahr zuvor. In Ungarn wie in Bulgarien ist die Volkswirtschaft nunmehr zu geordneten Zuständen gelangt. Großbritannien leidet unter einer beispiellosen Arbeitslosigkeit, aber das Volk wird von der Regierung über alle Schwierigkeiten der Lage unterrichtet, infolgedessen ist das Vertrauen der Bevölkerung in ihre Regierung keineswegs erschüttert. In Frankreich ist die nächste Zukunft düster. Es fehlt hier an Vertrauen und gegenseitigem Verständnis zwischen Volk und Regierung. Finanzen und Volkswirtschaft sind in einer schlimmen Lage. Die einzige Hoffnung liegt in einer Wiederaufnahme des Handels mit Rußland, Frankreichs größtem Abnehmer vor dem Kriege, begründet. Aber dieser Ausweg ist durch eine falsche Politik versperrt. Italien ist bereit, mit jedermann auf einer unpolitischen Basis Handel zu treiben. Aber alle Hoffnungen, die man auf die gefühlsmäßige Empfänglichkeit der Arbeiterschaft gesetzt hatte, sind enttäuscht worden. Der revolutionäre Enthusiasmus der italienischen Kommunisten hat die Probe nicht bestanden, als er sich einmal einem ernsten Widerstande — dem der Faschisten — gegenüber sah. Die Bourgeoisie hat sich zur Selbstverteidigung organisiert, und die kommunistischen Gruppen wurden gezwungen, die offene Propaganda gegen eine illegale und geheime Tätigkeit einzutauschen. Die Tschechoslowakei hat sich als ein viel stärkerer Organismus erwiesen, als dies zu erwarten war. Der Grund hierfür ist ein tief eingewurzelter Instinkt für Privateigentum (sic). Ein tiefes gegenseitiges Verständnis zwischen Arbeitern und Unternehmern schließt jede Aussicht auf einen Erfolg der kommunistischen Propaganda aus. Nationale Konflikte werden durch den hohen Grad der nationalen Toleranz ebenfalls ausgeschaltet. Jugoslawien ist im Gegenteil ein Land, das auf der niedrigsten Kulturstufe steht. Aber es ist ein Agrarland, und

für Klassengegensätze ist hier kein Raum. Eine soziale Bewegung auf kommunistischer Basis kann in einem solchen Lande naturgemäß keine Wurzel schlagen. Dagegen sind hier die nationalen Konflikte recht scharf, und diese können in Zukunft ausgenützt werden. Rumänien ist ebenso reich und patriarchalisch wie es vor dem Kriege war und ist in der industriellen Entwicklung noch immer weit zurückgeblieben. Aber Ausbrüche nationalen Hasses sind unvermeidlich als ein Ergebnis der neuerlichen Annexionen von Gebieten, deren Bevölkerung viel höher entwickelt und für soziale Lehren viel empfänglicher ist, als der Grundstock des rumänischen Volkes. Eine noch größere Unsicherheit kennzeichnet die Lage Polens, und die Krise ist hier unvermeidlich; für eine solche arbeiten Hand in Hand der aggressive Imperialismus der führenden Parteien, der tiefe Haß der annektierten Bevölkerungen gegen die Polen, das starke Klassenbewußtsein des polnischen Proletariats und die äußerst ungünstige Wirtschaftslage.

Diese Darstellung berechtigt zu dem Schluß, daß von den kommunistischen Organisationen im Westen Europas nichts Bedeutendes geleistet werden konnte. Man kam der irischen revolutionären Bewegung zu Hilfe, man unterstützte die Streiks in Großbritannien, trieb kommunistische Propaganda in der Flotte, in Manchester und Birmingham. In Frankreich wurde die kommunistische Agitation nach den afrikanischen Kolonien verlegt, um den revolutionären Kommunisten in der Türkei die Hand zu reichen und auf diese Weise „den Ring zu schließen". Die Berichterstatter geben zu, daß die Tätigkeit der Kommunisten in Deutschland ganz und gar erfolglos war und daß der in Halle unternommene Versuch eines Aufstandes (März 1921) ein schwerer Fehler gewesen sei, der den Zusammenbruch der ganzen Organisation herbeigeführt habe. „Der deutsche Arbeiter ist zu realistisch gesinnt und entschließt sich nur dann zur Tat, wenn er die praktischen Ergebnisse der Aktion klar vor sich sieht."

Man sieht, den bolschewistischen Agenten in Westeuropa geht die Gabe der Beobachtung durchaus nicht ab. Ihre Ansichten über die Möglichkeit eines kommunistischen Erfolges im Westen sind durch und durch pessimistisch. Ganz anders lauten aber ihre Berichte, wenn sie auf die Lage im Orient zu sprechen kommen.

Gewiß, auch hier hegen sie keine Hoffnungen mehr auf einen unmittelbar bevorstehenden Umsturz. Sie sind ganz besonders darauf bedacht, daß ihr stärkster „Trumpf" — eine Revolution in Indien — nicht durch einen verfrühten und unüberlegten Versuch entkräftet werde. Aber sie erwarten trotzdem außerordentlich günstige Gelegenheiten schon für die nächste Zukunft; zwar nicht im Sinne einer weit um sich greifenden sozialen Bewegung: ihre Hoffnungen setzen sie vielmehr auf eine ausgebreitete turkophile und panislamitische Propaganda. Sie berichten, daß sie hier „gezwungen waren, auf eine gewaltsame Einimpfung kommunistischer Ideen zu verzichten und die Ziele der Kommunistischen Internationale in einen nationalistischen Mantel zu hüllen".

Von dem Ergebnis sind sie durchaus befriedigt. „Im Jahre 1919 haben wir bei der Abwehr der britischen Beeinflussung auf Turkestan einen schweren Stand gehabt. Im Jahre 1921 leiten wir einen Angriff gegen die Stützen des Kapitalismus in Indien ein." Nach ihrem ersten Kongreß in Samarkand und dem zweiten in Baku, nach ihren letzten diplomatischen Verhandlungen in Trapezunt, die mit dem Abschluß eines Vertrages zwischen Afghanistan und der Regierung von Angora endigten (am 25. April 1921), sind sie dessen sicher, daß sie das Stadium „einer geeinigten und mächtigen mohammedanischen Bewegung" erreicht haben, die „die unterdrückten Völker" umfaßt und die „der Herrschaft des Kapitals den Todesstoß versetzen und deren koloniale Basis zerstören wird".

Besonderen Wert legen sie auf die indische nationale Bewegung: hier befinden sie sich in ihrem eigenen Element — in der Atmosphäre des sozialen und des Klassenkampfes. Jedoch lassen sie sich durch die Berichte ihrer kommunistischen Organisationen in Indien durchaus nicht überzeugen, daß der Zeitpunkt für einen Umsturz bereits gekommen sei. Sie sind im Gegenteil der Ansicht, daß eine gewisse Zeit verstreichen muß, bevor es zur Krise kommt und „die engherzige nationalistische Bewegung, die sich auf religiöse Vorurteile und Überlieferungen aus alter Zeit stützt, in dem mächtigen Strom einer proletarischen Erhebung aufgehen kann".

Bis dahin schätzen sie die Rolle, die die türkische nationale Regierung in Angora spielt, hoch ein und stellen fest, daß trotz aller Anstrengungen der britischen Diplomatie, sogar trotz der „teilweisen Erfolge" Englands in Ägypten und an der afgha-

nischen Grenze sowie im südwestlichen Persien, es ihnen doch gelungen ist, die Zusammenarbeit mit Angora zuwege zu bringen. Sie sind insbesondere darauf stolz, in dem Doppelspiel mit Afghanistan zum Ziele gekommen zu sein und die Afghanen dazu bewogen zu haben, die politische Vormachtstellung der Türkei in der großen mohammedanischen Bewegung anzuerkennen. Das in den Artikeln 4 und 8 des Vertrages festgelegte Defensivbündnis gegen fremden Angriff „annulliert alle Errungenschaften Englands in der afghanischen Frage und schafft eine Situation voller Drohung für die englische Herrschaft in Indien."

Wir sehen, daß die bolschewistischen Diplomaten trotz ihres Skeptizismus in bezug auf den Westen immer noch sehr hoffnungsvoll waren, soweit die allgemeine Lage in Betracht kam. Ihre Analyse der Lage im Orient machte sie 1921 nicht bloß zu Optimisten, sondern zu Visionären. Ihre Voraussage lautete, daß infolge der allgemeinen Verschiebung der Weltpolitik von Europa nach Asien die panislamitische Bewegung mit Notwendigkeit in die Vorderfront rücken werde. Sie waren ihrer freundschaftlichen Beziehungen zu der türkischen Nationalversammlung in Angora vollkommen sicher und glaubten sogar, auf den Gang der Ereignisse in Kleinasien und Ostafrika „einen gewissen Einfluß" ausüben zu können. „Zurzeit", so wurde von ihnen behauptet, „kann das ganze Gebiet vom Ganges bis zum Nil als eine einheitliche Front geknechteter Völker angesehen werden, die für Freiheit und nationale Kultur gegen ihre Unterdrücker kämpfen. Der geistige und der organisatorische Mittelpunkt der Bewegung, welche Hunderte Millionen von Mohammedanern umfaßt, befindet sich in Angora, und seine Zweigstellen sind Samarkand und Kairo... Die *diplomatische* Front, auf der Sowjetrußland die unterdrückten Nationen gegen das gierig seine Arme ausstreckende internationale Kapital verteidigt, umzingelt die Entente in einem regelrechten Halbkreis von Riga bis Marokko. Es kann sehr wohl dazu kommen, daß sich diese Front in der allernächsten Zeit in eine *militärische* Front verwandelt. Als *der schwächste Punkt* des durch die Ententeregierungen vertretenen *westlichen* Kapitals erscheint die *östliche Grenze (West-) Europas;* hier werden sich die kommenden Ereignisse abspielen, die den Anfang vom Ende für die kapitalistische Hegemonie der siegreichen Mächte und die

Ära der Befreiung für die arbeitenden Massen bedeuten werden."

IX.

Über alle diese bolschewistischen Gedankengänge, die von dem unentwegten Bestreben zeugen, in dem ersten günstigen Augenblick mit Hilfe der Dritten, „kommunistischen", Internationale (der „Komintern") neue Versuche einer revolutionären Umsturzbewegung in einem beliebigen Punkte des Erdballs anzuzetteln, waren alle Regierungen natürlich informiert. Aber bei der Verschiedenheit der Interessen der einzelnen Mächte und angesichts der Erschöpfung nach dem Kriege waren irgendwelche Versuche, eine gemeinsame Abwehr zu organisieren, untunlich. Auf der anderen Seite ergab sich die Notwendigkeit einer Annäherung an die Sowjetregierung aus zwei gleich unbestreitbaren Axiomen: 1. Kein Frieden ist für Europa möglich, so lange es keinen Frieden mit Rußland gibt, und 2. für die europäischen Industrieländer ist Rußland unentbehrlich als ein Bezugsmarkt für Rohstoffe und als ein Absatzmarkt für Industrieerzeugnisse. Abzuwarten, bis Rußland aufhören werde ein Sowjetrußland zu sein, vermochten die Mächte nicht nur deswegen nicht, weil die Unentbehrlichkeit des russischen Marktes mit seinen gewaltigen potentiellen Möglichkeiten zu stark empfunden wurde, sondern auch, weil ein jeder befürchtete, der andere könnte ihm zuvorkommen und die besten Positionen, die fettesten Stücke der Volkswirtschaft für sich gewinnen. Alle zusammen fürchteten Deutschland als den stärksten Konkurrenten, der Rußland am besten kennt und ihm am nächsten sitzt.

Ein besonders warmer Wortführer einer Annäherung an Sowjetrußland war, trotz der Enttäuschungen des Jahres 1920, Lloyd George geblieben. Nach der Washingtoner Konferenz von Ende 1921 beherrschte ihn der Gedanke, ein Organisator des Friedens auf dem Lande zu werden, wie es Amerika auf dem Ozean geworden war. Hierzu bedurfte es einer alleuropäischen Konferenz großen Stils, an der außer den Bundesgenossen der Entente, die sich bisher am Beratungstisch zusammengefunden hatten, auch die besiegten Mächte, Deutschland, Österreich, Bulgarien, sodann die neuentstandenen und die neutralen Staaten und endlich Rußland teilnehmen würden. In bezug auf Rußland hielt Lloyd George nach wie vor an der Überzeugung fest, daß Handel und Aufnahme unmittelbarer Beziehun-

gen zu Sowjetrußland der beste Weg wäre, um die „wilden Sitten" der Bolschewiken zu mildern und die „Kannibalen" und „Mörder", wie er sie in zornigen Augenblicken im Unterhause genannt hatte, in eine anständige Regierung zu verwandeln. Nach Abschluß des Vertrages vom 16. März, der mit einer de facto-Anerkennung gleichbedeutend war, fingen die englischen Gerichte in der Tat an, den Handel mit „gestohlener Ware" in ihren Schutz zu nehmen. Es wurde auch seitens einer großen Firma, der „Russo-Asiatic Consolidated, Ltd.", welcher Grubenanlagen in Kischtym, Tanalyk usw. gehörten, ein ernster Versuch unternommen, sich mit den Bolschewiken über die Wiederaufnahme ihrer Tätigkeit in Rußland zu verständigen. Der Direktor der Firma, Leslie Urquhart, verbrachte den August und September 1921 in Moskau und erörterte hier den Entwurf eines in 27 Paragraphen abgefaßten Vertrages in allen Einzelheiten. Die Schlußfolgerung, zu der er gelangte, lautete: „Die Gesellschaft zieht es vor, nach wie vor Kläger gegen Rußland zu bleiben wegen des Schadens, der ihr von der Sowjetregierung durch widerrechtliche Aneignung ihrer Werte und des Betriebskapitals zugefügt worden ist." Die Beweggründe für diesen Entschluß wurden von Leslie Urquhart in einem Brief an Krassin dargelegt, wo es heißt:

„Da der Kommunismus das Recht des Privateigentums nicht anerkennt, das dem früheren bürgerlichen und dem Strafgesetzbuch zugrunde lag, wurden die gerichtlichen Behörden abgeschafft und die Rechtsprechung aufgehoben. Nichts ist an ihre Stelle getreten, abgesehen von der auf dem sogenannten revolutionären Rechtsbewußtsein fußenden Gerichtsbarkeit. Unter dem neuen System sind die Steuern aufgehoben, die Gesetze und Verordnungen, die sich auf Bergrecht, Industrie, Zölle, das Forst- und das Eisenbahnwesen beziehen, und letzten Endes sämtliche früher bestehende Behörden und Ämter abgeschafft worden, wie dies aus den Klauseln des in diesem Briefe besprochenen Konzessionsvertrages hervorgeht, wobei an ihre Stelle nichts außer den unvollständigen, tagtäglich erscheinenden Dekreten und Instruktionen getreten ist. Ferner erkennt das kommunistische System keine Verpflichtungen unter Privatpersonen an, so daß keinem Vertrag und keiner zwischen zwei Personen bestehenden Rechtsverbindlichkeit Geltung verschafft werden kann; auch werden von dem Staate selbst keine Verpflichtungen gegenüber Privatpersonen oder

Untertanen anerkannt. Die einzige Verpflichtung, die in dem kommunistischen Staat anerkannt und deren Erfüllung erzwungen wird, ist die absolute Unterwerfung jedes Individuums unter die Staatsgewalt.

Von der Notwendigkeit, mit diesem außergewöhnlichen Zustand, mit dem Fehlen irgendwelcher Gesetze und Rechtsbestimmungen zu rechnen, war die Diskussion, wie Ihnen bekannt ist, während der ganzen Verhandlungsdauer beherrscht."

Eine Zusammenfassung von alledem, was von dem englischen Geschäftsmann während der Verhandlungen gesagt worden war, wurde von ihm in folgenden Worten gegeben:

„Wir haben darauf hingewiesen, daß Rußland unter seinem gegenwärtigen kommunistischen System einer verstaatlichten Volkswirtschaft nichts erzeugt, womit Handel zu treiben wäre; daß der Prozess einer schrankenlosen Banknotenemission die Reste des Kredits untergraben hat und daß die unter dem alten kapitalistischen System angehäuften Bestände an Erzeugnissen und Materialien verbraucht worden sind.

„Die Abschaffung der Eigentumsrechte und der wirtschaftlichen Freiheit und das komplizierte System wirtschaftlicher Beschränkungen haben allenthalben die Privatinitiative und die Unternehmungslust abgetötet, während die Ausschaltung des Privatgewinnes jeden Ansporn zur Arbeit und Produktion verschwinden ließ. Die Politik der Nationalisierung sämtlicher Industrie- und Handelszweige hat ausländische Kredite unmöglich gemacht; ausländisches Kapital, ohne das der Wiederaufbau der russischen Industrie schwierig, wenn nicht praktisch unmöglich sein wird, wird sich nicht einstellen, falls das gegenwärtige Wirtschaftssystem aufrechterhalten werden sollte."

In diesen ernsten und tief begründeten Ausführungen wurde also dargelegt, warum die Anknüpfung irgendwelcher geschäftlicher Beziehungen zu Sowjetrußland *überhaupt* nicht möglich ist. Diese Erwägungen der Geschäftsleute konnten nicht mit Schweigen übergangen werden. So hat denn auch der Oberste Rat der Entente, als er dem Vorschlag Lloyd Georges über die Einberufung der ersten alleuropäischen Konferenz zustimmte, die Argumente Urquharts auf der Konferenz von Cannes vom 6. Januar 1922 berücksichtigen müssen. Es wurde anerkannt, daß die Heranziehung von Auslandskapitalien zum wirtschaftlichen Wiederaufbau der durch den Krieg ruinierten Länder nur dann möglich sei, wenn die Besitzer dieser Kapitalien die

Gewißheit hätten, daß „ihr Eigentum und ihre Rechte unantastbar und der aus ihren Unternehmungen fließende Gewinn gesichert sein werde". Hierzu seien aber notwendig: 1. die Anerkennung aller früheren öffentlichen Schulden und Verpflichtungen; 2. die bindende Zusage, daß das konfiszierte oder sequestrierte Vermögen zurückerstattet und wiederhergestellt beziehungsweise, falls dies untunlich, für sämtliche von den ausländischen Besitzern erlittenen Verluste Schadensersatz geleistet wird, ferner, daß *die Gesetzgebung und die Rechtsprechung wiederhergestellt werden,* die in unparteiischer Weise die Erfüllung der kommerziellen und anderen Rechtsgeschäfte gewährleisten; 3. die Schaffung „allgemein anerkannter Austauschmittel sowie überhaupt solcher finanzieller und währungspolitischer Verhältnisse, welche genügende Garantien für den Handel bieten". Auf der anderen Seite wurden in den vorbereitenden Beschlüssen von Cannes, offenbar im Hinblick auf Rußland, folgende Richtlinien aufgestellt: 1. keine Einmischung in „die Grundsätze, auf deren Basis die Staaten ihr *inneres Wirtschaftsleben* zu organisieren und ihr Regierungssystem aufzubauen wünschen: jedes Land ist berechtigt, jenes System zu wählen, welches es vorzieht; 2. Verzicht auf die Propaganda, die eine Umwälzung des in anderen Ländern bestehenden politischen Systems bezweckt; 3. die Verpflichtung, sich feindlicher Handlungen gegen die Nachbarn (in diesem Falle gegen die Randstaaten) zu enthalten.

Die Ursache des Mißerfolges der geplanten Konferenz lag eigentlich schon in diesen Richtlinien beschlossen. Es war vollkommen klar, daß man die oben gestellten Vorbedingungen nicht erfüllen konnte, ohne die Grundlagen „des inneren Wirtschaftslebens" Sowjetrußlands zu ändern, und daß es nicht möglich war, die Anerkennung dieser Bedingungen auf die Ausländer allein zu beschränken. Die Note des Staatssekretärs Hughes hob diesen wichtigsten Einwand mit aller Bestimmtheit hervor. „Man wird vergeblich auf eine Wiederherstellung des Handels warten," führte der amerikanische Staatsmann aus, „solange die ökonomischen Grundlagen der Produktion nicht dauernd gesichert sind. Die wirtschaftliche Produktivität wird durch die persönliche Sicherheit, feste Garantien für das Privateigentum und durch das Recht freier Betätigung gewährleistet" (offenbar nicht für Ausländer allein). Es war klar, daß ohne eine Umstellung des

„inneren Wirtschaftslebens" Sowjetrußlands alle diese Vorbedingungen unerfüllbar waren, und daß sich die Sowjetregierung zu einer solchen Umstellung ihres Wirtschaftssystems nicht verstehen werde, da sie sonst auch auf ihre *politischen* Grundprinzipien hätte verzichten müssen, die von den wirtschaftlichen untrennbar sind.

Auf dieser zweideutigen Grundlage erfolgte nun am 10. April 1922 die Eröffnung der Konferenz von Genua. Die Zweideutigkeit hätte unter zwei Voraussetzungen unaufgedeckt bleiben können: wenn das Vorgehen der Mächte auf der Konferenz ein einheitliches gewesen wäre und wenn die Sowjetdelegation sich in den Grenzen der für den Westen annehmbaren Vorschläge gehalten hätte. Keines von beiden war der Fall. Lloyd George wollte die Konferenz um jeden Preis zu einem befriedigenden Abschluß bringen — nicht nur, um den Ruf eines Friedensbringers für Europa zu erwerben, sondern auch aus einem mehr realen Grunde (worüber s. unten). Er war daher zu den weitestgehenden Zugeständnissen bereit, veranstaltete mit den Sowjetdelegierten Geheimsitzungen, in denen er auf alle möglichen Weisen Kompromißbeschlüsse durchzudrücken suchte, um diese dann bei der öffentlichen Diskussion durchfallen zu sehen; ließ Drohungen laut werden usw. Lloyd George schlossen sich in den meisten Fällen die Italiener an, von der phantastischen Hoffnung geleitet, sich eine eigene Einflußsphäre in der Ukraine und in dem nördlichen Kaukasus zu sichern und dort fremde Konzessionen zu erhalten. Aber die Besitzer dieser Konzessionen und Rußlands Hauptgläubiger, die Franzosen und Belgier, waren durchaus nicht geneigt, die papiernen Kompromisse Lloyd Georges anzunehmen. Sie verlangten reale Garantien, und in Ermangelung solcher lehnten sie eine Verständigung ab.

Keine Einheitlichkeit der Auffassungen bestand auf der anderen Seite auch bei der Sowjetregierung, die die Konferenz von Genua von vornherein als ihren Sieg betrachtete und bis zu einem gewissen Grade auch Grund hatte, die Einberufung dieser Konferenz ihrer eigenen Initiative zuzuschreiben. Der gemäßigte Flügel ging nach Genua, stolz über seine „neue Wirtschaftspolitik", die Europa überraschen sollte. Noch in seiner Note vom 28. Oktober 1921 hatte Tschitschérin der englischen Regierung ein (bedingtes) Versprechen gegeben, die Vorkriegsschulden Rußlands anzuerkennen, insbesondere im In-

teresse der kleinen Gläubiger, die im Besitz russischer Wertpapiere waren; er hatte ferner erklärt: „Die Sowjetregierung hat den Privathandel wiederhergestellt, das Privateigentum auf kleine Unternehmungen und das Konzessionsrecht in bezug auf Großbetriebe anerkannt. Sie bietet dem ausländischen Kapital rechtliche Garantien und gewährt ihm einen Anteil am Gewinn, der ausreichend sein wird, um seine Ansprüche zu befriedigen und es zu einer wirtschaftlichen Betätigung in Rußland zu bewegen." Zur Regelung des Schuldenproblems „schlägt die russische Regierung die baldige Einberufung einer internationalen Konferenz vor, um die Ansprüche der Mächte gegen Rußland und die Ansprüche Rußlands gegen die Mächte zu prüfen und den endgültigen Friedensvertrag abzuschließen". Dementsprechend erschien die Sowjetdelegation mit einer langen Liste der den Ausländern anzubietenden Konzessionen, mit einem genauen, auf 3 Milliarden Goldrubel berechneten Kostenanschlag für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Rußlands, — und schließlich auch mit einer umfassenden Aufstellung über die Verluste, die Rußland infolge der Intervention erlitten hatte. Die Auffassung des linken Flügels wird durch folgende Zeilen der „Prawda" (vom 25. Dezember 1921) gekennzeichnet: „Die kapitalistischen Großmächte können uns nicht entbehren ... In Europa herrscht überall allgemeine Furcht vor einem Kriege ... Die Wirtschaftslage *zwingt* die Kapitalisten, mit uns Handel zu treiben. Unter diesen Umständen erhalten wir eine kolossale Bedeutung und eine kolossale Macht, die unsere wirtschaftliche, technische und reale Kraft bei weitem übersteigt ... Wir werden niemand erlauben, uns auszuplündern oder zu scherzen[23])." Gleichzeitig suchte Sinowjew (am 22. Dezember 1921) die kommunistische Partei zu beruhigen: „Die neue Wirtschaftspolitik ist nur eine vorübergehende Abweichung, ein taktischer Rückzug, um das Terrain für einen neuen und entscheidenden Angriff der Arbeiterschaft auf die Front des internationalen Kapitalismus vorzubereiten."

Unter diesen Umständen mußte die Konferenz von Genua beiden Seiten — der europäischen sowohl wie der russischen — eine bittere Enttäuschung bringen.

---

[23]) Diese Gedankengänge sind ausführlich in der Rede Radeks vom 9. März 1922 entwickelt worden, die als Broschüre in Hamburg erschienen ist: „Genua. Die Einheitsfront des Proletariats und die Kommunistische Internationale" (1922).

Die Bolschewiken begannen damit, daß sie zwei Schriftstücke unterbreiteten, in denen sich die Stimmungen ihrer beiden Flügel widerspiegelten. Am 18. April traten sie mit einem Memorandum hervor, das für die Tribüne bestimmt und ein reines Agitationsstück war; die Sowjetdelegierten hatten übrigens sofort erklärt, daß diesem Memorandum nur eine „geschichtliche" Bedeutung beizumessen sei. Am 20. April unterbreiteten sie sachliche Vorschläge; indem die Forderung von Krediten, die unmittelbar der Sowjetregierung gewährt werden sollten, und von einer sofortigen de jure-Anerkennung aufrechterhalten wurde, wurden von Tschitschérin die Vorkriegs- und die Kriegsschulden in bedingter und vorläufiger Form und unter Vorbehalten anerkannt und die Bereitschaft erklärt, den Ausländern das sequestrierte Vermögen zurückzuerstatten oder angemessenen Ersatz zu leisten.

Bei der Ausarbeitung des Antwortschreibens der Mächte (Memorandum vom 2. Mai) kam es nun zu Meinungsverschiedenheiten unter den Alliierten.

Lloyd George war bereit, sowohl die Anerkennung zuzusagen wie eine Anleihe zu gewähren, allerdings nur bis zu einem Zwanzigstel jener gewaltigen Summe, die von den Bolschewiken verlangt wurde (15 Millionen Pfund: dies war der Betrag, über den das Schatzamt nach dem Trade Facilities Act verfügen konnte). Aber angesichts der ablehnenden Haltung Frankreichs und Belgiens wurden Anerkennung und Anleihe in dem Antwortschreiben vom 2. Mai nicht einmal erwähnt. Schon aus diesem Grunde allein war die Antwort der Mächte für die Sowjetdelegation unannehmbar. Sodann war bei der Erörterung des Paragraphen 7 des Antwortschreibens der oben gekennzeichnete innere Widerspruch der Beschlüsse von Cannes zutage getreten, und die Ansichten der Alliierten gingen weit auseinander. Die Engländer und die Italiener meinten, daß das Prinzip der Nichteinmischung auch gegenüber der sozialen und wirtschaftlichen Struktur Sowjetrußlands zur Anwendung kommen müsse und daß infolgedessen die Rückgabe der nationalisierten Eigentums an die alten Besitzer in natura nicht verlangt werden könne (der Hintergedanke war dabei, die alten Konzessionen der Franzosen und Belgier in der Ukraine und im Kaukasus selbst zu erhalten). Dagegen wehrten sich entschieden die Belgier. Sie behaupteten, daß die innere Struktur Rußlands für Europa nicht gleichgültig sei; Europa könne nicht ein

Regime juristisch und moralisch sanktionieren, das auf der Verneinung des Privateigentums, auf einer Abdrosselung der Privatinitiative und der freien Konkurrenz, Ausschaltung der bürgerlichen Freiheiten, Rechtlosigkeit und Unterdrückung der Persönlichkeit beruhe. Es wäre dies eine Stärkung der Sowjetgewalt, der man hierdurch eine gefährliche Waffe für ihre Propagandazwecke in die Hand drücken würde. Zugleich würde Europa daraus keinen unmittelbaren materiellen Nutzen ziehen angesichts des gegenwärtigen wirtschaftlichen Ruins Rußlands; auch wäre hierdurch dessen künftiger Wiederaufbau auf gesunden Grundlagen in keiner Weise gewährleistet. In einem Augenblick, wo dieses verelendete Rußland Europa um Hilfe angeht, wäre es am angebrachtesten, es auf die Notwendigkeit aufmerksam zu machen, in seinem eigenen Interesse und in dem Europas zu einer normalen europäischen Wirtschaftsordnung zurückzukehren. Aus diesem Grunde wollten die Belgier in der Frage des Privateigentums der Ausländer nicht nachgeben. Frankreich schloß sich nach einigem Zögern dem belgischen Standpunkte an. Um nun die Lage zu retten, beauftragte Lloyd George die Juristen mit der Ausarbeitung einer zweideutigen Fassung des Paragraphen 7, wonach sich „die Rückerstattung und Wiederherstellung oder im Falle deren Unmöglichkeit die Schadenersatzleistung" nicht auf das „Eigentum" der Ausländer, sondern auf ihre „Interessen" bezog, — dies alles „unbeschadet der der russischen Regierung durch die Resolution von Cannes zuerkannten Freiheit, die innere Struktur des Landes, das Privateigentum, die wirtschaftliche und die staatliche Ordnung nach ihrem Ermessen zu regeln". Dies änderte natürlich an der Sache nichts, und Jaspar weigerte sich, seine Unterschrift unter das Memorandum vom 2. Mai zu setzen. Das gleiche tat auf Anweisung Poincarés auch Barrère, der den nach Paris abgereisten Barthou vertrat. Das Memorandum wurde Tschitschérin ohne die Unterschriften Belgiens und Frankreichs überreicht.

Das bedeutete den Zusammenbruch der Konferenz. Es kamen zwei Umstände hinzu, die diesen Zusammenbruch endgültig besiegelten. Erstens wurde die Sowjetdelegation, die offenbar nach Moskau über den schlimmen Stand der Verhandlungen berichtet hatte, von ihrer Regierung angewiesen, von neuem eine streng prinzipielle und unversöhnliche Haltung einzunehmen. Wie aus der Broschüre Radeks hervorgeht, war der „linke" Flügel der Ansicht, daß das im Nachkriegschaos zugrunde gehende Europa

gezwungen sein werde, um sich selber zu retten, dem bolschewistischen Verlangen sowohl nach Anerkennung wie nach Krediten stattzugeben; es käme nur darauf an, beides mit der größtmöglichen Entschiedenheit zu fordern. Für den Fall eines Zusammenbruchs der Konferenz drohten die Anhänger der bolschewistischen Revolution mit dem Gespenst der „proletarischen Einheitsfront". Die Realisten unter den Sowjetpolitikern fügten ihrerseits hinzu, daß es viel vorteilhafter sein werde, die Konferenz zum Scheitern zu bringen und durch Sonderverhandlungen mit den untereinander konkurrierenden Ländern Zugeständnisse zu erlangen.

Lloyd George gab die Sache auch jetzt noch nicht verloren. Er war entschlossen, die Verhandlungen weiterzuführen; nachdem Krassin ihm versichert hatte, daß die Sowjetregierung die Frage der Kredite zurückstellen und sich mit der de jure-Anerkennung begnügen werde, beauftragte er eine Kommission englischer und italienischer Juristen, die Deklaration über eine solche Anerkennung — die sofort, an Ort und Stelle, noch in Genua selbst, zu erfolgen hätte, — schleunigst auszuarbeiten. Aber während die Kommission noch bei der Arbeit war, brachten amerikanische und französische Zeitungen Mitteilungen, welche den wahren Grund der Bemühungen Lloyd Georges aufdeckten. Es stellte sich heraus, daß dieser mit Krassin bereits ein Abkommen getroffen hatte, welches die gesamte russische Naphthaproduktion und -ausfuhr dem mächtigen, unter Englands Schutz stehenden Naphthatrust Shell Royal Dutch auslieferte. Krássin und die Vertreter der Shell Company bestätigten, daß das Abkommen getroffen, jedoch noch nicht unterzeichnet sei.

Dies war jenes zweite Ereignis, an dem die Konferenz von Genua endgültig scheitern mußte. Da es sich nun um Naphtha handelte, mußte Amerika sich einmischen, das sich bis dahin schweigend verhalten hatte. Der amerikanische „Beobachter" Child erklärte Lloyd George, daß Amerika ein Monopol der Shell Royal Dutch auf keinen Fall dulden und in bezug auf russisches Naphtha auf einer Politik der „offenen Tür" bestehen werde. Nach diesem amerikanischen Vorstoß verlor Lloyd George sofort sein Interesse für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Rußlands, und mit seiner Nachgiebigkeit war es vorbei. Es mußte jedoch irgendwie ein Ausweg gefunden werden, um den Anstand zu wahren. Diesen ersann Rathenau, indem er vorschlug, die Durchberatung der unentschiedenen Fragen den Sachverständi-

gen-Kommissionen zu überlassen, die im Haag zusammentreten sollten. Die Konferenz von Genua wurde am 17. Mai geschlossen, ohne zu irgendwelchen positiven Ergebnissen in der russischen Frage geführt zu haben.

Am 15. Juni wurde im Friedenspalast, schlicht und sachlich, ohne feierliche Empfänge und Zeremonien, die Haager Konferenz der „Sachverständigen" eröffnet. Hier wurde nicht über die Wiederherstellung des europäischen Friedens gesprochen, sondern lediglich die technische Seite der von den Sowjetdelegierten eingebrachten Vorschläge erörtert. Die Bolschewiken wurden zur ausführlichen Darlegung ihres Standpunktes eingeladen, ihre Vorschläge wurden in allen Einzelheiten geprüft — und gerade deshalb war der Mißerfolg der Bolschewiken im Haag noch viel bezeichnender als in Genua. Denn die Sachverständigen waren nach dem Haag in einer durchaus versöhnlichen Stimmung gekommen, mit dem besten Willen, eine Verständigung herbeizuführen. Es hatte bereits jene Jagd nach Separatkonzessionen begonnen, auf die die Bolschewiken so sehr gerechnet hatten. Lloyd George verfolgte nach wie vor das Ziel, das er sich gestellt hatte, und in seiner Antwort auf eine Note Poincarés wurde das Recht der Sowjetregierung, das Eigentum der Ausländer zu nationalisieren, deutlich anerkannt. Selbst die Belgier waren ins Wanken geraten, und es wollte scheinen, als werde Frankreich im Haag isoliert bleiben.

In dieser für die Bolschewiken günstigen Situation trat ihre völlige Ignoranz und ihre absolute Unfähigkeit, den Realitäten Rechnung zu tragen, noch deutlicher zutage. In den Sowjetkreisen gewann die unversöhnliche Richtung endgültig die Oberhand; dies kam schon darin zum Ausdruck, daß statt des Kulturmenschen Tschitschérin der ungeschlachte Litwinow zum Führer der Delegation ernannt wurde. Litwinow war dazu bestimmt, die Methode der Impertinenz und des Drauflosgehens zur Anwendung zu bringen. Erstklassige europäische Kapazitäten, die mit tiefem Wissen und reicher Erfahrung gewappnet waren, sollte er durch arrogantes Auftreten zur Strecke bringen. Es ist verständlich, daß das einzige Gefühl, das er in seinen Verhandlungsgegnern erwecken konnte, Entrüstung und Verachtung war. Es muß noch erwähnt werden, daß die Sowjetdelegation durch eine Instruktion gebunden war, die den Standpunkt der Unversöhnlichkeit vertrat, und die wenigen Zugeständnisse, zu denen sich Moskau verstehen wollte, von der kategorischen Forderung

abhängig machte, daß die Kredite unmittelbar an die Sowjetregierung gewährt werden sollten.

Litwinow ging sofort sehr kategorisch vor. Er verlangte, daß als erste die Kreditkommission zusammentreten sollte; und die erste Frage, die er in der ersten gemeinsamen Sitzung vom 27. Juni stellte, war die, ob alle auf der Konferenz vertretenen Regierungen bereit seien, der Sowjetregierung Geld zu geben. Erstaunt fragten die Sachverständigen: Wieviel und für welche Zwecke? Als Antwort wurde der berühmte Plan eines Wiederaufbaues Rußlands hervorgeholt, zu dessen Vorlegung die Bolschewiken in Genua keine Gelegenheit gehabt hatten. Danach wurden für die erste Zeit verlangt: 1050 Millionen Goldrubel zur Wiederherstellung des Verkehrswesens, 924 Millionen für die Landwirtschaft, 750 Millionen für die Industrie und 500 Millionen für das Bankwesen, insgesamt 3224 Millionen Goldrubel (350 Millionen Pfd. Sterling). Das sollte die Mindestsumme sein (der ursprüngliche Voranschlag war zweimal gekürzt worden — von den Kommissariaten und von einer eigens eingesetzten Kommission); sie sollte im Laufe der nächsten drei Jahre zur Verfügung gestellt werden. Ein amerikanischer Großbankier äußerte sich hierzu, daß eine Diskussion über derartige Forderungen mit der Erörterung einer Reise nach dem Mars gleichbedeutend sein würde.

In den nächsten Tagen, am 28. und 29. Juni, traten zwei andere Kommissionen zusammen, die sich mit dem Schuldenproblem und mit der Frage des Privateigentums zu befassen hatten. Litwinow wurden Fragen vorgelegt über den russischen Staatshaushalt, über den Geldumlauf, über die russische Aus- und Einfuhr; er wurde ferner daran erinnert, daß Krassin in Genua versprochen hatte, den früheren Eigentümern 90% ihrer alten Unternehmungen zurückzugeben. Litwinow antwortete mit dem Versuch, unter den Inhabern der russischen Wertpapiere eine für Agitationszwecke bestimmte Rundfrage vorzunehmen, und mit einer entschiedenen Weigerung, die Rechte der früheren Eigentümer auf ihre Unternehmungen in Betracht zu ziehen. Alle Versuche, die auf privatem Wege unternommen wurden, um Litwinow zur Nachgiebigkeit zu bewegen, schlugen fehl. Er verharrte auf seiner Forderung, daß eine Abmachung über die Kredite allen anderen Erörterungen vorangehen sollte, und gab sich durchaus nicht mit jenen bescheidenen Summen zufrieden, die von den Engländern angeboten werden konnten. Die Bol-

schewiken richteten ihr ganzes Augenmerk auf Verhandlungen mit einzelnen Industriegruppen, ohne sich darüber Rechenschaft abzulegen, daß auch hier der Erfolg von dem allgemeinen Ausgang der Konferenz abhängig sein mußte. Die Anfragen der Sachverständigen, die eine Aufstellung über nationalisierte Unternehmungen ausländischer Besitzer verlangten, blieben unbeantwortet, und Sokolnikows Versuch, die Sachverständigen durch einen optimistischen Bericht über den Staatshaushalt zu täuschen, wurde sofort durch ziffernmäßig begründete Ausführungen der Fachleute vereitelt. Es blieb nur noch eine schwache Hoffnung auf die Ankunft Krassins, der auf dieser Konferenz eine untergeordnete Rolle spielte. Diesmal war aber Krassin lediglich ein Sprachrohr Moskaus, und sein erstes Debut (am 7. Juli) war die kategorische Verleugnung der unbestreitbaren Tatsache, daß er mit Sir Philipp Greame über die Rückgabe von 90 % der Unternehmungen an die früheren Eigentümer gesprochen hatte. Am 10. Juli wiederholte Litwinow seine erste Frage: welche Regierungen bereit wären, der Sowjetregierung Kredite zu gewähren, in welchem Umfange und in welcher Form?

Eine Antwort wurde den Bolschewiken nicht zuteil, denn zwei Tage später kam es in der Kommission für das Privateigentum zu einer entscheidenden Schlacht. Statt einer Aufstellung über die nationalisierten Unternehmungen legte Litwinow ein Verzeichnis der den Ausländern angebotenen Konzessionen vor. In dieses Verzeichnis war nur ein verschwindend geringer Teil der den Ausländern geraubten Vermögen aufgenommen. Der Vorsitzende Sir Philipp Lloyd Greame erklärte das Verzeichnis für unannehmbar. Darauf anwortete Litwinow, *das sei alles, was man in Moskau erhalten könne,* und zwar auf der Grundlage von Konzessionsverträgen, ohne jegliche Rücksicht auf die Rechte der früheren Besitzer. Auf die Frage nach der Entschädigung der von der Nationalisierung betroffenen Ausländer werde er nur dann antworten, wenn der Umfang der Kredite bekanntgegeben würde, die die europäischen Regierungen den Bolschewiken zu gewähren gedächten. Krassin drückte sich noch viel entschiedener aus: die Hoffnung auf eine Rückgabe der Unternehmungen sei angesichts der durch die Revolution hervorgerufenen wirtschaftlichen Umwälzungen eine „Utopie". Den ausländischen Sachverständigen wurde zu verstehen gegeben, daß diese Revolution auch ihren Ländern bevorstehe. In höf-

licher Form zog der belgische Delegierte Cattier aus diesen Erklärungen den Schluß: Moskau sei also weder zur Rückgabe der Unternehmungen noch zu einer Entschädigung bereit.

Weiter gab es nichts zu besprechen. Am nächsten Tage äußerte sich die Kommission für Privateigentum dahin, daß „angesichts dieser Erklärungen eine Fortsetzung der gemeinsamen Sitzungen mit der russischen Kommission zwecklos ist".

Dem schloß sich am 14. Juli auch die Kreditkommission an, da eine Anleihe an Rußland nur bei einer befriedigenden Lösung der Eigentumsfrage zustande kommen konnte. Wo es kein Vertrauen und keine Garantien gibt, ist auch kein Geld zu haben. Keine Regierung vermag das private Kapital — das einzige, das hier in Frage kommt — in dieser Beziehung zu beeinflussen; bei solcher Sachlage ist also auch keine Möglichkeit eines wirtschaftlichen Wiederaufbaues Rußlands gegeben. Dies wurde von dem Vorsitzenden Avezzana ausgeführt und dasselbe wiederholte der englische Delegierte Hilton Young, der weiter hinzufügte: „Es besteht keine finanzielle Blockade Rußlands, die von den europäischen Regierungen verhängt wäre; es ist die russische Regierung selbst, die Rußland in die Lage eines blockierten Landes versetzt. Es ist Sache der russischen Regierung, diese Blockade aufzuheben, wenn sie irgendwelche Kredite erhalten will." Rein phantastisch sei auch die Forderung, daß sich Kapitalisten finden sollten, die ihr Geld unmittelbar der Sowjetregierung anvertrauen würden, ohne die Möglichkeit zu haben, den Grad der Geschäftstüchtigkeit dieser Regierung zu kontrollieren, ihre Fähigkeit zur Betriebsleitung nachzuprüfen. Endlich sei auch kein regelmäßiger Handelsverkehr möglich, solange die Regierung zwischen den Käufer und Verkäufer tritt. Youngs Schlußfolgerung lautete: „Einzig durch die Schuld der Sowjetregierung vermochten wir keine günstige Grundlage für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Rußlands zu finden." Die Franzosen und Belgier konnten sich diesen Erklärungen nur anschließen.

Am 14. Juli schloß sich auch die dritte, die Schuldenkommission, den beiden anderen an.

Damit war aber die Sache noch nicht zu Ende. Es begann von neuem das Hin und Her hinter den Kulissen, um die am toten Punkt angelangten Verhandlungen wieder in Gang zu bringen. Die Italiener und Engländer suchten die Bolschewiken dazu zu bewegen, irgendwelchen neuen Vorschlag einzubrin-

gen, indem sie versprachen, sich bei der Wiederaufnahme der Verhandlungen von Frankreich und Belgien zu trennen. Die Vertreter der kleinen Entente und der Randstaaten, die, angesichts der Stärkung der Linksströmungen in Moskau, für den Fall eines Mißerfolgs der Konferenz neue Proben der Sowjetoffensive befürchteten, traten ebenfalls eifrig dafür ein, daß eine gemeinsame Sitzung aller drei Kommissionen mit der russischen Kommission anberaumt werde, wie dies von den Bolschewiken verlangt wurde. Der Vorsitzende der nichtrussischen Plenarkommission Patijn forderte nun die Bolschewiken auf, ihren neuen Vorschlag in der Sitzung, die am 19. Juli stattfinden sollte, zu unterbreiten. Über diesen „neuen Vorschlag" hatte sich Patijn auf privatem Wege mit Litwinow verständigt, und man war allgemein der Ansicht, daß die Arbeiten der Konferenz ihren Fortgang nehmen würden. Litwinow hatte aber auch diesmal gelogen: der von ihm eingebrachte Vorschlag war inhaltlich nicht an die Sachverständigen, sondern an die Regierungen gerichtet. Litwinow schlug den Delegationen vor, bei ihren Regierungen anzufragen (auch an seine Regierung versprach er dann die entsprechende Frage zu richten), ob sie bereit wären, die Rückzahlung der Schulden und die Entschädigung der früheren Besitzer im einzelnen unabhängig von der Anleihefrage zu erörtern, und zwar im Wege direkter Verhandlungen der Sowjetregierung mit den interessierten Personen, wobei für diese Verhandlungen eine zweijährige Frist festzusetzen wäre. Die Kommission erklärte, daß eine solche Fragestellung mit ihren Aufgaben nichts gemein hätte, und löste sich auf.

Es sei erwähnt, daß es Amerika gewesen ist, das auch diesmal wie früher in Genua der Kommission aus der von den Bolschewiken geschaffenen absurden Situation herausgeholfen hat. In den letzten Konferenztagen war die Antwort Hoovers auf den Vorschlag, eine Enquete über Rußland zu veranstalten, eingegangen. Hoover erklärte, daß die Vereinigten Staaten eine solche Enquete nicht benötigten, da sie durch ihre Agenten, die die Hilfsaktion in Rußland in den Hungerjahren 1921/21 durchgeführt hätten, im Besitz ausreichender Mitteilungen über Rußlands Lage wären. Diese Agenten, deren Beobachtungen sich über ganz Rußland erstreckten, hätten die elende Lage des russischen Volkes klar erkennen können. Auf Grund ihrer Aussagen sei die amerikanische Regierung zu dem Schluß ge-

langt, daß von einem wirtschaftlichen Wiederaufbau Rußlands keine Rede sein könne, solange die Sowjetregierung die Kontrolle über das Wirtschaftsleben des Landes und über die gesamte Industrie in Händen halte. Eine Anleihe an die Sowjetregierung sowie jeder andere Versuch, an den wirtschaftlichen Wiederaufbau Rußlands mit Hilfe der Sowjetregierung zu gehen, würde lediglich zur Stärkung dieser Regierung führen und die unbeschreibbare Lage, in die durch die Schuld der Sowjetregierung dieses ehemals reiche und wirtschaftlich mächtige Land geraten sei, zu einem dauernden Zustand gestalten. Aus diesem Grunde verharre die amerikanische Regierung auf ihrem früheren Standpunkt und lehne jegliche Verhandlungen mit der Sowjetregierung ab.

Es lag auf der Hand, daß auch die europäischen Staaten auf Grund der Erfahrungen, die sie auf zwei gesamteuropäischen Konferenzen gesammelt hatten, zu derselben Schlußfolgerung hätten kommen müssen.

X.

Es fügte sich jedoch so, daß die Sowjetregierung im Jahre 1922 noch einmal an einer gesamteuropäischen Konferenz teilzunehmen hatte, wobei der schmachvolle Niedergang des internationalen Prestiges Rußlands unter der Herrschaft der Sowjets in seinem ganzen Umfange zutage trat. Es handelte sich um die auf der Konferenz von Lausanne vorgenommene Regelung der Beziehungen zwischen Europa und der besiegten Türkei. Als Bundesgenosse, der seinen Anteil an dem gemeinsamen Siege mit Millionen geopferter Menschenleben und mit dem wirtschaftlichen Ruin bezahlt hatte, hätte Rußland zu dieser Konferenz mit dem Rechtsanspruch erscheinen müssen, der sich aus dem Abkommen vom 4. März 1915 ergab. In diesem Abkommen hatte sich die englische Regierung, dank der vermittelnden Mitwirkung Frankreichs, damit einverstanden erklärt, daß das Russische Reich Konstantinopel, die Westküste des Bosporus, des Marmara-Meeres und der Dardanellen mit dem Hinterlande bis zur Linie Enos-Midia auf der europäischen Seite der Meerengen, sowie das Gebiet von der Bucht von Ismid bis zum Flusse Sakkaria auf der asiatischen Seite und ferner die den Ausgang aus den Dardanellen beherrschenden Inseln Imbros und Tenedos erwerben sollte. Der Verzicht der Bolschewiken auf die „Geheimverträge", die Preisgabe der Politik, welche eine Beendigung des Krieges in Gemeinschaft

mit den Alliierten anstrebte, und der Abschluß des Sonderfriedens von Brest-Litowsk hatte Rußland das formelle Recht genommen, auf dieser einzigen Errungenschaft zu bestehen, die Rußland für seine Opfer entschädigen könnte. Aber das Meerengenproblem war durch die Frage nach der staatlichen Zugehörigkeit Konstantinopels nicht erschöpft. Der Erwerb Konstantinopels konnte das zufällige Ergebnis einer außergewöhnlich günstigen Konstellation sein. Die Frage des freien Ausganges aus dem Schwarzen Meere war dagegen ein seit Jahrhunderten bestehendes Problem, das in dem Maße, wie Rußland sich industrialisierte, eine immer lebenswichtigere Bedeutung für dasselbe erhalten hatte. In dem Augenblicke, wo eine Frage von derartiger Tragweite vor einem internationalen Forum zur Entscheidung kam, konnte Rußland offenbar nicht abwesend sein. Die Abwesenheit Rußlands mußte die Unmöglichkeit einer endgültigen Lösung dieser Frage bedeuten. An Rußlands Stelle stand aber die Sowjetgewalt. Wenn auch nicht anerkannt, mußte diese offenbar trotzdem zur Teilnahme an dem für das Schicksal der Meerengen entscheidenden Akt eingeladen werden, schon, um diesem Akt Rechtskraft zu verleihen. Aber *Sowjet*rußland einzuladen, war auch aus dem Grunde vorteilhaft, weil man in seiner Anwesenheit das Problem *gegen* Rußland, seinen nationalen Interessen *zuwider* lösen konnte.

In wessen Interessen, wenn nicht in denen Rußlands, wurde diese Frage in einem Augenblick gelöst, wo die Türkei, zweifach besiegt, ihre Regierung aus Konstantinopel nach Angora verlegt, Konstantinopel von den alliierten Truppen besetzt war, wo der Sultan, der Kalifenwürde entkleidet, geflüchtet und durch ein willfähriges Werkzeug einer revolutionären Regierung ersetzt war, mit einem Wort, wo das Problem eine solche Vereinfachung erfahren hatte und so breit aufgerollt wurde, wie noch nie im Verlaufe der Geschichte? Die Geschichte ist es auch, die auf diese Frage: cui profuit, die Antwort erteilt. Mehr als einmal hatte Rußland, wo es einen Einzelkrieg gegen die Türken führte — in den Jahren 1798, 1805, 1833 —, das unentbehrliche Recht der freien Ausfahrt aus der verkorkten Flasche des Schwarzen Meeres für seine Kriegsschiffe erkämpft. Für alle anderen Flotten war nach einer „alten Regel" des Osmanischen Reiches der Zugang zum Schwarzen Meere versperrt. Hierauf antwortete England, schon 1809 und 1833, da-

mit, daß es die Schließung der Meerengen auch für Rußland — oder aber freie Durchfahrt auch für sich selbst durchzusetzen suchte. Diese Stellungnahme Englands war vom Jahre 1841 an traditionell geworden: an ihr hielt noch Sir Edward Grey in den Verhandlungen von 1908 fest. Der Ausgang aus dem Schwarzen Meer war für Rußland gesperrt, und nach Rußlands Niederlage im Krim-Krieg war ihm (für die Zeit von 1856—1871) sogar die bloße Möglichkeit genommen, eine Kriegsflotte zu unterhalten. Nach der Unabhängigkeitserklärung Rumäniens 1877 und nach der Befreiung Bulgariens 1878 war Rußland auf dem Schwarzen Meere nunmehr nicht allein. Seine Bestrebungen fanden seither in der Formel Nelidows ihren Ausdruck: freie Ausfahrt für die Handels- und Kriegsschiffe aller Küstenstaaten, kein Zugang für die Kriegsschiffe anderer Mächte. Solange aber die Verwirklichung dieser Formel durch die politische Entwicklung noch nicht ermöglicht war, begnügte sich Rußland mit der Schließung des Schwarzen Meeres für *alle* Kriegsschiffe, d. h. mit der Aufrechterhaltung der „alten türkischen Regel". Für die Dauer dieser Übergangszeit deckten sich Rußlands Interessen vollkommen mit den türkischen. Diese Regelung allein war es, die es Rußland ermöglichte, sich hinter den Festungswerken an den Dardanellen und am Bosporus, deren Stärke die Engländer im Weltkriege kennen lernen sollten, sicher zu fühlen und nicht die Riesensummen auszugeben, welche erforderlich gewesen wären, um im Falle einer Freigabe der Meerengen für die Kriegsflotten aller Nationen die ganze lange Schwarzmeerküste verteidigungsfähig zu machen. Als der Weltkrieg zu Ende ging, konnte man sehen, wie frei eine fremde Flotte im Schwarzen Meere schalten und walten und Warna, Konstantza, Odessa, Sewastopol, Noworossijsk, Batum, Trapezunt bedrohen kann, sobald die Sperrlinie in den Meerengen überwunden ist. Man muß hierbei auch berücksichtigen, daß sich hier für England neue Interessen ergaben, die in der Anerkennung der Unabhängigkeit Aserbejdshans, Georgiens und Armeniens (1919), in den uns bereits bekannten Verhandlungen der Shell Company über das Naphtha von Baku sowie in dem Versuch, Batum zu einem internationalen Freihafen zu erklären, ihren Ausdruck fanden.

So lagen die Dinge, als England, Frankreich und Italien am 27. Oktober 1922 die Sowjetregierung aufforderten, ihre Ver-

treter zur Konferenz von Lausanne zu entsenden, speziell „um an der Erörterung der Meerengenfrage teilzunehmen". Vergeblich protestierten Tschitscherin am 2. November und Rakowski am 27. November gegen diese Einschränkung, indem sie mit vollem Recht darauf hinwiesen, daß Rußland auch an einer ganzen Reihe anderer Fragen interessiert sei, die mit der Neugestaltung der Dinge im Nahen Orient zusammenhingen. Ihre Forderungen wurden mit aller Entschiedenheit zurückgewiesen, und die Sowjetdelegierten, die inzwischen in Lausanne bereits eingetroffen waren, gaben nach; allerdings unter dem Vorbehalt, daß sie den Entscheidungen, die in ihrer Abwesenheit angenommen würden, keine bindende Kraft zuerkennen und nur jenen Teil des Friedensvertrages unterzeichnen wollten, der mit ihrer Teilnahme ausgearbeitet würde. Daß diese Erklärung etwas verfrüht war, werden wir gleich sehen.

Die erste Sitzung der Konferenz von Lausanne, die der Meerengenfrage gewidmet war (4. Dezember), bot ein eigenartiges Bild. In einer langen Rede verteidigte Tschitscherin den traditionellen Standpunkt — aber nicht den russischen, sondern den türkischen! Ismet-Pascha schwieg beharrlich und lehnte es sogar ab, trotz mehrfacher Aufforderungen Curzons, sich darüber zu äußern, ob er mit der Stellungnahme Tschitscherins einverstanden sei. Bald klärte sich dieses Rätsel auf. Die Türken schickten ihren wenig weitschauenden Bundesgenossen voran, um ihre Maximalforderungen vorzubringen, die auf eine völlige Schließung der Meerengen hinausliefen: ein Standpunkt, der, wie oben erwähnt, mit dem *provisorischen* russischen Standpunkt identisch war. Den *grundsätzlichen* russischen Standpunkt, wie er von Nelidow formuliert worden war, erwähnte Tschitscherin mit keinem Wort. Ferner stellten die Türken, sich immer Tschitscherins als ihres Sprachrohrs bedienend, auch die Forderung auf, daß die Alliierten mit ihrem Programm herauskommen sollten, bevor eine Erklärung türkischerseits abgegeben würde. Dieser Schachzug war offenbar darauf berechnet, daß sich unter den Alliierten *Divergenzen ergeben* würden: es war bekannt, daß die Italiener und die Engländer zwei entgegengesetzte Standpunkte vertraten: die ersteren waren für die Schließung der Meerengen, die letzteren verlangten deren Freigabe für Kriegsschiffe. Frankreich aber, das die Unterstützung Englands in der deutschen Reparationsfrage brauchte, bemühte sich um eine Milderung des Gegen-

satzes, und so kam mit seiner Hilfe der Kompromißvorschlag zustande, der die Schließung der Meerengen für „große Kriegsschiffe“ unter der Bedingung einer Entmilitarisierung der Meerengenzone vorsah. Diesen Kompromißvorschlag brachte Lord Curzon am 6. Dezember ein; danach sollte das Durchgangsrecht auf Kriegsschiffe beschränkt sein, deren Größe „die der Seestreitkräfte der mächtigsten unter den Schwarzmeermächten (d. h. Rußlands) nicht übersteigen dürfte“. Die Karten lagen nunmehr offen, und am 8. Dezember brach Ismet-Pascha sein Schweigen. Er schob ohne Umstände das von Tschitscherin verteidigte türkische Maximalprogramm zur Seite und paßte seinen Plan dem der Alliierten an, um das zu retten, was zu retten war: das Recht zur Befestigung der Meerengen und die Beschränkung des Tonnengehalts der das Schwarze Meer befahrenden Kriegsschiffe. Ohne viel Umstände zu machen, drängte man dann die Bolschewiken auch aus der Kommission heraus, in der zwischen den Türken und den Alliierten über Einzelfragen verhandelt und gehandelt wurde. In einigen Fragen gaben die Alliierten nach. Unterdessen hatten die Bolschewiken mit Angora Fühlung genommen, und an Ismet-Pascha war der Befehl ergangen, nicht so entgegenkommend zu sein. Am 18. Dezember brachten Ismet-Pascha und Tschitscherin unerwartet ihre neuen Vorschläge ein. Ohne sich um Förmlichkeiten zu kümmern, wies Lord Curzon am 19. Dezember auch den neuen Sowjetvorschlag zurück, machte noch ein paar weitere Zugeständnisse an Ismet-Pascha und erklärte das Gesamtergebnis für endgültig. In der letzten den Meerengen gewidmeten Sitzung vom 20. Dezember war es nun Tschitscherin, der sich in Schweigen hüllte, während neue Bemerkungen Ismet-Paschas von Curzon herablassend als „von untergeordneter Bedeutung“ entgegengenommen wurden. Der Streit drehte sich von nun ab um andere Fragen. Pressevertretern gegenüber erklärte Tschitscherin, daß er das Abkommen über die Meerengen nicht unterzeichnen werde. Im offiziellen Memorandum vom 30. Dezember verteidigte er nach wie vor „die volle politische, wirtschaftlich-finanzielle und rechtliche Unabhängigkeit“ — der Türkei.

Das Fehlschlagen der englisch-französischen Verhandlungen über Deutschland und die Ruhrbesetzung erfüllten die Türken mit neuen Hoffnungen und lenkten die Aufmerksamkeit Europas für den ganzen Januar 1923 von Lausanne ab. Gegen

Ende Januar begann Curzon auf einen schnellen Abschluß des endgültigen Friedensvertrages zu drängen, während Poincaré im Gegenteil die Türken mit der Erklärung ermutigte, daß der Vertragsentwurf keinen ultimativen Charakter hätte, und an das englische Kabinett die Drohung richtete, Frankreich würde gegebenenfalls einen Sonderfrieden abschließen. Unter solchen Umständen fand nun am 2. Februar die Plenarsitzung der Meerengenkommission statt, in der Tschitscherin eine Erklärung abgab, die als eine Darlegung nicht bloß des Sowjet-, sondern des russischen Standpunktes überhaupt gelten kann. „In Anbetracht dessen, daß der von den Mächten angenommene Entwurf die Sicherheit und die Lebensinteressen Rußlands bedroht, daß er die Herbeiführung eines dauernden und friedlichen Zustandes im Nahen Orient und auf dem Schwarzen Meere unmöglich macht; in Anbetracht dessen, ferner, daß dieser Entwurf mit zwingender Notwendigkeit zu einer Steigerung der Seerüstungen sowohl Rußlands wie der anderen Mächte führen wird..., versagt die Delegation Rußlands, der Ukraine und Georgiens dem Entwurf der Mächte ihre Zustimmung... Ohne Rußlands Zustimmung wird und kann die Meerengenfrage nicht gelöst werden. Wenn das Abkommen ohne Rußland unterzeichnet wird, wird sich letzteres volle Handlungsfreiheit vorbehalten."

Das Abkommen wurde nicht unterzeichnet, weil man in der Sitzung vom 4. Februar auf den Widerstand der Türken stieß — natürlich nicht in der Meerengenfrage. Es war die Mossulfrage, die in den Vordergrund trat — den „Naphtha-Geruch" konnte man auch in Lausanne spüren, sowie eine Reihe anderer Fragen, in denen die Türkei ihre Souveränität für verletzt hielt. Dem britischen Hauptdelegierten, Lord Curzon, der auf die türkische Entscheidung im Eisenbahnzuge wartete, wurde dann nach orientalischer Art die Zustimmung im letzten Augenblick nachgeschickt (am 5. Februar). Jetzt zeigte sich aber Lord Curzon halsstarrig, und die Unterzeichnung des Friedensvertrages wurde verschoben.

Während der zweiten Tagung des Kongresses von Lausanne, die am 23. April begann, wurde die Meerengenfrage nicht mehr aufgeworfen. Dementsprechend wurden die Sowjetdelegierten auch nicht eingeladen. Der Versuch des in der Schweiz eingetroffenen Worowski, seine Anerkennung als diplomatischer Vertreter durchzusetzen, stieß auf einen entschiedenen Wider-

stand von seiten des Bundesrates (Anfang Mai). Worowski war schon im Begriff abzureisen, wurde aber am 10. Mai von dem Offizier Konrady ermordet. Gleichzeitig mit dem daraus entstandenen Konflikt mit der Schweiz war es zu einem noch viel gefährlicheren Konflikt mit der englischen Regierung gekommen, und zwar wegen der an der Murman-Küste beschlagnahmten englischen Fischerkähne. Der gerade zu jener Zeit gestiegene Einfluß Lord Curzons im konservativen Kabinett hatte sofort eine entschiedene Änderung der englischen Politik gegenüber der Sowjetregierung zur Folge gehabt. Am 8. Mai wurde nach Moskau eine ultimative Note abgesandt, wo es hieß, die britische Regierung habe „vielleicht zu lange die Entscheidung darüber aufgeschoben, ob es erwünscht oder auch nur möglich sei, die Beziehungen zu der Sowjetregierung in ihrem jetzigen anormalen, eigentlich ganz beispiellosen Zustande zu belassen". Lord Curzon warnte vor unnützen Versuchen, die Beschuldigungen wegen der von den Bolschewiken betriebenen Propaganda noch weiter mit der Behauptung zu bestreiten, daß sie angeblich auf gefälschten Nachrichten beruhten. Die Note forderte „eine volle und bedingungslose Genugtuung" und drohte widrigenfalls mit einer Annullierung des Handelsabkommens vom 16. März 1921. Gleichzeitig wurde ein britisches Kriegsschiff nach dem Weißen Meere entsandt. Die englische Arbeiterpartei (Labour Party) geriet in große Aufregung, und ihre Telegramme beschworen die Sowjetregierung, sich aller Maßnahmen zu enthalten, welche eine Anwendung von Gewalt nach sich ziehen könnten.

Die Gefahr eines bewaffneten Konfliktes mit England rief von neuem beide Strömungen, die extremistische und die gemäßigte, auf den Plan, die in Sowjetrußland für die Vorherrschaft in der auswärtigen Politik kämpften. Einerseits wurden Hunderttausende zu Straßenkundgebungen versammelt und Fahnen herumgetragen mit Aufschriften wie: „schlagt die Lords in die Fresse", „haut den englischen Lords die Zähne aus", „Rücktritt Curzons" usw., und am 14. Mai wurde eine hochmütige Antwortnote abgeschickt, in welcher alle für die Bolschewiken ungünstigen Informationen von neuem für erfunden erklärt wurden, wenn auch zugleich festgestellt wurde, daß die russische Politik in Asien mit der britischen wenig gemein habe. Andererseits aber suchten Tschitscherin und Trotzkij an demselben Tage, wo die Straßenumzüge stattfanden,

den Moskauer und den Petersburger Sowjet von der Notwendigkeit zu überzeugen, „keinen einzigen Schritt zu unternehmen, kein einziges Wort auszusprechen, die den Weg zu einer friedlichen Lösung versperren könnten". Krassin begab sich sofort in einem Flugzeug nach London, hatte am 17. Mai eine Unterredung mit Curzon und erwirkte einen 10tägigen Aufschub, damit Moskau eine andere, mehr befriedigende Antwort erteilen könnte. Diese Antwort wurde denn auch Curzon am 23. Mai eingereicht. Sie enthielt tatsächlich gewisse Zugeständnisse, sagte aber nichts über den für England wichtigsten Punkt aus, nämlich über die Propaganda in Asien, und schlug erneut vor, die strittigen Fragen auf einer politischen Konferenz zu lösen, deren Einberufung von den Bolschewiken bereits seit längerer Zeit angestrebt wurde.

Aus den Erklärungen Tschitscherins und Sinowjews in dem Moskauer und dem Petersburger Sowjet geht hervor, warum die Bolschewiken auf die Grundfrage über die Propaganda eine befriedigende Antwort tatsächlich auch gar nicht geben konnten. Tschitscherin hatte gesagt: „Die Freiheitsbewegung der orientalischen Völker ist eine der gewaltigsten Tatsachen unserer Tage ... starke Sympathien verbinden uns mit den Völkern des Ostens, die gegen ihre Unterdrückung ankämpfen." Der Vorsitzende der Komintern Sinowjew drückte sich noch freimütiger aus: „Auch wenn es im Orient keinen einzigen kommunistischen Agitator geben würde, werden die Hunderte von Millionen im Orient ... sich erheben, sich nach Bundesgenossen umsehen und solche auch *finden* — heute in unserer Sowjetrepublik allein, morgen aber in anderen Sowjetrepubliken, die zweifelsohne entstehen werden."

Wie leicht vorauszusehen war, erklärte Curzon in seinem Antwortschreiben vom 28. Mai alle Punkte der Sowjetantwort für befriedigend, außer diesem einen. Er bestand auf einer erweiterten Formulierung der früheren, von den Bolschewiken übernommenen Verpflichtung — keine Propaganda, insbesondere in Asien, zu betreiben, und forderte nach wie vor die Abberufung der Sowjetvertreter aus Kabul und Teheran. Es kam noch die Forderung auf Schadenersatz für englische Untertanen hinzu. Die Antwort Moskaus (vom 11. Juni) kam nahezu einer Kapitulation gleich. Doch verlangte die Sowjetregierung von Curzon eine gleichwertige Verpflichtung zur Nichtunterstützung der weißen Bewegung und weigerte sich, ihre Vertreter sofort

abzuberufen. Trotzdem wurde die Moskauer Antwort am 13. Juni für befriedigend erklärt. Diesen verhältnismäßig günstigen Ausgang des Konfliktes verdankte Moskau, wie es scheint, nicht so sehr Curzon, als dem neuen Premierminister Baldwin, der inzwischen an die Stelle des erkrankten Bonar Law getreten war. Es muß erwähnt werden, daß die Arbeiteropposition im Unterhause während der ganzen Dauer des Konfliktes auf den Gang der Verhandlungen den stärksten Druck ausübte. Das hinderte den Vertreter der Regierung Mac Neill nicht daran, im Unterhause zu erklären, daß eine Annullierung des Handelsabkommens keinen ernsten Einfluß auf den britischen Handel haben würde, da nach der Aussage der Mehrzahl der britischen Handelskammern der englisch-russische Vertrag von 1921 für den britischen Handel keinen Wert besitze.

Während der Dauer des englisch-russischen Konfliktes hatten sich die Beratungen der Konferenz von Lausanne endlich ihrem Abschluß genähert. Da erinnerte man sich wieder der Sowjetdelegation, deren Unterschrift man für das Meerengenabkommen brauchte. Wir haben gesehen, daß die Bolschewiken im Februar dessen Unterzeichnung entschieden ablehnten und daß sie guten Grund hierzu hatten. Aber die Unterschrift unter eine internationale Urkunde zum ersten Male zu leisten, das war ja nahezu gleichbedeutend mit einer Anerkennung de jure, um die sich die Bolschewiken so sehr bemühten. Um jene Zeit war die Anerkennungsfrage akut geworden. Wie sollte man dieser Versuchung widerstehen? So entschlossen sich denn die Bolschewiken dazu, das Meerengenabkommen zu unterzeichnen, allerdings nicht in Lausanne, denn die Schweiz wurde von ihnen boykottiert, sondern in Konstantinopel. Auf das Einladungstelegramm vom 20. Juli gaben sie am 27. Juli eine zustimmende Antwort, indem sie nur die Bemerkung machten, daß sie das für die Meerengen geschaffene Regime nach wie vor als gänzlich unbefriedigend erachteten und sich das Recht vorbehielten, Abänderungsanträge einzubringen. Bemerkenswerterweise begründeten sie auch jetzt ihre Nachgiebigkeit damit, daß die Türkei ihre Zustimmung gegeben habe: „Somit fällt auf die Sowjetrepubliken keine Verantwortung für die Verletzung der Rechte und Interessen des türkischen Volkes, für deren Sicherstellung die Sowjetrepubliken kämpfen und kämpfen werden." In dem Augenblick, wo sie sich zu dem vom Standpunkte der nationalen russischen Interessen schmachvoll-

sten Schritt entschloß, war die Sowjetregierung nur dessen eingedenk, daß sie „durch ihren Beitritt zum Abkommen — zur Wahrung der Rechte und Interessen der Völker des Orients werde beitragen können". Wie wir bereits wissen, gehörte diese Beschützung des Orients zum Programm der Weltrevolution.

Hiermit schließt die Periode, die durch die Teilnahme der Sowjetregierung an gesamteuropäischen Konferenzen gekennzeichnet ist. Es folgt die Periode der de jure-Anerkennung der Sowjetregierung durch die einzelnen Mächte. Bevor wir aber zu dieser Periode übergehen, muß noch einmal die Frage erörtert werden: wie verhielt es sich in diesen Jahren 1922/23 mit der anderen, der Schattenseite der Sowjetdiplomatie — mit der Diplomatie der Kommunistischen Internationale?

XI.

Die Dritte Internationale war in diesen Jahren nicht nur von jenen Zeiten bereits weit entfernt, wo Radek als Sekretär der Konferenz von Zimmerwald seine Propagandatätigkeit mit 50 Francs 25 Centimes in der Tasche begann und gezwungen war, seine „Radiomeldungen" mit Hilfe minderwertiger Helsingforser Blätter zu fabrizieren. Auch jene Zeit gehörte längst der Vergangenheit an, wo die Bolschewiken, nachdem sie die Gewalt an sich gerissen hatten, die ersten zwei Millionen Rubel für die Propaganda in West-Europa aufbrachten und eine proletarische Revolution in Deutschland mit Hilfe eines kleinen illegalen Blattes („Die Fackel") hervorzurufen suchten. Das Budget der Komintern von 1923 betrug mindestens 200 000 000 Goldrubel. Es lag auch jene Zeit bereits weit zurück, wo Lenin im März 1919 den ersten halb-fiktiven Kongreß der Internationale in Moskau in aller Hast zustande brachte (vgl. oben), nur um der sozialistischen Konferenz in Bern zuvorzukommen. Seitdem hat die Kommunistische Internationale noch vier Kongresse gehabt: den zweiten vom 19. Juli bis 7. August 1920, den dritten im Juli 1921, den vierten vom 7. November bis 3. Dezember 1922 und den fünften vom 17. Juni bis 8. Juli 1924. In der Zwischenzeit, von einem Kongreß bis zum andern, tagten der auf dem jeweiligen Kongreß gewählte Vollzugsausschuß und sein Präsidium, die recht energische Arbeit leisteten. Von Zeit zu Zeit fanden außerhalb der Kongreßtagungen Sitzungen des erweiterten Vollzugsausschusses statt. Diese ganze Tätigkeit der Dritten Internationale fand in einer gewaltigen Menge ge-

druckten Papiers ihren Niederschlag. Auf Grund dieser Veröffentlichungen kann man bis zu einem gewissen Grade auch über die Geheimtätigkeit der Komintern urteilen, die sonst nur den Regierungen aus den Berichten ihres Erkundungsdienstes bekannt ist (diese Berichte wurden jedoch jedesmal, wenn sie veröffentlicht wurden, von den offiziellen Führern der Komintern für gefälscht erklärt). Im Auslande unterhält die Kommunistische Internationale zahlreiche Agenturen für Propaganda- und Beobachtungszwecke, die im Rahmen eines hierarchisch aufgebauten Systems mehreren Zentralstellen unterstellt sind. Kartographische Darstellungen dieses dichten Netzes ausländischer Sowjetagenten sind auf Grund verschiedener Quellen mehrfach veröffentlicht worden.

Wie wir gleich sehen werden, steht diese ganze komplizierte bureaukratische Maschinerie, die von der materiellen Unterstützung Moskaus zehrt, unter strengster Kontrolle der Organe der russischen Kommunistischen Partei. Sowohl in Rußland (Sinowjew) wie im Auslande (Litwinow) waren die einflußreichsten Führer der Komintern gleichzeitig Mitglieder der Kommunistischen Partei Rußlands. Außerdem wurden über das ganze Auslandsnetz die Agenten des politischen Beobachtungsdienstes (des G.P.U., d. h. des staatlichen politischen Amtes, das die berüchtigte „Tscheka“ ersetzt hat) verteilt. Die oberste Leitung lag natürlich zunächst bei Lenin, dann bei seinen „Schülern“ und Nachfolgern, die das Erbe seiner Macht übernommen hatten. Sinowjew hat in seinem Bericht an den 12. Parteitag der Kommunistischen Partei mit größter Naivität dargelegt, wie einfach dies vor sich ging. „Die Sache wurde so gemacht“, so führte er aus, „daß wir, die Beamten der Komintern, die zu befolgende Richtlinie von uns aus aufstellten und Genossen Lenin um Rat fragten. Das genügte, und das ganze Zentralkomitee wußte, daß sich also die Sache auf richtigem Gleis befindet. Nachdem dies unmöglich geworden war (wegen Lenins Erkrankung und dann nach seinem Tode), haben wir auch auf diesem Gebiet die Führung Lenins durch die eines Kollegiums ersetzt“ (gemeint ist das „politische Bureau“, das an der Spitze der gesamten Staatsverwaltung steht).

Allein, als in den Jahren 1920—1922 die oben dargestellten diplomatischen Verhandlungen begannen, komplizierte sich die Lage. Es stellte sich heraus, daß es nicht angängig war, gleichzeitig über die Wiederaufnahme von Wirtschaftsbeziehungen

zu verhandeln und sich mit der Beförderung der illegalen Agitationsliteratur zu befassen, wie es die ersten, 1919 aus den europäischen Hauptstädten hinausgeworfenen Gesandten taten. Tschitscherin forderte und setzte es 1921 auch durch, daß das Kommissariat für Auswärtiges die Verantwortung für die Tätigkeit der Komintern nicht mehr tragen sollte. Andererseits verlangten auch die Vertreter der Komintern auf der Ende 1920 in der Nähe von Bremen abgehaltenen Konferenz, daß sie von den Fesseln befreit würden, welche die für die bureaukratische Diplomatie obligatorische Mäßigung ihnen auferlegte. Es versteht sich von selbst, daß diese Abgrenzung rein formell war und an der Abhängigkeit der Kommunistischen Internationale von dem Rat der Volkskommissare in Wirklichkeit nichts änderte.

Die größte Schwierigkeit bereitete jedoch die Aufgabe, die Komintern selbst nach den Grundsätzen der „eisernen Disziplin" aufzubauen, wie sie von Lenin verlangt wurde, um mit den ausländischen Trupps wie mit einer wohldisziplinierten Armee operieren zu können. Hierauf war von Anfang an das Augenmerk der Moskauer Führer der Komintern in erster Linie gerichtet. Das bedeutete, daß keine der der Komintern angeschlossenen Parteien auf dem Gebiet der Doktrin und der Taktik weder rechts noch links abschwenken durfte und die von den Kongressen der Komintern ausgegebenen jeweiligen Losungen streng zu befolgen hatte; alle Befehle Moskaus sollten unweigerlich ausgeführt werden. In diesem Geiste waren die auf dem zweiten Kongresse angenommenen „21 Punkte" Lenins abgefaßt, die die ganze Unversöhnlichkeit der extremen Linken von Zimmerwald und Kienthal atmen. Dieses „Grundgesetz" der Komintern wurde auf allen späteren Kongressen stets bekräftigt. Das Dokument ist dermaßen charakteristisch und so wenig bekannt, daß seine gedrängte Wiedergabe an dieser Stelle erforderlich erscheint. Bei der Darstellung der „21 Punkte" werden wir unserer eigenen Anordnung folgen.

1. Die Parteien, die zur Dritten Kommunistischen Internationale gehören wollen, müssen vorbehaltlos und so schnell wie möglich mit den reformistischen und „zentristischen" Richtungen des Sozialismus brechen. Die Komintern kann notorische Opportunisten, wie es Turati, Kautski, Hilferding, Longuet, Macdonald, Modigliani usw. sind, in ihrer Mitte nicht dulden,

ohne Gefahr zu laufen, der Zweiten Internationale ähnlich zu werden. (P. 7.)

2. Sie müssen aus allen für die Arbeiterbewegung wichtigen Stellungen (wie Parteiorganisationen, Redaktionen, Gewerkschaften, Parlamentsparteien, Verbände, lokale Verwaltungsorgane) sämtliche Mitglieder der reformistischen und zentristischen Parteien entfernen und durch erprobte Kommunisten ersetzen, ohne daran Anstand zu nehmen, daß in der ersten Zeit einfache Arbeiter die Stelle „bewährter" Opportunisten werden einnehmen müssen. (P. 2 und 11.)

3. Jene Parteien, die ihre Taktik nicht in radikaler Weise geändert haben, müssen die erforderlichen Maßnahmen treffen, damit sich ihre Vorstände und die wichtigsten Zentralorgane fortan mindestens zu zwei Dritteln aus Genossen zusammensetzen, die sich vor dem zweiten Kongreß öffentlich und vorbehaltlos für die Notwendigkeit des Beitritts zur Internationale erklärt haben. Ausnahmen bedürfen einer Genehmigung des Vollzugsausschusses der Komintern. (P. 20.)

4. Die Parteien, die ihr sozialdemokratisches Programm behalten haben, müssen dasselbe unverzüglich durch ein den lokalen Verhältnissen angepaßtes kommunistisches Programm ersetzen. Sämtliche Programme müssen jeweils dem nächsten Kongreß der Komintern zur Genehmigung vorgelegt oder aber von dem Vollzugsausschuß der Komintern bestätigt werden. (P. 10.)

5. Alle beigetretenen Parteien haben ihre Benennungen zu ändern und die Bezeichnung: „Kommunistische Partei des betreffenden Landes, Sektion der Dritten Kommunistischen Internationale" anzunehmen, damit der Unterschied von den alten sozialistischen Parteien jedermann einleuchtend sei. (P. 17.)

6. Diese Parteien müssen auf der Grundlage einer demokratischen Zentralisation und einer eisernen Disziplin aufgebaut werden. Die gesamte Gewalt muß in den Händen der zentralen Parteibehörde liegen, welcher weitestgehende Befugnisse einzuräumen sind. (P. 12.)

7. Da der Klassenkampf in Europa und Amerika allenthalben in die Phase des Bürgerkrieges eintritt, müssen die Kommunisten, ohne sich auf die bürgerliche Rechtsordnung zu verlassen, überall parallele illegale Organisationen schaffen, die es ihnen im richtigen Augenblick ermöglichen, ihre Pflicht vor der Revolution zu erfüllen. In den Parteien, die ein legales

Dasein führen, muß von Zeit zu Zeit eine Säuberung (Umregistrierung) vorgenommen und die eingedrungenen kleinbürgerlichen Elemente daraus entfernt werden. (P. 3 und 13.)

8. Sämtliche Beschlüsse, die von den Kongressen und vom Vollzugsausschuß der Komintern angenommen werden, sind für alle beigetretenen Parteien verbindlich. Mitglieder, die die Richtlinien und Anweisungen der Komintern grundsätzlich ablehnen, sind aus den Parteien auszuschließen. Dies gilt auch hinsichtlich der Delegierten der außerordentlichen Parteitage. Alle Parteien, die der Komintern beigetreten sind oder ihre Aufnahme beantragt haben, müssen innerhalb von vier Monaten nach dem zweiten Kongreß auf außerordentlichen Parteitagen zu den 21 Punkten Stellung nehmen. (P. 16, 19 und 21.)

9. Jede Partei ist verpflichtet, einen energischen Kampf gegen die „gelbe" Amsterdamer Gewerkschafts-Internationale, gegen den Sozial-Patriotismus und Sozial-Pazifismus zu führen, den Glauben an den Völkerbund, an die Abrüstung und die Schiedsgerichtsbarkeit als Mittel zur Verhütung von Kriegen zu bekämpfen. (P. 6.)

10. Jede Partei ist verpflichtet, in den Gewerkschaften, Betriebsräten und Genossenschaften eine kommunistische Propagandatätigkeit zu entfalten und in den genannten Organisationen kommunistische, der Partei unterstellte Zellen zu gründen. (P. 9.)

11. Eine kolossale Bedeutung ist gegenwärtig einer systematischen Agitation unter der ländlichen Bevölkerung beizumessen. Ohne Heranziehung wenigstens der ärmsten Bauernschaft ist ein Sieg der proletarischen Revolution nicht möglich. (P. 5.)

12. Insbesondere liegt den Parteien eine energische Propaganda in der Armee ob. Wo Ausnahmegesetze dem im Wege stehen, muß die Propaganda auf illegalem Wege betrieben werden. Diese Aufgabe vernachlässigen heißt seine revolutionäre Pflicht vergessen und sich der Mitgliedschaft an der Dritten Internationale unwürdig zeigen. (P. 4.)

13. In Ländern, die im Besitz von Kolonien sind, haben die betreffenden Parteien jede in den Kolonien entstehende Freiheitsbewegung nicht nur mit Wort, sondern auch mit Tat zu unterstützen, bei der Vertreibung der Imperialisten aus den Kolonien mitzuhelfen und in der Armee eine systematische

Agitation gegen jede Unterdrückung der kolonialen Völker zu betreiben. (P. 8.)

14. Die angeschlossenen Parteien haben jeder Sowjetrepublik in dem Kampfe gegen die konterrevolutionären Kräfte jegliche Hilfe angedeihen zu lassen; sie verpflichten sich, gegen Waffenlieferungen an die Feinde der Sowjetrepubliken Propaganda zu treiben und mit allen gesetzlichen und ungesetzlichen Mitteln unter den Truppen zu agitieren, die zur Erdrosselung der Arbeiterrepubliken entsandt werden. (P. 14.)

15. Die Presse muß unter vollkommener Kontrolle des Parteikomitees stehen. Alle wichtigeren Dokumente des Vollzugsausschusses müssen von sämtlichen führenden Parteiorganen veröffentlicht werden. (P. 1 und 19.)

Die in den „21 Punkten" niedergelegten Regeln wurden durch spätere Kongreßbeschlüsse noch mehr verschärft. So hat der dritte Kongreß nochmals die Verpflichtung zur Gründung kommunistischer Zellen betont, und das Präsidium des Vollzugsausschusses hat (am 14. September 1921) eine eingehende Instruktion über die in den Fabriken, Gewerkschaften, in der Armee und Flotte zu bildenden Zellen ausgearbeitet. Nach dem dritten Kongresse ordnete der Vollzugsausschuß an (Juli 1921), daß fortan die Einberufung von Parteitagen in den einzelnen Ländern nicht vor, sondern *nach* den Weltkongressen zu erfolgen habe, damit sich kein Widerspruch zu deren obligatorischen Entscheidungen ergebe.

An prohibitiven Bestimmungen waren die Beschlüsse des vierten Kongresses besonders reich. Sämtliche früheren Verbote wurden bestätigt; sodann wurde den Delegierten verboten, imperative Mandate mitzubringen: dies würde gegen den Parteizentralismus verstoßen. Das Recht zum Ausschluß der Mitglieder wurde bestätigt. Auf die Notwendigkeit einer baldmöglichsten Aufstellung der Programme wurde erneut hingewiesen. Den gewählten Mitgliedern der Parteibehörden wurde verboten, von ihren Posten zurückzutreten: denn die Parteiämter sind ein Gemeingut der ganzen Partei. Die Aufstellung von Kandidaten für den Vollzugsausschuß soll ebenso wie seine Wahl auf den Kongressen selbst erfolgen. Es wurde ein besonderes Amt bevollmächtigter Agenten geschaffen, die mit der Kontrolle der Parteien in den einzelnen Ländern beauftragt werden sollten. Es wurde verboten, die jeweiligen Programmänderungen für opportunistisch zu erklären. Und so weiter.

Wie zu erwarten war, konnten — und wollten — die einzelnen Parteien sich in diesen engen Moskauer Rahmen nicht hineinzwingen; die „21 Punkte" glichen tatsächlich „dem Nadelöhr, durch welches das Kamel des Opportunismus nicht gehen kann", wie es in der bombastischen Erklärung Sinowjews auf dem zweiten Kongreß hieß. Es begann ein dumpfer Kampf, der schließlich dazu führte, daß einigermaßen unabhängige Persönlichkeiten und ganze Parteien aus der Komintern ausgeschlossen wurden. Je stärker und einflußreicher eine Partei war, die den Anspruch auf ihre Aufnahme erhob, desto mehr beargwöhnten die Moskauer Führer ihre etwaigen „kleinbürgerlichen" Tendenzen und „sozialdemokratischen" Traditionen. In dieser Lage befanden sich zuallererst die deutschen Unabhängigen, dann die französische und die norwegische Partei, die Italiener, die Tschechoslowaken... An Stelle angesehener Parteiführer, die Einfluß in den lokalen Gruppen besaßen, wurden Kreaturen Moskaus, mitunter lichtscheue Elemente, aus der Partei ausgeschlossene Individuen ernannt. Den Beschwerden, daß Moskau sich der Komintern als eines Werkzeuges für seine eigenen Zwecke bediene, trat Sinowjew auf dem vierten Kongreß entgegen, indem er mit großer Offenherzigkeit erklärte: die Sowjetrepublik und die Internationale sind das Fundament und der Giebel ein und desselben Gebäudes, eins gehört zum andern. „Das Zusammenwirken zwischen der ersten proletarischen Republik und der kommunistischen Partei ist eine unabweisliche Pflicht."

Welches war nun das Ergebnis dieser Taktik? Die Moskauer hatten das erhalten, was sie wünschten: eine gefügige Maschine, die automatisch nach ihren Weisungen arbeitete. Welches war aber der Wert dieser Maschine? Hier das Zeugnis eines der zuletzt Hinausgeworfenen, des Franzosen Frossard, der in einer im September 1923 geschriebenen Broschüre folgendes ausführt: „Indem sie sich dazu entschloß, nicht ein gemeinsames Handeln, sondern ein gleichartiges Denken der Menschen um jeden Preis zu erzwingen, hat die Komintern die Zersetzung des Proletariats in allen Ländern herbeigeführt und ihren eigenen Niedergang besiegelt. Auf welche Parteien kann sie sich stützen, abgesehen von der russischen Partei, die sich zu acht Zehnteln ihrer 500 000 Mitglieder aus Sowjetbeamten, Offizieren und Soldaten der Roten Armee zusammensetzt, einer Partei, in der die unerbittlichste Disziplin herrscht und die ihre Minderheiten mittels

der üblichen Methoden aller Regierungen knebelt? Eine englische Delegierte hat auf dem vierten Kongreß eingestanden, daß sie eine Partei vertritt, die weniger als tausend Mitglieder zählt — und das in einem Lande, wo die Arbeiterpartei fünf Millionen Menschen hinter sich hat. Der Belgier sind vierhundert, und die Arbeiterpartei, gegen die sie ankämpfen wollen, zählt 700 000 Mitglieder. Die Holländer sind 2000 an der Zahl, die Schweizer 2000, die Amerikaner 8000, die Spanier — einige Hunderte. Die zahlenmäßige Stärke der italienischen Gruppe kann mit der der maximalistischen Partei in keiner Weise verglichen werden, welch letztere die Beziehungen zu Moskau aus denselben Gründen abgebrochen hat wie wir. Die Österreicher fallen überhaupt nicht ins Gewicht. Die norwegische Kommunistische Partei, eine der zahlreichsten in Europa, ist von Moskau ausgeschlossen worden und befindet sich in einer ähnlichen Lage wie wir. Unter Schmerals intelligenter Führung verstehen es die Tschechoslowaken, durch klugen Opportunismus die ihnen vom Vollzugsausschuß diktierten Resolutionen auf ein erträgliches Maß herabzuschrauben. In Ungarn hat die blutrünstige Hysterie Bela Kuns den Kommunismus getötet. Auf dem Balkan, wo die Partei eine überragende Stellung einnahm, wird sie diese demnächst einbüßen müssen, weil ihr das Recht genommen ist, ihre Tätigkeit dem Milieu anzupassen, in dem sie sich zu entwickeln hat. Die Deutschen zählen zwei- oder dreihunderttausend — sie wissen selbst nicht, wieviel —, gegen 1 200 000 Sozialdemokraten... Die französische Partei, die absolut keinen politischen Einfluß besitzt, würde eine quantité négligeable sein, wenn es nicht Jaures' Zeitung („L'Humanité") wäre, deren Auflagestärke ihr einen Schein der Macht verleiht. Das Ergebnis ist, daß sich der Einfluß der Dritten Internationale allein auf Parteien erstreckt, die zahlenmäßig schwach und politisch machtlos sind. Es muß auch erwähnt werden, daß viele unter ihnen nur der finanziellen Unterstützung Moskaus ihr Dasein verdanken. Scheidet man die Sowjetregierung von der Internationale, so bleibt von diesem ganzen Parteistaub so gut wie nichts... In Wirklichkeit existiert eine Kommunistische Internationale nicht, und der Weltkongreß ist nur ein Aushängeschild. Irgendwelche Bedeutung kann nur die russische Partei mit ihren Führern für sich in Anspruch nehmen. Da sie es sind, die die Manna an die anderen Parteien verteilen, so stehen

ihnen diese zu Befehl"[24]). Man darf nicht vergessen, daß dies die Aussage eines Mannes ist, der selbst eine der ersten Rollen in der ganzen Komödie gespielt hat.

Nachdem der erste Teil der Aufgabe — die Aussonderung des „reinen" kommunistischen Kernes — durchgeführt war (mit welchem Ergebnis, das haben wir soeben gesehen), folgte logischerweise der zweite Schritt: der Versuch, die Arbeitermassen um diesen Kern herum zu sammeln. Denn ohne die Massen konnte keine Revolution gemacht werden. Die Losung: „Heran an die Massen" wurde denn auch von dem dritten Kongresse ausgegeben. Da rächte sich aber gerade der ganze Trug der kommunistischen Grundformationen. Die Arbeiter mußten erst noch aus anderen, unvergleichlich mächtigeren Organisationen losgelöst und herübergezogen werden. Sie mußten Mann für Mann, „von unten auf" zu neuen Kampfeinheiten zusammengeschlossen werden, ohne mit jenen anderen Organisationen in Berührung zu kommen, die mit allen Sünden des „Reformismus und des Zentrismus" und der „kleinbürgerlichen" sozialdemokratischen Gesinnung behaftet waren. Im Dezember 1921 wurde nun die weitere Losung der „gemeinsamen Front" des gesamten Proletariats ausgegeben, wohl verstanden: einer von unten aufzubauenden gemeinsamen Front. Die Wirklichkeit zwang aber zu einer vereinfachten Auslegung dieser Idee: — man war geneigt, die Errichtung der gemeinsamen Front „von oben aus" einzuleiten und den leichteren Weg einer direkten Koalition mit den sozialistischen Parteien zu gehen, statt sich der schwierigen Aufgabe einer Neukristallisierung der Atome zu unterziehen. Die Moskauer Gewalthaber waren natürlich über eine solche Vereinfachung entsetzt und eiferten gegen die gefährliche Nähe, die die „reinen" kommunistischen Parteien selbst zu einer Schwenkung nach rechts verleiten könnte. Auf dieselbe abschüssige Bahn führte aber auch eine andere Losung des dritten und des vierten Kongresses: die Losung der „Arbeiterregierung" (oder sogar der „Arbeiter- und Bauernregierung"). Vergeblich suchte Sinowjew diese Losung dahin zu interpretieren, daß sie nichts anderes als „ein Deckname für die Diktatur des Proletariats" sei. Die Opportunisten der Komintern waren beinahe bereit, sie geradezu als die Sanktionierung einer Regierung Macdonald aufzufassen und darüber die Revolution aus

[24]) L. O. Frossard, „La décomposition du Communisme. Vers l'unité du prolétariat" (Les cahiers Jaurésiens, Nr. 1).

den Augen zu verlieren. Und doch entsprach der Opportunismus dieser Losungen der allgemeinen Stimmung der Jahre 1921/22: der Jahre der Handelsverträge, der Konferenzen über den wirtschaftlichen Wiederaufbau Rußlands und der „neuen Wirtschaftspolitik". Volens nolens mußte Sinowjew nachgeben. Später, auf dem fünften Kongreß, wird er sich beklagen, daß es der Opportunist Radek gewesen ist, der ihn zur Sünde verleitet und die opportunistische Konterbande in die Resolutionen des vierten Kongresses hineingeschmuggelt hat. Auf dem vierten Kongreß wurde aber sogar der intransigente Schriftgelehrte und Theoretiker Bucharin mobilisiert, um den Beweis dafür zu führen, daß Anpassungs- und Wandlungsfähigkeit in den „taktischen Problemen" mit der Prinzipienstrenge und der Folgerichtigkeit des kommunistischen Programms durchaus vereinbar sei. Der Streit zwischen Bucharin und Tallheimer drehte sich nur darum, ob diese durch taktische Erwägungen gebotenen Übergangsforderungen und partiellen Losungen in das allgemeine Programm aufgenommen oder der Entscheidung der nationalen Sektionen der Internationale anheimgestellt werden sollten, denen auf diese Weise eine gewisse Bewegungsfreiheit einzuräumen wäre. Unter dem Einfluß Lenins wurde dieser Streit im Sinne der Nichtaufnahme in das Programm entschieden. Bucharin führte auf dem vierten Kongreß aus, es sei *zulässig*, Anleihen bei bürgerlichen Staaten aufzunehmen und mit diesen sogar Kriegsbündnisse zu schließen, *um andere bürgerliche Staaten zu zerstören.* Man könne nicht die ganze Welt mit bloßen Händen erobern, darum habe „jeder proletarische Staat ein Recht auf *rote Intervention*". Zulässig seien weiter auch Maßnahmen, die wirtschaftlich nicht zu rechtfertigen sind (z. B. die Anerkennung des Privateigentums zugunsten der deutschen Bauernschaft), wenn sie unter dem Gesichtspunkt der Eroberung der politischen Gewalt taktisch zweckmäßig sind. (Bei diesem Anlaß hielt Tallheimer Bucharin entgegen, daß der „Kriegskommunismus" kein für alle Länder taugliches Mittel sei; es sei notwendig, „mit aller Bestimmtheit darauf hinzuweisen, daß die Politik des Kriegskommunismus in Rußland, d. h. die Abschaffung des Geldes und des freien Handels, das System der Requisitionen auf dem Lande, *nicht möglich gewesen wäre, wenn keine Vorräte vorhanden wären, die der Zarismus hinterlassen hatte*"). Es sei zulässig, den Standpunkt zu vertreten, daß die europäischen Arbeiter Aristokraten seien, die

übermäßig hohe Löhne beziehen auf Kosten der Kolonien, welche sie zusammen mit den Kapitalisten ausplündern. „Diese Lehre war für uns eine starke Waffe", so verteidigte Bucharin diese Theorie auf dem fünften Kongresse, „mit ihrer Hilfe stellen wir eine Verbindung her zwischen Westeuropa und Asien, sie ist das Bindeglied zwischen der Revolution des Industrieproletariats und den kolonialen Aufständen, die einen Bestandteil der Weltrevolution bilden". Wir wissen, daß die auf die Kolonien gesetzten Hoffnungen um so mehr stiegen, je tiefer die Hoffnungen auf Europa sanken. In dieselbe Rubrik erlaubter theoretischer Abweichungen gehören offenbar auch die Losungen der „Einheitsfront" und der „Arbeiter- und Bauernregierung".

XII.

Nach dem vierten Kongresse war die opportunistische Stimmung der Dritten Internationale gründlich umgeschlagen. Noch ohne die beiden ersten Ziele erreicht zu haben, die, wie wir gesehen, in einer völligen Säuberung und „Bolschewisierung" ihrer Parteien und in der Gewinnung der Massen bestanden, stellte sich die Komintern — hauptsächlich unter dem Einfluß Sinowjews — eine dritte Aufgabe: diese nichtexistierende Armee zu aktiven Kampfoperationen in Bewegung zu setzen. Vielleicht hat hier der von Sinowjew auf dem vierten Kongresse ausgesprochene Gedanke eine Rolle gespielt, daß nur ein aktiver Vorstoß der Massen die aufrichtigen und entschlossenen Kommunisten von Nichtkommunisten endgültig zu scheiden vermag. Als eine Erziehungsmaßnahme konnten derartige Aktionen offenbar auch ohne die geringste Hoffnung auf Erfolg unternommen werden. Es unterliegt jedoch keinem Zweifel, daß bei Sinowjew eine solche Hoffnung wohl bestand, und sie erstarkte noch mehr unter dem Eindruck der Ereignisse von 1923. Die frühere Diagnose der europäischen Lage wurde in der Formel Radeks zusammengefaßt: man befinde sich in der Periode eines Abflauens der revolutionären Stimmung, in der Ebbezeit zwischen zwei Wellen der Weltrevolution. Diese Ansicht wurde eine Zeitlang auch von Sinowjew geteilt.

Warum hat er sie geändert? Darüber äußerte er sich selbst in einer Plenarsitzung des Vollzugsausschusses Anfang Februar 1924. „Wir sind überzeugt", so führte er vor seinen Parteigenossen aus, „daß die letzten Ereignisse in Deutschland, Polen und Bulgarien den *Anfang eines neuen Aufstiegs* der Welt-

revolution bedeuten. Es ist irgendein neues Kapitel, das jetzt beginnt." „Es sind das Ereignisse, denen eine große Bedeutung beizumessen ist." Wie gewöhnlich, machte sich die Komintern Sinowjews Auffassung in einer besonderen Resolution zu eigen, die in der „Prawda" vom 7. Februar 1924 veröffentlicht wurde. „Die Ereignisse in Deutschland, Polen und Bulgarien", spricht die Komintern Sinowjew gehorsamst nach, „die sich in den Monaten Mai bis November 1923 abgespielt haben, bedeuten den Beginn eines neuen Kapitels in der Geschichte der internationalen Bewegung... Angesichts der großen Bedeutung der deutschen revolutionären Bewegung sind diese Ereignisse für die Kommunistische Internationale von größter Wichtigkeit." In einer besonderen Resolution „über die Aufgaben der Kommunistischen Partei Frankreichs", die am gleichen Tage abgedruckt wurde, finden sich Mahnungen an die „harten revolutionären Pflichten", die auf „den kommunistischen Parteien der *Deutschland benachbarten Länder* lasten". „Man muß sich auf die Ereignisse in Deutschland vorbereiten, man muß dessen eingedenk sein, daß die gesamte internationale Reaktion, und in erster Linie die französische, sich auf die deutsche Revolution mit einer noch größeren Wucht stürzen wird, als es gegenüber der russischen Revolution der Fall war. Der Erfolg der deutschen Revolution hängt im hohen Grade davon ab, ob es der Arbeiterklasse Frankreichs gelingen wird, dem französischen Imperialismus den Maulkorb anzulegen." Zu diesem Zweck wird unter anderem empfohlen, für die Lostrennung der Kolonien von Frankreich zu agitieren.

Was war denn geschehen? Was hatte bei Sinowjew diese unmäßigen Hoffnungen aufkommen lassen? In erster Linie war es die Stimmung in Deutschland nach der Besetzung des Ruhrgebiets im Januar—Juni 1923. Solange der „passive Widerstand" der deutschen „Bourgeoisie" dauerte, wirkten die Kommunisten mit großem Erfolg, indem sie die allgemeine Erbitterung der Bevölkerung und die maßlos steigende Teuerung ausnutzten. Wenn aber der Widerstand ein Ende nehmen und die „Bourgeoisien" der in Fehde stehenden Länder sich aussöhnen sollten, was dann? Für diesen Fall hatte der vierte Kongreß der Komintern seine Entscheidungen im voraus getroffen: dann muß man in die Welt hinausschreien, daß sich Poincaré und Stresemann auf Kosten der Arbeiter aussöhnen wollen, und muß eine deutsch-französische Verständigung mit

aller Kraft zu hintertreiben suchen, um den für die kommunistische Agitation erforderlichen Zustand der internationalen Verworrenheit aufrechtzuerhalten. Und nun war es so gekommen, daß Deutschland tatsächlich nachgegeben und den passiven Widerstand abgebrochen hatte. Das Aufkommen einer schwachen Hoffnung auf eine endgültige Befriedung Europas genügte, um bei den Kommunisten Unruhe hervorzurufen. In der „Humanité" vom 10. September 1923 erschien ein interessanter Artikel Radeks, ein wahrer Alarmruf. „Deutschland, von der Entente regiert, wird dieser den Weg zu den Grenzen unserer Arbeiter- und Bauernrepublik freimachen. Für militärische Abenteurer und Anhänger der Reaktion wird die Versuchung groß sein, Rußland eine bürgerliche Restauration und die Rückzahlung der Schulden des alten Regimes aufzuzwingen. Das rote Rußland, das sich der Größe der Gefahr bewußt ist, sieht sich zu der Erklärung genötigt, daß auch die Friedensliebe selbst ihre Grenzen haben muß." Radek begab sich schleunigst von Berlin nach Moskau, um auch dort für dieselben Gedanken einzutreten. Den Moskauern bläst er ein: „Wenn auch die russischen Arbeiter entschiedene Anhänger einer Politik des Friedens sind, so sind sie sich doch dessen bewußt, daß ein Sieg der Gegenrevolution in Deutschland, Deutschlands Unterwerfung unter die Bajonette der Entente, eine außerordentliche Gefahr für die Union S.S.R. bedeuten würde. Nachdem sie sich Deutschland botmäßig gemacht, würden die Alliierten es als ein Ausfallstor für einen neuen Angriff auf Rußland gebrauchen, um den Arbeitern die Fabriken zu entreißen und den Bauern eine harte Steuer aufzuerlegen, aus der die Schulden des Zaren und der Bourgeoisie bezahlt werden sollten"... Doch sieht sich Radek in Moskau genötigt, nicht so sehr die Lauen anzutreiben, als vielmehr die Heißsporne zur Besonnenheit zu mahnen. Derselbe Radek schreibt in der Petersburger „Prawda": „Der Zeitpunkt der allgemeinen Krise ist noch nicht gekommen, wenn er auch bereits herannaht... Zurzeit sind unsere Gegner noch immer stärker als wir. Wir müssen jetzt nicht nur keine Generalschlacht liefern, sondern alles vermeiden, was dem Feinde ermöglichen würde, unsere Truppen gesondert zu schlagen... Die Bolschewiken konnten mit 70 000 Parteimitgliedern die Macht erobern, weil die russische Bourgeoisie nicht organisiert war... Die deutsche Bourgeoisie verfügt über eine Organisation wie keine andere Bourgeoisie der

Welt... Wir haben (in Deutschland) 300 000 organisierte Arbeiter... eine Million Mitglieder, das ist die Mindestzahl, die von der Kommunistischen Partei Deutschlands in allernächster Zeit erreicht werden muß."

In den Kreisen der Sowjetdiplomaten wurden ebenfalls Stimmen laut, die zur Mäßigung rieten. Auf der 13. Parteikonferenz (17. Januar 1924) wies Krassin nach, daß nur in der Anrufung des ausländischen Kapitals ein Ausweg zu finden wäre, der den drohenden Bankerott der Sowjetgewalt verhüten könnte. Wir könnten möglicherweise eine Auslandsanleihe in Höhe von 300—500 Millionen Goldrubel erhalten. Aber mit Rücksicht auf das internationale Kapital müssen wir einen friedlicheren Ton anschlagen und die Fahne der Weltrevolution nicht zu hoch hissen." Zu der gleichen Ansicht neigte auch Trotzkij. Dagegen vertrat Sinowjew einen diametral entgegengesetzten Standpunkt. In seinem Bericht an den 13. Parteitag der Kommunistischen Partei (Mai 1924) schilderte er seine Haltung im Jahre 1923. Aus diesem Bericht geht hervor, daß er der Kommunistischen Partei Deutschlands ihre Haltung in den entscheidenden Tagen des Konflikts von Moskau aus vorzuschreiben suchte. „Als wir bei Bewertung der Ereignisse zu dem Schlusse gelangten, daß der Ausbruch der Krise eine Frage weniger Wochen sei, sagten wir: jetzt ist es Zeit, in die (sächsische) Regierung einzutreten, um aus Sachsen einen Waffenplatz zu machen." Als aber Sinowjew sah, daß sich die Genossen in der sächsischen Regierung nicht so benahmen, „wie es Revolutionären geziemt, sondern so, als ob sie Mitglieder einer gewöhnlichen Regierungskoalition wären", wurde ihnen von dem Vollzugsausschuß der Komintern ein strenger Verweis erteilt. Hier trat aber das Unerwartete ein: Radek nahm den rechten Flügel der deutschen Kommunisten in seinen Schutz, und als das russische Zentralkomitee die „kleinbürgerliche Tendenz" der Deutschen zu korrigieren suchte, weigerte sich Radek, der die Lage besser kannte und die Unmöglichkeit, eine Revolution in Deutschland hervorzurufen, einsah, den getroffenen Entscheidungen Folge zu leisten. Ja, er erkühnte sich sogar, daran zu erinnern, daß Sinowjew in die Komintern „von dem internationalen Kongreß, und nicht von Euch (dem Zentralkomitee der Partei) gewählt ist". Sinowjews Antwort darauf ist hochinteressant. „In formaler Beziehung hat er recht, aber es ist doch ohne weiteres klar, daß wir unsere Partei zu vertreten haben." Und Sinowjew

fügte nachdrücklichst hinzu: „Wir werden derartige Methoden nicht gelten lassen, wir werden es zu verhindern wissen, daß der Fraktionskampf in die Reihen der Komintern hineingetragen werde. Wer uns anrennt, dem wird sicher eine Beule auf der Stirn auflaufen." „Und wenn Radek und andere (gemeint ist Trotzkij) sich Seitensprünge nach rechts erlauben, so werden wir diese Leute schnell auf ihren Platz zu weisen wissen"...

Die ganze Tragweite dieser Drohungen hat Radek bald an sich selbst erkennen müssen. Ihm wurde die ganze Verantwortung für den Mißerfolg der deutschen Revolution zugeschoben, für die Sinowjew als endgültigen Termin den 9. November festgesetzt hatte. Die Ursachen des Mißerfolges wurden im Laufe des Jahres 1924 auf einer Reihe von Konferenzen eingehend erörtert. Sinowjew gab zum Teil seinen eigenen Irrtum zu, die Hauptschuld bürdete er aber trotzdem Radek auf, der im entscheidenden Augenblick „die Partei am Rockzipfel zurückhielt, während man sie zum Kampf hätte aufrufen müssen". Der günstige Augenblick sei nicht wegen ungenügender und verspäteter Vorbereitung verpaßt worden, wie dies von den deutschen Genossen behauptet werde, sondern vor allem, weil man keinen Mut gehabt hätte, um sich rechtzeitig in die Schlacht zu stürzen. Entgegen dem Gutachten der Deutschen, verkündete Sinowjew in der Plenarsitzung des Vollzugsausschusses vom Februar (1924) einen neuen Befehl der Komintern: die Kommunistische Partei Deutschlands „darf die Frage des Aufstandes und der Eroberung der politischen Gewalt nicht von der Tagesordnung absetzen. Im Gegenteil, diese Frage müssen wir uns stets als eine durchaus konkrete und aktuelle vor Augen halten".

Einen ähnlichen Verlauf hatte auch die Revolutionsmache in Bulgarien. Bekanntlich hatten die Kommunisten unter der Regierung Stambulijskis in Bulgarien festen Fuß gefaßt, mit enger Anknüpfung an die kommunistische Strömung unter den bulgarischen Bauern. Nach dem Fall Stambulijskis (am 9. Juni 1923) richtete die Regierung Zankow ihre Aufmerksamkeit auf die kommunistische Gefahr. Erst als sich die Regierung am 21. Juli zur Ausweisung aller bolschewistischen Agenten entschlossen hatte, traf sie auf Originaldokumente, die den Beweis für die Beteiligung der Komintern an der Vorbereitung

einer Revolution in Bulgarien erbrachten[25]). Der plötzliche Sturz Stambulijskis hatte die bulgarischen Kommunisten überrascht, so daß sie ihren Verpflichtungen nicht nachgekommen waren. Hierfür erhielten sie von Sinowjew einen strengen Verweis. Aber zwei Tage später, am 11. Juni, wurde der Versuch eines Aufstandes in Plewna unternommen, dessen Ziel die Errichtung einer „Arbeiter- und Bauernregierung" war. Daraufhin wurde die Vorbereitung eines neuen Aufstandes von den bulgarischen Emigranten nach dem Auslande verlegt; hier traten diese in Verbindung mit der Wiener Propaganda-Zentrale der Komintern, von der sie die notwendigen Geldmittel erhielten. In die Zeit, wo in Moskau die Sitzungen des erweiterten Plenums des Vollzugsausschusses der Komintern zu Ende gingen, fällt ein Dokument, das vom 24. Juni datiert und von dem tschechischen Kommunisten Neurath, dem Vorsitzenden einer besonderen Balkankommission der Komintern, unterzeichnet ist. Die Kommission stellte fest, daß der Sturz Stambulijskis „die von der Komintern auf dem Balkan erzielten wichtigen Resultate annulliert habe", gab jedoch die Hoffnung nicht auf und beschloß, „die kriegerischen Absichten Jugoslawiens zu fördern, um einen Konflikt mit Bulgarien hervorzurufen". Eine besondere Rolle wurde dabei der mazedonischen Organisation und der kroatischen Partei Raditschs zugewiesen, mit denen die Komintern in Verbindung trat. Während der Wiener Vorberatungen wurde festgestellt, daß ein Umsturz auf dem Balkan, um erfolgreich zu sein, nicht eine „proletarische Diktatur", sondern die Errichtung einer „Arbeiter- und Bauernregierung" anstreben müsse. Auch hier wurde — offenbar von Moskau aus — ein Termin für den Umsturz festgesetzt, nämlich der 17. September 1923. Die Regierung Zankows, die darüber informiert war, beschloß, den Verschwörern zuvorzukommen. Am 12. und 13. September wurden die kommunistischen Führer im ganzen Lande verhaftet, die kommunistischen Zeitungen verboten, die Klubs geschlossen und in den von ihnen eingenommenen Räumen Durchsuchungen vorgenommen, die reiches Material zur Vorgeschichte des geplanten Aufstandes an den Tag förderten. Die Kommunisten, die sich keinen zweiten Verweis aus Moskau

[25]) Tschitscherin erklärte diese Dokumente natürlich für gefälscht. Trotzdem wurde die Beteiligung der Komintern an dem bulgarischen Aufstand offiziell konstatiert.

zuziehen wollten, entschlossen sich trotzdem dazu, die Aktion am vorbestimmten Tage durchzuführen. Diejenigen ihrer Führer, die einer Verhaftung entkommen waren, darunter der Vertreter Bulgariens in der Komintern, Kolarow, bildeten schleunigst ein neues Zentralkomitee, stellten die Verbindung mit den Provinzzentralen wieder her, und am 17. September setzte die Aufstandsbewegung dennoch ein, den früheren Befehlen gemäß und nach einem allgemeinen Plan. Die Taktik war auch diesmal die übliche: Besetzung der Regierungsgebäude, Entwaffnung der Truppen und der Polizei und Ausrufung der Räterepublik. Der Erfolg blieb aber auf einige wenige Dörfer beschränkt. Der Aufstand wurde im Laufe von fünf Tagen durch blutige Maßnahmen niedergeworfen. Kolarow rettete sich durch Flucht.

Wie man sieht, endigten die Versuche einer sofortigen Revolution bis 1924 stets mit einem und demselben Ergebnis: mit einer Niederlage. Dadurch wurde jedoch Sinowjew keineswegs entmutigt. Die Verhandlungen mit den revolutionären Gruppen auf dem Balkan und mit den Kommunisten der Rußland benachbarten Länder wurden auch im Jahre 1924 eifrig weiter gepflegt. Überall riefen sie Gegenmaßnahmen der Regierungen gegen die Kommunisten hervor. Verhaftungen, Ausweisungen, Zeitungsverbote usw. wurden zu einer dauernden Erscheinung und fanden immer weitere Ausdehnung. Auf Sinowjew und seine Gesinnungsgenossen mit ihrem offiziellen Optimismus machten aber auch diese Mißerfolge keinen Eindruck. Die Sitzungen, Berichte und Beschlüsse des 13. Parteitags der russischen Kommunistischen Partei (Ende Mai) und des fünften Kongresses der Dritten Internationale (im Juni) standen im Zeichen eines äußerst energischen Kampfes gegen den „Opportunismus“ und die rechtsgerichteten Tendenzen — diesmal nicht mehr in den Reihen der der Komintern angeschlossenen Parteien, sondern innerhalb der eigenen „Sektionen“ der Dritten Internationale selbst.

Sinowjew ist sich natürlich vollkommen darüber klar, daß seine politische Linie derjenigen Krassins, Radeks, Trotzkijs schroff zuwiderläuft und mit der von diesen letzteren geforderten Annäherung an das Ausland und das ausländische Kapital nicht in Einklang zu bringen ist. Bewußt zieht er aber den Ruin Rußlands unter „seiner“ Gewalt dem Siege der „Rechtstendenzen“ in der Partei und einer Vertagung der

Weltrevolution vor. „Radek glaubt", so führte er in einer Sitzung der 13. Parteikonferenz der R. K. P. aus („Prawda" vom 25. Januar 1924), „daß wir die Beschlüsse von Genua im Sinne eines größeren Entgegenkommens gegenüber der internationalen Bourgeoisie revidieren müssen, um nicht so sehr die Anerkennung de jure, die ihn wenig interessiert, als die Möglichkeit der Anknüpfung von Geschäftsbeziehungen zu erhalten... Wir im politischen Bureau und in dem Zentralkomitee der Partei sind der Ansicht, daß gegenwärtig absolut kein Anlaß besteht, der internationalen Bourgeoisie größere Zugeständnisse zu gewähren. Im Gegenteil, wir behaupten, daß der Augenblick gekommen ist, der internationalen Bourgeoisie das ins Gedächtnis zu rufen, was Lenin nach der Konferenz von Genua im Namen der ganzen Regierung gesagt hatte. Er sagte: ‚Je später ihr euch zu einer Verständigung bereit findet, desto schlechtere Bedingungen werdet ihr erhalten, desto geringer werden unsere Zugeständnisse sein...' Wenn Genosse Lenin und das Zentralkomitee nach langem Überlegen den Konzessionsvertrag mit Urquhart abgelehnt haben, so geschah dies u. a. auch darum, weil Genosse Lenin im letzten Augenblick sich gesagt hatte: ‚lieber unser aus allen Wunden blutendes, unansehnliches, zurzeit noch ziemlich armes, aber *unser eigenes* Sowjetrußland, als ein Rußland, das um eines beschleunigten Wiederaufbaues willen ein so großes Tier in seinen Garten hereinließe, wie es ein Urquhart ist. Handelt es sich doch darum, die *echte* Bourgeoisie zu uns hereinzulassen, nicht die sogenannte neue Bourgeoisie, der wir immerhin gehörig zu Leibe gegangen sind...' Dies würde doch den stärksten Zufluß frischen Blutes in die Adern der russischen Bourgeoisie und des ‚Nep'[26]) überhaupt bedeuten!" Der Frage von der Anerkennung der Sowjetregierung will Sinowjew keine größere Bedeutung zumessen. „Es ist nicht so wichtig, ob wir in diesem Augenblick de jure anerkannt werden oder nicht." „Die Anerkennung de jure werden wir mit keinen materiellen Gütern bezahlen... weder mit Weizen noch mit Gold. Wenn man bereit ist, uns neue Kredite zu eröffnen, sind auch wir bereit, über Kompensationen zu

[26]) „Nep", d. h. die „Neue Wirtschaftspolitik", die seit 1921 einen gewissen Spielraum für privatwirtschaftliche Betätigung gewährte, in der Zeit aber, wo Sinowjew die im Text zitierte Rede hielt, von den Kommunisten wieder bekämpft wurde. (S. Kapitel VII.)

sprechen." So war schon zu Beginn des Jahres 1924 die intransigente Politik Sinowjews klar hervorgetreten, die sich bis zum Ende jenes Jahres zu behaupten wußte.

Bei der Eröffnung des fünften Kongresses der Komintern brachte die „Prawda" eine recht beißende Karikatur. Von einem Katheder herab donnert Sinowjew. Erschrocken zusammengeschrumpft steht hinter ihm Tschitscherin mit einer diplomatischen Aktentasche unter dem Arm und rauft sich die Haare. Diese Karikatur ist ein vortreffliches Symbol für die Wechselbeziehungen zwischen der offenen und der geheimen Sowjetdiplomatie im Jahre 1924, zwischen der Diplomatie der de jure-Anerkennung und der Diplomatie der Weltrevolution. Der fünfte Kongreß verlief im Zeichen des Kampfes gegen den „Radekismus" und den Opportunismus. Die „Rechtstendenzen" wurden von Sinowjew fast in allen europäischen Sektionen der Komintern aufgedeckt und gebrandmarkt. Entgegen den Gutachten, die von Kennern der betreffenden Länder abgegeben worden waren, entwarf Sinowjew ein in seinem Sinne überaus günstiges Bild der allgemeinen Lage in Europa und in der ganzen Welt. Der Kapitalismus erstarke nicht; im Gegenteil, seine Zersetzung dauere an. Die in Europa eingetretene „demokratisch-pazifistische" Ära der Linkskabinette sei lediglich ein neuer Vorbote der nahenden Katastrophe: ein „linksgerichteter Faschismus" sei der letzte Behelf der Bourgeoisie. Macdonald und Herriot verrichteten das Werk, das in Rußland von Kerenski besorgt worden sei. Die Sozialdemokratie sei hierbei in den Dienst der Bourgeoisie getreten als die „dritte bürgerliche Partei". Gerade deshalb solle man mit den Sozialisten keine „*ehrlichen* Koalitionen" eingehen, wie dies von Radek empfohlen werde, sondern man müsse sie im Gegenteil schonungslos verfolgen und nachweisen, daß die Sozialdemokratie nichts als eine neue Abart des Faschismus sei. Die opportunistischen Losungen, die auf dem vierten Kongresse ausgegeben worden seien, solle man nicht ernst nehmen. Die „Einheitsfront", die „Arbeiterregierung" — das seien nur „Redensarten", „strategische Manöver", die nicht zu einer „Taktik der Evolution und des Opportunismus werden dürfen". Man brauche natürlich diese unvorsichtigen Losungen weder zu verwerfen noch abzuändern; es genüge, daß ihnen eine richtige Auslegung gegeben wird. Nicht nur, daß keine Evolutionstaktik an Stelle der revolutionären Taktik treten

darf — diese letztere müsse noch weiter verstärkt werden, namentlich in den Kolonien. Ein besonderes Augenmerk müsse aus diesem Grunde auf England gerichtet werden. Und überhaupt müsse man keine Klagen erheben über die langsame Entwickelung der Bewegung: diese gehe ihren Weg und habe im Verlaufe des letzten Jahres gewaltige Fortschritte erzielt: ein ganzes Sechstel des Erdballes sei erobert worden ...

Aus dieser Einstellung, an der der Vollzugsausschuß konsequent festhielt, ergab sich die Unüberwindlichkeit einer Kollision zwischen der Haltung der Komintern und der Politik der Anerkennung de jure, die, wie wir sehen werden, in jenem Jahre von den europäischen Mächten der Sowjetregierung gegenüber befolgt wurde. Die öffentliche Meinung Europas war nicht imstande, sich rasch genug über die Evolution der Anschauungen und über den Kampf der verschiedenen Richtungen in Sowjetrußland zu orientieren, und so war ihr die ganze Periode entgangen, die durch den Sieg der Sinowjewschen Taktik über die Taktik Tschitscherins, Krassins und Radeks gekennzeichnet war. Im Jahre 1924 waren für Europa noch immer die Eindrücke und Informationen aus der Zeit des „Nep", d. h. aus den Jahren 1922 und 1923, bestimmend. Eine bittere Enttäuschung stand ihm bevor.

XIII.

Nach alledem, was 1922—23 geschehen war — nach dem Abschluß einer Reihe von Handelsverträgen mit der Sowjetregierung, nach der Heranziehung der letzteren zu mehreren europäischen Konferenzen, nach der Unterzeichnung des Vertrages von Lausanne durch ihre Vertreter —, war eigentlich die Frage der Anerkennung der Sowjetregierung *tatsächlich* bereits entschieden. Nur infolge der Unklarheit der völkerrechtlichen Lehre von der Anerkennung konnte später die Frage der Anerkennung *de jure* noch besonders gestellt werden. Aber auch diese Frage war bereits von Deutschland entschieden worden, als es zu einer Zeit, wo die Konferenz von Genua ihren Höhepunkt erreicht hatte, den Rapallo-Vertrag abschloß.

Die Geschichte des Begriffes der „Anerkennung" zeigt, daß der Sinn der Bezeichnungen „de facto" und „de jure" früher ein anderer war als jetzt. Regierungen *de jure* waren die „legitimen" Regierungen, die Regierungen des alten Europas,

die durch die Revolutionen des ausgehenden 18. und des 19. Jahrhunderts gestürzt wurden. Die aus den revolutionären Umwälzungen hervorgegangenen Regierungen waren — im Verhältnis zu jenen — Regierungen *de facto*. Und nur die Anerkennung ihres de facto-Bestehens, die Überlegenheit des revolutionären de facto über das legitime de jure, war es, die in Frage kommen konnte, denn ein anderer völkerrechtlicher Grundsatz, der Grundsatz der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten fremder Staaten, schloß die *rechtliche* Möglichkeit aus, auf die Geschehnisse im Innern eines Landes mit internationalen Sanktionen zu reagieren. Somit konnte die Anerkennung eben nur eine Anerkennung de facto sein. Erst später wurde dieser ursprüngliche Sinn der Doktrin vergessen; die bloße Anerkennung „de facto" wurde seither als eine nur *indifferente* Einstellung gegenüber der anerkannten Regierung aufgefaßt. Man hatte das Gefühl, daß bei einer mehr freundschaftlichen Einstellung das bloße Sich-Abfinden mit der vollendeten Tatsache der Entstehung einer neuen Regierung nicht genüge, daß darüber hinaus irgendein Akt erforderlich sei, durch den die Gutheißung der politischen Neugestaltung zum Ausdruck kommen könnte, die internationale Anerkennung der betreffenden, aus dem Umsturz hervorgegangenen Regierung als einer „rechtmäßigen" Regierung. So entstand der Begriff eines neuen, revolutionären Legitimismus. Doch dadurch mußte unvermeidlich auch die Frage nach den *Bedingungen*, von denen die Anerkennung der Rechtmäßigkeit der neuen Regierungen abhängig gemacht werden sollte, aufgeworfen werden.

Eigentlich ist es nur die von den Vereinigten Staaten angenommene Doktrin, die eine simultane Entscheidung für die Frage des de facto-Bestehens und für die Frage nach den Bedingungen der rechtlichen Anerkennung gefunden und folgerichtig durchgeführt hat. Diese Folgerichtigkeit kam auch in der Stellungnahme Amerikas gegenüber der Sowjetregierung zum Ausdruck. Die Doktrin Thomas Jeffersons, die von ihm 1792 aus Anlaß des Zusammentritts des französischen Konvents aufgestellt wurde, nahm die „de facto"-Existenz der revolutionären Regierungen in ihren Schutz und machte zugleich zur Bedingung für deren Anerkennung eine neue, demokratische „Legitimität", die der alten, monarchistischen entgegengesetzt war: nämlich die durch die Volkswahl bedingte Legitimität.

Der große Gesetzgeber der amerikanischen Demokratie schrieb: „Unseren Grundsätzen entspricht die Anerkennung einer jeden Regierung als *rechtmäßig*, die durch einen *bestimmt ausgedrückten Willen des Volkes* geschaffen ist. Infolgedessen wird auch jede *Änderung der Regierungsform*, die durch den *in bestimmter Form ausgedrückten* Willen der Nation hervorgerufen ist, unzweifelhaft anerkannt werden." In einem anderen Schreiben (vom Dezember 1792) sagte Jefferson, indem er seine These ausführlicher entwickelte: „Wir können anderen Völkern gegenüber gewiß den Grundsatz nicht verleugnen, auf dem unsere eigene Staatsgewalt aufgebaut ist: den Grundsatz, daß jede Nation das Recht hat, sich in einer ihr genehmen Form regieren zu lassen, diese Formen nach ihrem Wunsch abzuändern und ihre auswärtigen Beziehungen zu anderen Völkern durch Vermittlung eines beliebigen Organs zu pflegen: eines Königs, eines Konvents, der Nationalversammlung, eines Ausschusses oder Präsidenten usw. *Das einzige, was wesentlich ist, ist der Wille der Nation.*"

Die Forderung, daß ein „bestimmt ausgedrückter" Volkswille, d. h. offenbar eine bestimmte *Form* dieser Willensäußerung vorhanden sein muß, mußten die Vereinigten Staaten näher entwickeln, als sie sich selbst in der Lage einer von einem Usurpator bedrohten legitimen Gewalt fanden. Dies geschah zur Zeit des Abfalls der Südstaaten und des Bürgerkrieges von 1861—1865. *Nicht jede Revolution*, behaupteten sie jetzt, darf das Recht auf Anerkennung für sich in Anspruch nehmen. So schrieb 1866 Seward im Namen des Staatsdepartements aus Anlaß der rasch aufeinander folgenden Revolutionen in Peru: „Die Revolutionen in republikanischen Staaten können nicht anerkannt werden, solange sie nicht vom Volke durch ein *organisches, in solenner Form angenommenes Gesetz* gutgeheißen worden sind, worin eine genügende Garantie für die Beständigkeit und Dauerhaftigkeit des neuen Regimes zu erblicken wäre." „Wir sprechen den Nationen", schrieb Seward ein Jahr später, „das Recht nicht ab, eine republikanische Verfassung, und sei es auch mit Gewalt, zu ändern. Wir verlangen nur, daß die neue Regierung durch eine *formelle* Zustimmung des Volkes sanktioniert werde." Aus diesem Grunde versagten die Vereinigten Staaten der Regierung Perus ihre Anerkennung. Dieselbe Theorie wandten sie konsequent auf Peru, Brasilien, Chile, Venezuela und Ecuador in den Jahren

1885, 1889, 1891, 1892, 1895 an. Dieselbe Theorie haben sie endlich auch auf die Sowjetregierung angewandt.

Auf dem europäischen Kontinent sehen wir keine so konsequente Anwendung dieser Doktrin. Anklänge an dieselbe Auffassung finden wir jedoch auch hier. So hat beispielsweise der Schiedsspruch des schweizerischen Bundesgerichtes, nachdem er festgestellt hatte, daß „die Verweigerung der Anerkennung einer Regierung unter Berufung auf ihre Form oder Herkunft als eine Art Intervention anzusehen ist", weiterhin auch den Grundsatz anerkannt, daß für Aufnahme einer Regierung in die internationale Völkergemeinschaft gewisse Voraussetzungen erforderlich seien, und zwar: 1. daß die betreffende Regierung das *Recht* habe, ihr Amt gesetzmäßig auszuüben mit Zustimmung des Volkes, einer Zustimmung, die in den Ergebnissen eines Plebiszits oder in der Tatsache einer stillschweigenden Unterwerfung unter die neue Gewalt ohne Protesterhebung ihren Ausdruck gefunden hat; 2. daß sie die Aufrechterhaltung der gesetzmäßigen Ordnung, den Schutz der Gerichte und die persönliche Sicherheit der Ausländer garantiere, 3. daß sie die erworbenen Rechte schütze, u. a. auch das von der Deklaration der Menschen- und Bürgerrechte von 1789 sanktionierte Privateigentum, und 4. die Normen des Völkerrechts anerkenne und sich einer Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten enthalte.

Es liegt auf der Hand, daß die Sowjetregierung keiner der hier angeführten Bedingungen entspricht. Nichtsdestoweniger fanden ihre unablässigen Bemühungen um die Anerkennung de jure eine günstige Aufnahme bei den europäischen Mächten, die sich mit dem Grundsatz zufriedengaben, daß „jede Nation berechtigt sei, eine solche Regierung und ein solches Regime zu haben, welche ihr genehm seien". Auf die Frage, ob denn dem russischen Volke seine Regierung auch wirklich genehm ist, und wo die Beweise sind, daß es sie frei gewählt und ihr, wenn auch unfreiwillig, Gehorsam leistet, auf diese Frage ging man nicht weiter ein. Viel empfindlicher waren die Mächte dort, wo es sich um andere Vorbedingungen handelte, nämlich um solche, die sich auf die Anerkennung und den Schutz der Rechte fremder Staatsangehörigen bezogen. Und eine besonders große Empfindlichkeit legten die Regierungen gegenüber der Frage nach der Nichteinmischung in ihre inneren Ange-

legenheiten an den Tag. Allein, diese Forderungen aufzustellen und gleichzeitig das Wesen selbst jenes Regimes, welches sie unerfüllbar machte, zu ignorieren, bedeutete einen Widerspruch, der bei jedem Versuch einer Annäherung an die Bolschewiken unvermeidlich zutage treten mußte. Der Versuch, diesen tiefen Widerspruch beim Beginn der Verhandlungen zu ignorieren, rächte sich gewöhnlich bei deren Abschluß, und die Politiker, die diesen Widerspruch absichtlich nicht sehen wollten, wurden durch den Zusammenbruch ihrer Verständigungsversuche und durch Einbuße an ihrem eigenen politischen Ansehen bestraft.

Die Ironie der Geschichte wollte es, daß das Jahr 1924 — das Jahr, das durch die höchste Aktivität und die größte Unversöhnlichkeit der Komintern gekennzeichnet wird — zugleich zu dem Jahre der Anerkennung der Sowjetregierung durch die Großmächte wurde, zu einem Jahre, wo das Wohlwollen Europas ihr gegenüber am größten war. Der tschechoslowakische Außenminister Benesch hatte dies in seinem Neujahrartikel vom 1. Januar 1924 vorausgesagt, zugleich aber die Frage gestellt: Wird das russische Problem durch die Anerkennung de jure gelöst werden? Seine Antwort lautete: „Nein; die wirklichen Schwierigkeiten des russischen Problems — die politischen, wirtschaftlichen, finanziellen — werden dann erst in ihrem ganzen Ernst zutage treten." Benesch' Worte haben sich als prophetisch erwiesen.

Die Frage von der Anerkennung de jure war im November 1923 aktuell geworden, und zwar wurde sie gleichzeitig durch eine Erklärung Mussolinis in der römischen Deputiertenkammer und durch den Wahlaufruf der englischen Arbeiterpartei aufgerollt. Diese Gleichzeitigkeit war gleichsam ein Symbol dafür, daß in dieser Frage die Anschauungen der linksorientierten europäischen Kreise mit sehr realen und praktischen Interessen Hand in Hand gingen. Die Vereinigten Staaten stellten sich durch die Botschaft des Präsidenten Coolidge an den Kongreß (vom 6. Dezember 1923) außerhalb des einen wie des anderen Ideen- und Interessenkreises. „Unsere Regierung", sagte der Präsident, „beabsichtigt nicht, in Beziehungen zu einem Regime besonderer Art zu treten, das die Heiligkeit der internationalen Verpflichtungen nicht anerkennen will. Ich werde es nicht vorschlagen, um materieller Vorteile willen mit Rechten zu handeln, die der Menschheit teuer sind. Ich werde

nicht vorschlagen, die amerikanischen Grundsätze zum Gegenstand des Handels zu machen." „Um das russische Volk zu retten", erklärte sich aber Coolidge zu „weitestgehenden Zugeständnissen" bereit.

Die ersten offiziellen Akte, mit denen die Periode der Anerkennung de jure einsetzte, wurden durch ein Wettrennen zwischen Italien und England gekennzeichnet, das mit irgendwelchen ideellen Motiven recht wenig gemein hatte. Das neue englische Kabinett, das von der Arbeiterpartei nach ihrem Wahlsieg gebildet worden war, beschloß gleich in seiner ersten Sitzung, die Sowjetregierung de jure anzuerkennen, und führte diesen Beschluß durch die Note vom 1. Februar 1924 aus. Dies rief eine Note Mussolinis vom 7. Februar hervor, in welcher der italienische Premier sich beeilte, seine Priorität festzustellen, die dann auch von der Sowjetregierung in ihrer Antwortnote vom 11. Februar in entgegenkommender Weise bestätigt wurde. Die Anerkennung durch Macdonald erwies sich jedoch als durchaus nicht so bedingungslos, wie dies in Moskau von einem Vertreter der „demokratisch-pazifistischen Ära" verlangt und erwartet wurde. Einmal anerkannte die englische Note vom 1. Februar die Moskauer Gewalthaber als eine De-jure-Regierung nur „jener Gebiete des ehemaligen russischen Reiches, welche selbst ihre Autorität anerkennen". Hier hat sich offenbar noch ein Stück der amerikanischen Doktrin erhalten, welche als Sanktionierung der Regierungsgewalt die Anerkennung durch das Volk verlangte. Zweitens wurde in der Note erklärt, daß es Fragen gäbe, „die mit der Tatsache der Anerkennung in engstem Zusammenhange stünden", und daß die Anerkennung „sämtliche vor der russischen Revolution abgeschlossenen Verträge gemäß den anerkannten Regeln des Völkerrechts automatisch wieder in Kraft setzt". (Zweiter Hinweis auf eine notwendige Voraussetzung der Anerkennung.) Sodann erinnerte Macdonald daran, daß trotz der Anerkennung „wirklich" freundschaftliche Beziehungen nicht als endgültig wiederhergestellt angesehen werden könnten, solange die eine oder andere Partei Grund zu der Annahme habe, daß der andere Teil eine gegen ihre Interessen gerichtete Propaganda betreibe und den Sturz ihrer staatlichen Einrichtungen bezwecke. (Dritte Voraussetzung.) Wie wenig Macdonald, Mitglied und leitende Persönlichkeit der Zweiten Internationale, sich über die Besonderheiten der Taktik der Dritten Inter-

nationale täuschte, zeigt seine energische Äußerung aus diesen Tagen, daß er „die Affentricks der russischen Diplomaten nicht dulden werde".

Am 6. bzw. 14. Februar erinnerten Benesch in der tschechoslowakischen Kammer und Baldwin im Unterhause daran, daß die Anerkennung sich durch keine unmittelbaren materiellen Vorteile motivieren lasse. „Diejenigen, welche die Anerkennung mit rein wirtschaftlichen Interessen begründen wollen", sagte der tschechoslowakische Außenminister, „werden sich täuschen. Merkliche wirtschaftliche Ergebnisse sind in Rußland noch auf lange Zeit hinaus nicht zu erwarten. Davon zu sprechen, daß jemand zu spät kommen könnte, wäre verfehlt." Und Baldwin sagte: „Nennt Mr. Hodgson Gesandten, Archimandrit oder wie ihr wollt, aber einen Handel wird es nicht geben, solange keine Sicherheit besteht, daß die Waren bezahlt werden und daß es einen Rechtsschutz gibt. Die Deutschen haben die Sowjets anerkannt; aber... mit der ihnen eigenen Offenheit mußten sie zugeben, daß ihre Bemühungen zu nichts geführt haben, und sie ziehen sich zurück."

Der linke Flügel der Arbeiterpartei war über die Vorbehalte, die Macdonald gemacht hatte, äußerst beunruhigt und mit seinem langsamen Vorgehen unzufrieden. Schon am 13. Februar sah sich Macdonald genötigt, im Unterhause zu bemerken, daß die Anerkennung eine *bedingungslose* war. Entsprechende Erklärungen wurden auch in Moskau abgegeben. „Das Wort de jure ist dem Durchschnittsbürger unverständlich", äußerte Macdonald gegenüber einem Vertreter der „Daily Dispatch", „aber wenn die Sowjets auf diesen Ausdruck Wert legen, so bin ich bereit, ihn zu unterschreiben." Auf diese zweideutige Bestätigung ließ Macdonald eine lange Aufzählung von Punkten folgen, über die man sich mit der Sowjetregierung noch verständigen müßte. Darauf gab Tschitscherin am 9. Februar sofort eine Antwort, indem er auf die Grenzen der Zugeständnisse der Sowjets hinwies: „Möge Macdonald sich nicht täuschen", sagte Tschitscherin, den Standpunkt von Genua bekräftigend, den, wie wir wissen, Sinowjew noch verschärfen wollte, „in der Frage der Schulden und des nationalisierten Eigentums wird die Sowjetregierung fest und unbeugsam sein. Die Regierung Macdonalds weiß, daß wir die *prinzipiellen* Richtlinien unserer auswärtigen Politik nicht aufgeben werden. Die Orientpolitik der U. S. S. R. beruht auf den Grundsätzen

unserer allgemeinen Politik (das war die Antwort auf die Forderung, die Propaganda in Asien einzustellen). Was das wirtschaftliche Gebiet anbelangt, so ist es der Regierung Macdonalds wohl bekannt, eine wie große Bedeutung wir der Kreditfrage beimessen." Hier war in wenigen Worten eine ganze Instruktion für Rakowski enthalten, wie er mit Macdonald zu verhandeln habe. Die Komintern aber rief in diesen selben Tagen die Arbeiter auf, in Massenkundgebungen die völlige Unabhängigkeit Irlands, Ägyptens und Indiens zu fordern ... Etwas später, Anfang März, sandte der Vollzugsausschuß der Komintern nach London eine Instruktion (diese wurde im „Daily Telegraph" abgedruckt), welche sämtliche kommunistische Sektionen und insbesondere die Sektion für Propaganda in West-Europa aufforderte, mit Rücksicht auf die bevorstehenden Streiks in England, den britischen Genossen Hilfe zu bringen, da „Großbritannien ganz in Gärung stehe, und eine Zusammenfassung aller revolutionären Elemente zu einem raschen und unerwarteten Ergebnis führen könne". „Der Aktionsausschuß ist der Ansicht, daß es Pflicht aller aktiven Gruppen ist, die unter der Fahne der Komintern kämpfen, die revolutionäre Gärung in England mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln zu fördern." Wir wissen übrigens, daß die kommunistischen Filialen zu diesem Verhalten durch die „21 Punkte" des zweiten Kongresses formell verpflichtet waren.

Die Sowjetdelegation, die unter dem Vorsitz des zum chargé d'affaires ernannten Rakowski die Verhandlungen aufnehmen sollte, traf erst im April ein. Am 14. April fand die erste Sitzung der englisch-sowjetistischen Konferenz statt. Am gleichen Tage traten die Großbankiers der Londoner City mit einer bemerkenswerten Erklärung hervor über die Bedingungen, die erfüllt werden müßten, damit die Sowjetregierung in England Geld erhalten könne. In nüchterner Geschäftssprache, unter Vermeidung aller gefühlsmäßigen Momente, stellten die Bankiers die elementaren Voraussetzungen für eine Wiederherstellung des Vertrauens fest: die Achtung vor dem Privateigentum, eine unabhängige Rechtsprechung, die Freiheit des Privathandels usw. Es war klar, daß diese Vorschläge für die Bolschewiken unannehmbar waren. Schon am 20. April erschien in der „Prawda" eine Rede Sinowjews, die er vor dem Eisenbahnerkongreß in Moskau gehalten hatte; darin erklärte er, daß, falls man diesen „Fetzen Papier" (die Erklärung der Bankiers) ernst

nehmen wolle, man schon jetzt sagen könne, daß die englisch-sowjetistische Konferenz zum Scheitern verurteilt sei. „Die an uns gerichteten Forderungen laufen auf eine Änderung des Regimes hinaus... Wir haben nicht mehrere Jahre hindurch den Kampf gegen die ausländische Bourgeoisie geführt, um die Regierung auf Befehl von einem halben Dutzend Bankiers zu ändern." Weiter wurde der Beweis geführt, daß Sowjetrußland das sicherste Land für Kapitalanlage sei, da es die soziale Revolution bereits durchgemacht habe, während alle anderen Länder „mehr oder weniger am Vorabend der Revolution stünden"... „Wenn sich eine echte Arbeiterregierung in England bildet, dann werden ihre Unternehmungen zugrunde gehen und ihre Kapitalien in die Luft fliegen. Das Risiko bleibt bestehen, und selbst eine Garantie der Dritten Internationale vermag hier nichts auszurichten." „Ja noch mehr", fügte Sinowjew hinzu, „es ist mir bekannt, daß die Dritte Internationale nicht nur keine Garantie dafür übernehmen kann, daß keine Revolution kommt — sondern daß sie bereit ist, gerade das Gegenteil zu garantieren." Solche Witze waren natürlich nicht geeignet, den englischen Geldbeutel zu öffnen, und die Konferenz war in der Tat von Anfang an zum Scheitern verdammt. Andererseits durfte sie aber nicht scheitern, weil ihr Durchfall auch die Arbeiterregierung Macdonald gefährden mußte. Die Folge war ein fast viermonatelanges unersprießliches Herumreden, und nur äußere Anstöße — von seiten des linken Flügels der Arbeiterpartei — waren es, die die Scheinverhandlungen mit Mühe und Not zu einem Scheinergebnis gelangen ließen.

Ein Bild fruchtlosen Hin- und Herredens ergeben denn auch die offiziellen Sitzungsberichte vom 15., 20. und 27. Mai.

— Ihr sollt die Schulden anerkennen — sagen die Engländer. — Gut — antworten die Bolschewiken —, verlangt nur keine sofortige Bezahlung, setzt die Zinsen herunter und ermäßigt die Schuldsumme: dann werden wir Zahlungen leisten... aus der Anleihe, die wir von euch erhalten. — Aber wir können euch keine Anleihe geben. — Dann übernehmt wenigstens durch einen Parlamentsbeschluß die Garantie für den Zinsendienst. — Auch das können wir nicht. — Setzt die Schuldsumme und den Zinsbetrag herunter. — Das geht auch nicht; ihr sollt aber die Frage der Vorkriegsschulden von der der Privatverluste trennen. — Wir sind mit den Besitzern der nationalisierten Unternehmen bereits in Verhandlungen über Konzessionen (in Rußland) ge-

treten — antworten die Bolschewiken. — Und was soll aus den anderen Ansprüchen werden? — Hierfür wollen wir eine Pauschalsumme ansetzen (10 Millionen Pfund statt 80 Mill. für die Besitzer der nationalisierten Unternehmungen, zahlbar aus den Erträgen der Konzessionen; 6 Mill. Pfund statt 40 Mill. für die Besitzer von Wertpapieren, 5 Mill. Pfd. als Entschädigung für die erlittenen Verluste, in Ratenzahlungen auf 20 Jahre verteilt: das sind die Ziffern, die Steel Maitland während der Unterhausdebatten anführte).

Die nächste Konferenzsitzung wurde auf den 5. Juni anberaumt, mußte aber wegen der Unmöglichkeit, zu einer Verständigung zu gelangen, vertagt werden, ohne daß ein neuer Termin festgesetzt wurde. Selbst die Kommission des Arbeiterkabinetts war schließlich darüber ungeduldig geworden, daß man noch immer nicht vom Flecke kam. Im „Observer" beschuldigte Rakowski die englische Regierung der Unnachgiebigkeit. Man wartete auf die Ankunft Litwinows. Aber Litwinow kam und ging wieder, ohne die Konferenz aus der Sackgasse hinausgeführt zu haben. Dann flog Rakowski eiligst nach Moskau — sei es, um Zugeständnisse, sei es, um ein Ultimatum an Macdonald von dort mitzubringen. Es war Eile geboten, damit die Lage geklärt werden konnte, bevor das Parlament in die Ferien ging. So fand denn am 5. August endlich die entscheidende Sitzung statt. Nach einer neunzehnstündigen Sitzung, die bis in die frühen Morgenstunden des nächsten Tages dauerte, gelangten beide Seiten zu dem Schluß, daß eine Verständigung unmöglich sei: die Engländer wollten keine Garantie für eine Anleihe übernehmen, und die Bolschewiken wollten weder Schulden noch Entschädigungen zahlen. Über den Abbruch der Konferenz wurde auch die Presse informiert. Da begann aber ein erneutes Treiben seitens der Linksabgeordneten, die mit den Bolschewiken in Verbindung standen und der durchgefallenen Konferenz wieder auf die Beine helfen wollten. Man holt Macdonald aus dem Bett, man droht, sein Kabinett zu zerschlagen, wenn er nicht nachgebe. Die Drohungen verfehlten nicht ihre Wirkung, Nach einer Beratung der Arbeiterabgeordneten mit den Sowjetvertretern ließ Macdonald frühmorgens eine Mitteilung hinausgehen, daß die Konferenz noch nicht zu Ende sei. Der ganze Morgen des 6. August verging im Feilschen mit Ponsonby über eine Verständigungsformel. Endlich wurde am Nachmittag die Formel gefunden,

eine Konferenzsitzung unverzüglich einberufen, sämtliche Streitfragen entschieden, und am Abend verteidigte Ponsonby im Unterhause schon den Vertrag, dessen Text diesem unbekannt war, unter dem Beifall der Arbeiterabgeordneten und den spöttischen Zwischenrufen der beiden Oppositionsparteien.

Welches ist der Inhalt der beiden sonderbaren Verträge, die am 8. August unterzeichnet wurden? Bei der Unmöglichkeit, sich mit den Sowjetdelegierten über irgend etwas zu verständigen, tat die Arbeiterregierung, was sie konnte: Sie schloß einen Vertrag ab *über den Abschluß eines Vertrages in der Zukunft*, nachdem alle unentschiedenen Fragen gelöst sein würden, wobei dieser letzte Vertrag erst in Kraft treten sollte, wenn das Parlament den Zinsendienst der Anleihe garantiert hätte. Zu den unentschiedenen Fragen aber zählte man folgende: die beiderseitigen Forderungen — die der Engländer auf Rückzahlung der Kriegsschulden und die der Bolschewiken auf Schadenersatz für die Interventionsschäden, einen Vergleich zwischen den Bolschewiken und mindestens der Hälfte der Gläubiger, die Bestimmung der Entschädigungssumme für die Inhaber der Wertpapiere und zur Abtragung der kleineren Ansprüche, sodann die Höhe der Anleihe, ihre Bedingungen, ihre Bestimmung usw. Dagegen wurde im Vertrage das Außenhandelsmonopol und die Immunität einer Anzahl von Angestellten der Sowjethandelsvertretung anerkannt. Englischerseits wurde der Versuch gemacht, den Begriff der Propaganda etwas genauer zu definieren. Das Verbot der Propaganda sollte auch auf Organisationen ausgedehnt werden, „denen von den Regierungen eine finanzielle Unterstützung gewährt wird“ (gemeint war natürlich die Komintern). An dieser „Imitation“ eines Vertrages — a fake (Schwindel), nach einem Ausdruck Lloyd Georges — wurde am 6. und 7. August von den Mitgliedern der beiden Häuser eine vernichtende Kritik geübt; die Oppositionsredner erklärten, daß das Parlament sich nimmer dazu verstehen werde, für die Anleihe jene Garantie zu gewähren, die von Macdonald selbst noch am 18. Juni den Bolschewiken verweigert worden war. Macdonald versuchte sich mit Erklärungen zu verteidigen, daß das Parlament in seinen Entscheidungen frei sei und daß er selbst sich durchaus nicht hinter jeden Buchstaben des Vertrages stelle. Im Wesen der Sache hatte er an jenem Tage des 8. August das Schicksal seines Kabinetts an die Sowjetverträge gekettet und dessen Sturz unabwendbar gemacht.

Die Lage wurde dadurch noch verwickelter, daß der linke Flügel der Arbeiterpartei in denselben Tagen, wo er auf die Regierung in der Frage der Unterzeichnung des Vertrages einen Druck ausübte, sich auch zu einer Beeinflussung der Rechtsprechung verstiegen hatte. Unter dem Druck der Arbeiterabgeordneten auf die Regierung und weiterhin der Regierung auf die Gerichtsgewalt wurde das Strafverfahren gegen Campbell, den Schriftleiter des kommunistischen Blattes „The Workers Weekly", eingestellt, dem aufrührerische Aufrufe an die Soldaten zur Last gelegt worden waren.

Die Folgen sind bekannt. Die Affäre Campbell und der englisch-sowjetistische Vertrag wurden zum Gegenstande einer energischen Agitation gegen die Arbeiterregierung, und Macdonald war sich schon Ende September darüber klar, daß eine Ratifizierung der Anleihe durch das Parlament nicht zu erwarten sei und daß er in dieser Frage zu einer Auflösung des Unterhauses und zur Ausschreibung von Neuwahlen werde schreiten müssen. In den Sitzungen des Unterhauses vom 8. und 9. Oktober kam es denn auch zu einer Krise, wobei das Mißtrauensvotum der Oppositionsmehrheit des Hauses gerade an die Affäre Campbell anknüpfte. Die Wahlen wurden zum 29. Oktober ausgeschrieben, und am 24. Oktober wurde von der Presse der berühmte Brief Sinowjews veröffentlicht — eine an die britische Kommunistische Partei gerichtete Geheiminstruktion der Komintern. Die Dritte Internationale hatte wieder einmal in die Arbeit der Sowjetdiplomatie eingegriffen, diesmal mit dem Ergebnis, daß nach einer Erklärung des Arbeiterabgeordneten Clynes „Hunderttausende von Stimmen" für die Gegner der Arbeiterregierung gewonnen waren. Nach alledem, was oben über die 21 Punkte, über die der Gründung von kommunistischen Zellen gewidmete Anweisung vom 14. September 1921 und über die Stimmung der Komintern im Jahre 1924 gesagt worden ist, werden wir in der Sinowjewschen Instruktion eigentlich nichts Neues finden. Es wurde darin ausgeführt, daß „dem bewaffneten Aufstand ein Kampf vorausgehen muß gegen die für die Mehrheit der englischen Arbeiter charakteristische Neigung zum Kompromiß, gegen die Idee einer Evolution und einer friedlichen Überwindung des Kapitalismus. Nur wenn dieser Kampf ausgetragen ist, ist der Erfolg eines bewaffneten Aufstandes denkbar." Aber gleichzeitig mit diesem Leitgedanken der Komintern wurde auch die nebenherlaufende

Sinowjewsche Auffassung entwickelt, daß ein Aufstand dennoch in jedem beliebigen Augenblick möglich sei und daß man sich darauf ständig vorbereiten müsse. Wie wir wissen, werden die Hoffnungen in erster Linie nicht mehr auf Europa, sondern auf die Kolonien gesetzt. „In Irland und in den Kolonien liegen die Dinge anders", heißt es in der Instruktion Sinowjews. „Hier ist es die Zuspitzung der nationalen Frage, die wir ausnutzen können, ohne uns mit der langwierigen Vorbereitung der Arbeiterklasse abgeben zu brauchen." Noch weiter durchbricht die uns ebenfalls bekannte Sinowjewsche Ungeduld sogar die klassische Grundauffassung der Komintern. „Aber selbst in England und in anderen Ländern," fährt die Instruktion fort, „wo die Arbeiter politisch aufgeklärt sind, vermag die Macht der Ereignisse die Massen schneller zu revolutionisieren, als es die Propaganda tun kann. Als Beispiel können die Streiks (man erinnere sich der im ‚Daily Telegraph' abgedruckten Instruktion!) oder die Maßregelungen seitens der Regierung angeführt werden." Im Hinbilck auf diese Möglichkeiten verlangt die Instruktion mit Nachdruck eine Verstärkung der Agitation in der britischen Armee und Flotte. Es wird empfohlen, „kommunistische Zellen in sämtlichen Heeresabteilungen, namentlich in solchen, die in größeren Städten stationiert sind, ferner in den Munitionsfabriken und Waffenlagern zu unterhalten". Des weiteren wird einer von den 21 Punkten direkt rekapituliert: „Wenn die Gefahr eines Krieges heraufzieht, wird es möglich sein, mit Hilfe der Transportarbeiter alle Kriegsvorbereitungen der Bourgeoisie zu paralysieren und den imperialistischen Krieg in einen Klassenkrieg umzuwandeln." Auch die Behauptung des fünften Kongresses wird wieder aufgenommen, daß nämlich „die Bourgeoisie einen neuen Krieg sucht", und es wird empfohlen, militärische Fachleute heranzuziehen, denen die „energischsten und fähigsten Genossen" aus den kommunistischen Zellen beizugeben sind, um ein „operatives Organ der militärischen Sektion" zur Verfügung zu haben und auf diese Weise die „künftigen Führer der britischen roten Armee" heranbilden zu können. „Ihr dürft dies nicht auf einen künftigen Augenblick verschieben," warnt das Oberhaupt der Komintern, „dieser kann folgenschwere Ereignisse bringen, denen ihr dann unvorbereitet gegenüberstehen würdet." Gleichzeitig mit diesem bedeutungsvollen Dokument wurde am 24. Oktober eine Note der englischen Regierung an Rakowski veröffentlicht, welche von

einem Beamten des Foreign Office, Gregory, unterzeichnet, aber von Macdonald selbst (wie er später eingestanden hat) geprüft — und sogar verschärft — worden war. Das Haupt des Arbeiterkabinetts war gezwungen, der Sowjetregierung zu erklären, daß „keine Regierung derartige Beziehungen zu einer fremden Regierung dulden kann, bei denen gleichzeitig mit einem formellen, in konkreter Weise sich abwickelnden diplomatischen Verkehr eine mit der Regierung organisch verbundene propagandistische Organisation die Anzettelung von Verschwörungen gegen den anderen Staat fördert, ja noch mehr — seinen Untertanen anbefiehlt, und eine Revolution zum Sturze der Regierung vorbereitet". Auf den steten Einwand, der auch in diesem Falle von Litwinow wiederholt wurde, daß nämlich die Diplomatie für die Handlungen der Komintern keine Verantwortung trage, antwortete die englische Note: „Wer mit der Organisation und den Beziehungen der Kommunistischen Internationale vertraut ist, der wird an ihrer engen Verbindung und ihrem Kontakt mit der Sowjetregierung nicht zweifeln."

Wir brauchen unsere Darstellung nicht unnütz in die Länge zu ziehen durch einen Bericht über die vorgespiegelte Entrüstung Moskaus, über die Proteste seiner Vertreter, über eine ganze Reihe von Kommissionen, die zur Prüfung der Echtheit der Sinowjewschen Instruktion eingesetzt wurden, über die stürmischen Debatten, die diese Frage im Unterhause hervorriefen usw. Das reine Ergebnis der ganzen Affäre, das die Bolschewiken auf ihr Aktivkonto buchen können, war der Sturz des Kabinetts, dem seine eigenen Gesinnungsgenossen von der Linken die Bewegungsfreiheit genommen hatten, und der völlige Bruch mit der Macdonaldschen Rußland-Politik, den das neue Kabinett Baldwin vollzog. Aber die kräftigsten Stellen in dem Schriftwechsel dieser Regierung mit Rakowski waren immer noch die Zitate aus der Note Macdonalds vom 24. Oktober, die wir oben angeführt haben.

Am 21. November veröffentlichte die englische Regierung zwei Noten. Die erste enthielt eine kurze Erklärung, daß nach eingehender Prüfung der Verträge vom 8. August die Regierung „sich nicht in der Lage sieht, die erwähnten Verträge dem Parlament zur Beratung zu empfehlen oder dem König zur Ratifizierung vorzulegen". Die beste Rechtfertigung für diesen Beschluß liefert die zynische und freche Erklärung Litwinows, die in der „Prawda" erschienen und am 22. Oktober nach dem

Auslande gedrahtet worden war. „Wir waren keine Narren, als wir den Vertrag mit England unterzeichneten. Die Dummen sitzen weit von hier. Wir brauchen Geld, und zwar nur in bar.. Wenn die Genossen sich den Text des Vertrages genauer ansehen, wird es ihnen klar werden, daß England die Befriedigung seiner Forderungen aus seinen eigenen Mitteln erhalten wird. Aus unserer Tasche werden wir nichts zahlen. Wir haben nicht einmal gesagt, daß wir überhaupt zahlen wollen. Wir haben nur gesagt, daß wir die englischen Forderungen prüfen werden, nachdem wir die Anleihe erhalten haben." Das war es, was Steel Maitland im Unterhause mit dem pitoresken Ausdrucke „sich seinen eigenen Schwanz abbeißen" bezeichnete. Darauf ließen sich die Engländer nicht ein. Die zweite, längere Note vom 21. November widerlegte die bolschewistischen Ausführungen, die die Unechtheit der Sinowjewschen Instruktion nachweisen sollten, und lehnte es überhaupt ab, sich in einen Streit hierüber einzulassen, da diese Frage für die englische Regierung durch den Charakter jener Quellen entschieden sei, aus denen ihr das Dokument zugegangen war. Später bestätigte es der Innenminister Joynson Hicks während der Aussprache am 9. und 10. Dezember, daß der Regierung die ganze Geschichte des Dokuments bekannt sei, vom Augenblicke seiner Niederschreibung in der Komintern bis zu dem Zeitpunkte, wo es den Redaktionen der Londoner Blätter zuging. Der Minister fügte hinzu, daß er den Drohungen mit einer kommunistischen Invasion für den Fall des Nichtabschlusses des Vertrages keine Bedeutung beimesse. „Die Sowjetregierung würde besser tun, selbst zu erklären: Hände weg von England, von Ägypten, von allen Ländern der Welt, die unter englischer Verwaltung stehen. Solange sie das nicht getan hat, wird es keinen Vertrag mit ihr geben."

Dies war das letzte Wort der in den Annalen der Diplomatie einzig dastehenden Geschichte, die wir in diesem Abschnitt dargestellt haben. Die Anerkennung blieb in Kraft auch nach der Denoncierung der Verträge vom 8. August; wie wir sehen, hat sie aber lediglich zu einer engeren Berührung geführt, deren Folge eine entschiedene Abkühlung war. Und nicht nur eine Abkühlung. Der neue Minister des Auswärtigen, Austen Chamberlain, hatte schon bei seiner Durchreise durch Paris am 4. Dezember die Gelegenheit, mit Herriot zum ersten Male die Frage einer gemeinsamen Abwehr der bolschewistischen Propa-

ganda in den asiatischen und afrikanischen Kolonien Englands und Frankreichs zu besprechen. „Es war leicht," erklärte Herriot der Presse, „uns mit Chamberlain über die Notwendigkeit zu verständigen, den bolschewistischen Wühlereien energisch entgegenzutreten." Hier endet aber bereits die in diesem Kapitel erörterte Periode der Anerkennungen, um einer neuen, eben jetzt beginnenden Periode in der Geschichte der auswärtigen Beziehungen der Sowjetmacht zu weichen.

XIV.

Die Geschichte der De-jure-Anerkennung der Sowjetregierung durch Frankreich weist viele Analogien mit der soeben geschilderten Entwickelung dieser Frage in England auf. Wir sehen hier die gleiche Unschlüssigkeit der verantwortlichen Politiker, dasselbe Treiben und Zureden seitens der Linkselemente der öffentlichen Meinung, dieselbe falsche Argumentierung, die mit dem Hinweis auf den kolossalen, von Rußland auf dem Erdball eingenommenen Raum operiert und die Unentbehrlichkeit Rußlands zur Wiederherstellung des europäischen Gleichgewichts ins Treffen führt; dieselbe Interessiertheit einzelner Persönlichkeiten — und dasselbe Bild, wie die Komintern in den entscheidenden Augenblicken immer wieder eingreift, mit demselben abschließenden Ergebnis —, daß man sich klar wird über die Unmöglichkeit, mit einer solchen Regierung korrekte internationale Beziehungen zu pflegen, sowie über die Zwecklosigkeit wirtschaftlicher Abmachungen mit einem Regime, das die Grundlagen eines gesunden Wirtschaftslebens leugnet, endlich über die positiv schädliche Wirkung der zügellosen Propaganda, die von dieser Regierung und ihrem Organ, der Komintern, überall betrieben wird, wo sich die geringste Möglichkeit zum Schüren der lokalen Unzufriedenheit bietet.

Die ersten, von den Hauptanhängern der Anerkennung, Herriot und de Monzie, unternommenen Versuche, eine Annäherung an die Sowjetregierung anzubahnen, datieren noch aus den Jahren 1922 und 1923. Beide Politiker, der Deputierte und der Senator, hatten Rußland aufgesucht, wurden von den Sowjetbehörden gehörig bearbeitet und veröffentlichten auf Grund von Sowjetdokumenten Artikel und sodann auch Bücher, in denen sie eine stark beschönigende Darstellung der russischen Zustände gaben. Herriot als Idealist und de Monzie als Realist und Praktiker, sie beide traten energisch für eine Annäherung

ein: der erste, um die Menschheit zu bereichern und zu befrieden, der zweite, um „nicht zu spät zu kommen“ und von Rußland das zu nehmen, was es im Augenblick seiner Schwäche geben kann. Aber damals hielt es noch keiner der beiden für ratsam, von einer Anerkennung de jure zu sprechen. Sie setzten sich lediglich für die Entsendung von Delegationen ein und sprachen von „vier Etappen“, die der Anerkennung vorausgehen sollten. Unter der Ministerpräsidentschaft Poincarés war aber auch hierauf nicht zu hoffen, und die Frage der Anerkennung wurde zu einem Bestandteil des Programms der Opposition. Als Vertreter der letzteren richtete de Monzie an Poincaré 10 Fragen, die vom Ministerpräsidenten am 9. April 1924 beantwortet wurden. In seiner Antwort erinnerte Poincaré daran, daß Verhandlungen, die einer Annäherung dienen sollten, bereits stattgefunden hätten (zwischen Graf de Chevilly und Lekich), jedoch abgebrochen werden mußten, weil die Bolschewiken die französischen Bedingungen nicht annehmen wollten, die am 22. Februar 1924 Amerika mitgeteilt worden waren. Es waren dieselben Bedingungen, die in Cannes, Genua und im Haag gestellt wurden: Wiederaufnahme des Zinsendienstes für die russischen Anleihen und direkte Verständigung mit den Inhabern der russischen Wertpapiere; gegenseitiger Verzicht auf Entschädigungsansprüche für Verluste, die mit der Verlängerung des Krieges einerseits, mit der Intervention andrerseits verbunden waren; Kompensationen für nationalisierte Vermögen der Ausländer; endlich Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten und Verzicht auf aggressive Handlungen gegenüber den Nachbarländern. Der Handel mit Rußland sei auch jetzt frei, aber die Unternehmer aller Länder stießen in Rußland auf alle möglichen Hindernisse; so hätten die deutschen Großindustriellen „nachdem sie in Rußland bedeutende Unternehmungen begründet hätten, in letzter Zeit ihre Koffer packen und Rußlands Grenzen verlassen müssen“. Ein Wandel in dem Stande der Anerkennungsfrage trat ein mit dem Wahlsiege des Linksblockes vom 11. Mai 1924. Um das Wahlbündnis mit den Sozialisten zustande zu bringen, mußten die Radikalen, wie es de Monzie selbst erzählt hat, die Anerkennung der Sowjetregierung in ihr Programm aufnehmen, weil die Sozialisten hierin eine „Ehrenschuld“ erblickten. Nach seinem Siege beeilte sich Herriot jedoch nicht, den von ihm ausgestellten Wechsel zu bezahlen, ebenso wie seinerzeit auch Macdonald:

„Ich weigere mich, den internationalen Befehlen aus Moskau zu gehorchen", erklärte er schon am 25. Mai. In seiner am 17. Juni in der Kammer verlesenen Regierungserklärung faßte sich dann Herriot äußerst vorsichtig: „Man muß gewisse Vorsichtsmaßregeln treffen, Informationen einholen" und danach erst „die Formel feststellen, welche die französischen Interessen wahren soll". Für Herriots Gesinnungsgenossen von der Linken war das viel zu wenig. Es wurde auf ihn ein Druck ausgeübt. Dreißig Senatoren und ebensoviele Deputierte, Mitglieder der neugegründeten Gesellschaft zur Förderung „der neuen franco-russischen Freundschaft", welche in ihrem russischen Teile den Bolschewiken nahe stand, richteten am 20. Juli an Herriot die Bitte, die Anerkennung de jure zu beschleunigen. Herriot versprach, sich mit dieser Frage nach Abschluß des Londoner Abkommens zu befassen. Aber erst im Oktober begann eine besondere Kommission unter dem Vorsitz de Monzies zu arbeiten, die die Frage prüfen sollte. Indem sie der Forderung der Bolschewiken nach einer bedingungslosen Anerkennung nachgab, beschloß die Kommission, die Vorbehalte und die Vorbedingungen für die Wiederaufnahme normaler Beziehungen in einem von der Anerkennungserklärung gesonderten Begleitschreiben zusammenzufassen. Aber in der Anerkennungsnote, die am 28. Oktober abgesandt wurde und — zufällig oder nicht — mit den englischen Wahlen zusammenfiel, wurden diese Bedingungen trotzdem auch in den Text der „bedingungslosen" Anerkennung aufgenommen. Die Note erwähnte ausdrücklich sowohl die Aufrechterhaltung der alten Verträge, wie den Schutz der Rechte der französischen Bürger, das Festhalten an der materiellen Verantwortung gegenüber Frankreich, die Rußland seit 1914 übernommen hatte, und endlich auch die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten. Am 18. November entwickelte Herriot in dem Kammerausschuß für auswärtige Angelegenheiten sogar den Gedanken, daß die Anerkennung, abgesehen von der Wichtigkeit des sowjetrussischen Marktes, auch durch die Notwendigkeit geboten sei, die „aktive Politik" der Sowjets in den französischen Kolonien und Schutzgebieten genau zu verfolgen. Gerade als ob eine Bestätigung dieser Notwendigkeit gegeben werden sollte, erschien damals in der Presse ein Auszug aus der Rede Sinowjews vom 22. Oktober.

„Durch die Vermittlung der Kommunistischen Internationale

stehen wir mit den französischen Genossen schon in Kontakt", erklärte Sinowjew, „und brauchen uns keine anderen Verbindungen zu verschaffen... Genosse Marty hat es 1919 begriffen, daß es seine Pflicht ist, zu sagen: Nein, zusammen mit den französischen Arbeitern werde ich die Waffe gegen die französischen Offiziere richten... Was die jetzige französische Regierung anbelangt..., sie wird die Bezahlung der alten Zarenschulden ebensowenig sehen wie sie ihre eigenen Ohren sieht. Nicht dafür haben wir die Revolution gemacht." Man sieht, die Warnung war deutlich genug.

In Verfolg ihrer politischen Linie sorgte die Komintern dafür, daß gerade in dem Augenblick, wo der Sowjetgesandte Krassin eintraf, auch ihr eigener Gesandter nach Paris kam, nämlich der vom französischen Kriegsgericht wegen Verkehr mit dem Feinde zum Tode verurteilte Hauptmann Sadoul. Unter einem falschen Namen überschritt Sadoul die Grenze, und das Gerücht von seiner Ankunft in Paris verbreitete sich in den Parlamentskreisen am Vorabend der Ankunft Krassins. Am 4. Dezember, um 11 Uhr morgens, stieg Krassin aus dem Eisenbahnwagen am Gare du Nord, und eine Viertelstunde später wurde der von der Polizei verhaftete Gesandte der Komintern ins Gefängnis in der Rue Cherche-Midi eingeliefert. Es muß erwähnt werden, daß in denselben Tagen Nachrichten von dem Versuch einer kommunistischen Revolution in Estland eintrafen, aus denen vollkommen klar hervorging, daß der Revaler Putsch vom 1. Dezember das Werk derselben Komintern war. Eigentlich hatten schon zwei Monate früher die bei der Verhaftung des Zentralkomitees der estnischen Kommunisten beschlagnahmten Dokumente gezeigt, daß für den 28. Oktober ein bewaffneter Aufstand geplant gewesen war, und zwar unter Teilnahme von Truppenabteilungen der Roten Armee, die zu diesem Zwecke die Grenze überschreiten sollten; im Falle des Erfolges sollte in Estland eine Räterepublik ausgerufen werden. An der Grenze wurden Waffenvorräte bereitgehalten, und diejenigen Truppen der Petersburger Garnison, die an dem Aufstande teilnehmen sollten, machten schon seit Juli unter der Leitung der Komintern einen besonderen Übungskurs durch. Die in Estland vorgenommenen Verhaftungen vereitelten die Ausführung dieses Planes; aber genau so wie in Bulgarien wurde dessen Verwirklichung dadurch nur für eine Zeitlang aufgeschoben. Die gerichtliche Aburteilung der

estnischen Kommunisten gab den Anstoß zur Durchführung des Planes.

Das anschauliche Bild, das diese Vorgänge entrollten, im Zusammenhange mit den Erklärungen der „Humanité", daß eine „Bolschewisierung" der französischen kommunistischen Partei auf die Tagesordnung gesetzt sei, riefen eine große Erregung in der Pariser Bevölkerung hervor, auf die auch das Ausmaß der bei der Überführung der sterblichen Reste Jaurès' veranstalteten kommunistischen Straßenkundgebung vom 23. November einen überaus starken Eindruck gemacht hatte. Unter dem Einfluß dieser Stimmungen änderte sogar die der Regierung nahestehende Linkspresse ihren Ton. So schrieb am 5. Dezember die „Ere nouvelle", das Organ Herriots: „Wir, die wir als erste zu der Regierung gesagt haben: ‚Ihr sollt die Sowjets anerkennen', werden auch die ersten sein, die von Herriot verlangen, daß Herrn Krassin seine Pässe zugestellt werden." Der „Quotidien" aber druckte am 9. Dezember im Wortlaut den Text der Geheiminstruktion Nr. 128 ab, welche die Organisation kommunistischer Parteizellen in den Fabriken, die Auskundschaftung der Munitionslager und der Transportmittel, besondere Lehrkurse für die Ausbildung der befähigtesten Mitglieder der Zellen, die Anwerbung neuer Parteimitglieder durch Einwirkung auf die schwachen Seiten der menschlichen Natur behandelte. Am 6. Dezember entschloß sich die Regierung zu außerordentlichen Maßnahmen: die Polizei erschien in der den Namen Lenins tragenden Schule in Bobigny — einer von denen, die der Ausbildung in der Kunst des bewaffneten Aufstandes dienten — und beschlagnahmte dort die „Kollegheftе" der Hörer; die Durchsicht der Aufzeichnungen zeigte, daß in der Schule nicht nur die Notwendigkeit gepredigt wurde, die politische Gewalt, ohne auf die Ergebnisse der wirtschaftlichen Entwicklung zu warten, mit Waffengewalt an sich zu reißen, sondern auch Anweisungen gegeben wurden, wie beispielsweise die folgende: „die Partei muß durch eine Zersetzung der in Marokko stehenden Truppen den Marokkanern sowohl praktische wie moralische Unterstützung erweisen. Sie muß mit den Nationalisten in Tunis und Algerien in Verbindung treten, dort die Parteipropaganda verstärken usw. Ein halbes Hundert ausländischer, vorwiegend italienischer Kommunisten wurde ausgewiesen. Am 9. Dezember gaben diese Maßnahmen zu einer sehr interessanten Aus-

sprache in der Deputiertenkammer Anlaß, wobei die Sozialisten, welche die Regierung Herriot unterstützten, den Versuch machten, einen Trennungsstrich zwischen ihrer Partei und den Kommunisten zu ziehen, und Herriot selber auf die Grenzen hinwies, die der Duldsamkeit der Regierung gegenüber der Vorbereitung revolutionärer Aktionen vorgeschrieben sind.

So war die Atmosphäre, in der die erste Woche des Pariser Aufenthalts des Sowjetbotschafters verging. Auch in den folgenden Tagen ließ die Presse die neuen Insassen des Palais in der Rue de Grenelle nicht in Ruh und richtete ihr besonderes Augenmerk auf die Tätigkeit der Komintern. Nie wurde in der Presse so viel über die kommunistische Propaganda und über die Abwehrmaßnahmen gegen die Kommunisten geschrieben wie in den letzten Wochen des Jahres 1924. Die in Estland gegen die Kommunisten getroffenen Maßnahmen und die Verhandlungen zwischen den Rußland benachbarten Staaten über die Einberufung einer Konferenz zwecks gemeinsamen Vorgehens gegen die kommunistische Gefahr, die Reise des bulgarischen Ministerpräsidenten Zankow nach Belgrad und Bukarest, welche ebenfalls die Ausarbeitung von Gegenmaßnahmen angesichts der für das Frühjahr 1925 geplanten kommunistischen Revolution bezweckte, der Kampf gegen die Banden, die in den Grenzgebieten Bulgariens ihr Unwesen trieben und von denen mehrere unzweifelhaft mit den Moskauer Kommunisten in Verbindung standen; die in verschiedenen Städten Rumäniens vorgenommenen Verhaftungen von 430 Kommunisten, die nachweislich von Moskau aus unterstützt wurden; die Ausweisung des Sowjetvertreters Krakowietzki aus Albanien; die Liquidierung der kommunistischen Partei in Belgrad, die Auflösung der Bauernpartei Raditschs und die Ausweisung dieses letzteren wegen seines Bündnisses mit Moskau; die Errichtung einer Filiale der „Mopr“ (Internationale Arbeiterhilfe) in Genf, die die Propaganda in den französischen Kolonien zur Aufgabe hatte und zu diesem Zwecke durch Vermittlung von Münsterberger in Berlin fünf Millionen Francs erhielt; der Umschwung der Politik Berlins, der in der Versetzung Maltzans, des maßgebendsten Anhängers der sowjetfreundlichen Politik, auf den Botschafterposten in Washington seinen Ausdruck fand; die Abkühlung, die in den Beziehungen zwischen den Moskauer Kommunisten und der Türkei und Dänemark eintrat u. dgl. mehr; — alle diese Tatsachen zogen im bunten

Durcheinander vor den Augen des französischen Lesers vorüber und waren sehr wenig dazu geeignet, diesen zugunsten der neuen Sowjetbotschaft zu stimmen, die zudem durch ihre luxuriöse, keineswegs proletarische Lebensweise bei den Pariser Bürgern Anstoß erregte.

Der Hauptgrund des Mißerfolgs der Sowjetmission in Paris lag jedoch anderswo. Er bestand in der unüberbrückbaren schroffen Gegensätzlichkeit der Ansichten, die bei der praktischen Erörterung der strittigen Fragen zutage trat. Für die eine Partei war die Anerkennung der Schulden und deren Bezahlung, die Schadloshaltung der Inhaber der russischen Wertpapiere und der Besitzer der nationalisierten Unternehmungen die Conditio sine qua non für eine Verständigung mit der Sowjetregierung. Die andere Partei blieb dagegen bei dem Standpunkt Sinowjews: Geld werdet ihr von uns ebensowenig sehen, wie ihr eure eigenen Ohren sehen könnt; aber Kredite müßt ihr uns trotzdem geben — dann werden wir einen Teil eurer Forderungen aus eurem eigenen Gelde bezahlen. Vor Krassins Ankunft wurde diese unüberbrückbare Meinungsverschiedenheit bis zu einem gewissen Grade von Rakowski vertuscht, der bei seinen Vorverhandlungen mit de Monzie nicht zurückhielt mit allerhand Versprechungen. Als nun Krassin kam — nicht der Krassin von Genua, sondern der vom Haag, durch imperative Gebote Moskaus gebundene, — da stellte es sich sofort heraus, daß zwischen dem französischen Standpunkt und dem der Sowjets eine breite Kluft lag. Krassins Versuch, unter seinem Patronat eine Vereinigung der Privatgläubiger zustande zu bringen und diese für den überklugen Plan zu gewinnen, laut welchem die russischen Schulden aus den Erträgen der „gemischten", durch dasselbe ausländische Kapital befruchteten Unternehmungen bezahlt werden sollten, — dieser Versuch fiel durch. Als durchaus praktisch orientierter Politiker, begriff de Monzie sofort, daß er auf ein falsches Pferd gewettet hatte. Sein Interesse für seine eigene Kommission schwand sehr bald hin, die Kommissionsarbeiten gerieten ins Stocken, in einflußreichen Kreisen sprach man nunmehr davon, daß Krassin „nicht der Mann sei, den man brauche". Im gleichen Sinne äußerte man sich jetzt aber auch in Moskau, wo es zur Gewohnheit geworden war, Krassin (als Sowjetgesandten) durch eine härtere Nuß, nämlich Litwinow, abzulösen. Gegen Ende des Jahres wurde bekannt, daß Krassin abreise und selbst nicht sagen könne, wer

an seiner statt die Verhandlungen weiterführen werde. Zugleich wurde auch die ursprünglich auf den 10. Januar anberaumte Konferenz auf unbestimmte Zeit vertagt.

Herriots Politik gegenüber den Sowjets hatte unzweifelhaft zur Schwächung seines Ansehens beigetragen. Wie auch bei dem Falle des Arbeiterkabinetts in England, war es natürlich nicht diese Politik allein, die den Sturz Herriots herbeigeführt hat. Aber die Rolle, die sie bei der Zerrüttung der Machtstellung des französischen Ministerpräsidenten gespielt hat, war sehr beträchtlich.

Herriots Nachfolger in der Regierung, Paul Painlevé, wenn er auch dem Linkskartell und dem „Mandat" der Wählerschaft vom 11. Mai treu geblieben war, sah sich dennoch gezwungen, eine andere Politik gegenüber den Kommunisten einzuschlagen. Mitte 1925 war nämlich der Augenblick eingetreten, in dem der von uns hervorgehobene innere Widerspruch zwischen der friedlichen internationalen Politik und der Politik der Weltrevolution endlich zu einem offenen Konflikt geführt hatte. Auf dieses Moment werden wir am Schlusse dieses Buches noch zurückkommen. Der Leser wird bereits darauf vorbereitet sein, daß die Bolschewiken, nach ihren Mißerfolgen in Europa, den Schwerpunkt der Arbeit der Komintern in die Kolonien, nach Asien und Afrika, verlegt hatten. Im Mai und Juni 1925 setzte der Vorstoß der Rif-Stämme gegen das französische Territorium in Marokko ein, und die französischen Kommunisten, im unbestreitbaren Einvernehmen mit Moskau, machten sich daran, auf die französische Armee in Marokko dieselben Zersetzungsmethoden anzuwenden, die von den Bolschewiken in Rußland so erfolgreich erprobt worden waren. Diese Einstellung der Kommunisten wurde in der Deputiertenkammer offen von dem Abgeordneten Doriot verteidigt, der eines unmittelbaren Verkehrs mit dem Feinde überführt wurde. Painlevé, der sich in einem Flugzeuge persönlich nach Marokko begeben hatte (9.—15. Juni), stellte sich in dieser Frage fest auf den nationalen Standpunkt und entlarvte die Arbeit der Kommunisten. Seinerzeit war auch England durch die fremdenfeindliche Bewegung in China betroffen, die nach dem Zusammenstoß in Schanghai am 30. Mai begann und zu einer Reihe von Streiks und zum Boykott der englischen Waren unter direkter Mitwirkung der Moskauer Kommunisten führte. In beiden erklärt sich der Erfolg dieser lezteren

natürlich dadurch, daß beide Bewegungen keinen sozialen, sondern einen nationalen Hintergrund hatten. Um so gefährlicher waren sie aber für die Metropolen. Am 27. Juni erklärte der Staatssekretär für Indien, Lord Birkenhead, im englischen Unterhause, daß gemäß einer Feststellung Chamberlains die Unruhen in China von den Agenten einer ausländischen Macht unterstützt werden und daß endlich „die Zeit kommen werde, wo sich die Engländer die Frage vorlegen werden, ob man sich nicht gegen ein Land zur Wehr setzen müsse, das in London eine diplomatische Vertretung unterhält, aber nach dem Eingeständnis seiner eigenen Führer die Zerstörung des Britischen Reiches durch eine geheime Tätigkeit in der ganzen Welt anstrebt". Und am 2. Juni erklärte Chamberlain selbst im Parlament, daß Birkenheads Rede mit Wissen des Kabinetts gehalten wurde und daß unter der ausländischen Macht, die die Wirrungen in China fördert, die Sowjetregierung zu verstehen war. Um diese Zeit fanden zweifellos Besprechungen zwischen England und Frankreich statt, die das Thema der Unterredung Herriots mit Chamberlain weiterentwickelten. Es verlautete, daß eine diplomatische Demarche in Moskau geplant wurde, mit der Forderung nach der Ausweisung der Dritten Internationale aus Rußland, widrigenfalls die diplomatischen Beziehungen abgebrochen werden sollten. Dieser Plan wurde jedoch fallen gelassen, offenbar aus dem Grunde, weil keine der beiden Mächte hierin die Initiative ergreifen wollte. In gleicher Zeit erging sich die rote Presse in heftigen Anklagen gegen England, daß dieses heimlich die Rußland benachbarten Staaten zum Kriege gegen die Sowjetregierung aufstachele. In Wirklichkeit war man höchstwahrscheinlich über bloße Besprechungen nicht hinausgegangen, die durch die militärischen Vorbereitungen der Bolschewiken selbst hervorgerufen worden waren. Aber wie dem auch sei, alle diese Gerüchte, Hypothesen und tatsächliche Schritte zeugen dafür, daß sich die Bolschewiken zum Herbst 1925 in Europa einer ganz anderen Atmosphäre gegenübersahen als diejenige, in der die De-jure-Anerkennung der Sowjetregierung im Jahre 1924 vor sich gegangen war. Neben anderen Erscheinungen, von denen im zweiten Bande die Rede sein wird, war es auch die internationale Lage der Sowjetregierung, die sich für die Aufrechterhaltung ihres Prestiges im Innern des Landes und folglich auch für ihr Weiterbestehen äußerst ungünstig gestaltet hatte.

Es muß betont werden, daß bei diesem Umschwung in der Haltung der Regierungen und in der öffentlichen Meinung die Anerkennung de-jure eine bestimmte Rolle gespielt hatte; es war nicht jene Rolle, mit der die Vorfechter der Anerkennung gerechnet hatten, sondern eher diejenige, die die Gegner der Anerkennung vorausgesehen hatten. Mit der Anerkennung traten die Mächte in rechtlich festgelegte Beziehungen zu der anerkannten Regierung in genau bestimmten praktischen Fragen: wie nicht anders zu erwarten war, hatte der Charakter dieser Beziehungen selbst die Bolschewiken viel schneller und entscheidender bloßgestellt, als dies ein Dutzend von Spezialqueten und Hunderte von Presseartikeln hätten tun können.

75029

BIBLIOTEKA NAUKOWA AGG WP
Dział Zbiorów Ogólnych



BIBLIOTEKA NAUKOWA KUL UP
Dział Zbiorów Ogólnych

BIBLIOTEKA
ASG
NAUKOWA
58353